

**PROGRAMM ZUR
NIEDERSÄCHSISCHEN
LANDTAGSWAHL 2013**

**MACH'S MÖGLICH
AM 20.01. ZWEITSTIMME GRÜN**

INHALT

PRÄAMBEL	06
BILDUNG	10
Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken	11
Gute Schulen für alle	18
Berufliche Bildung	29
Hochschule	31
Erwachsenenbildung	37
UMWELT, KLIMA, ARBEIT, WIRTSCHAFT	39
Wirtschaftlicher Erfolg mit Grünen Ideen	39
Die Energiewende für Niedersachsen	52
Vorrang für eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft	65
Effiziente und klimagerechte Mobilität	75
Den Umwelt- und Naturschutz wieder beleben	86
SOZIALE GERECHTIGKEIT	96
Für ein solidarisches Niedersachsen	96
Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	111
Gesundheit ist keine Ware	114
Leben in einer inklusiven Gesellschaft	124
Gender-/ Frauenpolitik	128
DEMOKRATIE, GESELLSCHAFT UND FINANZEN	132
Mehr direkte Demokratie wagen	132
Innenpolitik und Recht	143
Medien, Netze, Kultur und Kunst	153
Niedersachsens Verantwortung für Europa und für die Welt	160
Endlich seriöse Haushalts- und Schuldenpolitik	166
GLOSSAR	174

Das Wahlprogramm wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 14. Oktober 2012 in Stade beschlossen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 4
30159 Hannover

T 0511 - 12 60 85 0
F 0511 - 12 60 85 85

landesverband@gruene-niedersachsen.de
www.gruene-niedersachsen.de

V.i.S.d.P.: Christian Günther
Layout: Zwillie von Kiesel & Freunde, p:zwe
Druck: Hahn-Druckerei Hannover.
Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

PRÄAMBEL

LIEBE WÄHLERINNEN UND WÄHLER,

am 20. Januar 2013 haben Sie die Möglichkeit, Niedersachsen zu verändern.

Nach zehn Jahren unter CDU und FDP ist Niedersachsen in vielen Bereichen abgehängt:

Die Energiewende wurde ausgebremst. Unsere guten Ausgangsbedingungen als windreiches Küstenland für eine erfolgreiche Energiewende wurden verschenkt. Die technologische Vorreiterrolle

bei der Solarindustrie wurde aufgegeben. Die Atomkraftwerke laufen ohne Nachrüstung weiter. Umwelt- und Naturschutz sind auf der Strecke geblieben. Lebensmittelskandale sind die Folgen einer von CDU und FDP privilegierten industrialisierten Landwirtschaft und Massentierhaltung.

Das Land ist Schlusslicht beim Krippen- und Kita-Ausbau. Mit Bayern ist Niedersachsen die letzte Insel,

die ihre Studierenden für den Besuch einer Hochschule zur Kasse bittet. Kein deutsches Bundesland schiebt so rigoros Flüchtlinge ab wie Niedersachsen. Der Schuldenberg wurde von Schwarz-Gelb um fast 20 Milliarden Euro aufgebläht.

Sponsoring-Affären und halbseidene Parteienfinanzierungen der schwarz-gelben Landesregierung haben das politische Klima in Niedersachsen massiv beschädigt. Auch Grundrechte kamen in Niedersachsen unter die Räder.

Niedersachsen geht gerechter, nachhaltiger und weltoffener. Am 20. Januar 2013 haben die Wählerinnen und Wähler die Chance, für einen Wechsel zu sorgen, um das Land neu zu gestalten.

BILDUNG IST ZUKUNFT

CDU und FDP haben in den vergangenen Jahren eine Bildungspolitik betrieben, die an den Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht und viele Kinder und Jugendliche zurücklässt. Wir wollen den Zugang zu guter Bildung für alle im Land sicherstellen. Dazu gehören qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Angebote im Vorschulbereich, gute Schulen sowie sichere Ausbildungsplätze und eine gute Lernsituation an den Hochschulen.

Bildungserfolge dürfen nicht länger

von der Herkunft der Eltern abhängen oder davon, ob ein Mensch besondere Förderungen benötigt oder nicht. Bildungsgerechtigkeit können wir nur erreichen, wenn der Zugang zu Bildung nicht vom Einkommen abhängt. Daher setzen wir uns als ersten Schritt dafür ein, das Erststudium wieder gebührenfrei zu machen.

Unsere Schulen müssen so ausgestaltet sein, dass sie alle Menschen zum bestmöglichen Bildungserfolg führen. Grüne Schulpolitik bedeutet genügend Zeit für nachhaltiges Lernen und Alternativen zum Turbo-Abitur. Wir setzen auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und die Wahlfreiheit der Eltern. Daher werden wir die Blockade für Integrierte Gesamtschulen beenden.

NATURERBE SICHERN

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine existenzielle Frage. Wir stellen die Weichen für konsequenten Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Unser Ziel ist der endgültige Ausstieg aus der Atomtechnologie und eine konsequente Energiewende. Statt von einer großindustriellen Energieerzeugungstechnologie zur nächsten zu wechseln, setzen wir GRÜNE darauf, die Energieversorgung dezentral und nachhaltig zu organisieren und einen Rückfall ins Kohle-Zeitalter mit Risikotechnologien wie CCS

und Fracking zu verhindern. Wir schaffen den Rahmen dafür, dass Niedersachsen bis 2020 mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt, als im Land verbraucht wird. Der Atommüll muss so schnell wie möglich raus aus der Asse! Wir brauchen den Einstieg in eine ergebnisoffene Endlagersuche für alle Arten von Atommüll. Der geologisch ungeeignete und politisch verbrannte Standort Gorleben muss so schnell wie möglich aufgegeben werden. Die Einlagerungsvorbereitungen in Schacht Konrad müssen beendet werden.

Zur Umsetzung unserer klimapolitischen Ziele werden wir die gezielte Förderung von „grünen“ Wirtschaftszweigen und die Umgestaltung klassischer Industrien auf die Agenda setzen. Für die Automobilindustrie ist die Strategie „weg vom Öl“ eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um auch zukünftig auf dem Weltmarkt zu bestehen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Niedersachsen zukünftig das Land der ressourcen- und klimaschonenden Mobilität wird. Durch diesen Prozess sichern wir Arbeitsplätze in Niedersachsen und erschließen neue Beschäftigungspotenziale für gute Arbeit.

Ein Viertel der niedersächsischen Treibhausgas-Emissionen entstehen in der Landwirtschaft. Dieser Entwicklung können wir nur durch mehr

ökologischen Landbau, artgerechte Tierhaltung und eine klimafreundliche Ernährung entgegenwirken. 2013 werden wir den Wechsel vom Land der Agrarindustrie zum Land der nachhaltigen Landwirtschaft einleiten, bei der Tier-, Natur- und VerbraucherInnenschutz im Mittelpunkt stehen.

NUR GERECHTIGKEIT SICHERT DEMOKRATIE

Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre ist nicht bei allen Menschen in Niedersachsen angekommen, vielfach sind die Reallöhne sogar gesunken. Einkommen aus Kapitalvermögen hat demgegenüber zugenommen. Eine an Teilhabe orientierte Gesellschaft braucht Solidarität und ein starkes Gemeinwohl. Wir sind die Partei der öffentlichen Güter. Wir kämpfen für gute Arbeit, das heißt für faire Löhne und gegen eine Ausweitung des Niedriglohnsektors und gegen unsichere Arbeitsverhältnisse.

Um kommenden Generationen mehr als nur Schulden zu vererben, führt kein Weg an solideren Finanzen vorbei. Mit Grün gibt es eine ehrliche Finanzpolitik, die alle politischen Vorschläge gegenfinanziert. Unsinnige Subventionen müssen abgebaut und die Einnahmen durch eine gerechtere Steuerpolitik erhöht werden.

Zu Gerechtigkeit gehört für uns auch die Gleichwertigkeit und Beteiligung beider Geschlechter. Die Hälfte der Macht den Frauen bei hundertprozentiger Lohngerechtigkeit – ob in der Wirtschaft, in der Verwaltung oder in der Politik. Eine solidarische Gesellschaft und Antworten auf den demografischen Wandel können wir nur entwickeln, wenn Menschen jeden Alters, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, Teil der Gesellschaft sind. Einer Politik der Ausgrenzung, Abschiebung und Fremdenfeindlichkeit setzen wir das Prinzip der Chancengleichheit und der aktiven Teilhabe entgegen.

Niedersachsen braucht nicht nur eine andere Politik, sondern auch eine neue Form der politischen Gestaltung. CDU und FDP haben in den vergangenen Jahren Regieren als einen Prozess verstanden, der von oben nach unten verläuft und in dem die Menschen in diesem Land nur ZuschauerInnen sind. Wir stehen für einen neuen Politikstil, der die Menschen zu Mitwirkenden an politischen Entscheidungen werden lässt. Dafür senken wir die Hürden für Volksentscheide und BürgerInnenbegehren. Wir treten für eine Politik ein, die Lösungen im Dialog entwickelt und neue Beteiligungsformen erprobt.

Mit Ihrer Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen Sie sich dafür

ein, dass in Niedersachsen zukünftig eine Politik auf Augenhöhe mit den Menschen stattfindet.

Mit Ihrer Stimme rücken Sie den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt und eröffnen neuen Spielraum für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

MIT IHRER STIMME WIRD NIEDERSACHSEN GERECHTER.

Gemeinsam schaffen wir es, den schwarz-gelben Stillstand der vergangenen Jahre zu beenden und Niedersachsen grundlegend zu modernisieren.

Wir werden am 20. Januar 2013 die schwarz-gelbe Regierung komplett ablösen und einen echten Wechsel einleiten, denn mit dieser CDU und FDP ist keine sozial-ökologische Politik zu machen.

Mit uns wird es keine Politik geben, die weiter die Energiewende torpediert, Gorleben als Endlager durchsetzt, Studiengebühren aufrecht erhält, eine menschenunwürdige Flüchtlingspolitik betreibt, Integrierte Gesamtschulen ins Abseits rückt oder der Massentierhaltung den Weg bereitet. Für alle, die nach dem Wahltag nicht in einer Großen Koalition des Stillstandes aufwachen wollen, gilt: Wer Rot-Grün will, muss Grün wählen!

BILDUNG

Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Sie schafft den Raum für persönliche Entwicklung. Es ist deshalb eine Kernaufgabe für die gesamte Gesellschaft, eine Infrastruktur für ein lebenslanges Lernen zu schaffen, zu der alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Hintergrund Zugang haben. Noch immer reproduziert unser Bildungssystem die soziale Ungleichheit.

Bildung muss aber zugleich ein elementarer Bestandteil für eine Gesellschaft sein, die Aufstiegsmobilität ermöglicht. Gerade für Menschen aus finanziell schlechtergestellten Haushalten schafft sie die Grundlage dafür, bessere Chancen bei der beruflichen Verwirklichung zu bekommen. Nicht zuletzt der aktuelle Fachkräftemangel zeigt, wie wichtig eine gute Bildung für die

Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft ist. Unsere Gesellschaft kann es sich daher nicht nur aus sozialen Gründen, sondern auch ökonomisch nicht mehr leisten, das Bildungssystem strukturell unterzufinanzieren und viele Menschen durch das Raster fallen zu lassen. Wir wollen Chancengleichheit für alle! Land und Bund müssen sich wieder auf ihre Verantwortung besinnen, die finanziellen Voraussetzungen für gute Bildung zu schaffen.

Wir GRÜNE wollen einen Zugang zu Bildung für alle Menschen ermöglichen – frei von finanziellen Hürden. Das unsinnige Kooperationsverbot¹ zwischen Land und Bund muss aufgegeben werden. Alleine können sich die Bundesländer und Kommunen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe einer guten Bildungsfinanzierung nicht leisten.

KINDER UND JUGENDLICHE IN DEN FOKUS RÜCKEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Der qualitative und quantitative Ausbau von Krippen-, Kindertagespflege- und Kindergartenplätzen sowie eine bedarfsorientierte Weiterentwicklung zu Familienzentren
- ▶ Bessere Ausbildung, Fortbildung, Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen
- ▶ Förderung und Ausbau von Netzwerken, die Familien in schwierigen Situationen Hilfe anbieten
- ▶ Mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche an Politik und Gesellschaft und eine Absenkung des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre
- ▶ Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit und Einrichtung von regionalen Koordinierungsstellen

Wir GRÜNE wollen Kinder und Jugendliche ins Zentrum unserer Gesellschaft holen und ihnen Raum geben – mit all ihren Interessen und Bedürfnissen. Das Kindesinteresse

steht für uns ganz vorne auf der politischen Agenda, ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Ziele lauten deshalb:

Qualität von Kinderbetreuung verbessern! Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen! Kindern und Jugendlichen ausreichenden Raum für Entwicklung und Entfaltung bieten!

Jede Familie soll die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, welches Familienmodell sie für sich wählt. Wahlfreiheit ist aber nur dann gewährleistet, wenn es genügend Betreuungsplätze gibt und Familien finanziell abgesichert sind. Wir setzen uns darum für eine Neustrukturierung der Familienförderung und auf der Bundesebene für die Einführung einer bedingungslosen Kindergrundsicherung ein.

LANDESJUGENDAMT UND NIFBE – KINDESINTERESSEN STRUKTURELL STÄRKEN

Die Aufgabenerledigung des Bereichs Kinder und Jugend im Lan-

desozialamt nach der Abschaffung des Landesjugendamtes muss überprüft werden. Das Niedersächsische Institut für frühkindliche Entwicklung und Bildung (NIFBE) soll konzeptionell weiterentwickelt werden.

KINDER BRAUCHEN MEHR ZEIT UND VERLÄSSLICHE BEZUGSPERSONEN

Frühkindliche Bildung bedeutet für uns GRÜNE, Kindern die Zeit und den Raum zu geben, sich und ihre Umgebung zu entdecken, Antworten und Verständnis für Fragen zu erfahren, in ihrer Neugier und ihrer Lust am Lernen bestärkt und in ihren Interessen unterstützt, gefördert und begleitet zu werden. Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und feste Bezugs- und Schutzräume für Kinder. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen dringend die Personalstandards verbessert werden. Derzeit werden 15 unter Dreijährige von nur zwei ErzieherInnen betreut. Wir wollen in einem ersten Schritt den Personalschlüssel dahingehend ändern, dass für fünf Kinder einE ErzieherIn zur Verfügung steht. Bei den über Dreijährigen muss die Raumgröße endlich dem Platzbedürfnis der Kinder gerecht werden. Die derzeit im niedersächsischen Kita-Gesetz vorgesehenen zwei Quadratmeter pro Kind sind zu wenig. Nicht nur deshalb ist die Reduzierung der Gruppengröße auf

maximal 20 Kinder in einem Raum notwendig.

MEHR SPIELPLÄTZE STATT MEHR PARKPLÄTZE

Die Abschaffung des Spielplatzgesetzes in Niedersachsen durch CDU und FDP war ein großer Fehler, denn gerade im städtischen Raum gibt es eine große Flächenkonkurrenz. Bei uns Grünen haben Spielplätze Vorrang vor Parkplätzen! Denn nicht nur Kinder und Jugendliche brauchen Platz zum Spielen, auch Erwachsene und Senioren genießen Orte, an denen sie sich treffen und frei bewegen können. Deshalb sollten alle in die Planung solcher Orte aktiv eingebunden werden. Das Land muss sich stärker als bisher gegen Bewegungsmangel engagieren. Dazu gehört auch, generationsübergreifende inklusive als Treffpunkte geeignete Freiflächen, Spielplätze, Skater-Anlagen, und Bolzplätze zu schaffen.

VERLÄSSLICHE GANZTAGSBETREUUNG

Wir wollen eine verlässliche, bedarfsgerechte, wohnortnahe, hochwertige und inklusive Ganztags-Kinderbetreuung in allen Altersgruppen vom Krippen- bis zum Schulkind einführen. Mittelfristig streben wir einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung für alle Kita-Kinder an. Das Platzan-

gebot für Zwei-Drittel-Plätze muss schnellst möglich aufgestockt werden. Wir stehen für eine engagierte Zusammenarbeit des Landes mit dem Bund und den Kommunen, um den Betreuungsausbau entsprechend der regional unterschiedlichen Bedarfe voranzubringen. Wir wollen darüber hinaus auch Betreuung während der bisherigen Schließzeiten der Kitas und in den Ferienzeiten der Schulen sicherstellen. Zusammen mit den Kommunen wollen wir dafür tragfähige und aufeinander abgestimmte Konzepte erarbeiten. Dazu zählen auch Kooperationen zwischen Kitas und Tagespflege sowie unbürokratische Lösungen wie beispielsweise Leih-Omas und -Opas, Rucksackmütter, Nachbarschaftsinitiativen und gemeinschaftliche Wohnprojekte. (►S. 112)

KRIPPENAUSBAU BESCHLEUNIGEN

Ab August 2013 gilt bundesweit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr. Deshalb soll jedes Bundesland für 35 Prozent der unter Dreijährigen einen Platz vorhalten. Obwohl fraglich ist, ob das den Bedarf überhaupt decken wird, ist Niedersachsen derzeit mit erst 19,9 Prozent bundesweit auf dem vorletzten Platz. Wir GRÜNE wollen den Kommunen im Land endlich ausreichende Mittel für den Ausbau

von Krippen- und Tagespflegeplätzen zur Verfügung stellen. Wir lehnen unter diesen Gesichtspunkten auch das auf Bundesebene geplante Betreuungsgeld ab. Die dafür notwendigen 1,2 Milliarden Euro jährlich wollen wir in den quantitativen und qualitativen Ausbau von Betreuungsplätzen sowie in die Ausbildung und angemessene Bezahlung von ErzieherInnen investieren. Eltern sollen bei der Verwirklichung ihres Rechtsanspruchs auf Betreuung die Wahl haben zwischen Krippe und Tagespflege („Tagesmütter und -väter“). Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Qualität der Tagespflege durch Fachberatung, höhere Mindeststandards, eine gerechte Entlohnung und verlässliche Vertretungsregelungen verbessert wird. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs hat der bedarfsgerechte Ausbau von qualitätsvollen Krippenplätzen Vorrang vor dem Ausbau von Tagespflegeplätzen.

MANGEL AN ERZIEHERINNEN VORBEUGEN

Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2014 über 3500 ErzieherInnen in Niedersachsen fehlen. Das Land muss hier endlich Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit den Kommunen diesen Fachkräftemangel verhindern. Insbesondere bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung können den Be-

ruf wieder attraktiver machen. Wir wollen den Anteil der ErzieherInnen mit Hochschulausbildung in Kitas erhöhen. Wir streben eine Ausbildung der Leitungskräfte in Kitas auf Hochschulniveau an, wobei ein fehlender Hochschulabschluss kein zwingendes Ausschlusskriterium für die Übernahme einer Leitungsfunktion darstellen sollte. Dabei muss die Aus- und Weiterbildung berufsbegleitend mit Bildungsbausteinen (Modulen) gewährleistet werden. Werden Stellen für ErzieherInnen mit SozialassistentInnen besetzt, müssen sie auch entsprechend vergütet werden. Mittelfristig sollen mindestens zwei ErzieherInnen pro Gruppe arbeiten. Darüber hinaus wollen wir mehr Männer von den Vorzügen des Erzieherberufs überzeugen. Um die interkulturelle Arbeit der Einrichtungen zu stärken, müssen auch mehr ErzieherInnen mit Migrationshintergrund gewonnen werden. Um dies zu erreichen, wollen wir unter anderem die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtern.

VIELFALT (ER-)LEBEN

Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Gesellschaft. (► S. 124) Allen Menschen die gleichen Chancen und Teilhabemöglichkeiten in unseren gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen, ist eine Herausforderung, der sich unsere Gesellschaft stellen muss. Kinder dürfen nicht

weiter nach ihren Besonderheiten oder zugeschriebenen Eigenschaften (aus)sortiert werden! Das Erleben verschiedener Sprachen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen, aber auch unterschiedlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten hilft den Kindern, sich selbst als Teil einer vielfältigen Gesellschaft zu verstehen. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen deshalb inklusiv und interkulturell aufgestellt sein.

Wir wollen in der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen den Aspekt der geschlechtssensiblen Erziehung stärker in den Fokus rücken, und so geschlechtsspezifische Vorurteile in der Erziehung vermeiden.

Die Sprachförderung in der Kita muss in Niedersachsen neu konzipiert werden. Sie soll in Abstimmung zwischen Eltern, Kita und Schule geschehen. Wir wollen ErzieherInnen so fortbilden, dass die alltägliche Sprachbildung und -förderung zum Kita-Alltag gehört und durch Bezugspersonen der Kinder geleistet wird.

Für die gemeinsame Betreuung von über Dreijährigen mit und ohne Behinderung gibt es bereits eine gesetzliche Regelung. Ein erfolgreicher Modellversuch auf Drängen der GRÜNEN hat gezeigt, dass diese auch für unter Dreijährige sinnvoll ist. Dennoch gibt es hierfür bisher keine gesetzliche Regelung. Dies

werden wir ändern. Alle Familien müssen sich darauf verlassen können, dass Betreuungseinrichtungen den speziellen Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht werden. Daher brauchen wir flächendeckend Einrichtungen, die barrierefreie Räumlichkeiten und Fachpersonal vorhalten. Die Bedingungen müssen so attraktiv sein, dass Eltern ihre Kinder gerne in Betreuungseinrichtungen geben.

Um allen Kindern möglichst gleiche Chancen ermöglichen zu können, ist es wichtig, für Eltern da zu sein, die besonderen Beistand benötigen. Wir werden deshalb Programme fördern, die für diese Zielgruppen besondere Unterstützungsleistungen aus einer Hand anbieten.

FAMILIENZENTREN

Wir wollen Kommunen unterstützen, die Kindertagesstätten, Mehrgenerationenhäuser oder auch Grundschulen zu Familienzentren ausbauen wollen. In diesen Familienzentren, die Raum für Vernetzung und Begegnung der Kulturen bieten, werden wir niedrigschwellige Angebote der Erziehungsberatung, der Familien- und Gesundheitsbildung sowie Familien-Service-Büros schaffen. In den Kommunen, in denen es bereits ein Familien-Service-Büro gibt, sollen diese Büros ein höheres Stundenkontingent bekommen, um an den Kindertagesstätten, Mehr-

generationenhäusern und/oder Grundschulen im Gemeindegebiet Sprechstunden anbieten zu können. Darüber hinaus wollen wir Eltern intensiver in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbeziehen. Sie werden so in ihrer Erziehungskompetenz und bei den Übergängen zwischen Kita, Schule und Ausbildung von Anfang an unterstützt. Für den Aufbau von Familienzentren ist eine Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte unerlässlich.

KINDERSCHUTZ UND KINDERKOMMISSION

Das von der Landesregierung gegen den Rat von Kinderschutz-ExpertInnen eingeführte „Verbindliche Einladewesen“, also die behördliche Einladung zum Kinderarztbesuch, ist zu bürokratisch und die Rückmeldungen an die Jugendämter sind oft fehlerhaft. Dieses Verfahren ist kein wirksames Mittel für mehr Kinderschutz. Die hierfür verwendeten Gelder müssen für bessere Kinderschutz-Maßnahmen wie die flächendeckende Einführung und Koordination „Früher Hilfen“¹ wie Familienhebammen eingesetzt werden.

Wir fordern im Landtag die Einsetzung einer Kinderkommission, wie sie seit Jahrzehnten im Bundestag erfolgreich arbeitet. Sie soll dazu beitragen, dass notwendige Maß-

nahmen für mehr Bildungsgerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit und Kinderschutz parteiübergreifend angeschoben werden. Nach der Rücknahme des deutschen Vorbehaltes zur UN-Kinderrechtskonvention gilt es, dieses Übereinkommen konkret in Niedersachsen umzusetzen. Dies gilt insbesondere für Kinderflüchtlinge in Niedersachsen.

JUGENDLICHEN RAUM FÜR TEILHABE UND ENTFALTUNG BIETEN

Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss immer wieder neu gelernt werden. Schon in Kitas muss eine aktive Beteiligungskultur zur Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen Heranwachsende stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Dazu werden wir beim Land eine Service-Stelle einrichten, die Kommunen bei Teilhabeprojekten unterstützt. Es bedarf spezieller, jugendgerechter Beteiligungsmöglichkeiten, die die Möglichkeiten digitaler Medien für eine direkte Kommunikation zwischen Politik und Jugendlichen auf Augenhöhe nutzen. (► S. 136)

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, das Wahlalter auf 14 Jahre abzusenken, damit die junge Generation in einer alternden Gesellschaft ihre Interessen besser vertreten kann. (► S. 137) Zur Vorbereitung auf die Wahlfähigkeit soll es an

Schulen im Rahmen des Politikunterrichts eine fachliche Auseinandersetzung mit den Programmen der demokratischen Parteien und eine Anleitung zu den Wahlverfahren geben.

Jugend ist eine Lebensphase, die Freiräume braucht. Jugendliche wollen nicht nur funktionieren. Wir unterstützen deswegen die offene und die verbandliche Jugendarbeit, die Jugendlichen diese Freiräume bietet. Das Abitur nach 12 Jahren und das verdichtete Studium machen ehrenamtliches Engagement in Jugendverbänden, Jugendgruppen, in Sportvereinen oder auf Ferienfreizeiten für junge Menschen immer schwieriger. Wir wollen die Schule so gestalten, dass wieder mehr Zeit für Hobbys und Freizeitaktivitäten bleibt. Um die Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit bei jungen Menschen zu erhöhen, müssen Anreize für freiwilliges Engagement geschaffen werden, wie zum Beispiel die Anrechnung von ehrenamtlicher Arbeit bei den Studien-Wartesemestern. Die vorbildliche Arbeit der Jugendverbände im Landesjugendring und weitere Träger der Jugendarbeit unterstützen wir.

Die hohe Nachfrage von jungen Menschen nach Freiwilligendiensten ist ein Glücksfall für unsere Gesellschaft! Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und der Bundesfreiwilligendienst müs-

sen ausreichend Plätze für Jugendliche bieten.

Wir wollen die Zusammenarbeit der Jugendverbände mit Ganztagschulen verbessern. Für die Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit soll in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ eingerichtet werden, die Jugendgruppen und JugendleiterInnen qualifiziert berät und jugendverbandliche Kooperationsangebote an Schulen koordiniert. (► S. 18)

JUGENDHILFE/JUGENDSOZIALARBEIT

Wir wollen, dass auch künftig die Heimaufsicht für stationäre Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beim Land verankert bleibt. Eine Kommunalisierung dieser Aufga-

be – wie von der schwarz-gelben Landesregierung geplant – würde unweigerlich zu Interessenkonflikten bei den Kommunen führen, die dann sowohl für die pädagogische Qualität als auch für die Kosten zuständig wären. Es war ein Fehler der Landesregierung, erfolgreiche Landesprogramme wie das NiKo-Projekt¹, das Jugendhilfe und Schule verzahnt hat, ersatzlos zu streichen. Wir werden deswegen ein NiKo-Nachfolge-Projekt insbesondere für soziale Brennpunkte auflegen.

Die Zukunft der niedersächsischen Jugendwerkstätten muss gesichert werden. Trotz des Konjunkturaufschwungs bleiben benachteiligte Jugendliche oftmals vom Arbeitsmarkt abgekoppelt und brauchen Hilfe bei der Integration in Ausbildung und Beruf. (► S. 29)

MACH'S MÖGLICH

GUTE SCHULEN FÜR ALLE

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Qualitativ hochwertige Ganztagschulen für alle und längeres gemeinsames Lernen
- Genügend Zeit für nachhaltiges Lernen – Alternativen zum Turbo-Abitur schaffen
- Schluss mit den Hürden für die Gründung von Gesamtschulen – den Elternwillen ernst nehmen und unterstützen
- Den Umbau aller Schulen zu inklusiven Schulen verantwortungsvoll voranbringen
- Kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung, Bildungsberatung und weniger SchulabbrecherInnen

Alle Menschen haben unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus und ihren individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten ein

Anrecht auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen. Eltern wünschen ein Bildungsangebot, das ihren Kindern bestmögliche Chancen für einen erfolgreichen Schulabschluss und eine gute Grundlage für die Gestaltung ihrer Zukunft bietet. Die PISA-Studien¹ belegen allerdings, dass der Schulabschluss nach wie vor in hohem Maße vom Sozialstatus der Eltern abhängt. Die OECD² stellt dazu fest, dass die Entwicklungschancen vieler SchülerInnen in Deutschland durch die frühe Auslese nach der vierten Klasse beeinträchtigt werden.

CDU und FDP haben in der Vergangenheit alles daran gesetzt, das selektive Schulsystem zu erhalten und Reformbemühungen zu verhindern. Die Abschaffung der Orientierungsstufe, die Verhinderung von Gesamtschulgründungen und die Einführung der Oberschule waren lediglich darauf ausgelegt, das

gegliederte Schulsystem zu zementieren.

Wir GRÜNE wollen ein Schulsystem, das die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichert und dazu beiträgt, die soziale Spaltung zu überwinden, anstatt sie zu verfestigen. Wir wollen flächendeckend das inklusive Lernen ausbauen und durch mehr Qualität im Unterricht und an den Schulen mehr Bildungsgerechtigkeit verwirklichen. Grüne Schulpolitik will darüber hinaus, dass in der Schule das Lernen miteinander und voneinander möglich wird, dass Vielfalt als Chance begriffen wird und dass Kinder und Jugendliche in stärkerem Maße ermutigt werden als bisher. Außerdem wollen wir, dass die Schulträger über Gemeinde-, Kreis- und auch Landesgrenzen hinweg kooperieren, um gerade im ländlichen Raum Kindern und Jugendlichen den Zugang zu wohnortnahen Schulangeboten zu ermöglichen.

AUF JEDE UND AUF JEDEN KOMMT ES AN

Gemeinsames Lernen in inklusiven Schulen bildet die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns GRÜNE ein erster Schritt zur Entwicklung einer inklusiven Pädagogik, die alle Menschen in ihrer sozialen und kulturellen Unterschiedlichkeit res-

pektiert, sich der Vielfalt der Talente annimmt und allen Kindern und Jugendlichen erfolgreiches Lernen ermöglicht. Der Blick auf die Entwicklungschancen jedes Kindes ist das zentrale Element einer Pädagogik der Vielfalt und Ermutigung. Auf dieser Grundlage baut das GRÜNE Konzept der Neuen Schule auf. Es sieht eine gemeinsame Schule von der ersten Klasse bis zu einem ersten Abschluss nach neun Schuljahren vor, in der alle Kinder gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden. Die gemeinsame Schule befähigt SchülerInnen zur Gestaltung des eigenen Lebens, zur Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und zur Bewältigung der Anforderungen des Erwerbslebens. Sie fördert die Entwicklung gemeinsamer sozialer und kultureller Werte und den Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft.

Die Umsetzung dieses Konzepts einer leistungsfähigen Schule für alle Kinder und Jugendlichen lässt sich nur schrittweise verwirklichen. Wir wollen deshalb in der kommenden Legislaturperiode in Niedersachsen möglichst viele Schritte in diese Richtung vollziehen. Unser Ziel ist es, Schulpolitik gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten. Das ermöglicht passende Lösungen und erhöht die Akzeptanz aller Beteiligten.

AUF DEN ANFANG KOMMT ES AN

Ein guter Start in die Schule beginnt bereits in der Kita. Die Gestaltung eines gelungenen Übergangs von der Kita in die Grundschule wird von der schwarz-gelben Landesregierung aber nur halbherzig angegangen. Wir GRÜNE wollen die Entwicklung von Übergangskonzepten von der Kita in die Grundschule verpflichtend einführen. Durch die Bereitstellung von Beratungsangeboten wollen wir einen nahtlosen Übergang für einen erfolgreichen Start in der Grundschule ermöglichen. Grundschulen werden dabei unterstützt, wenn sie flexible Eingangsstufen einrichten oder verschiedene Formen des altersübergreifenden Lernens einrichten wollen. Wir GRÜNE wollen Standorte kleinerer wohnortnaher Grundschulen aufrechterhalten, wenn in einem pädagogischen Konzept – zum Beispiel durch altersgemischtes Lernen und jahrgangsübergreifenden Unterricht – erfolgreiches Lernen gesichert werden kann.

DER ELTERNWILLE ZÄHLT – INTEGRATIVE GESAMTSCHULEN FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

Die Hürden für die Errichtung von Gesamtschulen müssen gesenkt und auch kleinere Gesamtschulen zugelassen werden. Wir nehmen den Willen der Eltern ernst, unabhängig

davon, ob es dabei um den Wunsch nach Gymnasien oder das Zulassen kleiner Gesamtschulen geht. Bisher dürfen Gesamtschulen nur eingerichtet werden, wenn der Bestand aller Teile des gegliederten Schulwesens nicht gefährdet wird. Das führt in unserem Flächenland dazu, dass gerade im ländlichen Raum kaum Gesamtschulen gegründet werden können. Diese Ungerechtigkeit gegenüber dem Wunsch der Eltern wollen wir überwinden und zukünftig im Schulgesetz die Möglichkeit schaffen, dass Gesamtschulen andere Schulangebote ersetzen können. Wie erfolgreich gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen ist, beweisen die mit Preisen ausgezeichneten niedersächsischen Gesamtschulen – zum Beispiel in Hildesheim, Göttingen und Braunschweig. Auch die große Nachfrage der Eltern und Schulträger nach weiteren Gesamtschulen zeigt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den Elternwillen missachtet und vielen Kindern und Jugendlichen den Weg zu erfolgreichen Abschlüssen verwehrt. Gemeinsam mit den Schulträgern und den Betroffenen vor Ort wollen wir – wo das Interesse dazu besteht – Haupt-, Real- und Oberschulen zu integrativen Schulen weiterentwickeln. Jede Schule muss auch einen Weg zum Abitur offenhalten. Hierfür braucht sie eine eigene gymnasiale Oberstufe oder muss fest mit einer Oberstufe kooperieren. Ein besonderes An-

liegen ist für uns GRÜNE, nahtlose Übergänge von der Kita in die Grundschule und anschließend zum Sekundarbereich I und in die berufliche Bildung zu gestalten. Alle Schulen sind gefordert, ab Klasse 8 eine qualifizierte Berufs- und Studienorientierung anzubieten. Dadurch lernen SchülerInnen frühzeitig, ihre persönlichen Stärken und ihre beruflichen Chancen einzuschätzen. Die Schulen unterstützen auf diese Weise den Weg in eine erfolgreiche Ausbildung oder ein Studium.

Für uns GRÜNE stehen die SchülerInnen im Mittelpunkt. Wir werden die ideologische Schulpolitik von CDU und FDP beenden. Daher haben wir bei allen Reformbemühungen die Interessen der Menschen im Blick und werden keine Schulform aufgeben, für die es einen ausreichenden Elternwunsch gibt. Klar ist aber auch, dass wir sämtliche Hebel in Bewegung setzen werden, um alle Schulen zu einer Pädagogik der Vielfalt und der individuellen Förderung zu verpflichten, die die SchülerInnen zu selbstständigem und eigenverantwortlichen Lernen ermutigt.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen nur halbherzig begonnen. Durch das Nebeneinander von Förderschulen alter Prägung und allgemeinen

Schulen werden unnötig Ressourcen vergeudet. Den allgemeinen Schulen wird dringend benötigte Unterstützung bei der Umsetzung des Konzepts der inklusiven Schule verwehrt. Wir GRÜNE halten dies für unverantwortlich. Wir wollen die Förderschulen im Dialog mit den Schulträgern, den Kommunen und den Menschen vor Ort zu Förderzentren weiterentwickeln und schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen integrieren. Dabei werden wir in den Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung beginnen. Wichtig ist, dass jedes Kind unabhängig vom Unterstützungsbedarf das uneingeschränkte Recht auf einen inklusiven Schulplatz wahrnehmen kann. Inklusion bedeutet für uns auch, für Kinder mit außergewöhnlichen Begabungen die erforderlichen Lernbedingungen zu schaffen.

GENÜGENDE ZEIT FÜR NACHHALTIGES LERNEN

Erfolgreiches Lernen braucht Zeit und gute Konzepte. Ganztagschulen sind dafür die beste Lösung. Ganztagschulen sollen Kinder in ihrer gesamten Entwicklung besser fördern, Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und Familien entlasten. Das 2004 vom CDU-geführten Kultusministerium eingeführte Billigmodell, in dem mit Hilfe rechtlich bedenklicher Honorarverträge an

einen herkömmlichen Vormittagsunterricht lediglich freiwillige Nachmittagsangebote angefügt wurden, wird diesen Anforderungen nicht ausreichend gerecht. Wir GRÜNE wollen die niedersächsischen Schulen gemeinsam mit den Schulträgern und den Schulen schrittweise zu gebundenen Ganztagschulen weiterentwickeln – mit einer verbindlichen Kernzeit von der Grundschule an. Grundlage wird ein verbindliches Rahmenkonzept sein, das ausgehend von den Erfordernissen der SchülerInnen einen sinnvollen Lernrhythmus ermöglicht und Spielraum für die Ausgestaltung des örtlichen Ganztagschulkonzepts eröffnet. Dabei sind ein gesundes Mittagessen, Sport und Bewegung sowie kreative Angebote unverzichtbar. Die Kooperation mit örtlichen Vereinen, Angeboten der Jugendhilfe und außerschulischen PartnerInnen kann die Schule dabei eng mit ihrer Gemeinde oder ihrem Stadtteil verknüpfen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren in unverantwortlicher Weise den Leistungsstress vieler SchülerInnen erhöht und ihre Erfolgschancen vermindert. Das Turbo-Abitur vernachlässigt die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten sowie den individuellen Unterstützungsbedarf einzelner SchülerInnen. Seit Einführung des Turbo-Abiturs sind Leistungsdruck

und durch Abschulung geschürte Versagensängste in großem Maße in allen betroffenen Schulformen spürbar. Das wird hauptsächlich dadurch ausgelöst, dass die Lehrpläne vom Kultusministerium stofflich überfrachtet sind und häufig nicht altersspezifischen Lernmöglichkeiten entsprechen. Wir Grüne werden uns daher für eine Reformierung und Verschlankung der Lehrpläne sowie für die Neuordnung der Unterrichtsstrukturen und der Stundenplangestaltung einsetzen. Der Nachmittagsbereich muss darüber hinaus konzeptionell überarbeitet und inhaltlich genutzt werden und kann nicht weiter überwiegend der Aufbewahrung der Kinder dienen. Damit wollen wir die SchülerInnen entlasten und gleichzeitig besser vorbereiten auf nachfolgende, auch länderübergreifende Bildungswege. Aktuell bleibt für innovative Unterrichtsformen wie beispielsweise fächerübergreifendes Lernen kaum Zeit. Wir GRÜNE wollen den SchülerInnen dagegen wieder flexiblere Möglichkeiten zum Abitur eröffnen. Wir werden mit einem Konzept „Abi neu denken“ eine Alternative zum Turbo-Abitur schaffen und damit vielen jungen Menschen erfolgreiche Bildungswege und mehr Zeit für außerschulische Aktivitäten und Auslandsaufenthalte ermöglichen. Die Gesamtschulen sollen entsprechend ihrem pädagogischen Konzept wieder generell das Abitur nach 13 Jahren anbieten können.

Bei den Gymnasien wollen wir den Schulträgern und Schulen gemeinsam ermöglichen, sich für ein Abitur nach zwölf oder 13 Jahren zu entscheiden.

WIR MACHEN SCHULE BESSER – FÜR MEHR BILDUNGSQUALITÄT

In unseren Schulen steht häufig allein die Anhäufung des Wissens im Vordergrund. In festgelegten Zeittakten hetzen die SchülerInnen von einem Fach zum anderen. Sinnvolle Verknüpfungen sind häufig nicht erkennbar und eigene Interessen und Schwerpunktsetzungen werden nicht berücksichtigt. Die Verbesserung des Unterrichts ist der entscheidende Schritt zur Steigerung der Qualität unserer Schulen und damit zur Sicherung der Kompetenzen zukünftiger Generationen. Anstelle einer Einheitspädagogik des Gleichschritts steht für uns GRÜNE die umfassende Persönlichkeitsbildung aller SchülerInnen im Mittelpunkt.

Lernen heißt nicht nur Wissen zu speichern, sondern dieses Wissen auch anwenden zu können, um den täglichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Dazu gehört auch die Fähigkeit, die eigenen Lernwege zu planen und sich auch anstrengenden Lernschritten zu stellen. All dies zusammen schafft die Grundlagen für die Gestaltung eines erfolgreichen Lebens. Die Entwicklung von Konzepten für eine in diesem

Sinne nachhaltig wirkende Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Lehren und Lernen und für die Sicherung einer lebenswerten Zukunft unerlässlich. Wir GRÜNE werden die Schulen dabei unterstützen. Individuelle Förderung und eine Pädagogik der Vielfalt erfordern nicht nur eine entsprechende Gestaltung des Unterrichts, sondern vor allem eine bessere Rückmeldung für SchülerInnen und Eltern. In einem ersten Schritt wollen wir die Leistungsbewertung neu gestalten, zum Beispiel durch die Einführung von Leistungsportfolios und Lernentwicklungsberichten. Damit wird die Zahl der Leistungskontrollen verringert und Leistungsdruck abgebaut. Unterrichts begleitende Lernberatung der SchülerInnen und Eltern sollen ausgebaut werden, um allen Beteiligten mehr Sicherheit bei der Gestaltung des persönlichen Lernwegs zu geben. Für die LehrerInnen soll es regelmäßige Rückmeldungen der SchülerInnen geben, um so zur Verbesserung des Unterrichtes beizutragen.

KLEINERE KLASSEN, MEHR INDIVIDUELLE FÖRDERUNG

Große Schulklassen, Druck durch ständige Leistungsbewertungen und die Bedrohung durch Sitzenbleiben und Abschulung im gegliederten Schulwesen zerstören das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit und schaffen eine große

Anzahl von BildungsverliererInnen, die wir uns gerade angesichts des demografischen Wandels nicht leisten können. Ziel GRÜNER Schulpolitik ist es, die Zahl der SchulabbrecherInnen zu verringern und allen SchülerInnen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erfolgreiches Lernen und hochwertige Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Wir GRÜNE wollen die individuelle Förderung von SchülerInnen ausbauen und auf diese Weise Sitzenbleiben und Abschulen überflüssig machen. Insbesondere muss für Kinder mit diagnostizierter Teilleistungsstörung (Legasthenie, Dyskalkulie etc.) ein angemessener Nachteilsausgleich und individuelle Förderung zwingend vorgeschrieben werden. Das Land Niedersachsen wird sich beim Bundesgesetzgeber dafür einsetzen, dass die Behandlung von Teilleistungsstörungen in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen wird. Darüber hinaus setzen wir uns für kleinere Klassen und eine bessere Personalausstattung in den Schulen ein, damit Lehrkräfte entlastet und SchülerInnen besser gefördert werden. Der zweite Bildungsweg mit seinen wachsenden Aufgaben für junge Menschen muss als Zusatzangebot stärker gefördert werden.

GANZHEITLICHES LERNEN FÜR DAS GANZE LEBEN

Unsere Schulen sind kopflastig und

vernachlässigen neben der Bedeutung der musisch-kreativen Bildung auch die Bedeutung von körperlicher Bewegung und Sport. Bewegung und Sport aber fördern die Gesundheit, können ein positives Körpergefühl unterstützen und sind wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Bewegung muss täglicher Bestandteil des Schullebens werden. Wir GRÜNE stehen deshalb für eine gesunde Schule, in der die tägliche Bewegung integraler Bestandteil von Stundentafeln ist. Der Gesundheitsförderung und dem Sport muss in allen Schulformen ein höherer Stellenwert im Schulalltag durch Konzepte zur täglichen Bewegungszeit beigemessen werden. Deshalb wollen wir die dritte Sportstunde in der Grundschule einführen. Musik, Kunst und Darstellendes Spiel haben eine ebenso grundlegende Bedeutung für die ganzheitliche Persönlichkeitsbildung. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass dieser Bereich genauso selbstverständlich zum Stundenplan gehört wie Mathematik oder Deutsch.

VIelfalt LERNEN UND LEBEN

Gemeinsam geteilte Werte sind die Basis für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Unabhängig von der Zugehörigkeit zu religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften wollen wir einen gemeinsamen Unterricht aller SchülerInnen im Fach

„Religionen und Weltanschauungen“ als Pflichtfach in der Stundentafel verankern. Wir GRÜNE wollen den Bildungsauftrag im Schulgesetz säkular formulieren. Damit wollen wir allen SchülerInnen die Möglichkeit eröffnen, im gemeinsamen Unterricht Weltanschauungen und religiöse Orientierungen kennenzulernen und mehr Verständnis für unterschiedliche Sichtweisen zu entwickeln. Damit qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen, wird das Fächerangebot in der LehrerInnenaus- und -weiterbildung entsprechend erweitert.

Daneben soll es konfessionsgebundenen Religionsunterricht weiterhin als Wahlpflichtfach geben. Diesen Unterricht sollen SchülerInnen unabhängig von ihrer Konfession, je nach Interesse für eine Religion oder Konfession, besuchen können. Mit dem Studiengang Islamische Religionspädagogik ist die Ausbildung der Lehrkräfte neben den christlichen Religionen inzwischen auch für den freiwilligen islamischen Religionsunterricht sichergestellt. Die Universität Osnabrück bietet diesen Studiengang als deutschlandweit größten seiner Art an.

Die gemeinsame Schule in einer inklusiven Migrationsgesellschaft muss allen Kindern und Jugendlichen den Aufbau interkultureller Kompetenzen ermöglichen. Wir wollen die Fähigkeiten und Erfahrungshintergründe von Kindern und

Jugendlichen mit Migrationshintergrund einbeziehen. Hier spielt die Förderung der Mehrsprachigkeit in Form von herkunftssprachlichem Unterricht, bilingualen Angeboten und durch ein erweitertes Fremdsprachenangebot eine zentrale Rolle. Wir wollen die Vielfalt in den Klassenzimmern auch im LehrerInnenzimmer abbilden und setzen dafür ein, dass mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund eingestellt werden.

AUCH LEHRERINNEN BRAUCHEN MEHR UNTERSTÜTZUNG

Lehrkräfte werden häufig mit den Problemen des Schulalltags allein gelassen. Sie müssen sich nicht nur um den Unterricht kümmern, sondern zusätzlich gesellschaftliche Probleme wie Suchtverhalten, Umgang mit Medien oder Gewalt aufgreifen und Lösungen dafür vermitteln. Deshalb brauchen die Schulen qualifiziertes Personal und umfangreiche Beratung und Unterstützung auf dem Weg zu einer inklusiven Schule. Wir GRÜNE wollen die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungssysteme ausbauen. Die dazu notwendige Personalausstattung werden wir verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulsozialarbeit fester Bestandteil aller Schulen wird. Ziel ist es, durch die Vernetzung mit außerschulischen Fachkräften und Institutionen jeder Schule die Inanspruchnahme eines

maßgeschneiderten pädagogisch-psychologischen Unterstützungsnetzwerks zu ermöglichen, das für Fragen der weiteren Lebens-, Schul- und Unterrichtsplanung beratend und vermittelnd zur Seite steht.

Wir GRÜNE werden eine Reform der LehrerInnenausbildung und eine Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrkräfte auf die Herausforderungen einer inklusiven Pädagogik vorzubereiten. In der Aus- und Weiterbildung von LehrerInnen setzen wir uns dafür ein, dass Teilleistungsstörungen wie Legasthenie und Dyskalkulie ein verpflichtendes Thema für alle LehrerInnen wird. Wir werden ein Gesamtkonzept erarbeiten, in dem die universitäre Phase, der Vorbereitungsdienst und die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung aufeinander bezogen und gebündelt werden. Mit einem Programm für BerufsanfängerInnen wollen wir insbesondere den Übergang vom Studium in den LehrerInnenberuf verbessern. Darüber hinaus soll die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung verpflichtend eingeführt werden. Wir GRÜNE setzen uns für eine gesetzliche Regelung für eine zukunftsorientierte LehrerInnenbildung ein. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine faire Bewertung von im Ausland erworbenen Lehramtsqualifikationen umsetzen. Wenn dabei Lücken in der Ausbildung festgestellt werden,

müssen Betroffene die Möglichkeit auf Anpassungsqualifizierung erhalten.

SCHULLEITERINNEN BESSER UNTERSTÜTZEN

Mit großen Schlagzeilen hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Aufbau einer Führungsakademie für FunktionsträgerInnen in Schule und Schulbehörde angekündigt. Realisiert wurde sie bis heute nicht. Wir GRÜNE sehen aber durch die Eigenverantwortung der Schulen und die Weiterentwicklung zu inklusiven Schulen eine der größten Herausforderungen für die nächsten Jahre. Diese kann nur gelingen, wenn die Führungskräfte und FunktionsträgerInnen professionell auf ihre Aufgaben vorbereitet und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Wir wollen mit Qualifizierungsprogrammen und einem Rahmenkonzept zur Personalentwicklung in Schule und Schulbehörde die Führungskompetenzen verbessern und die Leistungsfähigkeit von Führungskräften und FunktionsträgerInnen steigern.

WIR MACHEN SCHULE GERECHTER UND DEMOKRATISCHER

Wir GRÜNE sehen in der kostenlosen Teilhabe an staatlicher Bildung einen zentralen Eckpfeiler für die Verwirklichung von Chancengleichheit. Dazu gehört ein sozial ausge-

wogenes Konzept der Lernmittelfreiheit. Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle schulpflichtigen SchülerInnen – ab den kommunal zu bestimmenden zumutbaren Schullweggrenzen – einen Anspruch auf kostenfreie Schülerbeförderung erhalten.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Schulen mehr Eigenverantwortung versprochen. Angekommen sind in den Schulen aber überwiegend zusätzliche Belastungen und neue Verwaltungsaufgaben. Wir GRÜNE wollen dieser Entwicklung entgegenwirken und vor allen Dingen die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen stärken. Schulen kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Sie benötigen Gestaltungsspielräume für Schwerpunktsetzungen, Profilbildung und die Entwicklung pädagogischer Konzepte zur Verwirklichung inklusiven gemeinsamen Lernens und individueller Förderung aller SchülerInnen.

Eigenverantwortlichkeit und Profilbildung heißt aber nicht, allen Interessengruppen uneingeschränkt Zugang zur Schule zu ermöglichen. Eine einseitige Beeinflussung durch Organisationen, Interessenverbände und Unternehmen muss verhindert werden. In diesem Zusammenhang lehnen wir GRÜNEN auch Veranstaltungen ab, die von der Bundeswehr an unseren Schulen

organisiert werden. Wir wollen kein einseitiges Werben für die Bundeswehr in den Schulen. Stattdessen setzen wir uns für eine umfassende Friedenserziehung ein, die unter Beteiligung verschiedener AkteurInnen eine differenzierte Meinungsbildung ermöglicht.

Die Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern und SchülerInnen in unseren Schulen sind wenig motivierend. In der Regel wird Schule als Sache der LehrerInnen betrachtet. Wir GRÜNE wollen zusammen mit allen Beteiligten Eckpunkte für ein Programm „Gemeinsam gute Schule entwickeln – Demokratische Teilhabe verwirklichen“ erarbeiten. Damit erhalten Schulen eine Grundlage für mehr Demokratie und gemeinsame Gestaltung einer leistungsfähigen Schule. Im Schulvorstand wollen wir eine Drittelparität verwirklichen, das bedeutet, dass dort SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gleichberechtigt mitbestimmen dürfen. Die Partizipation der SchülerInnen an der Gestaltung des Unterrichtes, des Schullebens, der räumlichen Gegebenheiten etc. soll wesentlich intensiviert werden. Alltägliche Beteiligungskultur muss selbstverständlicher Bestandteil des Leitbildes aller Schulen werden.

SCHULBEHÖRDEN ZU DIENSTLEISTUNGSZENTREN

Die schwarz-gelbe Landesregierung

hat es nicht geschafft, die staatliche Schulaufsicht den Erfordernissen der eigenverantwortlichen Schule anzupassen. Kleinliche Regelungen behindern die Schulen in ihrer pädagogischen Entwicklung. Wir GRÜNE wollen die staatliche Schulaufsicht so organisieren, dass sie Schulen ermutigt, eigenverantwortlich zu handeln. Neben den im Grundgesetz verankerten aufsichtlichen Aufgaben soll das Beratungs- und Unterstützungssystem in einer eigenen Struktur gebündelt werden, das den Schulen direkt und zeitnah zur Verfügung steht.

Eigenverantwortung in einem staatlich verantworteten Bildungssystem erfordert Rechenschaftslegung. Dazu gehört, dass die Lehrkräfte über die Qualität ihrer Arbeit Rechenschaft ablegen müssen und auch die Schule insgesamt. Wir GRÜNE wollen weiterhin eine Schulsinspektion, die in regelmäßigen Abständen alle Schulen überprüft und nicht nur anlassbezogen einige wenige Schulen in den Blick nimmt. Wir wollen die Inspektion weiterentwickeln und stärken, damit sie als Spiegel der Schulqualität der einzelnen Schule für ihre weitere Entwicklung sinnvolle Hinweise lie-

fert, aber auch dem Landtag, den Eltern und der Öffentlichkeit einen umfassenden Überblick über die Leistungsfähigkeit des Schulsystems bietet.

Bildungsqualität ist inzwischen auch ein Thema in den Landkreisen und Kommunen geworden. Die klassische Aufgabenverteilung zwischen Land und Schulträgern löst sich immer mehr auf. Das regionale Bildungsangebot wird zunehmend zum Standortfaktor und zum Kennzeichen von regionaler Attraktivität und Leistungsfähigkeit. Eine Gesamtkonzeption der schwarz-gelben Landesregierung ist nicht zu erkennen. In teuren Bildungskonferenzen werden plakative Forderungen aufgestellt, die häufig bei den Betroffenen nicht ankommen und schon gar nicht mit ihnen entwickelt wurden. Nur im Miteinander vor Ort gelingen die Verwirklichung bürgerschaftlichen Engagements und die nachhaltige Verbesserung der Bildungsqualität. Wir GRÜNE wollen mit den Kommunen, Landkreisen und den Menschen vor Ort landesweite Standards für regionale inklusive Bildungslandschaften entwickeln.

MACH'S MÖGLICH

BERUFLICHE BILDUNG

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Statt teurer Warteschleifen mehr Unterstützung beim Übergang von der Schule in die duale Ausbildung
- ▶ Qualität der beruflichen Bildung trotz des demografischen Wandels erhalten

Wir GRÜNE verfolgen weiterhin das Ziel der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Berufliche Bildung und Studium wollen wir stärker verknüpfen. Wir wollen die erfolgreiche duale Berufsausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule stärken. Berufsbildende Schulen und Betriebe wollen wir dabei unterstützen, wirksame Konzepte zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses zu entwickeln, zum Beispiel durch attraktive Praktikumsangebote oder an das duale Studium angelehnte Formen der Fachkräftebindung.

MEHR TRANSPARENZ, DURCHLÄSSIGKEIT UND FLEXIBILITÄT

Der Vielfalt der persönlichen Bildungsbiografien der BürgerInnen wollen wir durch mehr Transparenz,

Durchlässigkeit und Flexibilität in der beruflichen Bildung Rechnung tragen. Für jeden absolvierten Berufsbildungsabschnitt sollen die erworbenen Kompetenzen auf der Grundlage des europäischen Referenzsystems¹ dokumentiert und zertifiziert werden. So wird eine Anrechnung auf geeignete Bildungs- und Studiengänge möglich. Dazu gehören auch im Ausland absolvierte Berufsbildungsabschnitte. Eine Unterteilung der Ausbildung in Bildungsabschnitte darf dabei nicht dazu führen, dass Ausbildungsinhalte insgesamt reduziert werden. Im Sinne eines lebenslangen Lernens wollen wir die Anerkennung von Kompetenzen ermöglichen, die im Berufsleben oder im Ehrenamt erworben werden.

INKLUSION AUCH IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung im Schulgesetz zu verankern. Die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen

müssen geschaffen werden. Eine entsprechende Fortbildungsinitiative für Lehrkräfte und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Unterstützung sind notwendig. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

JEDER JUGENDLICHE HAT EIN RECHT AUF EINE BERUFSAUSBILDUNG

Viele SchülerInnen landen nach der Schule statt in der Ausbildung in einem Übergangssystem, das viel Zeit und Geld kostet und die Vermittlungschancen häufig nicht verbessert. Wir GRÜNE wollen diese Warteschleifen durch bessere Unterstützung zum Einstieg in die duale Ausbildung überflüssig machen. Wenn dies in Einzelfällen nicht gelingt, wollen wir diese Warteschleifen durch eine anerkannte Berufsausbildung mit staatlicher Förderung ersetzen. Wer sich nachweislich mehrfach erfolglos um einen Ausbildungsplatz im dualen System beworben hat, soll nach maximal einem halben Jahr in eine berufliche Ausbildung in einem anerkannten Beruf eintreten (Hamburger Modell*), zum Beispiel an einer Berufsbildenden Schule in Kooperation mit einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte und/oder mit Betrieben. Auch Jugendliche mit schwachem oder gar keinem

Schulabschluss oder besonderem Unterstützungsbedarf sollen die Chance auf eine anerkannte berufliche Ausbildung erhalten, die zu ihren Fähigkeiten passt und auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt ist. Die Ausbildung wird, je nach Fähigkeit der Auszubildenden, zeitlich und inhaltlich flexibel gestaltet und endet mit einer Kammerprüfung.

QUALITÄT ANGESICHTS DER DEMOGRAFISCHEN ENTWICKLUNG ERHALTEN

Die Berufsbildenden Schulen stehen im Flächenland Niedersachsen vor einer großen Herausforderung. Ein vielfältiges Angebot an beruflichen Fachrichtungen und Branchen wie in den städtischen Ballungsgebieten kann in den ländlichen Regionen nicht mehr sichergestellt werden. Als Konsequenz werden Bündelberufsschulen gebildet, in denen alle Berufsfelder unterrichtet werden. Bei vielen Bündelschulen kommt es durch die demografische Entwicklung heute schon zu Schwierigkeiten bei der Bildung von Fachklassen für die einzelnen Berufe. Auch die Gewinnung von Lehrkräften für die verschiedenen beruflichen Fachrichtungen bereitet Schwierigkeiten. Wir wollen uns dieser Entwicklung stellen und in Zusammenarbeit mit Schulträgern und Kammern Konzepte entwickeln, um dieser Abwärtsspirale entgegenzuwirken, die Ausbildungsbereitschaft der Betrie-

be zu stärken und den Auszubildenden so eine gute berufliche Bildung zu ermöglichen. Dabei sollen die hohe Qualität der beruflichen Bildung und die Bereitstellung einer wohnortnahen beruflichen Grund-

bildung erhalten bleiben. Bei der Bildung überregionaler Fachklassen soll die Erreichbarkeit für die Auszubildenden sichergestellt und bei landesweiten Fachklassen eine Unterbringung gewährleistet werden.

HOCHSCHULE

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Die unsozialen Studiengebühren abschaffen und die Studienfinanzierung reformieren
- ▶ Mehr und bessere Studienplätze an Niedersachsens Hochschulen; Studieren muss flexibler, individueller und familienfreundlicher möglich werden
- ▶ Die Demokratie an den Hochschulen und die Teilhabe der Studierenden ausbauen
- ▶ Karrierewege für NachwuchswissenschaftlerInnen attraktiver machen
- ▶ Wissenschaft und Forschung an den gesamtgesellschaftlichen Problemen unserer Zeit ausrichten, um Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln

STUDIENGEBÜHREN ENDLICH ABSCHAFFEN

Studiengebühren schrecken besonders Menschen aus einkommensschwachen Familien oder Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund ab. Der Zugang zu unseren Hochschulen darf aber nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Niedersachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, das am unsozialen Modell der Studiengebühren festhält. Das hat massive Auswirkungen auf die Attraktivität unserer Hochschullandschaft. Wir wollen spätestens zum Wintersemester 2014/2015 die Studien- und Langzeitstudiengebühren für das Erststudium einschließlich des Master-Abschlusses abschaffen. Die dabei wegfallenden Einnahmen der Hochschulen werden wir durch Landesmittel kompensieren. Wir

setzen uns außerdem für eine bundesweite Reform der Studienfinanzierung für alle Studierenden ein. Sie soll sich künftig aus zwei Säulen zusammensetzen: erstens aus einem elternunabhängigen Sockelbeitrag für alle, der die bisherigen Zuschüsse an Eltern mit studierenden Kindern ersetzt, und zweitens aus einem bedarfsabhängigen Teil, der wie das bisherige BAföG dem sozialen Ausgleich dient. Hierbei müssen die jeweiligen Lebensumstände (zum Beispiel Ehrenamt oder Pflege) berücksichtigt werden.

MEHR UND BESSERE STUDIENPLÄTZE – BILDUNGSQUALITÄT IN DEN VORDERGRUND

Niedersachsen exportiert jährlich über 30.000 AbiturientInnen in andere Bundesländer und ist damit bundesweit trauriger Spitzenreiter. Die aktuelle StudienanfängerInnen-Prognose der KultusministerInnen-Konferenz belegt, dass ein Ausbau der Studienplatzkapazitäten mit dem Auslaufen des Hochschulpaktes nicht zu den Akten gelegt werden darf. Da im Rahmen des Hochschulpaktes bisher ausschließlich neue Kapazitäten in Bachelor-Studiengängen geschaffen wurden, brauchen wir in den nächsten Jahren zusätzlich einen nachfrage- und bedarfsgerechten Ausbau der Master-Studiengänge, statt den Zugang mit künstlich erzeugten Übergangsquoten zu beschränken.

Eine gute Ausbildung braucht Zeit – auch an der Hochschule. Studieren heißt für uns GRÜNE nicht, die Schulzeit um ein paar Jahre zu verlängern, sondern wissenschaftliches Arbeiten zu lernen und selbstständiges Denken zu entwickeln – individuell und frei. Die Proteste der Studierenden in den letzten Jahren haben deutlich gemacht, dass es um die Qualität des Studiums nicht immer zum Besten steht. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar sein. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Lehrqualität und gegen zeitlich verknappte Bachelor-Studiengänge ein.

Wir GRÜNE wollen mehr Individualität und Flexibilität und ein weniger verschultes Studienangebot. Studierende brauchen mehr Zeit und Raum, Wissen zu vertiefen und zu forschen.

Die Lehre an unseren Hochschulen muss deutlich aufgewertet werden. Da ein Großteil der Drittmittel in die Forschung fließt und diese vorwiegend für wissenschaftliche Reputation sorgt, spielt die Ausbildung junger StudentInnen im Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen zu häufig nur eine Nebenrolle. Um die Quoten der StudienabbrecherInnen zu senken und die Studienbedingungen zu verbessern, sollen deshalb verstärkt Mittel in die Lehre investiert werden. Darüber hinaus

wollen wir die „Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive Hochschuldidaktik“ ausbauen.

OFFENE HOCHSCHULE

Wir GRÜNE wollen, dass mehr Menschen mit Fachschulabschlüssen oder Abschlüssen aus dem dualen System ohne Abitur an die Hochschulen gehen. Es ist der Landesregierung nicht gelungen, die Hochschulen erfolgreich für diese Zielgruppe zu öffnen. Tatsächlich wird die im Hochschulgesetz verankerte Möglichkeit des Zugangs nur sehr selten genutzt.

Bildungsberatung ist angesichts der vielschichtigen Strukturen unseres Bildungssystems ein zentraler Schlüssel zur Teilhabe geworden. An den Hochschulen müssen entsprechende Angebote ausgebaut werden.

Um Schwellenängste abzubauen und um mögliche Kompetenzdefizite schon vor Beginn des Studiums aufzuholen, brauchen wir mehr Vorbereitungskurse, die Fachkräfte mit beruflichen Abschlüssen ohne Abitur fit für die Hochschulen machen. Um einen Studienabbruch am Anfang des Studiums zu verhindern, müssen verstärkt studienbegleitende Brückenkurse, Coaching- oder Mentoring-Programme angeboten werden. Diese Unterstützungsangebote sollen in enger Kooperation

zwischen den Hochschulen und den Einrichtungen für Erwachsenenbildung entwickelt werden.

Um den speziellen Arbeits- und Lebensbedingungen Berufstätiger gerecht zu werden, sollen an den Hochschulen mehr Fern- oder Teilzeitstudiengänge angeboten werden. Es müssen mehr Zentren für Fernstudien und universitäre Weiterbildung eingerichtet werden. Der semesterweise Wechsel zwischen Voll- und Teilzeitstudium muss möglich sein. Im Sinne des lebenslangen Lernens müssen die Hochschulen verstärkt einzelne Module als Weiterbildungsangebote vorhalten, sowohl mit dem Ziel des Bachelor- als auch des Master-Abschlusses. Bereits in der Erstausbildung oder im Berufsleben erworbene Kenntnisse und Kompetenzen müssen nach transparenten und verbindlichen Kriterien anerkannt werden. Über finanzielle Anreize und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen soll erreicht werden, dass die Hochschulen sich vermehrt um Studierwillige ohne Abitur bemühen. Aus diesem Grund werden wir Schnupperstudententage fördern, an denen Interessierte die Möglichkeit haben, aktiv den Alltag an der Universität zu erleben und sich einen Überblick über die Studienrichtungen zu verschaffen.

PERSONALSTRUKTUR AN NIEDERSACHSENS HOCHSCHULEN REFORMIEREN

Ein innovatives Niedersachsen braucht Hochschulen, die attraktive Karrierewege für NachwuchswissenschaftlerInnen aufzeigen. Die Praxis sieht leider anders aus. In Niedersachsen werden inzwischen 83 Prozent aller wissenschaftlichen MitarbeiterInnen befristet angestellt. International liegt der Anteil zwischen 20 und 30 Prozent. Die derzeitige Situation schafft schwierige Lebensumstände für die Betroffenen und führt oft direkt zu Qualitätsverlusten in Forschung und Lehre. Deshalb wollen wir mehr unbefristete Stellen für NachwuchswissenschaftlerInnen schaffen.

Wir brauchen verbindliche Vereinbarungen zwischen DoktorandInnen und Hochschulen, die striktere Vorgaben für die Betreuung der Promotion beinhalten. Promovierende sind keine LückenbüßerInnen im Hochschulbetrieb. Wir wollen mehr Junior-Professuren, die zudem öfter als bisher mit dem sogenannten „Tenure-Track“ zu versehen sind. Über öffentliche Projektförderungen sollen Anreize zur Einrichtung unbefristeter Stellen geschaffen werden.

Ziel des Landes muss es sein, den Frauenanteil in der ProfessorInnen-schaft und in den Führungsgremien

der Hochschulen zu erhöhen. Dazu wollen wir unsere Hochschulen motivieren, sich für einen höheren Frauenanteil in ihren Strukturen einzusetzen, beispielsweise über die Zuweisung von Geldern nur bei Umsetzung einer geschlechtergerechten Hochschul- und Besetzungspolitik.

FAMILIENFREUNDLICHE HOCHSCHULE

Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen in Niedersachsen familienfreundlicher gestaltet werden. Dafür brauchen wir nicht nur mehr qualitativ hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen an den Hochschulen, sondern auch mehr Teilzeitstudiengänge und die Möglichkeit einer flexibleren Organisation von Studium, Praktika und Prüfungen.

NACHHALTIGE WISSENSCHAFT

Wir GRÜNE wollen, dass sich unsere Hochschulen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen und ihren Teil dazu beitragen, Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln. Das heutige Wissenschaftssystem ist zur Umsetzung dieser Aufgabe nur sehr eingeschränkt fähig.

Große gesellschaftliche Herausforderungen – wie der Klimawandel,

die multikulturelle Gesellschaft, der demografische Wandel, vom Menschen entkoppelte Finanzmärkte oder die Energiewende – sprengen die Grenzen einzelner wissenschaftlicher Disziplinen und machen eine weitreichende gesellschaftliche Anpassung erforderlich. Unsere Hochschulen können der Gesellschaft dabei helfen, die Zusammenhänge solch umfassender gesellschaftlicher Wandlungen besser zu verstehen und notwendige Anpassungsprozesse aktiv zu gestalten. Um dieses Potenzial der Hochschulen optimal einsetzen zu können, machen wir uns für eine Weiterentwicklung der niedersächsischen Hochschullandschaft stark. Ziel ist es, eine disziplinübergreifende Forschung und Ausbildung in Natur-, Ingenieur-, Kultur- und Sozialwissenschaften und eine enge Rückkopplung mit der Praxis zu ermöglichen. Wir brauchen Hochschul-AbsolventInnen, die als zukünftige EntscheidungsträgerInnen den globalen Herausforderungen gewachsen sind. Deshalb soll Nachhaltigkeitsforschung zu einem niedersächsischen Forschungsschwerpunkt werden, der mit entsprechenden Zielvereinbarungen oder Förderprogrammen.

FÜR MEHR TRANSPARENZ IN DER HOCHSCHULFORSCHUNG

Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen dürfen keine Elfenbeintürme sein, in denen hin-

ter verschlossenen Türen gearbeitet wird. Technische Innovationen müssen auf ihre Folgen für Mensch und Umwelt hinterfragt werden. Aus diesem Grund hat sich öffentlich geförderte Forschung und Lehre jederzeit einer kritischen Öffentlichkeit zu stellen. Die Ergebnisse der Forschungsvorhaben müssen zeitnah zugänglich gemacht werden. Forschungsprojekte, die mit privaten Mitteln finanziert werden, müssen ihre Geldgeber und deren Aufträge offenlegen. Stiftungsprofessuren, die von nicht-staatlichen Geldgebern finanziert werden und über deren Besetzung die externen Geldgeber in Berufungskommissionen mitentscheiden, müssen der Öffentlichkeit als solche kenntlich gemacht werden. Im Bereich von Risikotechnologien – etwa bei der Endlager- oder Genforschung oder Forschung mit ausschließlich oder überwiegend militärischer Nutzbarkeit – soll als Kontrollinstanz ein Beirat eingerichtet werden, dem neben Studierenden und anderen Hochschulangehörigen zum Beispiel auch VertreterInnen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden und Religionsgemeinschaften angehören sollen und der über die Annahme solcher Aufträge entscheidet und Drittmittel-Kooperationen freigibt. Wir möchten in Niedersachsen eine für alle Universitäten verbindliche Zivilklausel einführen, die Forschung und Entwicklung von Waf-

fen und anderen Rüstungsgütern ausschließt.

DEMOKRATIE UND TEILHABE AN HOCHSCHULEN AUSBAUEN

Die Struktur der Gremien an Hochschulen muss unter demokratischen Gesichtspunkten fortentwickelt werden. Die an den Hochschulen neben den ProfessorInnen vertretenen Statusgruppen (wissenschaftliche Hilfskräfte, MitarbeiterInnen, Studierende) müssen in den Hochschulgremien paritätisch vertreten sein und wieder stärker an den Entscheidungsfindungen beteiligt

werden. Auch die Gruppe der Promovierenden muss dabei berücksichtigt werden. Anders als CDU und FDP wollen wir starke Senate, die in allen Belangen der Hochschulentwicklung beteiligt werden.

Wir wollen den Hochschulen mehr Entscheidungskompetenzen übertragen. Ein Beispiel ist das Bauherrenrecht. Die Landeskonzferenz der Allgemeinen Studierendenausschüsse soll eine stärkere landespolitische Beratungsfunktion einnehmen, um die Interessenvertretung von Studierenden im Hochschulbereich zu stärken.

MACH'S MÖGLICH

ERWACHSENENBILDUNG

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen vorhalten
- ▶ Eine neue Koordinierungsstelle für die Politische Bildung einrichten

Die Erwachsenenbildung hat das Ziel, Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen anzubieten – unabhängig von Bildungskarriere oder sozialer Herkunft. Sie ist damit ein zentraler Baustein des Bildungswesens. Die

öffentliche Förderung von Erwachsenenbildung ermöglicht eine nachhaltige Einbindung in das berufliche, politische und kulturelle Leben einer demokratischen Gesellschaft.

Bildungsangebote der freien Erwachsenenbildung und der niedersächsischen Volkshochschulen dienen der Emanzipation jedes Einzelnen und stärken eine auf politische und soziokulturelle Beteiligung ausgerichtete, demokratische Gesellschaftsordnung. Sie fördern das gesellschaftliche Engagement der BürgerInnen in Niedersachsen. Für die Erwachsenenbildung gilt: Gute Bildungsarbeit braucht qualifizierte Kräfte. Daher hat sich die Landesförderung am Prinzip der leistungsgerechten Entlohnung auszurichten.

TEILHABE VERBESSERN

Untersuchungen belegen, dass Angebote der Weiterbildung oder des Bildungsurlaubs umso häufiger genutzt werden, je höher die Vorbildung ist. Chancengleichheit ist auch in der Erwachsenenbildung noch lange nicht erreicht. Ziel staatlich geförderter Erwachsenenbildung muss es sein, erreichbare und bezahlbare Angebote vor allem für die Menschen zu ermöglichen, die bisher unterrepräsentiert sind. Das gilt vor allem für Menschen mit einem geringen Bildungsstand und geringem Einkommen. Für bisher nicht angesprochene Gruppen müssen

spezielle Programme aufgelegt werden, die ihre Teilhabe an Weiterbildung erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, Formen aufsuchender Bildungsarbeit zu entwickeln.

BILDUNGSBERATUNG

Lebenslanges Lernen ist ohne Unterstützung durch ein Beratungssystem nicht oder nur sehr begrenzt realisierbar. Die Ausdifferenzierung von Berufs- und Bildungsbiografien, sich laufend wandelnde Anforderungen am Arbeitsplatz und die Unvorhersehbarkeit der eigenen Erwerbsbiografie machen ständige Weiterbildung zur Notwendigkeit. Die Vielfalt von Bildungsangeboten erschwert den Überblick und hat einen hohen Orientierungsbedarf zur Folge. Daher ist es notwendig, Bildungsberatung als eigenständiges Tätigkeitsfeld zu profilieren. In lokalen Netzwerken agierende Beratungsstellen mit ausgebildetem Personal garantieren eine hochwertige Bildungs- und Berufsberatung. Deshalb ist eine trägerunabhängige, professionelle und pädagogische Form der Bildungsberatung eine öffentliche Aufgabe.

Um die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu erhöhen und die Teilnahmequote an Weiterbildungsmaßnahmen zu steigern, halten wir den Ausbau des bestehenden Netzwerkes solcher Bildungsberatungsstellen in Niedersachsen für

erforderlich. Neben der individuellen, personenbezogenen Beratung bieten diese Agenturen das Potenzial, in Kooperation mit den Hochschulen und der Wirtschaft Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt zu ermitteln und spezielle Programme – etwa im Rahmen der Offenen Hochschule – zu koordinieren.

POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung ist die Grundlage für politische und gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Engagement.

Nach der Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung gibt es in Niedersachsen keine von der Exekutive unabhängige Institution, die einrichtungsübergreifende Angebote der politischen Bildung

konzipiert und koordiniert. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft hat. Das halten wir für einen großen Fehler! Für politische Bildung an Schulen und die Weiterbildung von LehrerInnen im Bereich Politik fehlt es an einer zentralen Stelle, die landeseigene und länderübergreifende Angebote koordiniert und DozentInnen- und ExpertInnen-Pools bereithält. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle politische Bildung“, die mit eigenen Mitteln ausgestattet in die Fläche wirken kann, Angebote bündelt und koordiniert sowie Unterstützung für Bildungsträger anbietet. Besonders wichtig sind dabei aufsuchende und zielgruppenspezifische Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene.

MACH'S MÖGLICH

UMWELT, KLIMA, ARBEIT, WIRTSCHAFT

WIRTSCHAFTLICHER ERFOLG MIT GRÜNEN IDEEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Mit dem Green New Deal durch eine gezielte Förderung von Zukunftsbranchen (Umwelt, Energie, Demografie) vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen
 - ▶ Durch zielgenaue Unterstützung keinen Jugendlichen mehr ohne Schulabschluss und ohne Ausbildungsplatz zurücklassen
 - ▶ Fair bezahlte und gute Arbeit bei allen öffentlichen ArbeitgeberInnen und AuftraggeberInnen selbstverständlich werden lassen – durch eine modernere Personalvertretung und an sozialen und ökologischen Kriterien orientierte Vergaben
 - ▶ Mit einer Effizienz- und Klimaschutzagentur und einer Neuausrichtung der Fördergelder Niedersachsens Wirtschaft und Kommunen nachhaltig gestalten
 - ▶ Durch erhöhte Abgaben auf die Gewinnung von Gas, Wasser oder Kies einen sparsameren und verträglicheren Abbau und Verbrauch endlicher Rohstoffe durchsetzen
- Immer häufiger erleben wir inzwischen die Grenzen des Wachstums. Deshalb brauchen wir Wege, um Wohlstand für alle mit den vor-

handenen Ressourcen erreichen zu können. An Stelle von immer mehr Wachstum ist die Nachhaltigkeit der bessere Indikator für eine zukunfts-gerechte Entwicklung der Wirtschaft. Wir müssen uns von einem Wohlstandsbegriff lösen, der bisher ausschließlich an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelt ist. Die mit dem BIP untrennbar verbundene Förderung der Verschwendung erzeugt ein Trugbild. Auch Unfälle, Staus oder weggeworfenes Essen erhöhen das Bruttoinlandsprodukt und sorgen so für „Wachstum“. Mit einem regionalen Wohlstands-Index für Niedersachsen, der auch Indikatoren wie Bildung, Gesundheit oder nachhaltigen Ressourcenen-Einsatz enthält, wollen wir GRÜNE Wohlstand neu definieren. Politisches Handeln muss sich von der Fixierung auf unbedingtes Wirtschaftswachstum lösen. Wir wollen die Diskussion über eine Post-Wachstums-Gesellschaft breit und gründlich führen. Vorreiter sind dabei neue Ansätze der Gemeinwohl-Ökonomie mit BürgerInnen-Engagement – zum Beispiel durch Genossenschaften – und die vielerorts stärker werdenden Suffizienz-Initiativen¹ wie Post Oil City² oder Transition Town³.

GREEN NEW DEAL STATT ALTER WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung entsteht, wenn in Zu-

kunftsbranchen, wie zum Beispiel in die Erneuerbaren Energien oder Energieeffizienz, in Gebäudesanierung und Umwelttechnologien investiert wird. Der „Green New Deal“⁴, die umfassende grüne Antwort auf die Klima-, Wirtschafts- und Finanzkrise, ist nichts anderes als ein Erneuerungsprogramm für die niedersächsische Wirtschaft – vom kleinen Handwerksbetrieb über viele Dienstleistungsbereiche bis hin zur Industrie. Die aus den Zukunftsbranchen erwachsenden Potenziale für neue auskömmliche Arbeitsverhältnisse wollen wir durch die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Förderpolitik des Landes bestmöglich ausschöpfen.

Um die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen, wollen wir gemeinwohlorientiertes Unternehmertum in der Region stärken. Bürger-Energie-Genossenschaften, solidarische Landwirtschaftsmo-delle oder Tausch- und Zeitbörsen ermöglichen gesellschaftliche Innovationen, erschließen neue Betätigungsfelder und helfen, vor Ort den sozial-ökologischen Wandel voranzutreiben. Wir wollen hierfür vorhandene Beratungsangebote verstärken und ausbauen, rechtliche Hemmnisse abbauen und Finanzierungsmöglichkeiten verbessern.

Die immer wieder aufgedeckten Fehlsubventionen und Mitnahme-effekte der bisherigen Wirtschaftsförderung in Niedersachsen rufen nach einem Neuanfang. Bei jeder

Form von staatlicher Förderung müssen Effizienz und Transparenz statt Günstlingswirtschaft oberstes Gebot sein. Dabei wollen wir die klassische Wirtschaftsförderung, aber auch große Teile der EU-Förderung, soweit möglich auf revolvi-ernde Konzepte⁵ wie Förderkredite und Beteiligungskapital umstellen. Vorrang sollen dabei die zukunfts-trächtigen Energie-, Umwelt- und Effizienztechniken bei Forschung, Entwicklung und Markteinführung haben.

Als zweite Wachstumsbranche sehen wir GRÜNE den Gesundheitsbereich, den wir von der Forschung über die Gesundheitswirtschaft bis zur Versorgung und zur Pflege als ein koordiniertes Programm der Landesregierung voranbringen möchten. (► S. 114) Erhebliche, bisher ungenutzte Potenziale bestehen in Niedersachsen ebenso im Bereich der Kreativ- und Kulturwirtschaft, denen wir in Zukunft mehr Gewicht geben wollen. (► S. 159)

Dabei werden wir öffentliche Förderung in allen Bereichen an die Einhaltung von Sozialstandards wie Tarif-Entlohnung und die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen binden. Nach dem Bremer Vorbild wollen wir auch in Niedersachsen ein von den Gewerkschaften gefordertes Mindestlohngesetz für faire Löhne einführen. Danach müssen öffentliche und staatlich geförderte

Arbeitgeber mindestens 8,50 Euro pro Stunde an ihre Beschäftigten zahlen. Zurzeit arbeiten in Niedersachsen unter Schwarz-Gelb mehr als 570.000 Menschen für einen Stundenlohn von unter 8,50 Euro oft in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen. Wir GRÜNE wollen für faire Löhne sorgen und keine Subventionen mehr für Arbeitsplätze vergeben, von denen man nicht leben kann. Auch die Effizienz der Förderlandschaft muss durch klarere Profilierung und engere Zusammenarbeit der NBank⁶ mit den anderen Wirtschaftsfördereinrichtungen des Landes und der niedersächsischen Wirtschaft verbessert werden. Die Bank-Funktion der NBank soll sich mit den entsprechenden Standards und Tarifen auf einen enger begrenzten Bereich konzentrieren. Ziel ist die Straffung im Sinne einer modernen Dienstleistungsagentur bei der Förderung und deren Kontrolle (Evaluation). Zukünftig sollen durch mehr Pauschalierung und Verkürzung der Entscheidungswege in der Regel nur noch maximal zehn Prozent jeder Förderung für Bürokratie (Vergabe, Abrechnung und Kontrolle) genutzt werden.

Aus ordnungspolitischen Gründen sind wir für das Auslaufen der Landesförderung bei GISMA⁷ und Deutscher Management-Akademie⁸.

ZUSÄTZLICHE INVESTITIONEN

Motor für zusätzliche Beschäftigung im Zuge der Energiewende und neuer, starker Partner der NBank bei der Akquise von Fördermitteln und bei der fachlichen Prüfung von Anträgen soll eine niedersächsische Klimaschutz- und Effizienzagentur werden, die wir aus dem bisherigen Innovationszentrum Niedersachsen heraus entwickeln wollen. Die Agentur soll als Kooperationsprojekt von Landesregierung, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft angelegt sein. Mit Öffentlichkeitsarbeit, Beratung (zum Beispiel mit dem Konzept Ökoprotit[™]), Vernetzung und Vermittlung von Förderung soll die neue Institution in allen öffentlichen und privaten Bereichen zu den Themen Klimaschutz, Energiewende und Effizienzsteigerung aktiv werden. Ziel sind mehr und gezielte Investitionen in neue regenerative Energie-Anlagen, Wärmedämmung und andere Effizienztechniken. Wir brauchen eine neue technische Revolution für weniger CO₂ in der Energie und weniger Energie in unserem Wohlstand. Die Agentur soll dazu Forschung anstoßen und Wirtschaft, Universitäten und freie Institute vernetzen. Sie soll in enger Kooperation und nicht in Konkurrenz mit bereits vorhandenen Einrichtungen der Kommunen und Verbände arbeiten. Damit wollen wir die Rohstoff-, Material-, Re-

cycling-, Antriebs- sowie Energieeffizienz steigern, systematische Energieeinsparungen in allen Bereichen vorantreiben und innovative regenerative Energieerzeugung und Speicherung (insbesondere für den Grundlastbereich) fördern. Diese Konzepte und technischen Innovationen erschließen den Partnern aus der Wirtschaft die Märkte von Morgen im In- und Ausland. Das wiederum schafft und sichert neue dauerhafte Arbeitsplätze in ganz Niedersachsen.

Für Landesbereiche, die besondere demografische Herausforderungen oder den plötzlichen Wegfall von vielen Arbeitsplätzen zu bewältigen haben, zum Beispiel im Zuge der Bundeswehrreform, wollen wir wieder eine Landesentwicklungsgesellschaft zur Unterstützung schaffen. Diese soll als Tochterunternehmen der Effizienzagentur zugeordnet werden. Das dort gebündelte Planungs- und Entwicklungs-Know-how und die direkte Vernetzung mit Förderprogrammen soll den mit derart weitreichenden Aufgaben allein oft überforderten Kommunen helfen, passende Lösungen und UmsetzungspartnerInnen zu finden.

RESSOURCEN SPARSAM UND ÖKOLOGISCH NUTZEN

Der Glaube, dass Wachstum und Beschleunigung zwingende Voraussetzungen für den Erhalt unseres

Wohlstands sind, ist spätestens seit der tief gehenden Finanz- und Wirtschaftskrise und angesichts unserer erkennbar endlichen Welt bei vielen Menschen in eine Verunsicherung umgeschlagen. Wir GRÜNE halten ein schnelles Umsteuern zu weniger Ressourcenverbrauch, mehr regionalen Wirtschaftskreisläufen und einer deutlich höheren industriellen Wiederverwertungsquote gebrauchter Wertstoffe für möglich und nötig. Auf dem Weg dorthin brauchen wir eine Bodenabbau-Abgabe, die einen sparsameren Verbrauch und stärkere Anreize zum Recycling bei unseren endlichen Bodenschätzen wie Kies, Sand, Hartgestein, Gips, Torf und Erzen durchsetzt. Für Gips- und Torfabbau soll es keine Genehmigungen mehr geben. Das Wasserentnahmegeld (WEG) wollen wir auf Nachhaltigkeit ausrichten, indem ökologische Kosten der Gewässernutzung und die Folgen der nicht mehr vermeidbaren Klimaveränderungen bei den Erhebungssätzen berücksichtigt werden. Wir wollen einen landesweiten Altlasten-Fonds für Härtefälle, in denen Kommunen und Privatpersonen unwissentlich und unschuldig in den Besitz von belasteten Grundstücken gelangt sind. An diesem soll sich die Wirtschaft ebenfalls beteiligen. Dabei geht es um Mitverantwortung der VerursacherInnen, aber auch um das gemeinsame Interesse von Kommunen und Wirtschaft an der Nachnutzung

von Flächen und um Risikominde- rung für kommende Generationen. Wir wollen die Abgaben bei der Öl- und Gasförderung in Niedersachsen marktgerecht erhöhen und damit eine sichere Förderung und einen sparsamen Verbrauch erreichen.

Zusätzlich wollen wir die Instrumente der Raumordnung ausbauen, um auch unterirdische Nutzungskonflikte zu Lande und auf dem Meer zu minimieren. Die oberirdische Raumordnung wollen wir um ein Flächen-Management mit landesweiten Versiegelungs- und Leitungstrassen-Katastern erweitern, um sparsameres Bauen zu fördern. Wir werden Instrumente entwickeln, die den Flächenverbrauch bremsen und Anreize für die Konversion und Renaturierung bereits genutzter Flächen geben. Zur Begrenzung und Steuerung der Flächen für nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo) werden wir ein Monitoring und regionale Obergrenzen festschreiben.

GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Arbeit ist mehr als Geld verdienen. Arbeit schafft Teilhabe und Zugang zu gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir wollen, dass alle Menschen in Niedersachsen anständig bezahlte und sinnstiftende Arbeit mit fairen Bedingungen haben.

GUTE AUSBILDUNG FÜR ALLE

Unser Ziel ist es, keinen Jugendlichen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung zu lassen. Eine solide Ausbildung ist Grundlage für einen erfolgreichen Berufsweg und ein selbstbestimmtes Leben in einer zunehmend komplexer werdenden Welt. Gleichermäßen sind qualifizierte BürgerInnen die Basis für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Seit Jahren klaffen der Anspruch, Jugendliche auf ihrem Weg in den Beruf angemessen zu begleiten, und die Realität in Niedersachsen weit auseinander. Nur rund ein Viertel der Betriebe bildet aus, Tausende Jugendliche gehen bei der Suche nach einer Lehrstelle Jahr für Jahr leer aus und finden sich in Übergangssystemen wieder, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt oft nicht verbessern.

Wir brauchen deshalb eine stärkere Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure, um für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu haben. In Anlehnung an das erfolgreiche „Hamburger Modell“ wollen wir die Jugendlichen besser unterstützen und die Übergangssysteme ab- und umbauen. (► S. 29)

Die Finanzierung der dualen Ausbildung wollen wir gerechter verteilen und die Quote der ausbildenden Betriebe erhöhen. Gelingt dies nicht – wie derzeit im Bereich der Altenpflege – führt kein Weg an der

Einführung einer Ausbildungsplatz-Umlage vorbei.

FAIR BEZAHLTE UND GUTE ARBEIT

Deutschland hat in immer mehr Branchen ein Problem mit dem freien Fall der Löhne. Niedrigstlöhne und Lohndumping zerstören die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft und machen Beschäftigte krank. Wer arbeitet und keine entsprechende Anerkennung für seine Arbeit erhält, brennt auf Dauer aus. Wer Vollzeit arbeitet, verdient einen anständigen Lohn, mit dem sich der eigene Lebensunterhalt ausreichend finanzieren lässt. Nur die Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland kann die Erosion bei der Entlohnung endlich stoppen. Mit der Festsetzung von 8,50 Euro pro Stunde als Mindestlohn wollen wir auf Bundesebene verhindern, dass Niedrigstlöhne zu einem Wettbewerbsvorteil auf Kosten der Beschäftigten werden, wie zum Beispiel derzeit im Pflegebereich.

Sozial ist nicht automatisch, was Arbeit schafft. Der sogenannte Job-Boom nach der Finanzkrise war besonders in Niedersachsen zu einem großen Anteil auf prekäre Beschäftigung zurückzuführen. Rund ein Drittel aller neuen Stellen wird aus der Zeitarbeits-Branche gemeldet. Von den Betroffenen ungewollte befristete Beschäftigung, Zwangs-

Teilzeit-Beschäftigung und unterbezahlte Arbeit nehmen stetig zu und werfen einen Schatten auf die vermeintlichen Erfolgsmeldungen der Bundesagentur für Arbeit. Das wollen wir ändern!

Zeit- und Leiharbeit entwickeln sich zunehmend zu Instrumenten der Wettbewerbsverzerrung, des Lohndumpings und der Unterwanderung von ArbeitnehmerInnenrechten. Leiharbeit kann grundsätzlich sinnvoll sein, um Auftragsspitzen abzubauen und um einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Aber auch hier muss der Grundsatz „gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“ vom ersten Arbeitstag an gelten. Billigstlöhne von teilweise nur fünf Euro, die manche Unternehmen in Branchen wie der Fleischverarbeitung über Werkverträge zahlen und die Deutschland zum billigsten Schlachtbetrieb in Europa machen, werden wir ebenso unterbinden. Verbesserte Kontrollen und schärfere Sanktionen müssen auch dort für mehr Lohngerechtigkeit sorgen.

Der arbeitsfreie Sonntag ist durch das Grundgesetz geschützt. Wir wollen, dass das Arbeiten am Sonntag wieder die Ausnahme ist – insbesondere im Einzelhandel. Kommerzielle Interessen rechtfertigen flächendeckende Einzelhandelsöffnungen am Sonntag nicht. Wir wollen die Sonntagsöffnungen auf ein verträgliches Maß beschränken und

so die Beschäftigten – meist Frauen – besser schützen.

GLEICHSTELLUNG BEI LOHN UND POSITION IST ÜBERFÄLLIG

Frauen verdienen in Deutschland rund ein Viertel weniger als Männer. Die Gründe für diese Lohnungerechtigkeit (Gender Pay Gap) sind vielfältig: Typische Männerberufe sind meist besser bezahlt als klassische Frauenberufe. Daneben gilt noch immer: Je höher die Position, desto häufiger ist sie durch einen Mann besetzt. Männerbünde und fehlende weibliche Vorbilder in Unternehmensführungen manifestieren die Ungleichheit. Alte tradierte Familienbilder in Unternehmen und Gesellschaft werden weiter strukturell befördert und führen dazu, dass mehrheitlich Männer die Hauptverdiener in Familien stellen, während Frauen überdurchschnittlich häufig prekär und geringfügig beschäftigt sind. Darüber hinaus verdienen Frauen häufig auch bei gleicher Tätigkeit und gleicher Qualifikation weniger als Männer.

Eine durchgehende und verlässliche Kinderbetreuung bis zum Abschluss der Grundschule und mehr Unternehmen mit einem Selbstverständnis für Familienverantwortung würden helfen, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Daneben braucht unser Berufsleben mehr individuelle Zeit-Souveränität mit

flexibleren Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen wie Job-Sharing und Job-Rotation. Wir fordern spezielle Programme für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer selbstbestimmbaren Phase der Nicht-Erwerbstätigkeit sowie eine maßgeschneiderte Berufsberatung und Einstiegsbegleitung in den Arbeitsmarkt für Frauen und Männer, die sich wegen Familienarbeit zeitweilig aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Dazu gehört aber auch das Angebot von Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen während einer Eltern- oder Familienauszeit. (►S. 111)

Statt auf ungehörte Appelle der Freiwilligkeit zu setzen und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten, setzen wir uns für die Einführung der Frauenquote nach skandinavischem Vorbild in der Privatwirtschaft ein, um die Ungleichbehandlung in deutschen Chefetagen tatsächlich aufzuheben. Wir wollen außerdem erfolgreiche Modelle bekannt machen, wie Männer und Frauen Führungspositionen in Teilzeit verwirklichen können. (►S. 113) Führungskompetenz bedeutet nicht permanente Präsenz, sondern permanente Verantwortung. Aus dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) werden wir wieder ein wirksames Instrument für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Unternehmen machen – mit dem

Ziel, die Bevorzugung von Männern auch in den Verwaltungsspitzen zu beenden. (►S. 128)

Daneben brauchen wir insgesamt mehr Inklusion im ersten Arbeitsmarkt. Unternehmen brauchen gezieltere Informationen und Hilfen, um mehr Arbeitsuchende mit Behinderungen einzustellen. Die Vorzüge eines erfolgreichen Diversity Managements¹ müssen stärker bekannt gemacht werden. Ein neuer Wirtschaftspreis Inklusion kann hierzu ein guter Werbeträger sein.

VERANTWORTUNG DER ÖFFENTLICHEN HAND

Das Land hat, genau wie die Kommunen, als öffentlicher Auftraggeber auch direkten Einfluss auf Löhne, Arbeitsbedingungen und einen fairen Wettbewerb. Um diesen Einfluss geltend zu machen, wollen wir bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Einsatz von auskömmlicher, sozialversicherungspflichtiger Voll- und Teilzeitarbeit stärker berücksichtigen und eine effektive Gleichstellungspolitik praktizieren. Das Landesvergabegesetz² ist grundsätzlich zu überarbeiten. Wir wollen neben der Bau-Branche auch den Öffentlichen Nahverkehr und Dienstleistungen in den Geltungsbereich des Vergabegesetzes aufnehmen, weil all diese Bereiche von Lohndumping besonders betroffen sind. Um einen

fairen Wettbewerb auch für kleinere Unternehmen zu gewährleisten, werden wir die Schwellenwerte des Vergabegesetzes beim Land und auch für Kommunen absenken und verbesserte Rechtsschutzmöglichkeiten für BieterInnen prüfen.

Auch die im Trend liegenden Öffentlich-Privaten Partnerschaften³ (ÖPP), die die wahren öffentlichen Kosten von Investitionen häufig über zu teure Nutzungsgebühren nur in die Zukunft verschieben, werden wir kritischer auf ihre tatsächliche Effizienz und Vergleichbarkeit zur direkten öffentlichen Aufgabewahrnehmung prüfen. Daneben wollen wir das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz modernisieren, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen, wie in anderen Bundesländern, zu stärken. Das Land Niedersachsen soll seine Bewerbungsverfahren anonymisiert durchführen, um allen BewerberInnen die gleichen Startchancen ohne Diskriminierung zu geben.

ARBEIT DARF NICHT KRANK MACHEN

Innerhalb von sechs Jahren hat sich der Arbeitsausfall durch psychische Erkrankungen in Deutschland verfünffzehnfacht (►S. 116) – mit immensen Kosten für die Volkswirtschaft. Ursachen für die Zunahme

sind Arbeitsdichte, ständige Erreichbarkeit und fremdbestimmtes Arbeiten. Unbegrenzte Flexibilisierung und Mobilisierung dürfen kein Selbstzweck sein. Es ist nötig und wichtig, wieder den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.

Vorgesetzte und ArbeitgeberInnen stehen in erster Linie in der Verantwortung, durch Vorsorgemaßnahmen und entsprechende Arbeitsgestaltung Burn-out und andere durch den Beruf ausgelöste Krankheiten zu vermeiden und Mobbing bereits in den Anfängen entgegenzuwirken. Das Land ist hier nicht nur als Arbeitgeber in der Pflicht, sondern sollte auch gegenüber der Wirtschaft stärker auf die Probleme und die Notwendigkeit der Prävention im Rahmen der Gesundheitsvorsorge hinweisen.

NIEDERSACHSENS WIRTSCHAFT ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Die niedersächsische Wirtschaft fußt besonders auf vier großen Sektoren: dem Tourismus, der Ernährungswirtschaft, der Automobilindustrie und dem Handwerk. Diese vier Bereiche schaffen in Niedersachsen die meisten Arbeitsplätze und prägen unser Bundesland. Damit diese Wirtschaftszweige gut aufgestellt bleiben, müssen wir sie fit für die Zukunft machen.

TOURISMUS AUF NEUEN WEGEN ERFOLGREICHER MACHEN

Die Tourismuswirtschaft ist mit 340.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Niedersachsen und verdient mehr Aufmerksamkeit, als die schwarz-gelbe Regierung ihr bisher beigemessen hat. In kaum einem anderen Sektor ist ein funktionierender Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem so fundamental für den Erfolg. Tourismus braucht eine intakte Natur ebenso wie eine gute Verkehrsanbindung und funktionierende soziale Netze vor Ort. Kaum ein anderer Sektor bietet so vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten und so viele unterschiedliche Angebote wie die Tourismuswirtschaft. Regional müssen die touristischen Angebote aber noch besser in gut funktionierenden gemeinsamen Verbänden zusammengeführt werden, um auf diesem hart umkämpften Markt erfolgreich zu sein. Landesförderung soll die Entwicklung unverwechselbarer, eigenständiger touristischer Angebote unterstützen. Als Vorbedingung für eine Förderung durch das Land soll künftig gelten, dass aussichtsreiche lokale oder regionale Touristik-Schwerpunkte mit einer verbindlichen regionalen Zusammenarbeit entwickelt werden. Die kontinuierliche Qualitätssteigerung mit transparenten Maßstäben für die wirtschaftliche und ökologische Leistungsfähigkeit (Benchmarks) ist

für uns GRÜNE ein wichtiges Anliegen und muss über Gütesiegel und Wettbewerbe vorangebracht werden. Ein weiteres Ziel unserer Förderung muss das Schaffen von umfassend nachhaltigen Urlaubangeboten sein. Hierzu werden wir Modellprojekte unterstützen.

Bei einer älter werdenden Bevölkerung und dem Trend zum Inlandsurlaub muss das barrierefreie Erleben von Natur und Kultur als Förderziel stärker im Mittelpunkt stehen. Fehlende Barrierefreiheit ist bereits heute ein ernst zu nehmender Wettbewerbsnachteil.

Die Anbindung wichtiger Tourismusziele an die Schiene und den übrigen ÖPNV werden wir insbesondere im Harz und an der Küste bis hin zu den Übergängen zu den Inseln verbessern. CO₂-armer Tourismus trifft ebenso auf wachsendes Interesse der KundInnen wie sanfter Tourismus. Als regionsübergreifende Wachstumssegmente werden wir diese Formen des Fremdenverkehrs besonders unterstützen. Beispiele sind Ferien auf dem Bauernhof und das Rad-, Wasser- oder Fernwandern. Nachhaltiger Tourismus kann einen großen Beitrag gerade für strukturschwache Regionen leisten. Ressourcenverschwendende und Umwelt zerstörende touristische Großprojekte, wie etwa neue Skipisten im Harz, die vorrangig auf künstlichen Schnee setzen, lehnen

wir dagegen ab. Mit Schneekanonen kann man den Klimawandel nicht aufhalten. Der Städte- und Kulturtourismus entwickelt sich zu einem eigenständigen Wachstumsmarkt. Er profitiert insbesondere von dem vielfältigen Angebot der großen Städte (Staatstheater, Museen und Messen), aber auch von der – dank Denkmalschutz – weitgehend restaurierten Pracht einiger mittelalterlicher Fachwerkstädte in Niedersachsen.

Die landesweit aktive Tourismus-Marketinggesellschaft (TMN) muss weiter gestärkt werden, nicht nur durch Fördermittel des Landes, sondern auch durch eine aktivere Beteiligung und Kooperation der Tourismusregionen. Dazu ist es erforderlich, den Tourismuskommunen auch in strukturschwachen Regionen dafür die haushalterischen Spielräume innerhalb des vorgegebenen Konsolidierungsrahmens zu genehmigen.

ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT GEHT AUCH NACHHALTIG

Die Ernährungsindustrie hat sich hinter der Automobilwirtschaft zum umsatzstärksten verarbeitenden Gewerbe in Niedersachsen entwickelt. Dies ist mit einer erheblichen Konzentration mit leider nicht immer fairen Arbeitsbedingungen verbunden gewesen. Nicht nur bei der produzierenden Landwirtschaft,

auch bei der Weiterverarbeitung wollen wir deshalb Förderungen und Planungsrecht in Zukunft restriktiver einsetzen, um gerade den verbliebenen Familienbetrieben ein Bestandsrecht zu sichern und AnwohnerInnen vor zu großen Belastungen zu schützen.

Weitere Schwerpunkte grüner Politik in diesem Bereich zielen auf sozialverträgliche Mindestlöhne, Kennzeichnungs- und Zertifizierungsverpflichtungen und stärkere Gesundheitsvorsorge im Emissionsrecht mit entsprechenden Kontrollen. Umfassende Verbraucherinformation und Transparenz über Produktherkunft und Inhaltsstoffe sollen in der niedersächsischen Ernährungswirtschaft zum Qualitätskennzeichen werden.

Mit EU-Hilfe besonders fördern wollen wir bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung, pestizidfreier Landbewirtschaftung und Biolandbau, möglichst eingebunden bei der Weiterverarbeitung in regionale Wertschöpfungsketten (► S. 65).

KLIMAVERTRÄGLICHE AUTOMOBILWIRTSCHAFT FÖRDERN

Der Erfolg moderner Verkehrspolitik ist nicht an den Anmeldezahlen von Kraftfahrzeugen zu messen, sondern am Zugang zur Mobilität – zum Beispiel durch Car-Sharing. Davon unabhängig hat Niedersachsen traditionell eine starke Automobil-

industrie. Wir GRÜNE wollen, dass Niedersachsen ein Vorbild für den Bau und die Zukunftsfähigkeit von umweltfreundlichen Autos wird. Mit zukunftsgerechten Konzepten wollen wir die Arbeitsplätze sichern. Das wird angesichts der weltweiten Überkapazitäten aber nur gelingen, wenn Fahrzeuge zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert werden und den künftigen Herausforderungen am Markt gerecht werden. Außerdem muss sich die Wertschöpfung der Automobilindustrie in Niedersachsen von der Produktion auf umfassende Mobilitätsdienstleistungen ausweiten.

Unser Ziel ist es, dass die effizientesten, sparsamsten und umweltfreundlichsten Automobile der Welt in Niedersachsen entwickelt und gebaut werden. Dazu gehört auch die Produktion von konkurrenzfähigen Elektro-Autos. Um mit regenerativ gespeistem Elektroantrieb Individualmobilität im Flächenland zu ermöglichen, ist noch umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeit nötig. Fahrzeugbatterien können zukünftig als mobile Stromspeicher genutzt werden, um beispielsweise überschüssigen Windstrom aus dem Netz aufzunehmen und bei Bedarf ins Netz zurückzuspeisen. Vor allem im Hinblick auf verbesserte Reichweiten, ihre Umweltverträglichkeit und den Aufbau der erforderlichen Versorgungsinfrastruktur ist hier noch viel zu tun. Das Land als An-

teileigner am VW-Konzern muss darauf achten, dass sich Forschung und Entwicklung auch auf die drastische Senkung des Verbrauchs der neuen PKW-Flotten mit Verbrennungsmotor konzentrieren. Ziel muss es sein, bis 2020 einen durchschnittlichen CO₂-Grenzwert aller Neuwagen von 80 Gramm pro Kilometer zu erreichen.

Wir setzen uns für den Erhalt des VW-Gesetzes ein. Es hat großen Anteil am bisherigen wirtschaftlichen Erfolg und an der Sicherung von Arbeitsplätzen bei VW. Das Land als Anteilseigner sollte sicherstellen, dass die oben genannten Ziele von VW in Angriff genommen werden und dass die weltweiten Aktivitäten des Konzerns Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards gerecht werden und Transparenz darüber hergestellt wird.

Die Forschungsaktivitäten der drei niedersächsischen Technischen Hochschulen in Clausthal, Braunschweig und Hannover (NTH) sowie der Ostfalia im Bereich der Materialeffizienz und der Antriebs- und Energietechnik wollen wir deutlich verstärken. Daneben ist eine gemeinsame Anstrengung der Forschungsinstitutionen und der Automobilindustrie nötig, um ein Kompetenz- und Forschungsfeld für ergänzende Produkte zur Autoherstellung in Niedersachsen aufzubauen und dadurch Beschäfti-

gung zu sichern. Beispiele für solche ergänzenden Produkte sind Blockheizkraftwerke (BHKW)*.

Wir wollen als weiteres zentrales Ziel den Umbau der Automobilwirtschaft zur Mobilitätswirtschaft befördern. Deren Heil läge nicht mehr in der unbegrenzten Steigerung der Autoproduktion, sondern in einer breiteren Produktpalette, die für eine zukunftsfähige Gestaltung von Mobilität in Deutschland und weltweit benötigt wird. Dafür ist eine gemeinsame Anstrengung der Forschungsinstitutionen und der Automobilindustrie in Zusammenarbeit mit den ArbeitnehmervertreterInnen nötig, um in Niedersachsen ein Kompetenz- und Forschungsfeld „Zukunftsfähige Mobilität“ aufzubauen. Die Mobilität der Zukunft bedarf vermehrt individuell zugeschnittener und vernetzter Mobilitätskonzepte aus Bahn, ÖPNV, (Elektro-)Fahrrad und Car-Sharing. Autohersteller müssen vom PKW über Busse und E-Bikes bis zur Software die Komponenten einer solchen ressourcensparenden, mobilen Vernetzung anbieten können, anstatt allein auf den individuellen Autobesitz zu setzen. Nur wer auf dem Zukunftsmarkt vernetzter Mobilitätskonzepte gute Angebote

macht, wird dauerhaft Arbeitsplätze in der Automobilwirtschaft sichern können.

HANDWERK MIT GRÜNEM BODEN

Das Handwerk leistet auch und gerade in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zur ökologischen Modernisierung und zur regionalen Wertschöpfung. Konsequenter Klimaschutz bedeutet nichts anderes als Investitionen in Handwerksleistungen: von der Energieeinsparung über Energieeffizienz bis zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei der energetischen Gebäudesanierung zieht jeder Euro aus öffentlichen Mitteln sieben bis acht Euro zusätzliche private Investitionen nach sich. Es sind gerade die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe, die vor Ort den Umbau der Energieversorgung und nachhaltiges Bauen und Wohnen umsetzen. Wir GRÜNE werden 2013 durch entsprechende Förderkriterien und Klimaschutzstandards die Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit der zukunftsgerechte Umbau vor Ort forciert wird.

DIE ENERGIEWENDE FÜR NIEDERSACHSEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Durch verstärkte Förderung von Energieeinspar-Maßnahmen und den beschleunigten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung bis 2020 in Niedersachsen mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, als Strom insgesamt in Niedersachsen verbraucht wird
- ▶ Beendigung der Mais-Monokulturen für Biogasanlagen durch Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz und Schaffung von Anreizen zur bedarfsgerechten Einspeisung, um Wind- und Sonnenstrom zu verstetigen
- ▶ Beschleunigung des überregionalen und lokalen Netzausbaus, soweit er für den Ausbau der Erneuerbaren Energien notwendig ist, und bürgerInnenfreundliche Vorgaben zur Erdverkabelung
- ▶ Beschleunigung der energetischen Sanierung von Altbauten und Erhöhung des Anteils von Neubauten im Passivhausstandard
- ▶ Eine sicherheitstechnische Nachrüstung der verbliebenen Atomkraftwerke und -anlagen ist zwingend erforderlich. Eine schnellere Abschaltung als geplant muss aus sicherheitstechnischen Gründen insbesondere wegen der Risiken durch menschliches Versagen und wegen der Terrorgefahr möglich sein.
- ▶ Auch als Lehre aus der Katastrophe in der Asse fordern wir die schnellstmögliche Rückholung des absaufenden Atommülls und einen völligen Neustart bei der Endlagersuche. Unser Ziel ist, dass das geologisch ungeeignete und politisch verbrannte Endlagerprojekt Gorleben so schnell wie möglich beendet wird und in Schacht Konrad keine Fakten geschaffen werden.

Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist längst Realität. Auch hierzulande nehmen extreme Wetterereignisse wie Stürme, heftige Niederschläge und Trockenperioden zu. Temperatur und Meeresspiegel werden weiter steigen. Der Verbrauch fossiler Energien wie Kohle, Öl oder Gas hat die von Menschen gemachte Klimaveränderung besonders vorangetrieben. Aber auch die Art und Weise unserer Landwirtschaft, die Zerstörung der Moore und der hohe Fleischkonsum tragen zum Treibhauseffekt bei.

In Niedersachsen stammen bereits 25 Prozent der Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft und dabei sind die Importe von manipuliertem Soja aus ehemaligen Regenwaldgebieten in Südamerika noch nicht eingerechnet. Beim Klimaschutz wollen wir daher keinen Bereich ausnehmen. Besonders der Schutz unserer Moore als natürlicher CO₂-Speicher, deren Zerstörung durch die Landesregierung immerhin zwölf Prozent der jährlichen Treibhausgas-Emissionen ausmacht, hat für uns höchste Priorität. Damit die Auswirkungen des Klimawandels nicht völlig unbeherrschbar werden, darf sich die globale Temperatur nicht um mehr als zwei Grad erwärmen.

Zur Einhaltung dieser Grenze dürfen weltweit noch maximal 700 Gigatonnen Treibhausgas in die At-

mosphäre gelangen. Das entspricht pro Erdbewohner einer Menge von 100 Tonnen. Bei einem jährlichen Ausstoß von weiterhin 10 Tonnen pro Kopf wäre das deutsche Budget bereits innerhalb eines Jahrzehnts erschöpft. Daraus folgt: Der Umbau zu einer klimaneutralen Energieversorgung ist unumgänglich und darf nicht durch Verlagerung unserer schlechten Klimabilanz in andere Länder erfolgen. Eine ganzheitliche Umwelt- und Energiebilanz und eine globale Betrachtung der Stoffströme gehören für uns zu einer ethischen Klimapolitik dazu. Wir wollen global denken und in Niedersachsen verantwortlich handeln. Die verbliebene Zeitspanne ist zu kurz für nicht zieltaugliche Zwischenlösungen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat viel Papier bedrucken und Kommissionen tagen lassen. Sie steht aber ansonsten auf der Bremse. Sie behindert weiterhin die Windenergie und den dafür notwendigen Netzausbau und unterstützt die massiven Kürzungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für die Solarenergie. CDU und FDP beweisen mit dem Festhalten an neuen Kohlekraftwerken klimapolitische Blindheit.

Grünes Ziel ist der vollständige Umbau unserer Energieerzeugung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien. Dies wird nur gelingen, wenn wir mindestens die Hälfte unseres der-

zeitigen Energieverbrauchs einsparen. Ein weiterer Fokus muss auf einer europaweiten Koordinierung der Energiewende und einer möglichst dezentralisierten Energieversorgung liegen. Energiewende bedeutet für uns vor allem auch, weg vom Öl und hin zu einer Energieversorgung zu kommen, die uns unabhängiger von internationalen Preisschwankungen und internationalen Konflikten macht.

Wie wir zu einer enkelnentauglichen Energieversorgung für Niedersachsen kommen, haben wir in unserem „Grünen Energieszenario“ ausführlich dargelegt.

EFFIZIENZREVOLUTION STATT VERSCHWENDUNG

Die Potenziale an Erneuerbaren Energien sind durch die beanspruchten Flächen, die natürlichen Energieströme und die technischen Möglichkeiten begrenzt. Der größte Beitrag zum Klimaschutz ist daher die Einsparung von Energie. Die in der Vergangenheit niedrigen Brennstoffpreise haben in vielen Bereichen zu unnötig verschwenderischem Umgang mit Energie geführt. Daraus ergeben sich große Einsparpotenziale in Industrie, Haushalten und Verkehr, zum Beispiel durch energetische Gebäudesanierung oder CO₂-arme Fahrzeugantriebe. Diese wollen wir durch ordnungsrechtliche Maßnahmen und markt-

wirtschaftliche Anreize fördern. Wir brauchen eine neue Kultur der Einsparung, der Langlebigkeit von Produkten und der nachhaltigen Lebensstile.

Einen Energieverbrauch im heutigen Umfang wird sich Niedersachsen künftig nicht mehr leisten können und wollen. Die Verbrauchsminderung hat höchste Priorität. Dies muss neben der effizienteren Energie-Nutzung und -Wandlung auch durch Anpassungen der Wirtschafts- und Lebensweise geschehen. Große Einsparpotenziale liegen im Gebäudebestand. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Anreize zur energetischen Sanierung des Gebäudebestandes verstärkt werden.

Mit einer neu zu schaffenden Niedersächsischen Klimaschutz- und Effizienzagentur wollen wir Kommunen, Unternehmen und Privatleute beraten, beim Ressourcen- und Klimaschutz unterstützen und energiesparendes Konsum- und Nutzungsverhalten fördern. (▶ S. 39) Ein Niedersächsisches Klimaschutz- und Energie-Einspargesetz, das bis 2020 eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen von 40 Prozent gegenüber 1990 vorsieht, soll mit klaren Zielen und Maßnahmen zentraler Hebel der Landespolitik werden. Wir werden auch die landeseigenen Liegenschaften und Gebäude endlich energetisch über-

prüfen und sanieren. Alle Landes-einrichtungen sollen in Zukunft nur noch Ökostrom einsetzen. Statt den denkmalgeschützten Landtag abzureißen, wollen wir ihn erhalten und energetisch modernisieren.

Wir GRÜNE wollen außerdem in einer strategischen Forschungsallianz energiesparende Technologien in Gebäuden, Verkehr, Haushalten, Landwirtschaft und Technik verstärkt fördern. (▶ S. 103)

DIE ZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Niedersachsen liegt dank des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes¹ (EEG) mit einem Anteil von ca. 35 Prozent des niedersächsischen Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien bereits deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Hunderttausende Arbeitsplätze sind im Bereich der regenerativen Energieerzeugung entstanden. Wir GRÜNE haben ein ehrgeiziges, aber realistisches Ziel: Bis 2020 wollen wir in Niedersachsen mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, als im Land insgesamt verbraucht wird! Das Landesraumordnungsprogramm ist im Hinblick auf diese Zielsetzung zu überarbeiten. Die bisher ausgewiesenen Vorrangstandorte für neue Kohlekraftwerke und große Kraftwerke ohne Wärmenutzung werden wir streichen, weil dafür kein Bedarf mehr besteht. Wir GRÜNE setzen dagegen auf de-

zentrale, erneuerbare und energieeffiziente Kraftwerkslösungen, wie zum Beispiel Blockheizkraftwerke.

MEHR (RE-)POWER FÜR DIE WINDENERGIE

Windenergie wird in der postfossilen Energieversorgung in Niedersachsen den größten Beitrag liefern. Im „Grünen Energieszenario“ macht Wind zwei Drittel der Stromproduktion aus – davon wiederum stammen drei Viertel aus Onshore-Anlagen².

Niedersachsen ist bei der Nutzung der Windenergie bundesweiter Spitzenreiter. Jede vierte Anlage steht in Niedersachsen. Auch bei der Herstellung sind wir erfolgreich. Jedes zweite Windrad in Deutschland ist ein „Niedersachse“! Viele Potenziale an Land und auf dem Wasser bleiben aber durch die windenergiefeindliche Politik der schwarz-gelben Landesregierung ungenutzt. Nach den Boom-Jahren unter Rot-Grün im Bund ging unter Schwarz-Gelb der jährliche Zuwachs deutlich zurück.

Wir wollen daher die Potenziale der Windenergie besser nutzen – unter Beachtung strenger Naturschutzziele wie etwa des Vogelschutzes. Dazu wollen wir die Ausweisung neuer Standorte und das Repowering alter Anlagen durch moderne Neuanlagen mit erheblich höheren Ener-

giegewinnen und leiserer Technik fördern. Der technische Fortschritt erlaubt es, die niedrigen, schnell drehenden Altanlagen abzubauen und bei hohem Leistungszuwachs durch wenige langsam drehende Windenergieanlagen zu ersetzen. Wir GRÜNE setzen uns zudem dafür ein, dass abgebaute, aber noch funktionstüchtige Anlagen nach Möglichkeit nicht verschrottet, sondern andernorts weiterverwendet werden.

Wir wollen über die Raumordnung ausreichend Landesfläche zu windenergiegeeigneten Gebieten erklären und vor allem Bürger-Windparks mit hoher Akzeptanz fördern. Hierbei wollen wir vor allem auch neue Onshore-Standorte schaffen. Naturschutz- und Vogelschutzgebiete, die von der Windenergie beeinträchtigt werden können, sind von den Vorranggebieten auszunehmen. Zu Schwerpunktorkommen sensibler Vogelarten und Fledermäuse sind angemessene Abstände einzuhalten. Die Kommunen und BürgerInnen sollen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Ausweisung von Windenergie-Vorranggebieten und bei der wirtschaftlichen Nutzung der Windenergie bekommen. Hierbei steht für uns der Dialog mit allen Beteiligten im Zentrum. Die pauschale Höhenbegrenzung im Landesraumordnungsprogramm ist auf Initiative der GRÜNEN endlich gestrichen worden. Für uns haben

die Energiewende und der dafür benötigte Ausbau klare Priorität.

Wir GRÜNE unterstützen auch den Ausbau der Offshore-Windenergie vor den niedersächsischen Küsten. Die dort entstehende Industrie mit neuen Arbeitsplätzen und hohen Stromerträgen durch die hohen Windgeschwindigkeiten auf See wird vor allem wegen ihrer Grundlastfähigkeit einen bedeutsamen Teil zur Energiewende beitragen. Die Förderung der Windenergie auf See soll allerdings mittelfristig nicht höher sein als die der Onshore-Windenergie. Gerade für einen dezentralen Ausbau mit Stadtwerken, Kommunen und BürgerInnen-Energiegenossenschaften sehen wir die größten Potenziale weiterhin an Land. Die Belange des Natur- und Artenschutzes sind auf See genauso zu berücksichtigen wie an Land. Der Schutz des Nationalparks Wattenmeer beim Bau der Kabeltrassen wird von uns GRÜNEN als vorrangig eingestuft.

Als dezentrale, bürgernahe Ergänzung zur On- und Offshore-Großwindkraft haben wir GRÜNE auch die Kleinwindkraft im Blick. Wir werden endlich die Blockade der alten Landesregierung und die damit verbundene planerische Unsicherheit für potenzielle NutzerInnen dieser einfachen Technologie in Niedersachsen beenden. Darüber hinaus werden wir uns auch auf

Bundesebene für eine angemessene Vergütung einsetzen.

SONNE FÜR ALLE – DIE SUN-BLOCKER VON FDP UND CDU STOPPEN

Auch die Photovoltaik zur direkten Umwandlung der Solarstrahlung in Strom wird in der postfossilen Energieversorgung einen erheblichen Beitrag liefern. Photovoltaik stellt von der zeitlichen Verteilung her eine gute Ergänzung des Windstrom-Angebots dar. Die schwarzgelbe Landesregierung hat gegen niedersächsische Interessen den massiven Kahlschlag bei der Solarförderung unterstützt. Statt eines weiteren erfolgreichen Ausbaus sollen nach dem Willen von CDU und FDP in Zukunft nicht 7,5 Gigawatt, sondern nur noch 2,5 Gigawatt pro Jahr installiert und zehn Prozent des Solarstroms nicht mehr über das EEG vergütet werden. Dadurch sind Tausende Arbeitsplätze in niedersächsischen Unternehmen und im Handwerk bereits verloren oder gefährdet. Deshalb wollen wir die Sunblocker von FDP und CDU bei der Landtagswahl stoppen.

Im „Grünen Energieszenario“ stammt gut ein Drittel der Stromproduktion aus Solarmodulen. Wir wollen diese überwiegend auf den vielen sonnegeeigneten Dachflächen, auf Industriebrachen, überdachten Parkplätzen und ander-

weitig kaum nutzbaren Flächen installieren. Wir wollen dafür den notwendigen Rahmen schaffen und die Nutzung der Photovoltaik auch gegenüber den berechtigten Interessen des Denkmalschutzes stärken. Den Verbrauch von Grünland-, Acker- und unversiegelten Naturflächen für Freiflächenanlagen halten wir derzeit nicht für sinnvoll und förderwürdig.

Fortschritte in der Technik werden zu weiteren erheblichen Kostensenkungen bei Solarstrom führen. Das niedersächsische Solarforschungsinstitut (ISFH) in Emmerthal wollen wir für innovative, umweltschonende Techniken weiter fördern und vor allem die Erfassung von geeigneten Dachflächen in einem Solarkataster und die Kombination mit dezentralen Stromspeichern verstärken.

Über die Stromerzeugung mit Photovoltaik hinaus kann die Sonne aber noch mehr. Mit Solarkollektoren und Wärmepumpen soll ihre Energie auch stärker zum Heizen genutzt werden. Besonders wollen wir auch die Anwendung neuer Techniken in der heimischen Wirtschaft und Produktion bei uns im Lande fördern. Niedersachsen soll das Sonnenland der blauen Fabriken und Dächer werden!

BIOENERGIE RICHTIG MACHEN - VERMAISUNG STOPPEN

Neben Biodiesel und Bioethanol ist Bioenergie heute zu zwei Dritteln Maisenergie für Biogas. Auf dreißig Prozent der niedersächsischen Ackerfläche wird Mais angebaut, mehr als ein Drittel davon für Biogasanlagen. Das ist der falsche Weg. Seit langem treten wir daher für grundlegende Änderungen in der Förderpolitik ein.

In einigen Regionen Niedersachsens sind durch die massiven Mais-Monokulturen bereits gravierende Probleme eingetreten: Boden-Erosion, Grundwasserbelastung, Humusabbau, starke Pachtpreiserhöhungen und erhebliche Akzeptanzprobleme bei der Bevölkerung. Naturschutz existiert hier nicht mehr. Die heutigen konventionellen Anbaumethoden belasten Boden, Wasser, Luft und Klima sowie die Artenvielfalt.

Bereits jetzt sind 59 Prozent der Landesfläche von einer deutlich zu hohen Nitratbelastung des Grundwassers betroffen, Tendenz steigend. Ursache ist neben dem unkontrollierten Gülleinsatz und der Zunahme der Tierproduktion auch die Vermaisung.

Wir wollen, dass in Biogasanlagen überwiegend biogene Reststoffe verwendet werden. Durch Änderungen in der Struktur des

Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) werden wir dafür sorgen, dass Fruchtfolgen und eine effiziente Wärmenutzung oder Einspeisung ins Gasnetz verbindlich für die Förderung werden. Mit Wildpflanzenmischungen können heute schon gute Ergebnisse für Klima- und Umwelt erzielt werden. Wir wollen daher den NaWaRo- und den Gülle-Bonus durch einen Ökobonus für naturschutzfreundliche Erzeugung ersetzen.

Kleine Anlagen zur Verwertung von betrieblichen Reststoffen in der Hand von BäuerInnen oder Energiegenossenschaften wollen wir im Rahmen des EEG und bei der baurechtlichen Privilegierung besonders berücksichtigen. Biogasanlagen können eine besondere Rolle bei der Netzstabilität einnehmen. Deshalb sollen Anlagen wirksame Anreize zur bedarfsgerechten Einspeisung erhalten, um Strom dann zu produzieren, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landesplanung den Neubau von Biogasanlagen steuern und begrenzen darf. Etwa ein Fünftel der Energiepflanzen-Anbaufläche in Niedersachsen wird heute für die Biodiesel- und Bioethanol-Produktion verwendet. Wir streben eine Verringerung zugunsten einer verträglichen Biogas-Produktion an, weil sich damit rund der dreifache Energieertrag pro

Hektar erzielen lässt. Nach unserem Energiewendekonzept soll der Anbau von Energiepflanzen 20 Prozent der Anbaufläche in keiner Region überschreiten. Nahrungsmittelerzeugung und Naturschutz haben Vorrang. Importe, insbesondere von Palmöl aus ehemaligen Regenwaldgebieten, lehnen wir ab.

INTELLIGENTE NETZE UND SPEICHER

Um Schwankungen der Wind- und Solarenergie auszugleichen, brauchen wir neue, überregionale und dezentrale, intelligente Netze und Speicher. Zur Nutzung von skandinavischen Pumpspeicherwerken wollen wir auch das sogenannte NORGER-Seekabelprojekt antreiben. Zusätzliche dezentrale Speichermöglichkeiten in Niedersachsen, wie etwa die Nutzung stillgelegter Bergwerke im Harz als Pumpspeicherwerke, wollen wir ebenso fördern. Die Stromspeicherung ist von zentraler Bedeutung. Wir setzen uns daher für intensive Forschung auf diesem Gebiet ein. Unser Ziel ist es, innerhalb der kommenden Legislaturperiode zu einer langfristig tragfähigen Entscheidung für ein Stromspeichersystem zu kommen. Priorität vor erneuten großindustriellen Lösungen hat für uns die Entwicklung von dezentralen Speichern, wie die Förderung von integrierten Pufferspeichern

bei Photovoltaik-Anlagen und Onshore-Windparks sowie die speicherfähige Umwandlung der Stromüberschüsse aus Wind und Sonne, wie zum Beispiel in Methan und Methanol. Durch eine vorrangig dezentrale Energieerzeugung und -speicherung lässt sich auch der Umfang des notwendigen Ausbaus der großen Übertragungsnetze reduzieren und Übertragungsverluste sowie die Wahrscheinlichkeit eines Netzausfalls minimieren. Dabei ist auch eine Nutzung des niedersächsischen Binnenkanalsystems zur intelligenten Zwischenspeicherung von Erneuerbaren Energien zu prüfen. Die unterirdische Speicherung von Gasen oder anderen Stoffen z.B. in Salzstöcken lehnen wir allerdings ab, wenn zu erwarten ist, dass Bodenabsenkungen zu erheblichen Schäden an Landschaft und Eigentum führen werden.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Energieerzeuger am Ausbau der Speicherkapazitäten finanziell beteiligt werden und die Bereitstellung von Speichern verlässlich vergütet wird.

Das Stromnetz muss wegen der Schwankungen von Wind- und Solarenergie und wegen der veränderten räumlichen Verteilung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch auf das Zeitalter der Erneuerbaren Energien neu ausgerichtet werden. Dafür ist der Ausbau der großen Übertragungsnetze wie der

kleinräumlichen Verteilnetze erforderlich. Durch den Ausbau des europäischen Stromnetzes kann mit dem räumlichen Ausgleich über verschiedene Wetterzonen hinweg der Speicherbedarf minimiert werden. Des Weiteren sollen intelligente Netze, die eine Anpassung des zeitlichen Verlaufs des Energieverbrauchs an die Einspeisung durch Erneuerbare Energien ermöglichen, den notwendigen Speicherbedarf reduzieren. Wir GRÜNE setzen beim Netzausbau für eine höhere Akzeptanz und Umweltschonung vor allem auf die Erdverkabelung. Die Trasse Wahle-Mecklar wollen wir, wie von den BürgerInnen-Initiativen zu Recht gefordert, als Pilotstrecke für eine HGÜ-Erdverkabelung nutzen. Dafür müssen alle landespolitischen Spielräume genutzt werden, um beim Bund Druck für eine notwendige Änderung des Energie-Leitungs-Ausbaugesetzes (ENLAG) zu machen. Weil die Netzinfrastruktur Teil der Daseinsvorsorge ist, gehört diese in öffentliches Eigentum.

Wir GRÜNE setzen grundsätzlich auf die Energiewende von unten. Daher werden wir durch fachliche Beratungsangebote die Bemühungen vieler Kommunen zum Rückkauf ihrer Verteilnetze und beim Ausbau der Eigenstromerzeugung in Gemeinde- und Stadtwerken unterstützen. Die bisherigen Inhaber der Konzessionen – die vier großen Energieversorger – haben zur Ge-

nüge bewiesen, dass sie kurzfristig gewinnorientiert und nicht an einer sicheren und nachhaltigen Stromwirtschaft interessiert sind. Sie sind verantwortlich für das viel zu lange Festhalten an der Atomenergie, am Neubau von Kohlekraftwerken und für das Verschleppen der Netzmodernisierung für Erneuerbare Energien.

SCHNELLER ATOMAUSSTIEG – KEIN ATOMKLO NIEDERSACHSEN

Die Atomkraft ist und bleibt eine unverantwortbare Risikotechnologie. Tschernobyl und Fukushima haben das angeblich Udenkbare Wirklichkeit werden lassen. Deshalb muss der Atomausstieg jetzt konsequent vollendet werden. Auch in Mitteleuropa gibt es genug Warnsignale: Der Brand im Atomkraftwerk Krümmel, die endlosen Störfälle in den AKWs Esenshamm und Brunsbüttel oder der Beinahe-GAU im schwedischen AKW Forsmark, das mit niedersächsischen Anlagen baugleich ist. All diese Fälle führen uns vor Augen, wie unzuverlässig Atomkraft-Betreiber sind. Eine Reaktor-Katastrophe ist auch in Niedersachsen jeden Tag möglich. Die Atomaufsicht des niedersächsischen Umweltministeriums hat bis heute keine Konsequenzen für die Nachrüstung noch laufender Atomkraftwerke gezogen. Bestehende Sicherheitsmängel werden

ignoriert. Neben den Risiken durch menschliches und technisches Versagen bleibt die Terrorgefahr unbeherrschbar: Kein Atomkraftwerk der Welt kann ausreichend vor terroristischen Angriffen geschützt werden. Wir GRÜNE wollen die Katastrophenschutzpläne sowohl für die noch laufenden als auch für die abgeschalteten Atomkraftwerke sowie für Atomtransporte transparent machen und grundsätzlich überarbeiten. Erfahrungen aus der Fukushima-Katastrophe und neue Erkenntnisse zur Niedrigstrahlung sind einzubeziehen. Dazu gehört auch eine deutliche Ausweitung der Evakuierungszonen. Wir GRÜNE wollen zudem eine sicherheitsorientierte Nachrüstung noch laufender Atomkraftwerke in Grohnde und Lingen, die nach unserer Überzeugung zu einem früheren Abschalten als geplant führen wird. Je früher die Atomkraftwerke vom Netz gehen, umso besser.

Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang auch für die sofortige Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ aus. Die unmittelbare Nähe des Bundeswehr-Übungsplatzes zum AKW „Emsland II“ und zur angrenzenden Atomindustrie in Lingen stellt ein zusätzliches, unkalkulierbares und nicht hinnehmbares Risiko für die Bevölkerung dar.

Es ist notwendig, das Atomgesetz

(AtG) auf Bundesebene zu verschärfen, damit die Atomaufsichten den Betreibern Fristen für den Rückbau abgeschalteter Atommeiler setzen können. Bei den bereits abgeschalteten AKW Brunsbüttel und Krümmel sieht man, dass Vattenfall auf Zeit spielt. Die milliardenschweren Rückstellungen der Atomkonzerne für Rückbau, Zwischen- und Endlagerung gehören in einen öffentlich-rechtlichen Fonds.

Das Land Niedersachsen soll sich im Bund dafür einsetzen, dass der Einsatz plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente in allen noch laufenden Atomkraftwerken durch eine Änderung des Atomgesetzes schnellstmöglich verboten wird. Der Einsatz dieser Technologie in Reaktoren und die Transporte dieses Materials bergen besonders hohe Risiken. Die atomare Wiederaufarbeitung wurde auch wegen dieser Gefahren bereits in vielen Ländern Europas eingestellt oder gestoppt. Die noch aus Altverträgen vorhandenen MOX-Restmengen sind an den aktuellen Standorten in Spezialbehälter zu verpacken, zwischenzulagern und später in ein geeignetes atomares Endlager zu bringen. Dafür sind die vertraglichen Voraussetzungen herzustellen.

Die Atommüllberge wachsen mit jedem Tag, an dem die Reaktoren laufen. Trotz aller Beteuerungen und Versprechen der Atomindust-

rie gibt es bis heute in Deutschland kein Endlager in Betrieb, um radioaktive Abfälle für Hunderttausende von Jahren sicher zu entsorgen. Die bisherigen Versuche der Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle sind in Deutschland entweder desaströs gescheitert (Asse) oder mussten vorzeitig abgebrochen werden (Morsleben). Jedes Gramm zusätzlicher Atommüll verschärft die Risiken für Mensch und Umwelt. Darum bleibt der schnellstmögliche, weltweite Ausstieg aus der Atomenergie unser Ziel, für das wir parlamentarisch und außerparlamentarisch kämpfen.

Um den Atomausstieg zu vollenden, brauchen wir eine Internationalisierung des Widerstandes. Dabei spielen die vielen negativen Erfahrungen in Niedersachsen mit dieser nicht beherrschbaren Technologie eine wichtige Rolle.

ATOMKATASTROPHE ASSE II – DER RADIOAKTIVE MÜLL MUSS BESCHLEUNIGT RAUS

Wie unsicher das Entsorgen des Atommülls ist, zeigt die Entwicklung im Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel. Die Asse sei „sicher für alle Zeiten“ hieß es von Seiten der Atomwirtschaft und der Wissenschaft. Heute gilt die Asse als eines der größten Umweltprobleme in Europa. Rund 127.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem

Abfall lagern in dem Schacht, der als Prototyp für Gorleben geplant war. Die Sicherheitsprognosen für die Asse haben sich bereits nach zehn Jahren als falsch erwiesen. Salzlauge dringt in das Grubengebäude ein, das in seiner Standsicherheit gefährdet ist. Heute ist klar, dass radioaktives Material mit Grundwasser aus dem Deckgebirge in Kontakt tritt. Die Lage kann sich jederzeit zuspitzen, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur. Wir halten die Rückholung des atomaren Mülls für die einzige Möglichkeit, Langzeitsicherheit herzustellen. Bundes- und Landesregierung müssen alles dafür tun, den atomaren Müll aus dem Atommülllager Asse II so schnell wie möglich zurückzuholen. Dabei muss der Schutz der Bevölkerung und der ArbeitnehmerInnen in der Asse sichergestellt sein. Zu einer schnellen und sicheren Rückholung gehören auch die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen und die parallele Bearbeitung zeitlich aufeinander folgender Verfahren. Um die Rückholung des Atommülls aus der Asse zu beschleunigen, muss das Atomrecht novelliert werden. Dabei dürfen weder die BürgerInnen-Beteiligung noch die Anforderungen für die Langzeitsicherheit reduziert werden, nach deren strengen Sicherheitskriterien die Stilllegung zu erfolgen hat. Das Bundesamt für Strahlenschutz muss das Verfahren mit breiter und intensiver Bürger-

Innen-Beteiligung insbesondere mit der Asse-Begleitgruppe durchführen. Im Zusammenhang mit der Lagerung und der Rückholung der Abfälle aus der Asse fordern wir einen gerechten Lastenausgleich. Die Kommunen um den Asse-Schacht brauchen angesichts der ungewollten Risiken unsere Unterstützung bei der Entwicklung einer atommüllfreien Zukunft.

AUS DER ASSE LERNEN – GORLEBEN AUFGEBEN

Die katastrophale Situation bei der Asse II zeigt eindringlich die gewaltigen Probleme bei der Endlagersuche. Der Standort wurde festgelegt, weil ein unrentables stillgelegtes Salzgewinnungsbergwerk zufällig zur Verfügung stand. Das Gleiche gilt für Schacht Konrad in Salzgitter! Die kritischen Gegebenheiten des Standortes wurden ignoriert und lange Zeit geleugnet. Eine ähnliche Situation ist auch in Morsleben, nur 500 Meter von der niedersächsischen Landesgrenze, bei Helmstedt zu sehen: Auch dort gibt es einen „absaufenden“ Schacht, der mit Milliardenaufwand gesichert werden muss. Für die eingetretenen Schäden wollen wir die Verursacher in den Atomkonzernen auch finanziell zur Verantwortung ziehen. Unverändert versuchen CDU/FDP und die Atomlobby, Gorleben als Endlagerstandort durchzusetzen. Dabei ist längst klar: Gorleben ist

geologisch ungeeignet, politisch verbrannt und ein Schwarzbau. Der Standort verfügt nicht über ein durchgehendes Deckgebirge, es können wasserführende Störungen auftreten, es gibt Gasvorkommen und Permafrosttrisse, weshalb geologisch nicht begründbar ist, Gorleben im Suchverfahren für ein Endlager zu lassen. Gorleben wurde als Standort völlig willkürlich ausgewählt und es gab keine qualifizierte Öffentlichkeitsbeteiligung. Durch die Errichtung einer Pilot-Konditionierungsanlage zur endlagergerechten Umverpackung des Atommülls und durch die Nutzung angrenzender Flächen als Zwischenlager besteht aktuell eine faktische Vorfestlegung. Die Fortführung der als „Erkundung“ deklarierten Baumaßnahmen und der Arbeit an einer sogenannten vorläufigen Sicherheitsanalyse ausgerechnet durch Wissenschaftler, die maßgeblich am Desaster in der Asse beteiligt waren, ist ein deutliches Signal dafür, dass die aktuelle Landes- und Bundesregierung trotz anderslautender Bekundungen immer noch kein echtes Interesse daran hat, nach Alternativen zu Gorleben zu suchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine ergebnisoffene Endlagersuche ein. Wir halten an der Forderung nach einem echten Neubeginn der Suche fest. Ein tragfähiger Endlagersuchprozess muss ergebnisoffen, vertrauensbildend,

transparent und fair gestaltet werden. Dafür muss eine sofortige Beendigung der sogenannten vorläufigen Sicherheitsanalyse erfolgen. Die Tatsache, dass Gorleben mit weiteren Castortransporten zementiert werden darf, zeigt, wie wenig glaubwürdig der von CDU, CSU und FDP angekündigte Neubeginn in der Endlagerfrage ist. Wir fordern: Keine weiteren Castoren nach Gorleben. Zudem muss ein neuer Endlagersuchprozess in jeder Phase die Teilnahme und den Einfluss für Bürgerinnen und Bürger sichern und an höchsten Sicherheitszielen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik orientiert sein. Die Sicherheits- und Abwägungskriterien für einen derartigen Suchprozess müssen wissenschaftlich begründet sein, die Kriterien des Arbeitskreises Endlagersuche (AkEnd) weiterentwickeln und die Erfahrungen aus dem Asse-Desaster und dem Endlager Morsleben aufnehmen. Solange Gorleben im Vergleichspool der Standorte bleibt, wird versucht werden, die Sicherheitsanforderungen an den ungeeigneten Standort anzupassen. Gorleben kann wissenschaftlichen und geologischen Kriterien eines Endlagersuchgesetzes nicht standhalten. Ein Gesetzentwurf, der diese wichtigen Voraussetzungen nicht enthält, ist für uns nicht konsensfähig. Eine grüne Zustimmung gibt es nur für den realen Start einer ergebnisoffenen Suche. Endlagerverhandlungen

müssen das Ziel haben, den bestmöglichen Standort für Atommüll in Deutschland zu finden.

KEIN ATOMMÜLL IN SCHACHT KONRAD

Die Festlegung auf ein Endlager für alle Arten von radioaktivem Müll kann nur in einem nachvollziehbaren Verfahren mit höchsten Sicherheitsstandards getroffen werden. Die Öffentlichkeit und die Bürgerinitiativen sind dabei von Anfang an breit und transparent einzubeziehen. Weil Atommüll für Millionen Jahre gefährlich bleibt, gilt es, den relativ besten Standort zu wählen. Wir wollen, dass das Konzept der wartungsfreien, nicht rückholbaren Atommüllendlagerung hinterfragt wird. Wir wollen, dass Möglichkeiten erforscht und umgesetzt werden, um eine Überwachung von Endlagern auch weit über ihre Betriebsphase hinaus zu ermöglichen, so dass spätere Generationen die Möglichkeit haben, ein eventuelles Versagen des Sicherheitskonzeptes zu erkennen und korrigierend eingreifen können. Wir brauchen Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur über einen Zeitraum von 500 bis 1000 Jahren. Wir setzen uns für den Neubeginn bei der Endlagersuche ein. Auch im Schacht Konrad dürfen jetzt keine Fakten geschaffen werden, die Einlagerungsvorbereitungen in Schacht Konrad müssen beendet werden. Wir GRÜNE erteilen

Schacht Konrad eine politische Absage. Erst damit wird der Weg frei für eine neutrale, ergebnisoffene

und vergleichende Endlagersuche für alle Arten von Atommüll.

VORRANG FÜR EINE NACHHALTIGE, BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Eine vielfältige, ökologische und bäuerliche Landwirtschaft mit fairem Einkommen und ein Ende der Förderung und Privilegierung der Massentierhaltung in Niedersachsen
- ▶ Eine konsequente Umstellung der Förderung der Landwirtschaft auf Umwelt- und Tierschutz sowie gesellschaftliche Leistungen. Den Ökolandbau wollen wir angesichts steigender Nachfrage deutlich ausbauen und stärker fördern.
- ▶ Die Beendigung der einseitigen Pro-Gentechnik-Propaganda der Landesregierung. Wir werden Niedersachsen zur gentechnikfreien Region machen.
- ▶ Ein grüner Tierschutzplan, der

die Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück für Stück beendet und die Ställe wieder an den Bedürfnissen der Tiere ausrichtet. Verstümmelungen von Tieren wollen wir genauso beenden wie die Käfighaltung von Hühnern.

- ▶ Stärkung der Arbeit der VerbraucherInnen-Beratung. VerbraucherInnen müssen Produkte hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Erzeugungsbedingungen und ihrer Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können.

Wir VerbraucherInnen wollen hochwertige, gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen. Wir wollen, dass die Bäuerinnen und Bauern, die diese Lebensmittel produzieren, die Umwelt nicht übermäßig belasten, ihre

Tiere artgerecht halten und für ihre harte Arbeit ein angemessenes Einkommen erzielen. GRÜNES Ziel ist deshalb eine naturverträgliche und artgerechte, umwelt- und klimaschonende sowie gentechnikfreie Landwirtschaft. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Bewirtschaftung und Pflege unserer Regionen und Kulturlandschaften. Wir wollen auch in der Landwirtschaft mehr Klimaschutz durchsetzen. GRÜNE Politik ist auf den Schutz vielfältiger, bäuerlicher Strukturen mit fairen Einkommen und Löhnen angelegt. Industrielle Massentierhaltung, die in den vergangenen Jahren zu vielen Skandalen geführt hat, lehnen wir ab. Unser Leitbild ist eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft.

BAUERNHÖFE STATT AGRARINDUSTRIE

Durch eine jahrzehntelange falsche Agrarpolitik ist Niedersachsen das Land der industriellen Massentierhaltung geworden. Folge dieser Entwicklung sind unter anderem zunehmende Emissionen, gravierende Umwelt- und Gesundheitsprobleme und die Zerstörung der gewachsenen Strukturen in ganzen Regionen. Diese Fehlentwicklung wird verursacht durch:

- ▶ umfangreiche Futtermittelimporte, zum Beispiel aus ehemaligen Regenwaldgebieten in Südame-

rika, für deren Anbau weltweit bäuerliche Strukturen zerstört werden;

- ▶ zu hohe Tierzahlen insbesondere in den Regionen mit Massentierhaltung;
- ▶ ein Tierschutzrecht, das industrielle Tierhaltungsanlagen ermöglicht;
- ▶ ein VerbraucherInnen-Recht, das keine Kennzeichnung über die Art der Erzeugung von Fleisch, Milch und Eiprodukten verlangt;
- ▶ ein Baurecht, das kaum Mitgestaltung der Kommune bei agrarindustriellen Tierhaltungsanlagen ermöglicht und
- ▶ die Nichtbeachtung des Klimaschutzes in der Agrarindustrie, deren Produktion unter anderem auf einen zu hohen Fleischkonsum ausgerichtet ist.

Den Tierschutz hat diese Landesregierung lange ignoriert: 25 Masthühner werden auf einem Quadratmeter zusammengepfercht. Völlig überzüchteten Puten und Legehennen wird der Schnabel amputiert, Ferkel werden ohne Betäubung kastriert und den Schweinen die Ringelschwänze entfernt. Wir lehnen solche Tierquälereien und Qualzuchten ab.

KÄFIGHALTUNG BEENDEN – MASSENTIERHALTUNG DIE PRIVILEGIEN ENTZIEHEN

Während die schwarz-gelbe Landesregierung die Haltung von Hühnern in engen Käfigen noch bis 2025 weiterbetreiben will, wollen wir GRÜNE ein schnelles Verbot der Käfighaltung und eine umfassende Kennzeichnung auch von Eiprodukten, damit VerbraucherInnen erkennen können, wie diese Produkte erzeugt wurden. Das stärkt gerade die heimischen Landwirte, die ihre Hühner artgerecht im Freiland halten.

Mit Bundesratsinitiativen zu Änderungen im Baurecht, Immissionschutzrecht, Tierschutzrecht und VerbraucherInnenrecht wollen wir der zunehmenden Industrialisierung der Tierhaltung begegnen. Die baurechtliche Privilegierung für Massentierhaltungsanlagen, für die ein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren notwendig ist, wollen wir streichen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kommunen und BürgerInnen verbessern. Angesichts immer größerer Ställe und eines florierenden Gülle-Tourismus¹ wollen wir nur noch eine bodengebundene bäuerliche Tierhaltung mit überwiegender Futter-Eigenerzeugung privilegieren. Durch neue Erlasse auf Landesebene wollen wir die gesetzlich vorgeschriebene Rettung von Tieren im Brandfall ebenso sicherstellen wie

einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Keimen, etwa durch eine Filterpflicht. Bei der noch bestehenden Massentierhaltung darf es keine Ignoranz und Missachtung durch die Behörden geben. Mit scharfen Kontrollen und konsequenter Ahndung von Rechtsverstößen müssen bestehende Vorschriften durchgesetzt werden.

GEFAHREN DURCH GÜLLE UND KEIME AUS DER MASSENTIERHALTUNG REDUZIEREN

Zugleich wollen wir landesweite Vorgaben für einen strikten Brandschutz, der die Rettung der Tiere im Brandfall einschließt. Der Gesundheitsschutz der AnwohnerInnen vor gefährlichen Keimen aus der Massentierhaltung ist zu verbessern. Soweit noch nicht vorhanden, sind alle Massentierhaltungsanlagen, die einer Vorprüfung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz² unterliegen, innerhalb einer angemessenen Frist mit bestmöglichen Abluftreinigungsanlagen zu ergänzen. Der systembedingte Antibiotika-Einsatz fördert die Bildung hochgefährlicher resistenter Keime. (VERWEIS GESUNDHEIT) Dagegen brauchen wir ein wirksames Minderungsprogramm und politische Vorgaben zur artgerechten Tierhaltung.

Die Landesregierung hat das wahre Ausmaß der Massentierhaltung lange verschleiert. Wie die GRÜNE

Landtagsfraktion aufgedeckt hat, werden statt der offiziell gemeldeten 8 Millionen Schweine und 36 Millionen Masthühner in Wirklichkeit mehr als 10 Millionen Schweine und 63 Millionen Masthühner gehalten. Diese Tierzahlen sind nicht nur aus Gründen des Tierschutzes, sondern auch klima- und umweltpolitisch deutlich zu hoch. Wir brauchen daher eine Überprüfung aller Bestände und ein landesweites, transparentes Nährstoff- und Gülle-Kataster, um den illegalen Gülle-Tourismus zu Lasten von Boden und AnwohnerInnen einzudämmen.

ÖFFENTLICHE GELDER FÜR ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Im Schnitt zahlt jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger jährlich 100 Euro für den Agrarhaushalt und die ländliche Entwicklung. Dieses Geld der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) muss im Interesse des Gemeinwohls verwendet werden. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform nach dem Motto „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ ein. 2013 werden die Weichen für die neue Programmperiode der EU-Agrarförderung gestellt. Wir wollen, dass die EU-finanzierten Flächenprämien mit klaren Umweltstandards versehen werden und deren Einhaltung auch wirksam überprüft wird. Das heißt beispielsweise, dass zehn

Prozent der Fläche für artenreiches Ackerland, Grünland, Blühstreifen oder Kleingewässer ausgewiesen werden. Wir GRÜNE wollen eine mindestens viergliedrige Fruchtfolge festschreiben, wobei im Ackerbau jede Kultur maximal 50 Prozent ausmachen darf. Des Weiteren stehen wir für den Grünland-Erhalt und wollen Gentechnikfreiheit durchsetzen. Den Anbau eigener Futterpflanzen (Leguminosen ☘) wollen wir als Ersatz für Gen-Soja aus Südamerika fördern. Zur Neuregulierung der Verteilung von EU-Mitteln gehören auch Prämienobergrenzen und soziale Standards, damit wir bäuerliche Strukturen stärken und nicht weiterhin agrarindustrielle Großbetriebe mit Millionen subventionieren. Wir werden auch die Mittel zur Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER) überprüfen und sie stärker auf die Honorierung tatsächlicher ökologischer Leistungen der Landwirtschaft ausrichten. Die Beratung von LandwirtInnen und die Forschung für Nachhaltigkeit, Ökologie und Tierschutz in der Landwirtschaft werden wir verbessern. Exportsubventionen wollen wir abschaffen!

In der Landwirtschaft haben vor allem extensiv genutzte Wiesen und Weiden aber auch Hecken, Tümpel, Teiche und kleine Gehölzinseln eine hohe Bedeutung für den Naturschutz. Diese Flächen gilt es gemeinsam mit den LandwirtInnen

zu erhalten und wieder vermehrt zu entwickeln. Deshalb wollen wir im Rahmen der EU-Agrarförderung einen klaren Schwerpunkt auf eine ökologische und naturnahe Landwirtschaft legen. Dafür müssen der Vertragsnaturschutz ausgebaut und ökologische Leistungen der Landwirtschaft – wie Ökolandbau oder Landschaftspflege – aus Agrarumweltprogrammen umfassender honoriert werden.

Statt wie CDU und FDP mit 6,5 Millionen Euro Landesgeld einen unnötigen Mega-Schlachthof in Wietze und damit indirekt Hunderte von neuen Tierfabriken zu subventionieren, wollen wir unter anderem ein ökologisch und regional ausgerichtetes Schulobstprogramm zur Stützung der bäuerlichen Landwirtschaft und Gesundheit unserer Kinder fördern.

GUTE PREISE FÜR GUTE ARBEIT – FAIRE MILCH FÜR NIEDERSACHSEN

Wir unterstützen die MilchbäuerInnen in Niedersachsen in ihrem Kampf für faire Preise, artgerechte Haltung und gegen Überkapazitäten. Zur Durchsetzung fairer Preise wollen wir eine nachfrageorientierte Mengenregulierung für Milch und andere landwirtschaftliche Branchen auf EU-Ebene entwickeln. Außerdem wollen wir ermöglichen, dass sich die milcherzeugenden Betriebe

in weit stärkerem Maß zu Erzeugergemeinschaften zusammenschließen können, als es die EU zulassen will. Nur so können viele EinzelerzeugerInnen dem Diktat und der Marktmacht der großen Discounter begegnen. Die Einführung einer fairen Milchmarke mit ökologischen und tiergerechten Standards aus Niedersachsen unterstützen wir.

GRÜNE FÜR GRÜNLAND – DIE KUH GEHÖRT AUF DIE WEIDE

Das Grünland gehört traditionell zur Kulturlandschaft und ist einer unserer artenreichsten Lebensräume. Durch dramatischen Grünland-Verlust und Intensivierung der Nutzung des verbliebenen Grünlandes sind alle typischen Wiesen- und Weidevögel in Niedersachsen inzwischen vom Aussterben bedroht. Gründe für das dramatische Verschwinden von Grünland sind unter anderem die „Vermaisung“ für Biogasanlagen und Viehfutter sowie die hohen Pachtpreise für Agrarland. Wir wollen die extensive Nutzung von Grünland fördern und das Grünland-Umbruchverbot konsequent umsetzen. Damit erhalten wir nicht nur eine arten- und abwechslungsreiche Kulturlandschaft, sondern leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Deswegen fordern wir die Weidehaltung von Milchkühen. Diese ist artgerecht und dient dem Klimaschutz, da Milch aus Weidehaltung eine bessere CO₂-Bilanz

hat. Wir wollen die Wertschöpfung und Einkommen aus einer umweltverträglichen Grünlandbewirtschaftung auch für die Rinderhaltung mit einer Weideprämie sichern und wieder Vielfalt auf unseren Äckern ermöglichen. Die bisherige „gute fachliche Praxis“ muss überarbeitet, ökologisch weiterentwickelt und angepasst werden. Wir wollen den Erhalt des Grünlands und nicht mehr seine Zerstörung fördern.

ÖKOLANDBAU AUSBAUEN

Immer mehr VerbraucherInnen vertrauen auf Bioprodukte. Die Nachfrage stieg allein 2011 um neun Prozent. Die heimische Produktion ist mangels entsprechender Förderung deutlich geringer als die Nachfrage. Immer mehr Bioprodukte werden importiert. Niedersachsen ist mit nur 2,9 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bundesweites Schlusslicht beim Ökolandbau. Wir wollen das ändern und werden deshalb vor allem die Umstellung auf den ökologischen Landbau besonders fördern, denn in den ersten beiden Jahren nach der Umstellung dürfen die Erzeugnisse noch nicht als „Bio“ verkauft werden. Auch die Beibehaltungsprämie werden wir angesichts der gesellschaftlichen Vorteile des Ökolandbaus deutlich anheben. Wir wollen auch die Strukturen und das Marketing für ökologisch und/oder fair erzeugte Produkte aus Niedersachsen deutlich verbes-

sern und zum Beispiel Initiativen für eine niedersächsische Biomilch-Molkerei oder Erzeugerzusammenschlüsse für gentechnikfreies Futter fördern. Ökobetriebe bieten vielen Menschen Arbeitsplätze und sind regional vernetzt mit Betrieben der Verarbeitung und Vermarktung, die ebenfalls zur Wertschöpfung beitragen. Durch vielfältige Fruchtfolgen und den Verzicht auf Pestizide bereichern ökologische Anbauflächen die Landschaft. So profitiert auch der Tourismus im Land von den Ökobetrieben (► S. 48). Die Erhöhung der Förderung für die gesellschaftlichen Leistungen des Ökolandbaus und eine Verbesserung der Beratungseinrichtungen ist mehr als überfällig. Diese Förderung ersetzt aber nicht das Ziel, auch die konventionelle Landwirtschaft insgesamt ökologischer und nachhaltiger zu machen. Neben der Reduzierung von Pestizideinsatz und Überdüngung mit organischen und anorganischen Stoffen sind der Erhalt und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit – zum Beispiel durch Terra Preta und effiziente Mikroorganismen (EM) – aktiv zu fördern.

NIEDERSACHSEN ENDLICH GENTECHNIKFREI MACHEN

Gentechnik in der Landwirtschaft ist eine Risikotechnologie. Die Folgen für Umwelt und Gesundheit sind unabsehbar. Eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Po-

litik muss den Einsatz dieser Technologie ablehnen. Nur eine Null-Toleranz gegenüber gentechnischer Veränderung sichert die Reinheit im Saatgut. Gentechnikfreier Anbau ist ein wichtiger Standortvorteil für die Ernährungswirtschaft in unserem Land. Die CDU/FDP-Landesregierung fördert jedoch als eine der letzten gegen den Willen der VerbraucherInnen die Agro-Gentechnik mit Millionensummen. So wurden Freisetzungen genmanipulierter Zuckerrüben bei Northeim genauso gefördert wie ein einseitiges Akzeptanzbeschaffungsprogramm für genmanipulierte Lebensmittel an niedersächsischen Schulen (HannoverGen). Selbst in Schutzgebieten wurden von Schwarz-Gelb giftige Genpflanzen erlaubt, die seltene Schmetterlinge gefährden. Wir begrüßen, dass Landwirte, VerbraucherInnen und große Unternehmen zur Zeit auf genmanipulierte Produkte und Freisetzungen verzichten. Nur die schwarz-gelbe Landesregierung hält weiterhin einseitig an ihrer Lobbypolitik für die Agro-Gentechnik fest. Mit dem Projekt NiedersachsenGen – also mit Genlaboren an Schulen in jedem Landkreis für 15 Millionen Euro – versucht sie, die Akzeptanz für genmanipulierte Lebensmittel zu erhöhen. Wir wollen die einseitige Gentechnik-Propaganda der Landesregierung beenden. Wir wollen Niedersachsen im Sinne der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und einer bäuer-

lichen Landwirtschaft zur gentechnikfreien Region machen. Unternehmen, die mit der Erforschung und Produktion gentechnisch manipulierter Pflanzen in anderen Teilen der Welt Geschäfte machen, fordern wir auf, sich auf ihre konventionellen und biologischen Sortimente zu beschränken. Forschungsmittel und Kooperation werden für solche Unternehmen nicht zur Verfügung gestellt.

RETTET DIE BIENEN – IMKEREI FÖRDERN

ImkerInnen tragen mit ihren Bienenvölkern ganz wesentlich zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderen Insekten ist zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch den hohen Pestizideinsatz und die Monokulturen ist die Vitalität aller Insekten aber stark eingeschränkt und die Anfälligkeit für Krankheiten erhöht. Deshalb wollen wir die Lebensbedingungen der Bienen durch Änderung der landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. ImkerInnen sind integraler Bestandteil der Landwirtschaft und ihre Interessen müssen in die Entwicklung der Landwirtschaft einfließen. Die Organisationen der ImkerInnen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und Fortbildung. Die Bienenweideverbesserung und die

Nachwuchsgewinnung von ImkerInnen wollen wir gezielt fördern.

MEHR TIERSCHUTZ FÜR NIEDERSACHSEN

Wir treten für einen konsequenten Tierschutz im Sinne der niedersächsischen Verfassung ein. Tiere dürfen nicht schutzlos den wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen der Menschen untergeordnet werden.

Wir wollen ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände, um Quälereien in der Massentierhaltung besser verfolgen zu können. Mit einem grünen Tierschutzplan wollen wir die Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück für Stück beenden. Amputationen bei Tieren müssen genauso ein Ende haben wie die Haltung auf engstem Raum. Vorbild sind für uns dabei die Regeln des Ökologischen Landbaus und von Neuland¹. Für uns GRÜNE müssen sich die Ställe an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten und nicht die Tiere an den ökonomischen Interessen der Agrarindustrie. In zu vielen Tierschutz-, Umwelt- und Lebensmittelskandalen kamen die TäterInnen mit milden oder ganz ohne Strafen davon. Wir wollen über eine Bundesratsinitiative die Bußgelder und Strafen für Verstöße gegen Tierschutz und Umweltgesetze verschärfen. Wir setzen uns für eine tierversuchsfreie Lehre und Forschung ein.

Das bedeutet auch die Beendigung der Förderung von Tierversuchen. Wir fordern ein Ende vermeidbarer schmerzhafter Eingriffe – wie zum Beispiel das betäubungslose Kastrieren von Schweinen – und ein Verbot von Qualzuchten. Amts-TierärztInnen müssen verstärkt gegen tierquälerische Vergehen vorgehen und auch unangekündigte Kontrollen bei TierhalterInnen durchführen.

Der tierschutzkonforme Umgang mit unseren Nutztieren erfordert hohe Standards bei Aufzucht, Haltung, Transport und Schlachtung. Wir setzen uns für eine Obergrenze von vier Stunden Dauer und eine maximale Entfernung von 200 Kilometern bei Tiertransporten ein und wollen eine stärkere Überwachung des Tierschutzes bei der Schlachtung. Zur einheitlichen Kennzeichnung tierischer Nahrungsmittel soll ein Tierschutz-Label eingeführt werden, mit dem wirkliche Verbesserungen gegenüber der momentanen Nutztierhaltung dokumentiert werden. Weil Tierheime, Gnadenhöfe und Tierschutzorganisationen eine wichtige Arbeit zum Wohl der Tiere leisten, werden wir diese weiterhin in ihrer Arbeit unterstützen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Nach dem Vorbild des niedersächsischen Hundegesetzes wollen wir mehr Sachkunde beim Umgang des Menschen mit Nutz- und Haustieren. Wir wollen einen besseren Tierschutz bei Katzen nach

dem Vorbild vieler niedersächsischer Kommunen und Maßnahmen zur Kastration von freilaufenden Katzen fördern, um die Tierheime zu entlasten.

WENIGER FLEISCH IST MEHR KLIMASCHUTZ

Das Essverhalten hat Einfluss auf unsere Umwelt. Die Massentierhaltung in Niedersachsen und der hohe Fleischkonsum in Deutschland sind ein Grund für Wasserknappheit und Hunger in anderen Teilen der Welt und tragen zur Abholzung des Regenwaldes und damit zur Beschleunigung des Klimawandels im gesamten Ökosystem Erde bei. Der Anbau von Futterpflanzen wie Soja und Mais ist sehr energieintensiv, führt zu Monokulturen und steht in direkter Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln für den Menschen. Sowohl aus ökologischen, gesundheitlichen als auch aus ethischen Gesichtspunkten ist daher eine Verringerung unseres Fleischkonsums geboten. Dies wollen wir durch nachhaltige Ernährungsberatung, vegetarische Tage und klare Kennzeichnungsregeln unterstützen. Über ein Drittel aller Lebensmittel werden vor Verbrauch weggeworfen. Diese massive Verschwendung von Lebensmitteln ist ein Skandal und darf von der Landesregierung nicht länger ignoriert werden. Zudem setzen wir uns dafür ein, das

sogenannte „Containern“ zu legalisieren. Wir verstehen es als aktives Zeichen gegen die Wegwerfgesellschaft, da hierbei entsorgt, aber noch essbare Lebensmittel einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden.

DEN SCHUTZ DER VERBRAUCHERINNEN STÄRKEN

Wir wollen eine grüne VerbraucherInnenschutzpolitik, die den BürgerInnen Orientierung in immer unübersichtlicheren Märkten bietet. Darüber hinaus muss der Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge seine BürgerInnen wirksam vor gesundheitsschädlichen Produkten schützen und Informationen zur Verfügung stellen, um KonsumentInnen in die Lage zu versetzen, Angebote und Vertriebswege beurteilen zu können. Jedes Lebensmittel – egal ob konventionell oder biologisch, egal ob heimisch oder importiert – soll so wenig Schadstoffe und Krankheitserreger wie möglich enthalten. Vor allem multiresistente Keime, die aufgrund des systembedingt massenhaften Antibiotikaeinsatzes in der industriellen Tierhaltung entstehen, sind eine ernste Gefahr, die schon heute Menschenleben kostet. Gegen resistente Bakterien sind Antibiotika weitgehend wirkungslos. Deshalb wollen wir die Lebensmittelkontrollen auf Keime, aber auch auf Pestizid- und andere toxische Rückstände erheblich ver-

stärken sowie Verstöße konsequent verfolgen und transparent machen.

PRODUKTE MÜSSEN DIE GANZE WAHRHEIT SAGEN

Wir wollen, dass Produkte die ökologische und soziale Wahrheit sagen und die VerbraucherInnen sie auch hinsichtlich ihrer Erzeugung und Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können. Alle Daten müssen im Internet verfügbar sein. Die KonsumentInnen haben ein Recht auf klare Regeln und sichere Produkte, damit sie nicht irreführender Werbung ausgeliefert sind (z. B. Fabrikeier-Verpackungen mit glücklichen Hühnern auf grüner Wiese).

Wir wollen die Pflichtkennzeichnung von Lebensmitteln im Hinblick auf den Tierschutz verbessern. Auch mit Genfutter hergestellte Produkte müssen entsprechend gekennzeichnet werden, ebenso der Einsatz von Antibiotika und die Form der Tierhaltung (Bio, Freiland, Käfig etc.). Auch ist die Langlebigkeit sowie der Energie- und Ressourcenverbrauch von Produkten und Dienstleistungen aller Art konsequent zu kennzeichnen.

UNABHÄNGIGE VERBRAUCHERINNENBERATUNG STÄRKEN

Die Finanzkrise, in deren Folge vie-

le Menschen einen erheblichen Teil ihrer Ersparnisse aufgrund schlechter Anlageberatung verloren haben, ist ein drastischer Beleg dafür, dass wir den VerbraucherInnenschutz in allen Bereichen deutlich verstärken müssen. VerbraucherInnen müssen die Möglichkeit haben, alle Arten von Verträgen kompetent und niedrigschwellig überprüfen zu können und sich entsprechend beraten zu lassen. Niedersachsen ist jedoch Schlusslicht bei den Ausgaben für VerbraucherInnenberatung pro Kopf. Während zum Beispiel in Sachsen 68 Cent je Einwohner für die Verbraucherzentralen zur Verfügung gestellt werden, sind es in Niedersachsen nur 20 Cent. Seit dem Amtsantritt von Schwarz-Gelb 2003 hat durch massive Mittelkürzungen jede dritte VerbraucherInnenzentrale in Niedersachsen schließen müssen. Viele Angebote sind kostenpflichtig. Das ist gerade angesichts von zunehmenden dubiosen Finanzangeboten, Imitatprodukten, Internet-Abzocke und Lebensmittelskandalen deutlich zu wenig. Eine starke, unabhängige Beratung ist notwendiger denn je. Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit der VerbraucherInnenzentralen und SchuldnerInnenberatungen finanziell stärken und ausbauen. Aufdringliche Telefonwerbung wollen wir durch Überarbeitung des Vertragsrechts unterbinden.

MACH'S MÖGLICH

EFFIZIENTE UND KLIMARECHTE MOBILITÄT

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Umsteuern der Verkehrsinvestitionen zugunsten des Ausbaus im Umweltverbund und Substanzerhalt der Straßen statt immer weiterer Straßenneubauplanungen
 - ▶ Umschichtung von 45 Millionen Euro des Landeszuschusses zu Bundesstraßen und Autobahnen in die Landesaufgabe Schülerverkehr
 - ▶ Umschichtung von anteilig 100 Millionen Euro aus der Bundesförderung für Autobahnen und Bundesstraßen zum dringender notwendigen Schienenausbau im Hafenhinterland-Güterverkehr
 - ▶ Ein ÖPNV mit landesweit durch-
- gehenden Tarifen (über alle Verkehrsträger) und ein Taktfahrplan mit Anschlusssicherheit sowohl zum Fernverkehr als auch vom Zug zum Bus
- ▶ Keine weiteren Flussvertiefungen von Elbe und Weser. Diese wären durch den neuen Tiefwasserhafen JadeWeserPort unwirtschaftlich und überflüssig. Durch einen gemeinsamen Marktauftritt der drei großen Häfen der benachbarten Bundesländer ergeben sich für alle Partner bessere Entwicklungschancen bei geringeren öffentlichen Kosten.

Verantwortliche Verkehrs- und Infrastrukturpolitik muss sich gleich-

zeitig den strengen Vorgaben zur CO₂-Minderung, dem demografischen Wandel sowie dem steigenden Güterverkehr und der öffentlichen Finanzklemme stellen. Vor der Herausforderung, dies alles gleichzeitig zu berücksichtigen, drücken sich die anderen Parteien. Sie sind weiter dabei, im Verkehrsbereich mit den Rezepten von gestern die Probleme von morgen zu vergrößern. Das GRÜNE Konzept schafft dagegen neue Gestaltungsmöglichkeiten im engen Spielraum zwischen diesen vier Leitplanken.

UMWELTVERBUND IM VERKEHR STÄRKEN

Dem Verkehr im Rahmen des Umweltverbundes – also dem Verkehr per Bus und Bahn, per Fahrrad und zu Fuß – kommt für die Lebensqualität in Stadt und Land, für den Klimaschutz und die Mobilität der Menschen eine immer stärkere Bedeutung zu. Nur mit dem Umweltverbund lassen sich die berechtigten Anforderungen zur Bekämpfung von Feinstaub¹, CO₂², NO_x³ und Lärm umsetzen.

ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR AUSBAUEN

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) auf Schiene und Straße ist gerade in der aktuellen Situation des demografischen Wandels ein unverzichtbarer Beitrag zur Da-

seinsvorsorge und bietet zugleich die Chance auf CO₂-arme Mobilität. Das rechtfertigt eine Schwerpunktverlagerung in der Landespolitik weg vom motorisierten Individualverkehr, dessen Ausbau die vergangenen Jahrzehnte dominiert hat. Moderne Infrastrukturpolitik im 21. Jahrhundert setzt auf Vernetzung und verbessert gezielt die Übergänge von einem Verkehrsträger zum anderen. Das Land muss Verkehrsinformationen, Leitsysteme und die Abrechnung von Fahrgeldeinnahmen mit einheitlichen Standards koordinieren und fördern.

Der ÖPNV muss für die KundInnen ein transparentes landesweites Angebot werden. Durchgehende Tarife, für die die Tickets landesweit nicht nur an allen Bahnstationen erhältlich sind, und ein durchgehender Taktfahrplan mit Anschlusssicherheit sowohl zum Fernverkehr als auch vom Zug zum Bus und umgekehrt müssen Standard werden. Das derzeit von der schwarz-gelben Landesregierung geplante „eingeschränkte Landesticket“ ist dagegen ein ungeeigneter Zwischenschritt ohne nachhaltigen Nutzen.

Angesichts absehbar explodierender Kosten des motorisierten Individualverkehrs bietet ein gutes ÖPNV-Angebot zukünftig die Chance, die Probleme des demografischen Wandels abzumildern. Das gilt gerade auch für den ländlichen Raum

in Niedersachsen, denn dort hängt die Lebensqualität wesentlich von einer guten, barrierefreien öffentlichen Anbindung ab, mit der alle Bedürfnisse abgedeckt werden können. Wo ausreichender Bedarf ist, wollen wir das ÖPNV-Angebot auch frühmorgens und am späten Abend ausweiten.

Die SchülerInnenverkehre müssen – unter Einbeziehung der Schulen – durch differenziertere Förderung und stärkere Spreizung der Schulanfangs- und -endzeiten, wo immer möglich, in ein normales öffentliches Verkehrsangebot über den ganzen Tag eingebunden werden. Dazu möchten wir als zusätzlichen Anreiz auch die direkten Zuweisungen an die Aufgabenträger aus dem Landesnahverkehrsgesetz einsetzen.

In dünn besiedelten Gebieten wollen wir eine Förderung von innovativen, günstigeren Bus-Systemen und von BürgerInnen-Bussen nach dem Beispiel Nordrhein-Westfalens anbieten. Die Idee eines prioritären Landes-Busliniennetzes bietet neue Chancen. Ein solches Netz verstehen wir als Ergänzung des ÖPNV-Rückgrats Schiene und nicht als dessen Ersatz. In strukturschwachen Gebieten wie im Harz, im Wendland und an der Küste wollen wir mit EU-Fördermitteln Pilotprojekte dazu beginnen.

Durch die Ausweitung auf einen

landesweiten Schienenfahrzeug-Pool, auf den alle Aufgabenträger Zugriff haben, wollen wir günstigere Beschaffungskosten und einen fairen Wettbewerb zwischen den großen öffentlichen Verkehrsanbietern und auch kleineren Wettbewerbern durchsetzen. Die vertiefte Zusammenarbeit von öffentlich getragenen ÖPNV-Unternehmen in Niedersachsen wollen wir unterstützen. Dadurch wollen wir ihre verstärkte Mitwirkung auch im Bieterwettbewerb zum Schienennahverkehr ermöglichen. Zusätzlich wollen wir das Landesvergabegesetz⁴ auf den ÖPNV ausweiten und damit die Arbeitsbedingungen im Nahverkehr fairer gestalten. Der Wettbewerb darf nicht über die Lohnkosten ausgetragen werden.

In den vergangenen zehn Jahren sind die Fahrgastzahlen im niedersächsischen Schienennahverkehr um fast 30 Prozent gestiegen. Dies macht eine Neubewertung zur Reaktivierung von Bahnstrecken und Haltepunkten, Lückenschlüssen und der Ertüchtigung von Nebenstrecken für den Linienverkehr nötig. Es kann nicht sein, dass die Bahnfahrt für Insel-BesucherInnen wenige Kilometer vor der Küste aufhört, um dann mit Bussen zur Fähre fortgesetzt zu werden. Auch große Städte wie Nordhorn sind an den Schienenpersonenverkehr anzubinden.

Nicht zuletzt ist es unser Ziel, den

barrierefreien Zugang zum ÖPNV so schnell wie möglich mit landesweiten Standards an allen Stationen durchzusetzen. Ausdrücklich geht für uns dabei eine schnellere, flächendeckende Umsetzung im Vergleich zu einer maximalen Umsetzungsqualität vor.

RADVERKEHR FÖRDERN

Radfahren ist preiswert, klimafreundlich und gesund. Der Radverkehr bleibt aber in Niedersachsen im Vergleich zu den Nachbarn Niederlande und Dänemark, die eine ähnliche Topografie aufweisen, noch deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück. Deshalb werden wir das Radwegenetz weiter ausbauen, vorhandene Lücken schließen und in stark frequentierten Bereichen die Leistungsfähigkeit und Qualität der Radwege (Vernetzung, Beschilderung etc.) sowie die Sicherheit der RadfahrerInnen etwa durch breitere Radwege und sichtbare Fahrbahnmarkierungen bedarfsgerecht verbessern.

Mit den sich schnell am Markt ausbreitenden E-Bikes oder Pedelecs rückt das Fahrrad auch auf mittleren Pendlerentfernungen von fünf bis 15 Kilometern als bequeme und preisgünstige Alternative zum Auto neu ins Blickfeld. Auch dafür wollen wir bei nachgewiesenem Bedarf breiter ausgebaute, direkte Radschnellwege auf Pend-

lerachsen einrichten und an den ÖPNV-Haltepunkten entsprechend gesicherte Abstellanlagen schaffen. Innerorts muss – wie inzwischen rechtlich gesichert – die Radwegenbenutzungspflicht aufgehoben werden, um dem schnellen Radverkehr die Straßenbenutzung zu erlauben. Unterstützt wird der Fahrradverkehr auch, wenn den Kommunen die Festsetzung von Tempo 30 auf allen Straßen ermöglicht und die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln weiter liberalisiert wird.

Den touristischen Radverkehr werden wir durch den weiteren Ausbau der Tourismusrouten, einen landesweit einheitlichen, elektronischen Radtourenführer, eine verbesserte Radmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln und den Bau von Radfernwegen fördern.

GÜTER AUF SCHIENEN UND BINNENWASSERWEGE

Für die Bewältigung des wachsenden Güterverkehrs liegt die Lösung nicht im massiven Straßenausbau und schon gar nicht in den „Gigaliner“ genannten Riesen-LKW. Es kommt vielmehr darauf an, intelligente Logistik-Ketten zu schaffen, die CO₂-Emissionen wirksam vermindern. Wir unterstützen daher das von der EU-Kommission im Weißbuch Verkehr¹ formulierte Ziel, bis 2030 30 Prozent des Güterverkehrs

mit Strecken von über 300 Kilometern von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Wirtschaftlicher, schneller und umweltverträglicher als der dafür bisher geplante Neubau der so genannten Y-Trasse für ICE-Züge und Güterverkehr durch die Heide ist nach unserer Prüfung der Bestandsausbau vor allem durch zusätzliche Gleise zwischen Rotenburg und Verden, Lüneburg und Uelzen sowie auf der sogenannten „Amerikalinie“ zwischen Langwedel und Stendal. Anstatt mit einem Neubau neue Belastungen in bisher unbelastete Gebiete zu tragen, werden die AnwohnerInnen an den Bestandsstrecken durch den Ausbau mit den damit verbundenen Lärmschutzmaßnahmen im Vergleich zu heute sogar entlastet.

Vorher müssen aber die Elektrifizierung und der Lärmschutz für die Schienenanbindung des Jade-Weser-Ports zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg und die Auflösung der Knotenüberlastung in Bremen, Hannover und Hamburg vorangetrieben und von nun an vom Bund finanziert werden. Daneben muss der Bund endlich Verantwortung übernehmen für die Erhaltung der gerade in Niedersachsen besonders verbreiteten nicht bundeseigenen Bahnstrecken (NE-Bahnen). Das gilt besonders, wenn diese überregionale Bedeutung haben. NE-Bahnen stellen in vielen Bereichen eine wichtige Netzergänzung dar,

wenn sie denn angemessen modernisiert werden – wie derzeit der EVB-Streckenzug Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg, der als wichtige Entlastungs-Trasse für den Hafen Bremerhaven konsequent zu Ende ausgebaut werden muss. Die günstige Betreuung der NE-Bahnen durch die Landes-Eisenbahn-Aufsicht (LEA) im Vergleich zur Aufsicht durch das Eisenbahnbundesamt (EBA) bei der Deutschen Bahn verstärkt die Wirtschaftlichkeit. Für den wachsenden Güterverkehr auf der Schiene fordern wir GRÜNE eine bundes- oder besser europaweite Vorgabe zur Lärminderung an den Waggons, die marktwirtschaftlich durchzusetzen ist.

Für eine gerechte Beteiligung des LKW-Verkehrs an seinen Umweltbelastungen brauchen wir eine gestaffelte Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen und weiteren belasteten Straßen sowie die Einbeziehung auch kleinerer LKW bis hinunter zu 3,5 Tonnen. Die Kommunen und Landkreise sollen sich zukünftig durch Verkehrsbeschränkungen für LKW-Durchgangsverkehr und kontrollierte Tempolimits ohne Zustimmung der Nachbarkreise besser gegen Maut-Ausweich-Verkehr wehren können. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für eine effektivere Kontrolle von Tempolimits und Unfallschwerpunkten ein. Das gefährliche und die Straßen unnötig belasten-

de Gialiner-Experiment¹ werden wir in Niedersachsen stoppen. Insbesondere die negative Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene im Güterverkehr ist für uns inakzeptabel.

Die Möglichkeiten, Güter aus den Seehäfen auf vorhandenen Binnenwasserstraßen zu transportieren, müssen konsequenter genutzt und gefördert werden. Den Binnenwasserstraßen wie Elbe-Seiten-Kanal, Mittellandkanal, Küstenkanal, Unterweser oder Dortmund-Ems-Kanal und ihren Binnenhäfen wollen wir zur umwelt- und naturverträglichen Bewältigung des Hinterlandverkehrs der Seehäfen eine erheblich wachsende Bedeutung geben. Dazu müssen die Binnenschiffe stärker in die Logistik-Ketten in den norddeutschen Seehäfen eingebunden werden – wie es in Holland und Belgien schon lange der Fall ist. Des Weiteren sind die Binnenhäfen mit besseren intermodalen Anschlüssen für die weitere Güterverteilung auszubauen. Wir begrüßen die Initiativen für den Bau eines neuen Hafens Osnabrück-Bohnte am Mittellandkanal und den Bau eines neuen Containerterminals am Mittellandkanal in Hannover, anstelle des Ausbaus des Stichkanals Linden. Der Bund ist auch hier verpflichtet, seiner finanziellen Verantwortung nachzukommen.

FINANZIELLE UMVERTEILUNG ZUGUNSTEN CO2-ARMER VERKEHRSTRÄGER

Um alle Kriterien einer modernen Mobilitätspolitik zu berücksichtigen, ist es erforderlich, mit dem knapper werdenden Geld auszukommen und es sinnvoll umzuverteilen. Um etwa das ÖPNV-Angebot insbesondere für den stark zunehmenden Anteil älterer Menschen in unserem Land ausbauen zu können, müssen wir Mittel zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern umschichten. Zusätzlich muss es Ziel der Politik werden, durch gute Nahversorgungskonzepte unnötigen Verkehr zu vermeiden. Wo sich Güterverkehr nicht anderweitig vermeiden lässt und wo sein Aufkommen sogar wächst, muss der nötige Kapazitätsausbau auf dem effizientesten und klimaverträglichsten Wege geschehen. Den Umstieg im Gütertransport auf die Schiene werden wir unter anderem durch ein Förderprogramm für Bahnanschlüsse von Gewerbegebieten unterstützen.

Dafür darf Niedersachsen es sich nicht länger leisten, jährlich 90 Millionen Euro zur Finanzierung von Bundesstraßen und Autobahnen zuzuzahlen. Ziel muss eine vollständige Eigenfinanzierung dieser Aufgaben durch den Bund sein. Als ersten Schritt wollen wir den freiwilligen Landesbeitrag halbieren. Mit dem frei werdenden Geld wollen

wir zumindest einen großen Teil der Landesfinanzierung für den SchülerInnenverkehr übernehmen, anstatt der hierfür von CDU und FDP fälschlicherweise eingesetzten Regionalisierungsmittel des Bundes. Damit hat das Land 45 Millionen Euro pro Jahr aus dem Regionalisierungstopf² zusätzlich zur Verfügung, um das Angebot und die Qualität im Schienenverkehr zu verbessern.

Niedersachsen muss sich angesichts der 2014 bevorstehenden Neufestsetzung der Regionalisierungsmittel zusammen mit den anderen Bundesländern entschiedener für eine bedarfsgerechte Steigerung der Bundesförderung für den Schienenverkehr einsetzen. Zur Untermauerung dieser Forderung ist nicht nur eine zweckentsprechende Verwendung der Regionalisierungsmittel erforderlich. Es ist ebenso von Nutzen, wirtschaftlich vertretbare und regional sinnvolle Bahn-Reaktivierungen vorzubereiten, die nur damit umsetzbar sind und so den Mittelbedarf verdeutlichen.

Wir brauchen auch ein eigenes Landesgesetz, um die ab 2014 nicht mehr gesicherte Bindung der Bundesmittel aus dem ehemaligen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz³ (GVFG) für Verkehrsprojekte in Gemeinden festzuschreiben und zugleich zielgerichteter zu gestalten. Statt teurer Neubauten soll zukünftig auch die oft günstigere

Sanierung von Verkehrsanlagen förderfähig werden. Auch Lärmschutz und die Anschaffung innovativer Fahrzeuge für den ÖPNV sollen unterstützt werden. Die schwarzgelbe Landesregierung benachteiligt im GVFG den Öffentlichen Personennahverkehr zugunsten der Straßenausbauten. Das derzeitige Verhältnis bei den Förderungen von 60 zu 40 werden wir GRÜNE zur ausgleichenden Gerechtigkeit zugunsten des ÖPNV wieder umkehren. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich nicht 2019 aus dieser Finanzierung zurückzieht. Klimaschutz geht vor!

Daneben ist die institutionelle Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn (DB) überfällig. Sie würde mehr und gezielter auf bedarfsgerechten Kapazitätsausbau angelegte Investitionen in die Schieneninfrastruktur bewirken. Die von der Infrastruktursparte bei der DB erwirtschafteten Jahresgewinne von mehr als 800 Millionen Euro allein im vorigen Jahr müssen in das Netz reinvestiert werden. Sie dürfen vom Konzern nicht weiter zur Finanzierung der fragwürdigen europäischen Expansionsstrategie missbraucht werden.

Um die dringend nötigen Kapazitäten für das Güterverkehrswachstum auf Schiene und Wasserwegen zu schaffen, wollen wir zusätzlich mit dem Bund eine Umschichtung von

100 Millionen Euro jährlich aus der bisherigen Förderung des Straßenbaus für Niedersachsen vereinbaren. Mit dem gleichen Geld aus Berlin wäre so schneller eine höhere Güterverkehrskapazität zu schaffen. Nur so können die Klimaschutzziele in diesem dafür bisher resistenten Verkehrsbereich erreicht werden.

STRASSENINFRASTRUKTUR: ERHALT VOR NEUBAU

Aufgrund der notwendigen Umsteuerung zu klimaverträglicheren Verkehrsträgern und wegen der Versäumnisse bei der Instandhaltung in den vergangenen Jahren müssen Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur Priorität gegenüber dem Neubau erhalten. Die vorhandene Infrastruktur wurde von CDU und FDP in den vergangenen Jahren bewusst auf Verschleiß gefahren, um für Neubauvorhaben nach altem Muster Mittel freizubekommen. Die bisherigen Wunschlisten auf Landes- und Bundesebene sind Ausdruck eines überkommenen Infrastruktur-Leitbildes aus dem vergangenen Jahrhundert, das dem motorisierten Individualverkehr Vorrang gab.

Die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung für eine neue Autobahn von Salzgitter nach Holzminnen lehnen wir ab. Auch von der Wissenschaft wurde inzwischen belegt, dass ein weiterer massiver Ausbau von Straßen keine zusätz-

lichen Wohlfahrtseffekte schafft, sondern vielmehr in Bau und Unterhalt langfristig nicht finanzierbar ist. Beispielsweise haben 46 Prozent der Brücken an Bundesfernstraßen nur noch die Zustandsnote „ausreichend“ oder schlechter. Wir GRÜNE wollen deshalb ein mittelfristig ausgelegtes Sanierungsprogramm initiieren. Den punktuellen Aus- und Neubau von Straßen halten wir nur noch in den Bereichen nicht anders zu entlastender oder gefährdeter transnationaler Achsen, bei Ortsdurchfahrten und Knotenpunkten für verantwortlich.

Einen noch höheren Erhaltungsrückstand weisen die Landesstraßen und die kommunalen Straßen auf. Nach einer Studie des Deutschen Institutes für Urbanistik von 2008 müssen in Deutschland im kommunalen Straßenbau 162 Milliarden Euro und im ÖPNV 38 Milliarden Euro bis 2020 allein zum Substanzerhalt investiert werden.

Unter den Vorzeichen von Klimaschutz, gravierendem Verlust biologischer Vielfalt, PeakOil¹, und äußerst knapper Staatskassen aber auch im Hinblick auf den demografischen Wandel passen (Fern-)Straßenneubauten mit grünem Regierungshandeln nicht zusammen. Die Vergeudung niedersächsischer Millionen durch die schwarz-gelbe Landesregierung für die Planung neuer Autobahnen, die nicht finanzierbar sind und nur einen geringen Nutzen

aufweisen – wie zum Beispiel A 20, A 39, A 33 und E 233 – wollen wir schnellstmöglich beenden. Grüne Verkehrspolitik setzt im Straßenbereich auf Substanzerhalt und ein modernes Mobilitätsmanagement zugunsten von mehr Verkehrssicherheit und Intermodalität² im Zeichen des Klimaschutzes. Eine zukunftsgerechte Infrastrukturpolitik investiert vorrangig in Vernetzung und schnelle Übergänge – sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr.

Wir bauen die Verkehrsmanagementzentrale des Landes zu einer landesweiten Informationszentrale für den kombinierten öffentlichen und Individualverkehr der Zukunft um, um die Wahl der verschiedenen Verkehrsmittel (den sogenannten Modal Split³) entschieden in Richtung Umweltverbund⁴ zu verschieben.

Daneben sind wir für den Aufbau von Telematik-Anlage⁵ auf allen Autobahnen und stark befahrenen Bundesstraßen in Niedersachsen, um dort umwelt- und sicherheitsbezogen mehr Verkehrslenkung und -kontrolle zu ermöglichen.

Die bisherigen Erfahrungen mit Privatisierungen der Straßenunterhaltung (PPP⁶) sind im Hinblick auf Sicherheit und Ausführungsqualität negativ. Darum setzen wir in Zukunft auf mehr Effizienz im Rahmen

einer modernisierten öffentlichen Verantwortung.

Auch die niedersächsischen Straßen- und Alleebäume erhalten unter unserer Verantwortung wieder den verdienten Schutz. Das Anlegen der Kettensäge ist kein angemessenes Mittel, um gegen Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit vorzugehen. Eine bessere Kontrolle vorhandener Tempolimits und die mancherorts für Unfall- oder Lärmschutz noch erforderliche Einführung weiterer Geschwindigkeitsbegrenzungen sind der deutlich verträglichere und effektivere Weg, gegen die immer noch zu hohen Verkehrsunfallopferzahlen in unserem Land. Auf zweispurigen Autobahnen wollen wir die Verkehrssicherheit zusätzlich durch ein LKW-Überholverbot verbessern.

SHARED SPACE

Das sogenannte „Shared Space“-Konzept⁷ im städtischen Raum wird bereits in einigen niedersächsischen Kommunen erfolgreich praktiziert. Durch dieses Konzept des gemeinsam genutzten Verkehrsraumes können laufende Kosten für Ampeln und Verkehrsschilder vermindert und der Straßenverkehr für alle Beteiligten angenehmer gestaltet werden. Wir GRÜNE unterstützen alle Kommunen, die ebenfalls Shared Space im städtischen Raum umsetzen wollen.

HÄFEN UND SCHIFFFAHRT ZUKUNFTSGERECHT GESTALTEN

Die internationale Seeschifffahrt macht den globalen Warenaustausch extrem preiswert und effizient – wegen fehlender internationaler Regulierung allerdings zu sehr schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen. Als das deutsche Bundesland mit der längsten Küstenlinie zu internationalen Gewässern und als starker Hafen- und Reedereistandort hat Niedersachsen hier eine besondere Verpflichtung.

ÖKOLOGISCHE CHANCEN DER MARITIMEN WIRTSCHAFT NUTZEN

Der neue Jade-Weser-Port mit seinen 18 Metern Wassertiefe kann Niedersachsen zum wichtigen Warenverteilpunkt der globalisierten Märkte machen. Dieser neue Hafen am seetiefen Wasser macht weitere Flussvertiefungen der Elbe und Weser überflüssig. Stattdessen brauchen wir eine echte norddeutsche Hafenkooperation. Um diese zu erreichen, werden wir auch die Option für weitere privat finanzierte Ausbaustufen des Hafens in die Waagschale werfen, um Hamburg und Bremen zu einer fairen Kooperation zum gegenseitigen Nutzen zu bewegen. Bei einem gemeinsamen Marktauftritt ergeben sich für alle drei Partner bessere Entwicklungschancen bei deutlich geringeren

öffentlichen Kosten und weniger Belastung für die Natur.

Das eingesparte Geld für die nicht mehr notwendige weitere Elb- und Weservertiefung soll der Bund im Interesse von Hamburg, Bremen und Niedersachsen besser für den zügigen Neubau des Schiffshebewerkes Scharnebeck und die Lösung der Probleme an den Eisenbahnknotenpunkten in Oldenburg, Bremen, Hannover und Harburg einsetzen. Niedersachsen muss als Werftenstandort gesichert werden. Für die Meyer-Werft in Papenburg muss ein zusätzlicher Standort am seeschifftiefen Fahrwasser vorgesehen werden, damit die Belastung der Ems durch die Werft auf ein ökologisch vertretbares Maß reduziert wird.

Wir fordern eine umwelt- und sicherheitsbezogene Zertifizierung von Häfen und Schiffen, die unter anderem Einfluss auf die Hafengebühren und die öffentliche Mitfinanzierung von besseren Umweltschutzmaßnahmen bei den Häfen haben soll. Durch stärkere Kontrollen bei der Müllentsorgung sowie durch neue Vorgaben zur Abgasreinigung und zur Verwendung schwefelarmer Treibstoffe (GRÜNE Bundesrats- und EU-Initiativen) wollen wir die Schifffahrt zu einem wirklich umweltfreundlichen Transportweg machen. Hierzu können auch leistungsstarke Landstroman-

schlüsse an den Kajen einen sinnvollen Beitrag leisten.

Die übrigen landeseigenen Seehäfen sind von N-Ports¹ je nach Lagegunst und Bestand effektiv und gesamtwirtschaftlich sinnvoll zu unterhalten und zu entwickeln. Die Offshore-Basishäfen haben dabei eine völlig andere Dynamik als die kleineren Häfen. Diese Küstenhäfen müssen für die Inselversorgung, den Tourismus und die verbliebene Küstenfischerei erhalten werden. Unser Ziel ist es, diese Häfen langfristig im gegenseitigen Ausgleich mit der nutzenden Wirtschaft und über die Einnahmen von N-Ports eigenwirtschaftlich zu betreiben. Auf dem Weg dorthin wird noch für einige Zeit eine Mitfinanzierung des Landes, insbesondere über Fördermittel von Bund und EU, nötig sein. Den Nutzen der Häfen wollen wir nicht länger auf den reinen Warenumschlag reduzieren, sondern durch gezielte Anreize einen größeren Anteil an Wertschöpfung im Bereich von Zusatzdienstleistungen und Weiterverarbeitung gewinnen.

DIE SCHIFFE DEN FLÜSSEN ANPASSESSEN – NICHT UMGEKEHRT

Weiteren Flussvertiefungen erteilen wir eine Absage, weil sie nicht nur für die Naturräume und den Hochwasserschutz unverträglich sind, sondern auch keinen nachhaltigen Nutzen bringen. Die Anpassung an

die Folgen des Klimawandels – gekennzeichnet durch die zunehmende Wasserarmut in den Sommermonaten und Hochwasserprobleme im übrigen Jahr – erfordert ein Ende des immer weiteren Ausbaus unserer Flüsse. An der zunehmenden Verschlickung von Ems, Weser und Elbe ist deutlich zu sehen, wohin dieser Raubbau an den Flüssen führt. Hafen- und Schifffahrtspolitik ist für uns GRÜNE Wasserpolitik mit und nicht gegen die Natur.

FLUGVERKEHR VERMINDERN

Die besonders schädlichen Klimagase aus dem wachsenden Flugverkehr wollen wir GRÜNE ebenso vermindern wie die Lärmbelastung der Flughäfen-AnwohnerInnen. Dazu wollen wir deutlich stärker nach Lärm- und Abgaswerten gestaffelte Landegebühren für Flugzeuge und ein konsequentes Nachtflugverbot durchsetzen. Um eine unabhängige und restriktive Aufsicht sicherzustellen, halten wir es für ordnungspolitisch geboten, die öffentlichen Beteiligungen an Flughäfen zu verkaufen. Flugverkehr muss verursachergemäß besteuert werden. Hierfür streben wir eine Bundesratsinitiative an. Die öffentliche Förderung von Flughäfen muss aufhören. Der öffentliche Dienst soll auf Kurz- und Mittelstrecken Bahn fahren und jede Flugzeugnutzung zumindest mit einer adäquaten Abgabe an die Atmosfair-Initiative² ausgleichen.

DEN UMWELT- UND NATURSCHUTZ WIEDER BELEBEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt durch die Ausweisung von Schutzgebieten auf 15 Prozent der Landesfläche
 - Schutz unserer niedersächsischen Moore und naturnaher Umbau der Wälder
 - Stopp der Pläne zur unterirdischen Lagerung des klimaschädlichen CO₂ (CCS) und der unkonventionellen Gasförderung (Fracking) in Niedersachsen
 - Stärkung und finanzielle Absicherung der Bürger- und Verbandsbeteiligung im Naturschutzgesetz und der wertvollen Arbeit der Natur- und Umweltschutzverbände
 - Konsequente Umsetzung der Schutzbestimmungen und bessere personelle Ausstattung für unsere Nationalparks und Weltnaturerbe-Regionen Wattenmeer und Harz, damit BesucherInnen besser in den Wert der einmaligen Naturräume eingeführt werden und zugleich verträglich durch sie hindurchgeleitet werden
- Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurde der Umwelt- und Naturschutz zur Abraumhalde für Nutzerinteressen. Die Folgen sind fatal: 50 Prozent der heimischen

Tier- und Pflanzenarten stehen in Niedersachsen auf der Roten Liste. Nicht nachwachsende Naturgüter wie die Bodenschätze Torf, Kies und Sand werden nach wie vor in völlig unverträglichem Umfang ausgebeutet. Hauptursache für den Schwund seltener Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume ist neben dem massiven Flächenverbrauch durch Siedlungsentwicklung und Straßenbau insbesondere die intensive Land- und Forstwirtschaft.

Daher muss es uns gelingen, neben dem effizienten Schutz unserer heimischen Tier- und Pflanzenarten auch eine ökologisch verträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft umzusetzen. Unser Ziel ist die Schaffung eines harmonischen Miteinanders von Natur- und nachhaltig und ökologisch bewirtschafteten Kulturlandschaften.

SCHUTZGEBIETE UND BIOTOP- VERBUNDSYSTEME KONSE- QUENT UMBAUEN

Niedersachsen muss die internationalen Verpflichtungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt endlich umsetzen. Auf 15 Prozent der Landesfläche wollen wir dafür ein Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem etablieren, in dem die Natur Vorrang vor menschlichen Nutzungsinteressen hat. Die Ausweisung von Schutzgebieten,

insbesondere zur Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie⁷, muss vorangetrieben werden, um für diese wertvollen Gebiete einen effizienten und dauerhaften Schutz zu gewährleisten.

Grundlage für einen starken Naturschutz ist ein neues Naturschutzgesetz für Niedersachsen, das seinen Namen verdient: Das unter Schwarz-Gelb gerupfte Verbandsklagerecht ist zu stärken und weitere Biotope, wie Alleen oder Feldhecken, sind unter gesetzlichen Schutz zu stellen. Das notwendige Grünland-Umbruchverbot werden wir insbesondere auf grundwasser-nahen Standorten und in Moorreichen konsequent umsetzen. Das seit 1987 in Niedersachsen nicht fortgeschriebene Landschaftsprogramm, in dem die Zielsetzungen des Naturschutzes auf Landesebene dargelegt werden, wollen wir im Rahmen einer Landesstrategie für Biologische Vielfalt neu fassen und den aktuellen Entwicklungen anpassen.

KEIN ABLASSHANDEL BEIM NATURSCHUTZ

Wir treten nachdrücklich für die konsequente Anwendung der Eingriffsregelung bei Überplanungen der Landschaft ein. Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht zum Ablasshandel verkommen.

Ökokonten¹ und Flächenpools² müssen einen adäquaten und dauerhaften Ausgleich für die tatsächliche Zerstörung der Natur schaffen. Sie sollen landesweit erfasst werden und öffentlich zugänglich sein. Vorrang muss die Schaffung neuer, möglichst großflächiger Biotope haben. Mit einem öffentlich zugänglichen Ausgleichsflächen-Kataster wollen wir verhindern, dass ökologisch wertvolle Flächen mehrfach als Ausgleich angegeben werden. Die Kontrolle kann nur mit einer ausreichenden Personaldecke in den Naturschutzbehörden geleistet werden.

WALD IST MEHR ALS LAUTER BÄUME

In den Forsten wollen wir uns für einen konsequenten Umbau der Nadelholz-Monokulturen in standortgerechte, naturnahe Laub-Mischwälder einsetzen. Standortgerechte Mischwälder sind ökologischer und trotzen den häufiger werdenden Wetter-Extremen wie Stürmen und Trockenheit deutlich besser als Nadelholz-Monokulturen. Zur Umsetzung der Ziele der nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt wollen wir im Bereich der Landesforsten zehn Prozent der Waldflächen der natürlichen Entwicklung überlassen. Einen Ausverkauf öffentlicher Waldflächen oder eine Privatisierung der Landesforsten lehnen wir ab.

Naturnahe Wälder haben nicht nur eine besondere Bedeutung für Tier- und Pflanzenarten und für unser Klima, sondern auch als Erholungsraum für den Menschen.

Die Holzeinschläge in den Landesforsten werden wir wieder auf ein ökologisch verträgliches und schonendes Maß reduzieren. Alle Landesforsten sollen künftig nach hohen ökologischen Standards einer nachhaltigen Forstwirtschaft bewirtschaftet und zertifiziert werden. Landes-Subventionen in der Forstwirtschaft werden wir an strenge ökologische Kriterien binden.

Wir unterstützen die Erhaltung von Alt- und Totholz im Wald. Pflanzenschutz und Düngemittel sollen nur in Ausnahmesituationen eingesetzt werden. Gentechnik im Wald muss verboten werden.

JAGD VERANTWORTUNGSVOLL GESTALTEN

Die Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien und den Erfordernissen des Tierschutzes ausrichten. Die Jagd auf wild lebende Tiere ist nur dann zuzulassen, wenn sie ökologisch verträglich ist und die getöteten Tiere verwertet werden. Tiere, die in ihrem Bestand gefährdet sind, dürfen nicht bejagt werden. Wir wollen die Jagdzeiten ebenso wie die Liste der jagdbaren Arten verkürzen. Den Abschuss von Haustieren sowie den Einsatz von Fallen

lehnen wir ab. Wir setzen uns für ein Verbot von bleihaltiger Munition ein, um die Vergiftung von Greifvögeln und der Umwelt allgemein zu reduzieren.

In Schutzgebieten, einschließlich Natura-2000-Gebieten³, soll die Jagd nur dann zulässig sein, wenn sie zur Erreichung der Schutzziele erforderlich ist. Es kann nicht angehen, dass selbst in Vogelschutzgebieten, die ausdrücklich dem Schutz nordischer Gänse dienen, die Jagd auf diese Arten ausgeübt werden darf! Zudem wollen wir die generelle Einstellung der Jagd auf Zugvögel in Niedersachsen.

UNSER TRINKWASSER MUSS SAUBER BLEIBEN

Wir GRÜNE sehen die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht nur als eine europäische Pflichtaufgabe an. Wenn die Umsetzung sinnvoll betrieben wird, werden dabei gleichzeitig Verbesserungen beim Hochwasser- und Naturschutz erreicht. Für diese Generationenaufgabe haben die Länder seit dem Inkrafttreten der Richtlinie Ende 2000 maximal 27 Jahre Zeit. Elf Jahre sind bereits vergangen, ohne dass bisher durchgreifende Verbesserungen erkennbar sind. Hier hat die CDU/FDP-Landesregierung in den vergangenen Jahren deutlich zu wenig unternommen. In Niedersachsen ist mehr als die

Hälfte des Grundwassers – besonders in den Massentierhaltungsregionen – so stark belastet, dass Handlungsbedarf besteht. Nitrat-Grenzwerte werden überschritten. Krankheitserreger und Pestizide landen in Lebensmitteln. Phosphate, Arzneimittelrückstände und Gülle verseuchen Bäche und Gewässer. Der Binnensee Dümmer kippt bereits regelmäßig durch die großen eingeleiteten Gülmengen um, wodurch es zu massiven Fischsterben kommt. Wir GRÜNE setzen beim Trinkwasser- und Gewässerschutz daher an den Ursachen an.

Schwarz-Gelb hat in Niedersachsen die durch das Bundesnaturschutzgesetz vorgeschriebenen Gewässerrandstreifen abgeschafft. Wir wollen die Umsetzung einer „guten fachlichen Praxis“ bei der Landwirtschaft im Sinne des Grundwasserschutzes. Das bedeutet in der Regel flächendeckende Reduzierung des Dünger- und Pestizideinsatzes. Wir werden Gewässerrandstreifen wieder einführen und streben an, die Einnahmen aus der Wasserentnahmegebühr gezielt für den Schutz des Grund- und Oberflächenwassers einzusetzen. Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten muss wieder aufgenommen und eine messbare Reduzierung der Schadstoffeinträge erreicht werden. Wir erteilen jeder Form der Privatisierung unseres Lebenselixiers Wasser eine Absage.

LEBENDIGE GEWÄSSER – VERSALZUNG STOPPEN

Wir GRÜNE wollen den Natur- und Hochwasserschutz an Gewässern verbessern und den Flüssen grundsätzlich mehr Raum geben. Dazu gehören – wo dies sinnvoll ist – auch die Rückverlegung von Deichen und ein Neubauverbot in Überschwemmungsgebieten. Fließgewässer sind einschließlich ihrer Auen und Altarme zu erhalten oder zu renaturieren. Die Unterhaltung von Flüssen, Bächen und Gräben muss sich verstärkt an ökologischen Kriterien orientieren. Entsprechende Maßnahmen sind ein Beitrag zum Natur- und Artenschutz – und sie vermindern die Pegelstände bei Hochwasser.

Die massive Versalzung der Weser durch das Unternehmen K+S wollen wir so schnell wie möglich beenden. Einer Pipeline an die Oberweser und anderen dauerhaften Salzeinleitungen werden wir unseren entschiedenen Widerstand entgegenstellen. Unser Ziel ist die umgehende Beendigung jeglicher Salzeinleitung in Werra und Weser, indem die Abwässer der Salzgewinnung in Nordhessen und Thüringen per Pipeline direkt in die Nordsee abgeleitet werden. Die Untätigkeit der Landesregierung für eine saubere Weser werden wir beenden. Die Weser, aber auch die anderen Flüsse, dürfen nicht weiter als Abwasserkanal

für Industrieabfälle missbraucht werden.

MOORE FLÄCHENDECKEND SCHÜTZEN

Moore sind ein wertvoller Bestandteil unserer niedersächsischen Landschaft. Knapp 4500 Quadratkilometer Hoch- und Niedermoor sind wichtige natürliche Speicher für Klimakiller, vor allem CO₂ und Methan. Für großflächigen Torfabbau und intensive landwirtschaftliche Nutzung wurden unsere Moore fast vollständig entwässert. Dadurch werden die zum Teil seit Jahrtausenden im Moor gespeicherten Treibhausgase wieder freigesetzt: Fast zwölf Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen in Niedersachsen stammen aus entwässerten Mooren. Das ist fast so viel wie der gesamte Verkehrsbereich verursacht (15 Prozent). Daher ist es unverantwortlich, weitere Moore dem Bagger der Torfindustrie zu opfern oder intensive Mais-Monokulturen auf Moorstandorten anzubauen, wie es von der schwarz-gelben Landesregierung zugelassen wird.

Wir GRÜNE wollen den Torfabbau in Niedersachsen beenden und dafür vorgesehene Flächen aus dem Landesraumordnungsprogramm streichen. Statt künstlicher CO₂-Speicher für CCS¹ wollen wir mit einem Großschutzgebiet „Niedersächsische Moorlandschaft“ die

letzten erhaltenen fünf Prozent der niedersächsischen Moore schützen und weitere Bereiche wiedervernässen. Das ist ein kostengünstiger und effektiver Klima- und Naturschutz. Torffreien Gartenbau und Alternativprodukte wollen wir fördern. Als ersten Schritt soll das Land als Auftraggeber auf den Einsatz von Torf komplett verzichten.

BODEN GUTMACHEN – FLÄCHENVERSIEGELUNG BEGRENZEN

Wir treten für eine massive Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Versiegelung ein. Um das bundesweite Ziel zu erreichen, den Verbrauch durch Versiegelung bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, bedarf es ökonomischer Anreize zum Flächensparen und zum Flächenrecycling.

Ein weiteres Zerschneiden der Landschaft, das ebenfalls mit weiteren Flächenversiegelungen einhergeht, wie durch Autobahn-Neubauten (z. B. A 39, A 20 und A 33), wollen wir verhindern. Wanderungshindernisse für unsere heimischen Tierarten in Form von bestehenden Bundesstraßen, Schienensträngen und Autobahnen werden wir durch Querungshilfen wie Grünbrücken entschärfen.

LANDESRAUMORDNUNGSPROGRAMM

Mit dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. Solche Planungen vermeiden Verkehr, schonen die Umwelt und sparen Steuergelder. Wir sind gegen Zersiedlung und unnötigen Bodenabbau. Nur landesweit oder in größeren Regionen lassen sich wichtige Freiräume sowie Erholungs- und Naturschutzzonen bewahren. Damit kann die Landesraumordnung auch den Klimawandel begrenzen helfen. Das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem, welches 15 Prozent der Landesfläche einnehmen soll, werden wir im LROP als Vorrangflächen für den Naturschutz festlegen. Zu diesen Vorrangflächen gehören neben Mooren auch die bestehenden Schutzgebiete und die Natura-2000-Gebiete. Auch der Vorrang für Erdverkabelung bei neuen Stromtrassen muss in der Raumordnung festgeschrieben werden.

KEIN GIFT IN DIE ERDE: CCS UND FRACKING STOPPEN

Das energieaufwändige Verfahren des Abscheidens des Klimagases CO₂ von konventionellen Kraftwerken in die Erde lehnen wir aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab.

mischen Gründen ab. Wir wollen kein „Greenwashing“ von dreckigen Kohlekraftwerken, sondern die Energiewende für eine saubere Zukunft. Daher darf Niedersachsen nicht zum CO₂-Endlager werden. Wir fordern deshalb, im Bergrecht die Raumordnung dreidimensional zu gestalten, um eine Handhabung für das Verbot von Fracking[¶] und CCS[¶] unter Tage zu erhalten.

Angesichts des Hungers der Energiekonzerne nach den letzten Reserven fossiler Energien wird in Niedersachsen das umstrittene „Fracking“ (Hydraulic fracturing) eingesetzt, um besonders klimaschädliches unkonventionelles Erdgas zu erschließen. Dabei werden giftige und krebserregende Chemikalien verwendet, die die AnwohnerInnen und das Grundwasser erheblich beeinträchtigen können. Dieses unökologische und energieintensive Verfahren der Gasgewinnung ist eine Gefahr für die Umwelt und eine Klimabelastung. Aus diesen Gründen lehnen wir GRÜNE das Fracking zur unkonventionellen Gasförderung ab.

FÜR EINE STARKE UND KOMPETENTE UMWELTVERWALTUNG

Die niedersächsische Umweltverwaltung hat nach neun Jahren CDU/FDP-Klientelpolitik die am schlechtesten organisierte und teuerste Struktur in ganz Deutschland. Das wird auch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen

der Bundesregierung festgestellt. Die Klientelinteressen bestimmter Gruppen behindern ein Umsetzen der notwendigen Klima-, Naturschutz- und Umweltziele von EU, Bund und selbst des Landes. Unter Ex-Umweltminister Sander und seinem Staatssekretär und Nachfolger Birkner ist Naturschutz zur Lach- und Nullnummer degradiert worden. Der jahrelange Abbau und die Verhinderung einer effektiven Natur- und Umweltschutzverwaltung durch die schwarz-gelbe Landesregierung hat schweren Schaden für das Land angerichtet.

Daher ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit einer effizienten Verwaltung im Sinne von Umwelt und Naturschutz eine Kernaufgabe einer neuen Landesregierung mit grüner Beteiligung! Für eine ambitionierte Umweltpolitik wollen wir wieder eine Fachbehörde für Umwelt- und Naturschutz (ehemals NLÖ) aufbauen.

Das Gegenspiel von wirtschaftlichen Interessen, Landwirtschaft und Naturschutz muss aufhören. Dazu wollen wir Naturschutz, Agrarumweltmaßnahmen und Flächenpolitik stärker miteinander verzahnen. Hierzu sind die Umweltprogramme für LandwirtInnen zu einer echten Einkommensalternative auszubauen und an wirksame ökologische Leistungen zu koppeln. Hierfür bedarf es personell und finanziell ausrei-

chend ausgestatteter Naturschutzbehörden auf allen Ebenen. Insbesondere die Kartierung bedrohter Arten und die Fortschreibung von Umwelt-Indikatoren muss für eine zielgerichtete Naturschutzpolitik wieder aufgenommen werden.

Flurbereinigungen sollen verstärkt der Natur und Umwelt zugutekommen, so zum Beispiel für die Ausdeichung von Überschwemmungsgebieten oder die Wiedervernässung von Mooren. Auf neue Flurbereinigerungsverfahren zum Nutzen der Agrarindustrie und auf den asphaltierten Ausbau von Feldwegen mit EU-Fördergeldern wollen wir hingegen verzichten.

KOMMUNEN ENTLASTEN – BÜROKRATIE ABBAUEN

Zur Entlastung der Kommunen wollen wir – wie vom Landesrechnungshof gefordert – die Pflege, Ausweisung und Vernetzung von Natura-2000-Gebieten[¶] sowie die Umsetzung der Biodiversitäts-Strategie wieder zur Landesaufgabe machen und Doppelstrukturen vermeiden.

Kommunale Naturschutzbehörden und Naturschutzverbände wurden von Schwarz-Gelb gegängelt und mit Bürokratie überzogen. Naturschutzmaßnahmen müssen auf privaten Flächen wieder ohne aufwändige Voranmeldung möglich sein. Im Niedersächsischen Naturschutz-

gesetz wollen wir wieder mehr BürgerInnen- und Verbändebeteiligung sicherstellen, um bereits im Vorfeld Sinnvolles für die Natur zu erreichen, bevor es zu juristischen Auseinandersetzungen kommt. Denn die Kompetenz der BürgerInnen sowie der Umweltverbände und anderer Nutzergruppen ist für uns alle wichtig und nützlich.

UMWELTVERBÄNDE STÄRKEN

Zur Wahrnehmung der örtlichen Naturschutzbelange wollen wir Biologische Stationen und Landschaftspflegeverbände in den verschiedenen Naturräumen Niedersachsens etablieren. Neben der Lenkung und Information der BesucherInnen sollen die MitarbeiterInnen auch für die Begleitung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in den Schutzgebieten verantwortlich sein.

Die Arbeit der Umwelt- und Naturschutzverbände muss vom Land wieder finanziell abgesichert werden. Das betrifft auch die Arbeit von Bürgerinitiativen, die sich mit Stellungnahmen in Planungs- und Genehmigungsverfahren beteiligen. Wir GRÜNE wollen mehr BürgerInnen-Beteiligung, um den Sachverstand, die Erfahrungen und die Interessen der BürgerInnen vor Ort frühzeitig in die Gestaltung der regionalen Lebensräume einfließen zu lassen.

ABFALL – GEMEINWOHL VOR GESCHÄFTSINTERESSE

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Abfälle vorrangig vermieden, wiederverwendet oder hochrangig verwertet (recycelt) werden. In der Abfallwirtschaft setzen wir uns konsequent für das Primat des Gemeinwohls ein. Einen Zwang zur Privatisierung und das „Rosinenpicken“ von Privatunternehmen etwa beim Altpapier lehnen wir ab. Die Kommunen müssen weiter selbst entscheiden können, wie sie ihre Daseinsvorsorge anhand hoher ökologischer und sozialer Standards organisieren wollen. Für uns GRÜNE ist Müll keine Ware wie jede andere. Zu einer verantwortungsbewussten Umweltpolitik gehören die ständige Reduzierung giftiger Stoffe und die Sanierung von Altlasten.

GESUNDHEITLICHER UMWELTSCHUTZ

Schadstoffe in Boden, Luft und Wasser beeinträchtigen die Gesundheit und sind Ursache für Krankheiten. Ebenso kann auch Lärm krank machen und die Lebensqualität beeinträchtigen. Sowohl die Feinstaub- als auch die Lärmbelastung müssen nach den EU-Vorgaben gesenkt werden. Wir setzen uns für Lärminderung und umfangreiche Messprogramme ein, um die Belastung durch krebserregende Stoffe wie Dioxin zu reduzieren. Gesund-

heitsschutz hat für uns oberste Priorität. Das Ziel der Reduzierung von Giften und anderen gesundheitsschädlichen Stoffen darf nicht mehr wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden. Wir setzen hier klar auf das Vorsorgeprinzip und die Herstellerverantwortung zum Nachweis der Ungefährlichkeit.

MEERESSCHUTZ

Niedersachsen mit seiner Küste steht in der besonderen Verpflichtung einen aktiven Meeresschutz voranzubringen. Dazu ist ein Leitbild für die künftige Entwicklung von Industrie- und Hafenwirtschaft, von Tourismus und Landwirtschaft zu entwickeln, das den Schutz des Wattenmeeres mit seinem Nationalpark sicherstellt, aber auch über die Zwölf-Seemeilen-Zone hinaus den Schutz der Meeresumwelt voranbringt. Das Land muss stärker als bisher auf den sicheren Betrieb der Offshore-Stromproduktion und der Stromtrassen Einfluss nehmen. Es gilt, die ökologische Nachhaltigkeit als Grundlage des Tourismus an der Küste nicht zu gefährden. Auch für den Meeresschutz ist eine konsequente Umsetzung der Anforderungen der Wasser-Rahmenrichtlinie (WRRL) im Binnenland und in den Küstengewässern notwendig. Die Förderung der Küstenfischerei aus dem Europäischen Fischereifonds ist für eine nachhaltige, ökologische Fischerei einzusetzen. Erzeugerzu-

sammenschlüsse etwa der Krabbenfischer für existenzsichernde Preise unterstützen wir.

WELTNATURERBE WATTENMEER WEITERENTWICKELN

Die Anerkennung des Wattenmeeres als Unesco-Weltnaturerbe ist Auszeichnung und Aufgabe zugleich. Die Schutzbestimmungen des Nationalparks sind konsequent umzusetzen und so weiterzuentwickeln, dass der Nationalpark Wattenmeer den internationalen Kriterien für Nationalparks entspricht. Ölförderung im Wattenmeer lehnen wir ab. Wir brauchen mehr hauptamtliche Nationalpark-BetreuerInnen, um vor Ort auf die Schönheit und die Empfindlichkeit dieses Naturraums hinzuweisen und um die Schutzbestimmungen auch durchzusetzen. Hier ist die schwarz-gelbe Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren nicht einen Schritt vorangekommen.

IM NATIONALPARK HARZ WILDNIS ERLEBBAR MACHEN

Wir GRÜNE wollen die von Jagd- und Forstwirtschaft freien Kernzonen des Nationalparks Harz sinnvoll erweitern und mehr Wildnis zulassen. Wir wollen naturverträglichen

Tourismus und keine künstlichen Schneekanonen an allen Hängen. Wir setzen uns für die Abschaffung von Doppelstrukturen in der gemeinsamen Nationalparkverwaltung der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen ein. Hierfür muss es künftig klare Verantwortlichkeiten geben und Mehrfachzuständigkeiten müssen ausgeschlossen werden.

ENGAGEMENT JUNGER MENSCHEN FÜR DIE NATUR

Wir wollen, dass Kinder frühzeitig und praktisch an Natur und Umwelt herangeführt werden, wie dies zum Beispiel Waldkindergärten erfolgreich vormachen. In Niedersachsen möchten wir die „Bildung für Nachhaltigkeit“ von der Kita bis zur Hochschule mit Leben füllen. Außerdem wollen wir außerschulische Projekte der Umweltpädagogik ausbauen und gezielter fördern. Wir unterstützen die Qualifizierung und Zertifizierung der Umweltbildung zur Nachhaltigkeit und wollen Umweltzentren unseres Landes stärker fördern. Für das Engagement junger Menschen wollen wir insgesamt mehr FÖJ-Stellen (Freiwilliges Ökologisches Jahr) durch das Land ermöglichen.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

FÜR EIN SOLIDARISCHES NIEDERSACHSEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns und gleiches Geld für gleichwertige Arbeit, um der Armutsfalle entgegenzuwirken
- ▶ Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
- ▶ Nachhaltige Konzepte im Umgang mit dem demografischen Wandel und zukunftsfeste Antworten für den ländlichen Raum
- ▶ Breitbandversorgung muss Teil der Daseinsvorsorge sein.
- ▶ Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, in denen wir solidarisch und gleichberechtigt miteinander

leben können; Inklusion und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, unabhängig von ihren Fähigkeiten, ihrer Herkunft, ihrem Aufenthaltsstatus oder der sexuellen Orientierung

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Vielfalt gelebt werden kann. Eine Gesellschaft, die niemanden ausgrenzt, die unterstützt, wo Hilfe nötig ist, die befähigt und Engagement weckt und die niemanden abschreibt. Alle müssen darauf vertrauen können, unabhängig von Alter, Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht oder Behinderung bei Bedarf solidarische Hilfe zu erhalten. Wir wollen eine Sozialpolitik, deren zentraler Begriff Teilhabe ist

und die sich nicht damit begnügt, finanzielle oder soziale Notsituationen abzufedern, sondern das Ziel hat, diese zu beenden. Eckpfeiler grüner Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.

WIR SAGEN ARMUT UND AUS- GRENZUNG DEN KAMPF AN

Immer noch werden zu viele Menschen in Niedersachsen ausgegrenzt: Aufstiegschancen schwinden, die Spaltung zwischen Arm und Reich verschärft sich. Die Mittelschicht schrumpft und leidet vielfach unter Abstiegsängsten. Andere sind gefährdet, den Anschluss an die Gesellschaft gänzlich zu verlieren. Die schwarz-gelbe Koalition fördert diese Entsolidarisierung mit ihrer Politik, zum Beispiel mit der Zustimmung zu Steuersenkungen für Vermögende und Hoteliers.

Wir GRÜNE stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch Armut. Wir wollen uns nicht damit begnügen, finanzielle und soziale Notsituationen abzufedern. Wir setzen uns zusätzlich für die Schaffung von besserer sozialer Infrastruktur und Teilhabe ein. In Deutschland ist die soziale Durchlässigkeit so gering wie in keiner anderen Industrienation. Kinder und Jugendliche müssen unter allen Umständen das Recht auf einen

guten Start ins Leben haben. Dazu brauchen Familien Unterstützung und ein Bildungssystem, das nicht selektiert, sondern Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung zum obersten Prinzip erhebt. ZuwanderInnen darf aufgrund ihres Aufenthaltsstatus oder ihres im Ausland erworbenen Abschlusses nicht der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert werden. Schwarz-Gelb in Niedersachsen hat hier auf ganzer Linie versagt. (►S. 10)

ARMUT VERHINDERN

Es ist ein Skandal, dass viele erwerbstätige Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können. Wir brauchen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und werden uns dafür einsetzen, dass Menschen keine Unterstützungsleistungen mehr bekommen müssen, wenn sie den ganzen Tag arbeiten gehen. Aber Armut hat viele Ursachen: Langzeitarbeitslosigkeit, Dumpinglöhne und Teilzeitjobs. Gerade Frauen befinden sich überdurchschnittlich oft in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dadurch steigt ihr Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere für Frauen mit Kindern, da ihnen aufgrund von Erziehungs- und Pflegearbeit der Zugang zum Arbeitsmarkt häufig verwehrt bleibt. Um der Armutsfalle zu entkommen, brauchen Frauen sichere Beschäftigungsverhältnisse, die ihnen eine

auskömmliche Bezahlung garantieren. Wir wollen außerdem bessere Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können, zum Beispiel durch einen Rechtsanspruch auf Betreuung oder den Ausbau der Ganztagschulen. (►S. 111). Aber auch viele ZuwanderInnen mit unsicherem Aufenthaltsstatus oder nicht anerkanntem Berufsabschluss sind stärker von Armut betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Hier wollen wir die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, um eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. (►S. 128)

Auch die zunehmende Altersarmut muss endlich energisch angegangen werden. Oftmals stehen gerade Frauen mit dem Renteneintritt vor dem Problem, von ihrer Rente nicht leben zu können. Daher setzen wir GRÜNE auf Bundesebene der Zuschussrente der Bundesarbeitsministerin die steuerfinanzierte Garantierente entgegen. Alle Menschen, die mindestens 30 Jahre Mitglied in der Rentenversicherung waren, sollen eine Garantierente in Höhe von mindestens 850 Euro erhalten. Frauen sollen unabhängig von der Ehe eine eigenständige Sicherung in der Rente erhalten, entsprechende Anrechte müssen ausgebaut werden. Unabhängig davon müssen die Zugänge zur Erwerbsunfähigkeitsrente bei gesundheitlich bedingter Erwerbsunfähigkeit erleichtert wer-

den. Wir GRÜNE wollen, dass das Land einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht erstellt, um mehr Transparenz und Öffentlichkeit in die Entwicklung zu bekommen und Defizite aufzuzeigen.

UNIONSBÜRGERINNEN IN PREKÄREN LAGEN UNTERSTÜTZEN

UnionsbürgerInnen geraten auf Grund der in Niedersachsen praktizierten europarechtlich fragwürdigen und vielfach rechtswidrigen Verweigerung jeglicher Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII häufig in extreme soziale Notlagen bis hin zur Obdachlosigkeit. Selbst Kranke, Kinder und Schwangere erhalten häufig keinerlei soziale und medizinische Hilfe. Besonders oft trifft diese Hilfeverweigerung Roma aus Rumänien und Bulgarien. Wir unterstützen deshalb Einrichtungen, die UnionsbürgerInnen eine fachlich qualifizierte, sozial- und aufenthaltsrechtliche Beratung bieten.

KINDERARMUT IST EIN SKANDAL

Kinder tragen in unserem Land das Armutsrisiko Nummer eins. Jedes sechste Kind in Niedersachsen lebt in Armut. Arme Kinder besuchen seltener weiterführende Schulen. Das wollen wir nicht hinnehmen. Eine so reiche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland muss vor allem dafür sorgen, dass

Kinder nicht aus finanziellen Gründen oder wegen ihres Aufenthaltsstatus ihrer Chancen beraubt werden. Neben materiellen Hilfen ist eine flächendeckende und leicht zugängliche Infrastruktur nötig. Dazu muss unter anderem mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche investiert werden. Auch brauchen wir mehr Ganztagsangebote und eine flächendeckende Sprachförderung. In allen Regionen Niedersachsens muss jedes Kind unabhängig vom Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Bildungshintergrund der Eltern eine Chance haben, an kultureller Bildung wie Musikunterricht, Theaterbesuchen und an Ferienangeboten teilzunehmen oder Mitglied eines Sportvereins zu sein. (►S. 11)

Auch die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen bundespolitischen Entscheidungen wollen wir von Niedersachsen aus vorantreiben: Das Familienfördersystem muss neu gestaltet werden. Wir wollen das Leben mit Kindern unterstützen und nicht die Ehe an sich subventionieren. Deshalb fordern wir die weitestmögliche Abschaffung des Ehegatten-Splittings und des Betreuungsgeldes zugunsten einer Kindergrundsicherung und die Schaffung einer besseren Infrastruktur für Bildung und Teilhabe. Der beste Schutz gegen Kinderarmut und Chancenungleichheit ist die Erwerbstätigkeit und gesell-

schaftliche Einbindung der Eltern. Neben allen nötigen Anstrengungen für eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt brauchen wir einen öffentlich geförderten und regional gegliederten Beschäftigungssektor mit Mitteln der Jobcenter, der EU, des Landes und der Unternehmen sowie den Aufbau einer unabhängigen Beratungsstruktur für Erwerbslose.

Unabhängige SchuldnerInnen- und Insolvenzberatung müssen gestärkt und ausgebaut werden. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das gestartet wurde, um die Abwärtsspirale in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern, muss ebenso wie die Städtebauförderung fortgeführt und intensiviert werden. (►S. 102) Die Jugendwerkstätten zur Berufs- und Ausbildungsvorbereitung werden wir ebenso weiterführen wie die Förderung der Jugend- und Schulsozialarbeit aus dem Beschäftigungs- und Teilhabe-Projekt des Bundes.

Niedersachsen muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die entscheidenden Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben für alle gegeben sind. Dazu gehört der Ausbau einer sozialen Infrastruktur, die bedarfsgerechte Anhebung der Arbeitslosengeld-II-Regelsätze, ein

Moratorium bei ALG-II-Sanktionen, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine stärkere Belastung von Spitzeneinkommen und Vermögen durch eine Einkommensteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Sozialpolitik, die alle Menschen erreicht.

Wir setzen uns dafür ein, das diskriminierende AsylbewerberInnenleistungsgesetz abzuschaffen. (► S. 138) Alle Menschen, die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes benötigen, sollen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII erhalten.

NIEDERSACHSEN WIRD ÄLTER UND BUNTER

Die demografische Entwicklung geht auch an Niedersachsen nicht vorbei und stellt neue Anforderungen an die Politik. Wir wollen nicht nur die Probleme, sondern auch die Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft in den Fokus nehmen. Wir setzen auf die Kenntnisse und Fähigkeiten älterer Menschen und darauf, dass sie sich gerne aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und es mitgestalten wollen. (► S. 107)

SELBSTBESTIMMT UND EIGEN- VERANTWORTLICH LEBEN

Die Generation 60+ hat unterschiedliche und sehr individuelle

Vorstellungen vom Leben im Alter. Doch ob alleinlebend, in Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder betreutem Wohnen – ausschlaggebend für ein würdevolles Leben wird immer mehr das Wohnumfeld und dessen Gestaltung: Wohnortnahe Versorgung mit ÄrztInnen und Einkaufsmöglichkeiten, ein guter ÖPNV und eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe. Ein erholsames Umfeld mit verkehrsberuhigten Zonen, Grünanlagen und sozialen Treffpunkten in fußläufiger Entfernung steigern die Lebens- und Wohnqualität erheblich. Diese Vorstellungen entsprechen auch den Wünschen vieler junger Familien, so dass sich durch quartiersgestaltende Maßnahmen im generationenübergreifenden Zusammenleben die bunte Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Aber auch Barrierefreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für die unbehinderte Teilhabe Älterer. (► S. 103)

NEUE WOHNFORMEN FÜR ÄLTERE UNTERSTÜTZEN

Mit Unterstützung des Landes sollen in Zukunft deutlich mehr kleine, betreute und barrierefreie Wohneinheiten für alte und pflegebedürftige Menschen entstehen. Wir wollen das gemeinschaftliche Wohnen fördern und Menschen unterstützen, die nach der Familienphase den von ihnen genutzten Wohnraum verringern wollen.

Idealerweise entstehen all diese Wohneinheiten in integrierten Lagen in den Wohnsiedlungen und Stadtquartieren. So können die alten Menschen im bekannten Umfeld ihrer Stadtteile bleiben. Außerdem ist die benötigte Infrastruktur in den Zentren eher vorhanden; ältere Menschen sollen nicht an den Rand der Städte abgeschoben werden, sondern am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Das Zusammenwirken von professioneller Pflege und bürgerschaftlichem Engagement, wie es insbesondere in kleinräumigen Einheiten gut funktioniert, ist besonders förderungswürdig. Darüber hinaus wollen wir generationenübergreifende Wohn- und Stadtteilprojekte weiter voranbringen. Zudem setzen wir uns für neue Wohn- und Pflegeformen wie SeniorInnenwohn- und -hausgemeinschaften ein, um Selbstbestimmung in jeder Lebensphase zu ermöglichen und zu erleichtern.

Um beim Wildwuchs der Angebote sicherzustellen, dass ältere Menschen die Wohnform ihrer Wahl zu einem angemessenen Preis finden, brauchen wir einen Auf- und Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsstellen, damit das Thema „Wohnen im Alter“ in all seinen Formen vermittelt werden kann. Menschen mit viel Lebenserfahrung sind eine wichtige Stütze des gesamten gesellschaftlichen Lebens.

Deswegen werden wir das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen aktiv fördern.

DORFZENTREN UND BEGEG- NUNGSSTÄTTEN FÖRDERN

In vielen Städten und Dörfern gibt es interkulturelle und sozial verbindende Treffpunkte und Begegnungsstätten, die den Menschen vor Ort die Möglichkeit bieten, miteinander in Kontakt zu treten und füreinander da zu sein. Ansätze wie Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen, Stadtteilmanagement, Quartierskonzepte, aber auch Mehrgenerationenhäuser haben eine zentrale Bedeutung innerhalb einer Dorf- oder Stadtteil- und Quartiersgemeinschaft. Solche Ansätze und Treffpunkte wollen wir GRÜNE fördern, weil sie für das Miteinander eine große Chance darstellen.

WOHNRAUMVERSORGUNG FÜR ALLE SICHERN

Die Wohnungsversorgung hat sich in Niedersachsen in vielen Landesteilen zwar durch den Bevölkerungsrückgang und abnehmende Zuwanderungen entspannt, es fehlt in einigen Regionen aber zunehmend bezahlbarer Wohnraum. Diese Unterversorgung stellt gerade Menschen mit geringem Einkommen vor große Probleme. Sie wird durch das beständige Abschmelzen des sozial gebundenen

Wohnraums verschärft. Wir brauchen daher ab 2014 mit Bundes- und Landesmitteln eine Förderung von Mietwohnungen im unteren Preissegment – insbesondere von familiengerechten, aber auch kleinen Sozialwohnungen – sowie den gezielten Ankauf von Belegungsrechten im Wohnungsbestand. Um sachgerecht zu fördern und Fehlförderung zu vermeiden, sollen integrierte Stadtentwicklungskonzepte und kommunale Wohnraumversorgungskonzepte Voraussetzung für die Fördermittelvergabe werden. Dafür eignet sich in besonderer Weise die Förderung des Mietwohnungsbaus in genossenschaftlicher Hand. Auch die Sanierung von sozialem Wohnraum soll verstärkt gefördert werden.

HERAUSFORDERUNG DEMOGRAPHISCHER WANDEL

Der demografische Wandel ist eine erhebliche Herausforderung für die Wohnungs- und Städtebaupolitik. Er stellt bisherige Infrastrukturpläne infrage und erfordert neue Antworten auf soziale Entwicklungen und die Anforderungen einer inklusiven Gesellschaft. Einrichtungen zur Kinderbetreuung sollen so geplant werden, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt ohne aufwändige Umbauarbeiten auch für die Seniorenbetreuung genutzt werden können. Ältere Menschen wollen auch bei zunehmendem Unterstüt-

zungsbedarf in ihrer Umgebung wohnen bleiben. Menschen mit Handicap haben ein Recht darauf, selbstständig und selbstbestimmt in ihrer Wohnung mit ambulant erbrachten Dienstleistungen leben zu können. Das bedeutet, dass wir mehr barrierefreien Wohnraum schaffen müssen. Aber auch die sich verstärkenden Leerstände und der Bevölkerungsrückgang in einzelnen Regionen müssen politisch konstruktiv bewältigt werden. Damit sich die Kommunen nicht mit der Ausweisung von Billigbauland belasten, müssen sie vom Land beim nötigen Rückbau überflüssiger Bausubstanz und bei Revitalisierungsaktivitäten unterstützt werden. Hierbei kommen vor allem die Instrumente des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau West“ in Frage. Vorhandene Wohnungsbaumittel müssen stärker für den Umbau von bereits vorhandenem Gebäudebestand genutzt werden als für den Neubau sogenannter Altenwohnungen auf der grünen Wiese. Wir wollen das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ weiterführen, das die Bundesregierung aus rein ideologischen Gründen auslaufen lässt. Es ist das einzige Programm, das investive mit nichtinvestiven Maßnahmen zur Revitalisierung sozial problematischer Stadtteile in vorbildlicher Weise verbindet und nachhaltig zur Vermeidung und Verminderung der Folgen von Armut und Ausgrenzung beiträgt.

INKLUSIVE GESELLSCHAFT UND BARRIEREFREIHEIT

Eine inklusive Gesellschaft erfordert Umbauten und Anpassungen im vorhandenen Gebäudebestand. Bei der Umsetzung der UN-Konvention „Rechte von Menschen mit Behinderungen“ muss die Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, in öffentlich genutzten Gebäuden und in Arbeitsstätten generelles Ziel sein. Dies gilt auch angesichts der demografischen Entwicklung. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns für die Auflage eines Bund-Länder-Programms „Barrierefreiheit“ ein.

ENERGETISCHE SANIERUNG SENKT DIE KOSTEN

Eine der größten Klimaschutz-Ressourcen liegt in der energetischen Gebäudesanierung (z. B. durch Wärmedämmung und moderne Heizungssysteme). Hier lässt sich viel Energie einsparen. Die energetische Modernisierung im Gebäudebestand muss im Verbund mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf deutlich höherem Niveau als bisher gefördert werden – sowohl mit den Programmen der Wohnungsbauförderung und der Städtebauförderung als auch als Programm zur energetischen Modernisierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur. Wir wollen den Kommunen über die Niedersäch-

sische Bauordnung (NBauO) die Möglichkeit geben, Satzungen zur stärkeren Nutzung regenerativer Energien voranzubringen. Gemeinsam mit den zuständigen Akteuren vor Ort wollen wir außerdem einen funktionierenden Vollzug der Energieeinsparverordnung (EnEV) organisieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass VermieterInnen bestehendes Recht ignorieren (z.B. veraltete Heizkessel unrechtmäßig weiterbetreiben) und deren MieterInnen mit steigenden Heizkosten alleingelassen werden.

Um die rechtlichen Anforderungen gemeinsam mit dem Bund klimagerecht und wirtschaftlich angemessen weiterzuentwickeln, brauchen wir bessere Daten über den aktuellen Zustand der Gebäude. Ein Monitoring der Energieeinsparverordnung kann hierbei nützlich sein.

Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen gilt für uns: Nutzung und Sanierung von Altbauten hat Vorrang vor der Ausweisung von Neubaugebieten.

Nicht nur für EigentümerInnen, auch für MieterInnen müssen sich energetische Modernisierungen rechnen. Wir GRÜNE wollen die daraus resultierenden Belastungen sozial ausgewogen gestalten und energetische Sanierungen stärker fördern. Durch verschiedene Maßnahmen sollen die finanziellen

Auswirkungen energetischer Sanierungen für MieterInnen in Grenzen gehalten werden: Die umlagefähigen Modernisierungskosten werden von 11 auf 9 Prozent abgesenkt und auf energetische Sanierungen und altersgerechten Wohnumbau beschränkt. Die regulären Mietanpassungserhöhungen werden auf 15 Prozent in drei Jahren abgesenkt und es sollen Mietobergrenzen in Gebieten mit Wohnraumangel eingeführt werden. Im Wohngeldgesetz soll ein Klimazuschuss für energetisch sanierten Wohnraum eingebaut werden. Auch bei der Berechnung der „Kosten der Unterkunft“ soll der energetische Zustand der Wohnung einbezogen und bei energetisch modernisierten Wohnungen ein Klimabonus gewährleistet werden. Der unterschiedliche energetische Standard von Wohnungen muss transparenter gemacht werden. Wir brauchen daher „Warm-Mietenspiegel“ in den Kommunen.

RAUMENTWICKLUNG STEUERN – LANDESENTWICKLUNG NACHHALTIG GESTALTEN

Mit dem Landesraumordnungsprogramm wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. (S. 55)

Durch differenzierte Kriterien bei der Grunderwerbssteuer wollen

wir den Erwerb brachliegender Gebrauchtimmobilien begünstigen und den Erwerb von neuem Bauland entsprechend stärker belasten. Auch die Grundsteuer wollen wir zusammen mit Bund und Kommunen so umgestalten, dass sie die flächeneffiziente Nutzung bebaubarer Grundstücke fördert und der übermäßigen Versiegelung des Bodens entgegenwirkt. Eine Neuversiegelungsabgabe kann den Flächenverbrauch einschränken.

REGIONALE ZUSAMMENARBEIT, NEUE KOOPERATIONSFORMEN

Gestiegene Mobilität, technologischer Wandel, alternde Bevölkerung – diese Entwicklungen erfordern von den Kommunen ein höheres Maß an regionaler Zusammenarbeit und die Bereitschaft zu neuen Kooperationsformen. Viele Aufgaben wie Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft oder Wirtschaftsförderung können oft sinnvoller und effizienter auf regionaler Ebene organisiert werden. Der kommunale Finanzausgleich muss so ausgelegt werden, dass Kommunen, die im Interesse der Umwelt auf Binnenentwicklung setzen, statt Bauland großflächig neu auszuweisen, einen Ausgleich erhalten.

STARKE STÄDTE UND REGIONEN

Städte gewinnen für alle Bevöl-

kerungsgruppen als Lebensraum, Wohnstandort und Arbeitsort wieder an Bedeutung. Die Städte sind Wissenszentren und Quellen für Innovation und Bildung, für kulturelle und kreative Aktivitäten, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und für nachhaltige Entwicklung. Die Städte stehen aber auch vor großen Herausforderungen: demografischer Wandel, soziale Spaltung und wirtschaftlicher Strukturwandel. Mit Stadtentwicklungspolitik wollen wir die Städte bei der Bewältigung dieser großen Herausforderungen unterstützen.

Wir wollen das Handeln aller am Prozess der Stadtentwicklung und Wohnungsbauförderung beteiligten Personen und Institutionen verbindlicher abstimmen und öffentliche und private Investitionen besser koordinieren. Wir müssen unser Wissen und die finanziellen Mittel bündeln und dadurch die Wirksamkeit der knappen finanziellen Mittel verbessern.

Mit einer sozial verpflichteten, alters- und behindertengerechten, klimaangepassten, integrierten und integrativen Stadtentwicklungspolitik und Wohnraumentwicklungskonzepten wollen wir die Städte und Gemeinden stärken. Dazu sollen die Aufenthaltsqualität der öffentlichen Räume verbessert werden, die Wohnfunktion und die Nahversorgung gestärkt werden

und vermehrt sichere, barrierefreie Fuß- und Radwege wohnortnahes Grün geschaffen werden. Wir wollen ressourcenschonende Lebensweisen in kleinen Orten und großen Städten unterstützen.

LEBENDIGE INNENSTÄDTE

Wir wollen das Interesse an Baukultur, Architektur, Ingenieurbaukunst, Denkmalpflege, Städtebau und Freiraumplanung fördern und kontinuierlich weiterentwickeln. Insbesondere müssen das weitere Ausbluten der Stadtzentren und der ruinöse Wettlauf der Kommunen um Ansiedlungen von großflächigem Einzelhandel auf der grünen Wiese gestoppt werden. Hierzu bedarf es regional abgestimmter, verbindlicher Konzepte der Regionalplanung.

Wir GRÜNE setzen uns für lebendige Innenstädte, Ortskerne und Stadtteilzentren ein und sehen hierfür lokale Vereine und Initiativen sowie den Einzelhandel als gute Verbündete. Wir unterstützen Konzepte zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere für Wohnen und Gewerbe. Zugleich werden wir Verdrängungstendenzen durch Gentrifizierung von Wohnquartieren und Privatisierung öffentlicher Räume durch steuernde wohnungs- und baurechtliche Instrumente entgegenwirken.

BAUKULTUR PFLEGEN UND FORTFÜHREN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer Baukultur, die die Tradition und Eigenart unserer Städte und Dörfer bewahrt und zugleich deren Zukunftsfähigkeit sichert. Dies beinhaltet einen innovativen und nachhaltigen Umgang mit der historischen Bausubstanz im Sinne eines lebendigen Denkmalschutzes. Zum Erhalt des historischen Erbes bedarf es einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die gefährdete historische Bausubstanz vor dem Abriss sichert und neuen Nutzungen zuführt.

EigentümerInnen von Denkmälern sollen mit Fördermitteln bei deren Erhalt unterstützt werden. Denkmalschutz darf nicht in Konkurrenz zum barrierefreien Ausbau von Gebäuden stehen. An öffentliche Bauvorhaben müssen dabei aufgrund ihrer Vorbildfunktion besondere Anforderungen gestellt werden. Öffentliche AuftraggeberInnen sind zu hoher gestalterischer Qualität beim Bauen und zur Beachtung von Barrierefreiheit zu verpflichten. Das Land soll sich daher zukünftig bei allen wichtigen Bauvorhaben von unabhängigen Fachleuten beraten lassen.

Wir wollen regionale Denkmalbeiräte einrichten, die bei der Auswahl und der Betreuung von Baudenkmalen sowie bei hervorgehobenen

Baumaßnahmen beratend eingebunden werden. Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement im Bereich Denkmalschutz und Baukultur muss stärker gefördert und unterstützt werden, um die Beratung von Bauherren/-frauen und den öffentlichen Dialog zu anstehenden Entscheidungen und Konfliktfeldern in diesen Bereichen zu verbessern. Das Land muss mit dem Erhalt des denkmalgeschützten Plenarsaals des Niedersächsischen Landtags eine Vorbildrolle übernehmen!

BRANDSCHUTZ BRAUCHT MOTIVIERTE FEUERWEHREN

Wir GRÜNE schätzen das hohe Engagement der Feuerwehren in Niedersachsen. Der Nachwuchsgewinnung gerade auch von Frauen und MigrantInnen kommt in Zukunft eine besondere Bedeutung zu. Zusammen mit den freiwilligen Feuerwehren setzen wir uns für eine schnellere Einführung einer Brandmelderpflicht ein. CDU und FDP blockieren diese seit Jahren und haben nun eine viel zu lange Übergangszeit bis Ende 2015 vorgesehen. Präventiver Brandschutz und Anerkennung des Ehrenamtes sehen anders aus!

DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL ERNST NEHMEN

Niedersachsen wird älter und seine Bevölkerungszahl schrumpft. Die

Zahl der Kinder geht zurück, gleichzeitig steigt die Zahl der alten Menschen. Dass wir immer älter werden, ist auch ein Gewinn. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen in Ehrenämtern und Initiativen stärken und die Strukturen (Freiwilligenbörsen, Mehrgenerationen-Lernen etc.) dafür verbessern.

In den kommenden Jahren ist mit einer zunächst noch langsamen, dann immer schnelleren Abnahme der Bevölkerung zu rechnen. Auch der in einigen Berufen schon heute beklagte Fachkräftemangel wird sich bald erheblich verstärken, weil die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Die Entwicklung der Altersstruktur in Niedersachsen ist von starken regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Während zum Beispiel der Landkreis Osterode schon heute als der „älteste“ Landkreis Deutschlands gilt, weist der Landkreis Cloppenburg die höchste Geburtenrate in ganz Deutschland auf.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den tiefgreifenden Wandel gründlich verschlafen und nicht angemessen auf die Chancen und Risiken dieses Prozesses reagiert. Obwohl schon 2007 eine Enquete-Kommission des Landtags umfassende Vorschläge gemacht hat, passierte danach so gut wie nichts. Im Gegenteil: Niedersachsen bleibt

bundesweites Schlusslicht etwa bei der Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen. Auch ist das gegliederte Schulwesen nicht auf abnehmende Schülerzahlen vorbereitet. Kleine Gesamtschulen im ländlichen Raum werden verweigert und gleichzeitig wird mit der Oberschule eine weitere spezielle Schulform neben den bestehenden Gymnasien, Hauptschulen, verbundenen Haupt- und Realschulen, Realschulen, Integrativen und Kooperativen Gesamtschulen und Förderschulen eingeführt.

Jetzt, kurz vor der Wahl, stellt die Landesregierung erneut einen Entwurf für ein Handlungskonzept auf, voller Ankündigungen und Allgemeinplätze. Wirkliche Taten für neue Perspektiven, gerade auch im ländlichen Raum, sind Fehlangelegenheiten. Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel als gesamtgesellschaftliche Herausforderung annehmen und nachhaltig gestalten. Alle Politikfelder müssen dafür auf den Prüfstand (Demografie-Check!).

In allen Bereichen – von der Schule über die Sozialsysteme bis hin zur Pflege und dem bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen – brauchen wir neue Modelle und Perspektiven. Hierzu gehören neue Wohnformen (► S. 102) und eine an den Bedarf angepasste Verkehrs- und Siedlungsplanung. Das bedeutet in einigen Regionen auch

den Rückbau von Straßen und Siedlungen. Es darf nicht sein, dass einige Kommunen trotz abnehmender Bevölkerungszahlen immer neue Wohn- und Gewerbeflächen ausweisen und die Landschaft zersiedeln. Der nachhaltige Umbau und die Neunutzung leerstehender Gebäude in Städten und Dörfern muss auch aus demografischer Sicht Priorität vor dem Bauen auf der grünen Wiese bekommen. Daher wollen wir das Landesprogramm „Umbau statt Zubau“ stärken und weiterentwickeln.

ZUZUG ERLEICHTERN

Niedersachsen hat die schärfste Abschiebe- und Abschottungspolitik aller Bundesländer und weigert sich, an gezielten Ansiedlungsprogrammen für Flüchtlinge (Resettlement) angemessen mitzuwirken. Dabei sind viele Niedersachsen selbst Vertriebene, Flüchtlinge, AussiedlerInnen oder Zugezogene. Wir wollen deshalb zukünftig ein weltoffenes Niedersachsen und mehr Einwanderung ermöglichen.

Nach wie vor gilt: Will man den demografischen Wandel beeinflussen und Globalisierung im eigenen Land gestalten, dann heißt das auch, die Hürden für Arbeitsmigration und Familienzusammenführung im Aufenthaltsgesetz abzubauen und humanitäre Zuwanderung zuzulassen. Die nationale Einwanderungs- und

Flüchtlingspolitik wird zukünftig immer mehr durch Beschlüsse auf europäischer Ebene beeinflusst. Richtlinien zum Asylverfahren und zu Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge, die Qualifikationsrichtlinie und die Familiennachzugsrichtlinie werden eine immer wichtigere Rolle in diesem Zusammenhang spielen. Darum werden wir GRÜNE diese Themen über den Bundesrat stärker mitgestalten. (► S. 138)

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Die Landesregierung vernachlässigt systematisch Perspektiven für ländliche Räume. Sie sorgt für Abwanderung, Höfesterben und monotone Agrarsteppen mit belastenden Tierfabriken zu Lasten des Lebens auf dem Lande. Jahr für Jahr müssen immer mehr BäuerInnen ihre Höfe aufgeben und es gehen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren.

Wir GRÜNE wollen die ländlichen Räume neu und anders fördern. Wir wollen eine bäuerlich-ökologische Landwirtschaft mit vielen Arbeitsplätzen und artgerechter Tierhaltung. Und wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Der von der Landesregierung vernachlässigte Ökolandbau schafft im Schnitt 30 Prozent mehr Arbeitsplätze als der konventionelle. Außerdem reduziert er die Umweltbe-

lastung – etwa durch den Verzicht auf Massentierhaltung – und sorgt für eine bessere Lebensqualität auf dem Lande. Regionale Produkte, ressourcenschonende Herstellung, dezentrale, regenerative Energieerzeugung, Tourismus und Handwerk bilden das wirtschaftliche Rückgrat der ländlichen Entwicklung in demografischen Schrumpfungsbereichen. Gerade unsere Politik der Energiewende und die Förderung Erneuerbarer Energien schaffen umweltgerechte Perspektiven und nachhaltige Wertschöpfung im ländlichen Raum. Die Nutzung von Sonne und Wind sind unser Dauerkonjunkturprogramm für alle ländlichen Regionen. (► S. 52)

Viele Fördermillionen insbesondere aus EU-Mitteln fließen in die ländliche Entwicklung. Wir wollen diese für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zielgerichteter einsetzen und legen den Schwerpunkt dabei auf Regionen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind.

Wir brauchen neue Perspektiven für das Leben im ländlichen Raum. Dazu gehören auch neue Mobilitätskonzepte, Dorfläden, schnelle Internetverbindungen, Bücher- und Bürgerbusse, die Stärkung von Schul- und Bildungsangeboten sowie Kultur auf dem Land, damit das Leben dort attraktiv bleibt oder es wieder wird.

SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE

Das Internet ist Teil des täglichen Lebens. Für Privathaushalte und Betriebe im Land gehört schnelles Internet inzwischen ebenso zur Daseinsvorsorge wie ein Telefon-, Wasser- oder Stromanschluss. Auch der Staat setzt darauf, seinen BürgerInnen mehr und bessere Online-Dienstleistungen bereitzustellen. E-Government soll der öffentlichen Hand Geld sparen und für die BürgerInnen neue Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Das kann nur klappen, wenn der Staat entsprechende Rahmenbedingungen schafft, die gewährleisten, dass alle Menschen einen ausreichend schnellen Internetanschluss erhalten können. Hier versagt der freie Markt, denn investiert wird vor allem in den Ballungsräumen, wo schnell Gewinne erzielt werden können. In der Fläche ist der Ausbau teurer, deshalb gibt es in ländlichen Bereichen Niedersachsens zahlreiche „weiße Flecken“, in denen keine Breitbandversorgung vorhanden ist. Häuser und Wohnungen in solchen Gebieten sind aus diesem Grund mittlerweile schlechter zu verkaufen oder zu vermieten und Gewerbeansiedlungen meist nicht mehr möglich. Wir GRÜNE wollen deswegen schnelles Internet als Teil der Daseinsvorsorge definieren, bei der Preis und Leistung an jedem Ort prinzipiell gleich

sein muss. Über gesetzliche Regelungen und eine Umlage der AnbieterInnen wollen wir den Ausbau auch in den ländlichen Gebieten ermöglichen, wo er nicht kostendeckend erfolgen kann. CDU und FDP setzen lediglich auf hohe Zuschüsse für einzelne kommerzielle NetzbetreiberInnen. Das geht zu langsam und kostet Steuergeld.

Um in ländlichen Gebieten mit geringer Netzdichte die Kosten für die Verlegung von neuen Breitbandanschlüssen zu reduzieren, sollen bei ohnehin anstehenden Tiefbau- und Erschließungsarbeiten kostengünstig Leerrohre mitverlegt werden, in die bei Bedarf Glasfaserleitungen eingezogen werden können. Internetversorgung über den Mobilfunkstandard LTE⁺ ist aus technischen Gründen keine Lösung. Der ständig wachsende Bandbreitenbedarf kann dadurch nicht gedeckt werden. Es besteht die Gefahr, dass die LTE-Versorgung als Scheinlösung den

notwendigen Infrastrukturausbau bremst.

Neben dem Ausbau der regulären Netz-Infrastruktur unterstützen wir GRÜNE aber auch zivilgesellschaftliches Engagement – etwa Projekte, die private Internetzugänge per WLAN der Allgemeinheit zugänglich machen und damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Verfügbarkeit des Internets leisten. Bisher stehen der weiteren Ausbreitung freier Netze allerdings rechtliche Schranken im Wege. Hier muss künftig gelten: Nicht die AnschlussinhaberInnen eines WLAN, sondern die tatsächlichen InternetnutzerInnen müssen für mögliche Folgen haften! NetzbetreiberInnen dürfen darüber hinaus keinen Einfluss auf die übertragenen Daten haben und im Sinne der Netzneutralität dürfen bei der Datenübertragung kommerzielle Interessen nicht den Vorrang vor sonstigen Inhalten haben.

FÜR EINE BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Das A und O: Für eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur für Kinder aller Altersgruppen
- ▶ Für eine bessere Unterstützung von Familien mit besonderen Bedarfen
- ▶ Für mehr Väter in Teilzeit und Elternzeit
- ▶ Weniger Präsenz, mehr Verantwortung: Für eine familienfreundliche Arbeitskultur

Alle Familien mit Kindern – Alleinerziehende, Paar- und Patchwork-Familien – stehen vor der Herausforderung, ihre Lebensmodelle unter sich ständig wandelnden Bedingungen und Anforderungen immer wieder neu auszuhandeln und dabei den

unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen von Kindern wie Erwachsenen ebenso wie der Familie als Ganzes gerecht zu werden. Dass sich viele Väter heutzutage mehr in der Familienarbeit engagieren (wollen) und Mütter häufiger am Erwerbsleben teilhaben (wollen) ist für uns GRÜNE eine erfreuliche Entwicklung. Wir wollen keine Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche die zum Teil stark eingeschränkten Entscheidungsspielräume erweitern, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst nicht nur eine Frage des Wollens, sondern auch des Müssens.

FÜR EINE VERLÄSSLICHE BETREUUNGSINFRASTRUKTUR

Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine verlässliche, wohnortnahe, qualitativ hochwertige und inklusive Ganztags-Kinderbetreuung in allen Altersgruppen, vom Krippen- bis zum Schulkind einführen. Wir wollen eine Betreuung auch während der bisherigen Schließzeiten von Kitas und Ferienzeiten der Schulen sicherstellen und zusammen mit den Kommunen tragfähige und aufeinander abgestimmte Konzepte erarbeiten. Großeltern, die am selben Wohnort wohnen, nicht (mehr) erwerbstätig sowie gesundheitlich fit genug sind, um die Kinderbetreuung im Bedarfsfall zu übernehmen, sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Zur besseren Unterstützung bei Betreuungsbedarf in Randzeiten sowie bei Krankheits- und Notfällen fördern wir deshalb Kooperationen zwischen Kitas und Tagespflege-Einrichtungen sowie unbürokratische Lösungen gegenseitiger Unterstützung und ehrenamtliches Engagement, wie z.B. Leih-Omas/Opas, Nachbarschaftsinitiativen und gemeinschaftliche Wohnprojekte. (►S. 11, S. 18)

BESONDERE FAMILIEN, BESONDERE HERAUSFORDERUNGEN

Allein mit Kindern? Kinder mit besonderem Förderbedarf? Unsicherheiten im Umgang mit der deut-

schen Sprache oder mit deutschen Behörden? Es gibt viele verschiedene Gründe, warum Familienleben heutzutage vor besonders großen Herausforderungen steht.

Wir fördern deshalb Programme, die für diese Zielgruppen besondere Unterstützungsleistungen aus einer Hand anbieten. Dabei ist uns bewusst, dass „Alleingelassensein mit Kindern“ ein Umstand ist, der sich nicht (nur) an der Anzahl der Erwachsenen im Haushalt oder am Familienstand ablesen lässt, dass eine „Behinderung“ gesellschaftliche Teilhabe nicht behindert und dass ein „Migrationshintergrund“ nicht zwangsläufig auf Hilfsbedürftigkeit schließen lässt. Wir wollen für die Eltern da sein, die besonderen Beistand benötigen. (►S. 98)

MEHR VÄTER IN TEILZEIT UND ELTERNZEIT

Wir wollen Männer wie Frauen bei der Verwirklichung von familiengerechten Arbeitsmodellen unterstützen. Trotz des gesetzlichen Anspruchs und des vielfachen Wunsches nach reduzierter Arbeitszeit sowie längerer Elternzeit begegnen insbesondere Vätern in der Praxis viele Schwierigkeiten. Wir wollen mittels Kampagnen gezielt für familiengerechte Arbeitsmodelle werben und die Umsetzung väterfreundlicher Maßnahmen von öffentlichen und privaten Arbeitgebern ange-

messen würdigen. (►S. 45)

BERUFLICHER EIN- UND AUFGSTIEG SOWIE FÜHRUNGSPOSITIONEN IN TEILZEIT

Wir wollen für eine Arbeitskultur werben, die den Wert der Arbeit nicht am geleisteten Arbeitszeitumfang bemisst, sondern an der Qualität der Ergebnisse. Teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern müssen dieselben beruflichen Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten offen stehen wie Vollzeitbeschäftigten. Wir wollen außerdem erfolgreiche Modelle bekannt machen, wie Führungspositionen auch in Teilzeit verwirklicht werden können. Führungskompe-

tenz bedeutet für uns nicht permanente Präsenz, sondern permanente Verantwortung. (►S. 45)

BERUFLICHER WIEDEREIN- STIEG NACH FAMILIENPHASE ODER ARBEITSLOSIGKEIT

Wir bieten spezielle Programme für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer selbstbestimmten oder unfreiwilligen Phase der Nicht-Erwerbstätigkeit sowie eine maßgeschneiderte Berufsberatung und Einstiegsbegleitung in den Arbeitsmarkt für Frauen und Männer, die sich wegen Familienarbeit zeitweilig aus dem Erwerbsleben zurückziehen.

MACH'S MÖGLICH

GESUNDHEIT IST KEINE WARE

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Mündige, gut informierte und optimal versorgte Versicherte durch die Einführung einer BürgerInnenversicherung auf Bundesebene.
- ▶ Eine optimale und gerechte medizinische Versorgung und Pflege für alle Menschen in der Nähe ihres Wohnortes – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Einkommen oder Alter!
- ▶ Prävention, Selbsthilfe und Gesundheitsförderung sollen selbstverständliche Bestandteile in allen Lebensbereichen werden.
- ▶ Stärkung und Steigerung der Qualität aller Gesundheitsberufe

Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt des politischen Handelns – gerade in der Gesundheits- und Pflegepolitik. Ein Großteil der Beitragseinnahmen der Sozialversicherung und der öffentlichen Haus-

halte fließt in die Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Wir GRÜNE wollen mündige PatientInnen, die mitreden und mitgestalten können. Ein gerechter Zugang zu hochwertiger Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Prävention für alle Menschen – ungeachtet von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Einkommen oder Alter – haben für uns oberste Priorität. Zur stabilen langfristigen Finanzierung der Gesundheits- und Pflegepolitik wollen wir den Gesundheitsfond abschaffen und den Kassen ihre Beitragsautonomie zurückgeben. Damit wird der Wettbewerb zwischen den Kranken- und Pflegekassen gestärkt und die Menschen profitieren davon.

Um eine optimale regionale Versorgung anbieten zu können, ist die Weiterentwicklung der hausärztlichen Versorgung für uns ein wichtiges Anliegen. Wir GRÜNE wollen die vernetzte und integrierte Zu-

sammenarbeit zwischen stationären und ambulanten AnbieterInnen und das freie Hebammenwesen stärken. In ländlichen, unterversorgten Regionen sind wir für die Einführung von mobilen Praxisteams und Fahrdiensten, die für bedürftige PatientInnen kostenfrei sein sollen. (▶ S. 107)

GRÜNE Gesundheitspolitik baut auf mündige, gut informierte und optimal versorgte PatientInnen. Die Sicherheit der PatientInnen muss erhöht werden. Dafür ist es notwendig, dass sich in Krankenhäusern der Umgang mit Fehlern verändert. Es sollen Methoden angewendet werden, die sich in anderen Risikobereichen bewährt haben und anerkannt sind. Deshalb wollen wir für niedersächsische Krankenhäuser die Einführung des Critical Incident Reporting System (CIRS) fördern. Mit dem System wird die Bereitschaft der Mitarbeiter gefördert, Fehler anonym anzugeben. Die Daten werden analysiert und Fehlerquellen verringert.

Damit in niedersächsischen Krankenhäusern die Versorgung der PatientInnen mit weniger Gefahren verbunden ist, müssen Pflegefachkraft-Quoten auf Grundlage pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse festgelegt werden.

Damit sich die Infektionsquoten (MRSA, Sepsis etc.) in niedersäch-

sischen Krankenhäusern verringern, muss in diesem Bereich der Qualitätswettbewerb verschärft werden. Deshalb wollen wir, dass in den Qualitätsberichten der Krankenhäuser die Infektionsquoten angegeben werden.

GRÜNE BÜRGERINNENVERSICHERUNG

Die Krankenversicherung muss in Zukunft auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels eine gute medizinische Infrastruktur sichern und auf solidarischer Grundlage finanziert werden. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, die gesetzliche und die private Krankenversicherung auf eine gemeinsame Basis zu stellen und eine BürgerInnenversicherung einzuführen. Diese soll alle BürgerInnen einbeziehen – egal ob BeamtInnen oder Angestellte, Selbständige, Erwerbslose oder Abgeordnete, RentnerInnen oder PensionärInnen. Zu den Versicherungsbeiträgen werden dann auch Einkünfte aus Kapitalvermögen und Mieten mit herangezogen. Wir sprechen uns für die Abschaffung von Zuzahlungen – insbesondere der Praxisgebühr – aus, da sie als Lenkungsinstrument versagt haben und unsozial sind.

FÜR EINE GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG VOR ORT

Eine solidarische Gesundheitspolitik

für die Menschen in Niedersachsen muss darüber hinaus die Prävention stärken, eine wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten und ein flächendeckendes Pflegeangebot schaffen. Wir fordern eine stärkere Bedarfsorientierung. Wir GRÜNE setzen uns deswegen für eine sektorenübergreifende medizinische Versorgung mit einer besseren Vernetzung zwischen ambulanten und stationären Angeboten, Gesundheits- und Facharzt-Zentren und die Übernahme von heilberuflichen Tätigkeiten durch qualifizierte Pflegekräfte ein. Um den Stellenwert der Allgemein- und Komplementärmedizin zu stärken, muss an jeder medizinischen Hochschule und jeder medizinischen Fakultät in Niedersachsen ein entsprechender Lehrstuhl eingerichtet werden.

FÜR MEHR QUALITÄT IN KRANKENHÄUSERN

Krankenhäuser sollen Versorgungszentren im Rahmen einer integrierten Versorgungslandschaft werden. Die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung muss erhalten bleiben, spezialisierte Versorgung und Hochleistungsmedizin können dagegen konzentriert angeboten werden. Die Privatisierung weiterer Krankenhäuser lehnen wir ab und fordern den Erhalt der öffentlichen Trägerschaft. Zur Stärkung der Interessen und Erhöhung der Sicherheit der PatientInnen setzen wir uns für

eine bessere Qualitätssicherung in Krankenhäusern ein. Bei Behandlungsfehlern darf die Beweislast nicht mehr bei den PatientInnen liegen, sondern muss auf den durchführenden Anbieter übertragen werden. Die steigende Bedrohung durch resistente Keime (MRSA, ESBL) insbesondere in Krankenhäusern sehen wir als eine zentrale gesundheitspolitische Aufgabe. Neben der Bekämpfung der Ursachen – wie dem hohen Antibiotika-Einsatz in der Massentierhaltung (► S. 67) und dem zu freizügigen Einsatz in der Humanmedizin – wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Hygiene in den Krankenhäusern deutlich verbessert wird. Entsprechend des niederländischen Modells wollen wir neben dem Screening von RisikopatientInnen strengere Hygienestandards und eine bessere Personalausstattung zur Pflicht machen.

VERSORGUNG PSYCHISCH KRANKER MENSCHEN

Psychische Erkrankungen nehmen besonders wegen der rasanten Veränderungen im beruflichen Umfeld dramatisch zu. Wir wollen diesen Erkrankungen vorbeugen und deshalb die betriebliche Gesundheitsförderung sowie den Arbeitsschutz stärken, denn Prävention ist besser als Rehabilitation. Eine psychische Krise kann jedeN treffen, genauso wie ein Schnupfen oder eine Grippe. Die Versorgung mit ambulanten

und stationären Angeboten hinkt dem Bedarf besonders im ländlichen Raum immer noch erheblich hinterher. Die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung sowie die ambulante psychiatrische Pflege müssen deswegen in allen Regionen gemeindenah gesichert werden. Dies soll die Aufgabe der Sozialpsychiatrischen Verbünde sein. Die zunehmende Ökonomisierung des privatisierten psychiatrischen Behandlungsbereichs sehen wir sehr kritisch. Hier muss das Land endlich seine Kontrollfunktion für die Wahrung von PatientInnenrechten wahrnehmen. Mit Hilfe von Fort- und Weiterbildung des Personals in der Pflege und Qualitätsmanagement in den Psychiatrien und Altenheimen müssen Fixierungen und andere Zwangsmaßnahmen an PatientInnen zudem auf ein Minimum reduziert werden. Wir unterstützen Projekte mit medikamentenloser oder medikamentenarmer Versorgung in psychischen Krisen (SoteriaTM).

GUTE MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE

Die Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen stellt eine besondere Herausforderung für unsere Regelsysteme dar. Deshalb wollen wir die psychiatrische Versorgung um ein psychosoziales Beratungs- und Traumazentrum für Flüchtlinge und Folteropfer ergänzen. Viele Erkran-

kungen und Arztbesuche ließen sich nachweislich durch bessere Präventions-, Beratungs- und Informationsangebote vermeiden. Oftmals scheitert der Zugang an Sprachbarrieren, fehlendem Wissen oder räumlichen Barrieren. Wir wollen den Zugang zu medizinischer Versorgung und Präventionsangeboten für alle Menschen ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir zielgruppenspezifische Präventionsangebote einrichten, um die Gesundheitschancen zu erhöhen.

Barrierefreiheit muss auf allen Ebenen hergestellt werden: So wie Krankenhauszimmer rollstuhlgerecht sein müssen, muss auch die Kommunikation zwischen PatientInnen und medizinischem Fachpersonal mit Texten in leichter Sprache und bedarfsgerechter Unterstützung sichergestellt sein. Die geriatrische Versorgung und Kompetenzen im Bereich der ambulanten und stationären Rehabilitation sowie der stationären Akutversorgung müssen ausgebaut werden.

Wir GRÜNE wollen eine interkulturelle Gesundheitsberatung einrichten. Wir fordern den gleichberechtigten Zugang von MigrantInnen zu medizinischer Versorgung und wollen kultursensible Pflege und interkulturelle Kompetenz bei allen Gesundheitseinrichtungen ausweiten. Eine Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von

Frauen und Männern muss zur Voraussetzung für öffentlich geförderte gesundheitswissenschaftliche Forschungsvorhaben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt Wissen um geschlechtsspezifische Unterschiede bei Gesundheit und Krankheit einfließen. Neue Medikamente müssen auf die spezifische Wirkung bei Männern und Frauen ermittelt werden, ansonsten muss die Zulassung verweigert werden können. Die medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung muss professionell und legal durchgeführt werden. Menschen ohne Papiere muss meldeunabhängig der Zugang zur öffentlichen Gesundheitsfürsorge ermöglicht werden.

PRÄVENTION UND SELBSTHILFE STÄRKEN

Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung in Schulen, Kitas, Betrieben, Behörden sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ein. Hier bieten die bereits tätigen Präventionsfachkräfte die notwendige Expertise. Ziel ist es, zu verbindlichen und langfristig angelegten Kooperationsvereinbarungen zu kommen. Wir fordern die Ausweitung der unabhängigen Patientenberatungsstellen in Niedersachsen, die Menschen in allen

Belangen von Gesundheit, Pflege, Rehabilitation und Selbsthilfe beraten, um auch in diesem Bereich Verbraucherschutz durchzusetzen.

Niedersachsen kann und darf nicht länger auf die bundesweite Stiftung für Prävention warten. Die Mittel für Prävention und Selbsthilfe sind längst zum Spielball von Einzelinteressen oder der Marketing-Abteilungen der Krankenkassen geworden. Wir GRÜNE wollen deshalb eine Landesstiftung für Prävention einrichten.

MIT SUCHTMITTEL-KONSUMENTINNEN VERANTWORTUNGSVOLL UMGEHEN

Dem hohen Anteil von Menschen mit Suchtproblemen steht bislang noch kein ausreichendes Versorgungs- und Hilfenetzwerk gegenüber. Wir wollen deshalb das Netz der Sucht- und Drogenberatung im Land erhalten und ausbauen, damit individuell auf die Menschen mit Suchtproblemen eingegangen werden kann. Besondere Unterstützung soll die Arbeit mit stoffungebundenen Suchtformen (zum Beispiel Spielsucht) erfahren.

Wir setzen auf Präventionsarbeit, die mündigen und risikoarmen Konsum unterstützt und somit gesundheitliche Schäden und Abhängigkeit vermeiden hilft. Kinder stark zu machen ist die beste Drogenpräventi-

on. Kinder- und Jugendschutz bleibt für uns GRÜNE daher die wichtigste Herausforderung. Diese gesellschaftliche Aufgabe kann die Familie oft nicht allein bewältigen. Sie sollte deshalb verstärkt von Schulen, Kitas, Suchtberatungsstellen sowie Familien- und Gesundheitszentren unterstützt werden. Die begleitenden Hilfen für Jugendliche, die zum Beispiel mit schweren Alkoholvergiftungen stationär aufgenommen werden, müssen ausgebaut werden. Hilfs- und Präventionsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die sogenannte Partydrogen (etwa Alkohol, Cannabis, Amphetamine) in riskanter Weise konsumieren, sollen ein besonderes Augenmerk bekommen und entsprechend gefördert werden. Des Weiteren setzen wir uns für Modellversuche von Drug-Checking-Angeboten ein, die KonsumentInnen die Möglichkeit geben, gefährliche und verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen und zu meiden.

In den letzten Jahren hat es bedeutende Fortschritte im Nichtraucherschutz gegeben. Für uns hat aktiver NichtraucherInnenschutz weiterhin Priorität. Dazu gehört aus Gründen des konsequenten Gesundheitsschutzes besonders der notwendige Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie der Schutz von MitarbeiterInnen in Restaurants und Gaststätten. Alkoholabhängigkeit ist in unserer Gesellschaft leider

immer noch häufig ein Tabu. Wir brauchen weitere Maßnahmen, die einen bewussteren Umgang mit Alkohol fördern. Werbung für Nikotin und Alkohol lehnen wir ab.

Aber nicht nur Alkohol- und Zigarettenkonsum fordern jeden Tag Opfer, verursachen Krankheit, Schmerz und vielfältige soziale Probleme bei den Suchterkrankten und ihren Familien. Die Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Bei Konsumdelikten bedeuten die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen bei der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung junger Menschen eine zusätzliche Hürde. Den Konsum von Cannabis und anderen nicht legalen psychotropen Substanzen wollen wir deshalb entkriminalisieren und die geringen straffreien Mengen anheben. Außerdem unterstützen wir die Einführung eines Pilotprojektes zur geregelten Abgabe von Cannabis in Apotheken.

Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf gesundheitliche Prävention. Wir wollen ihnen deshalb durch die jetzt legale Verabreichung von Heroin die notwendige Hilfe zuteilwerden lassen. Dafür ist es notwendig, Diamorphin (Heroin) ebenso wie Methadon und andere zugelassene Substitutionsmittel als Mittel zur wirksamen Behandlung und damit auch als Medikamen-

te anzuerkennen und ihren Einsatz weiter auszubauen. In diesem Kontext setzen wir GRÜNE uns dafür ein, die Forschung zur medizinischen Verwendung derzeit nicht legaler psychotroper Substanzen zuzulassen und zu fördern. Durch die legale Abgabe lässt sich die Beschaffungskriminalität wirksam eindämmen und der organisierten Kriminalität ein wichtiger Nährboden entziehen. Sterile Hilfsmittel, Substitutionsbehandlung sowie Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug, der leider nirgends auf der Welt frei von Drogen gehalten werden kann. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Drogenkonsumräume ein, weil diese seit ihrer Einführung zu einer deutlichen Reduzierung von Überdosis-Toten geführt haben. Die Rahmenbedingungen für solche Räume wollen wir verbessern. Großes Suchtpotenzial für die PatientInnen birgt auch der Medikamentenmissbrauch in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Hier bedarf es einer gezielten Überwachung der Verordnungen.

AIDS-HILFE UND PRÄVENTION

In der ganzen Welt breiten sich Aids-Erkrankungen dramatisch aus. Die Bekämpfung stellt auch die Landespolitik vor Herausforderungen. In Niedersachsen infizieren sich jährlich mehr als 100 Menschen mit dem HI-Virus. Die HIV-Prävention

darf deshalb nicht nachlassen und Aids-Hilfe-Einrichtungen müssen erhalten und gestärkt werden. Das landesweite Netz von kultursensiblen, muttersprachlichen Aids-MediatorInnen muss an Schulen und Hochschulen ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die in einer wirtschaftlich schlechten Situation leben, einen kostenlosen Zugang zu den verschiedenen Verhütungsmitteln erhalten.

WÜRDIGE PFLEGE SICHERN UND PFLEGENDE STÄRKEN

Die Sicherung einer menschenwürdigen und bedarfsgerechten Pflege ist angesichts einer älter werdenden Gesellschaft eine große Herausforderung. Die meisten Pflegebedürftigen wollen in ihrem vertrauten sozialen Umfeld bleiben. Fast drei Viertel werden durch Angehörige versorgt und gepflegt, die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Deshalb brauchen wir Netzwerke und therapeutische Maßnahmen, die es pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, ein Höchstmaß an Selbstständigkeit zu behalten. Therapie und Rehabilitation haben für uns Vorrang vor der Pflege.

Angebote durch hochwertige ambulante und teilstationäre Pflegeeinrichtungen in Wohnortnähe wollen wir GRÜNE stärken und ausbauen. Eine kultursensible Pflege

soll den besonderen Bedürfnissen von MigrantInnen gerecht werden. Wegen immer früherer Entlassungen aus dem Krankenhaus brauchen wir zudem ein Schnittstellen-Management beim Übergang vom Krankenhaus in die häusliche Umgebung. Wir setzen uns für die Erstellung von Richtlinien für die Pflegeüberleitung aus Krankenhäusern in die ambulante oder stationäre Pflege ein. In Krankenhausberichten müssen auch der pflegerische Hilfebedarf, die pflegerrelevanten Diagnosen und Funktionseinschränkungen aufgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diagnose der Demenz nur durch einen Facharzt oder einen Hausarzt mit einer entsprechenden Weiterbildung gestellt werden darf und konkret mit ihren Auswirkungen beschrieben wird.

Das GutachterInnenverfahren muss neu strukturiert werden, damit neben den körperlichen Defiziten auch die psychischen und sozialen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Entgegen der bisherigen festgeschriebenen Pflegeleistungen wollen wir ein persönliches Pflegebudget einführen, damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen selbst über Leistungen entscheiden können. Wir GRÜNE setzen uns für ein neues System der Pflegeversorgung ein, indem wir neben konventionellen Pflegeheimen alternative Wohnformen für Pflegebedürftige und eine gut organisierte und fi-

nanzierte ambulante pflegerische Versorgung anbieten wollen. Wir fordern bei Vorliegen eines Pflegebedarfs eine standardisierte und transparente Maßnahmeplanung in Zusammenarbeit der Hilfebedürftigen mit ÄrztInnen, TherapeutInnen und den Pflegepersonen. Die pflegerischen Maßnahmen müssen regelmäßig überprüft werden. Um diese Anforderungen gewährleisten zu können, setzen wir uns für ein angemessenes Pflegegeld und eine bessere Betreuung und Ausbildung der pflegenden Angehörigen ein. Die Pflegestützpunkte müssen erheblich ausgebaut werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Förderung von Gemeinde- oder Quartierspflegekräften, die über bestehende Hilfebedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind und pflegende Angehörige unterstützen können.

Zur Wahrung der Wahlfreiheit und Selbstbestimmung der Betroffenen wollen wir das Heimgesetz so ändern, dass alternative Wohn- und Pflegekonzepte erleichtert werden und so ein würdiges Leben im Alter abgesichert wird. In allen Einrichtungen soll das Einzelzimmer als individueller Rückzugsraum und zur Wahrung der Intimsphäre Standard werden.

FÜR MÜNDIGE PATIENT*INNEN – PFLEGEBERATUNGSSTELLEN AUSBAUEN

Wir GRÜNE wollen mittelfristig in allen Regionen des Landes unabhängige PatientInnen- und Pflegeberatungsstellen einrichten, die mit der Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen und der VerbraucherInnenberatung vernetzt werden. Die verschiedenen Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen ausgebaut und besser vernetzt werden. Wir wollen die psychiatrische und geriatrische Fachpflege stärken und weiterentwickeln, setzen uns für die gesetzliche Festlegung einer interdisziplinären Fachkraftquote ein und schlagen Modellversuche wie präventive geriatrische Hausbesuche vor.

PFLEGE NOTSTAND BEENDEN – PFLEGE BERUFE ATTRAKTIV GESTALTEN

Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine Zukunftsbranche. Der Bedarf an professioneller Pflege wird sich durch die demografische Entwicklung erhöhen. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an Fachkräften. Die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen in den Gesundheitsberufen wollen wir deshalb verbessern. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die Interessen der Beschäftigten besser vertreten wer-

den. Daher setzen wir uns für die Einrichtung einer Pflegekammer ein, die eine Berufsordnung verbindlich festlegt, die Aus-, Fort- und Weiterbildung bedarfsgerecht regelt und an Gesetzgebungsverfahren beteiligt ist. Eine Pflegekammer schützt die Bevölkerung vor unsachgemäßer Pflege, liefert durch die Registrierung der Pflegenden verlässliche Daten über die Versorgung mit Fachpersonal und wirkt dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegen. Die Ausbildungsumlage in der Altenpflegeausbildung muss wieder eingeführt werden, Ausbildungen in Teilzeit sollen zu einem Regelangebot werden. Wir wollen die weitere Qualifizierung ausländischer Pflegekräfte durch Sprachkurse, die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und die Förderung von Bildungsstätten stärken. Verantwortungsvolle Berufe verdienen bessere Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb für einen allgemein verbindlichen Tarifvertrag für alle Träger, einen besseren Personalschlüssel, die Schulgeldfreiheit für Altenpflege-SchülerInnen und die Erweiterung des Ausbildungs- und Studienangebots ein.

Die Weiterbildung ehrenamtlich engagierter Menschen zu Alltagsbegleitern kranker und pflegebedürftiger Menschen wollen wir fördern und ausbauen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr auch im

Pflegebereich mit der Möglichkeit der Anerkennung dieser Zeit bei einer späteren Berufsausbildung absolvieren können. Wir wollen den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Pflegebereich erhöhen.

WÜRDE BIS ZUM LEBENSENDE

Viele Sterbende haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit vertrauten Menschen im gewohn-

ten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht anders aus: Die meisten Menschen sterben in Institutionen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung sowie von wohnortnahen Hospizeinrichtungen und Hospizdiensten für Erwachsene und Kinder.

MACH'S MÖGLICH

LEBEN IN EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT – GLEICHBERECHTIGT, SELBSTBESTIMMT, MITEINANDER

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Gesellschaft ohne Ausgrenzung – zusammen mit den Betroffenen.
- Inklusion statt Leitkultur, um Niedersachsen zu einem attraktiven Einwanderungsland zu machen.
- Entschiedene Bekämpfung jeder Form von Ausgrenzung, Homosexuellen- und Transsexuellenfeindlichkeit und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Wir GRÜNE streiten für ein Gesellschaftsideal, in dem alle Menschen – im Rahmen unserer Rechtsordnung mit den Menschenrechten als Kern – gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben

und an allen Aktivitäten selbstverständlich teilhaben können. Inklusion¹ erkennt die Individualität und Vielfalt der Menschen mit all ihren Stärken und Schwächen an. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen ist. Dieses Ziel ist für uns eine Querschnittsaufgabe und liegt allen unseren politischen Forderungen und Konzepten zugrunde. Egal ob im Bereich Bauen und Wohnen, beim Thema Energie, Bildung oder Demokratie – überall wollen wir Konzepte und Forderungen umsetzen, die alle Menschen einschließen.

UN-BEHINDERTENRECHTS-KONVENTION UMSETZEN

Wir GRÜNE streiten für Rahmenbedingungen, die es allen Menschen ermöglichen, so selbstbestimmt wie

möglich zu leben und möglichst eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Hilfemaßnahmen für Menschen mit Behinderungen müssen am individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Wir setzen auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“ und wollen Projekte fördern, die Menschen mit Behinderungen trotz einer Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit größtmögliche Freiheit und Eigenständigkeit gewähren. (► S. 114) Die UN-Behindertenrechtskonvention ist auch für Niedersachsen verbindlich. Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen die Ziele der Konvention möglichst schnell umsetzen. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen sollen bald der Vergangenheit angehören. Wir werden das unterstützte selbstständige Wohnen in der eigenen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft fördern. Dafür wollen wir Wohnbaumittel einsetzen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass „barrierefreies Bauen“ in allen bauspezifischen Studiengängen verbindlicher Teil des Curriculums wird.

Für uns beginnt Inklusion damit, dass Kinder mit Behinderungen selbstverständlich von Anfang an in Krippe, Kita und Schule dabei sind. Später muss die Wahl eines passenden Arbeitsplatzes möglich sein. Hierfür werden wir Integrations-

firmen fördern und das Budget für Arbeit ausbauen. (► S. 29)

Das Land muss auch selbst mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Öffentliche Beratungsangebote sind barrierefrei zu entwickeln. Das gilt auch für öffentliche Internetangebote und öffentlich-rechtliche Fernsehsender und Rundfunkanstalten. Wir GRÜNE wollen darüber hinaus, dass das Land verbindliche Regelungen mit den Kommunen und öffentlichen Trägern vereinbart, in denen klare Zeitangaben für die flächendeckende Einführung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden enthalten sind. Hierbei muss das Land die Kommunen entlasten und ihnen Hilfestellungen geben.

GEMEINSAM IN VIELFALT – EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT GESTALTEN

Wir GRÜNE wollen den in der Gesellschaft teilweise mit falschen politischen Voraussetzungen und Annahmen verbundenen Begriff „Integration“ durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch der Inklusion ersetzen. Vor diesem Hintergrund bedeutet Inklusion für uns GRÜNE, dass die Gesellschaft alle Menschen als gleichberechtigt annimmt und kulturelle Unterschiede achtet. Phantomdebatten über IntegrationsverweigerInnen haben das Kli-

ma in unserer Gesellschaft vergiftet. Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit müssen Grundlagen einer inklusiven Gesellschaft sein. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, fordern wir eine gesetzliche Grundlage für Niedersachsen, mit der die gesellschaftliche Teilhabe von Eingewanderten und ihren Kindern in allen Lebenslagen gefördert wird. Einen Begriff wie „Leitkultur“ lehnen wir ab.

Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen müssen sich interkulturell öffnen. Wir brauchen ein breitgefächertes, mehrsprachiges Angebot mit Informationen zu Teilhabe. Alle Menschen haben das Recht auf eine gleichberechtigte Beratung im öffentlichen Bereich. Wir GRÜNE wollen verstärkt Möglichkeiten und Anreize zur gesellschaftlichen Teilhabe schaffen. Wir wollen zudem das Amt der Inklusionsbeauftragten einführen, die in allen politischen Entscheidungen auf die Einhaltung des inklusiven Anspruchs achten. Wir GRÜNE wollen eine finanzielle Unterstützung der MigrantInnen-Selbstorganisationen und der zahlreichen IntegrationslotsInnen⁷. Sie leisten eine wichtige Arbeit in Niedersachsen. Ihr Engagement muss aufgewertet werden.

Auch Kindergärten, Beratungsstellen, Pflege-, Gesundheits- und Behinderteneinrichtungen müssen sich noch stärker interkulturell öffnen.

(► S.14, S.117) Auch Bestattungen und seelsorgerische Begleitung müssen differenziert nach verschiedenen religiösen und kulturellen Hintergründen und Wünschen möglich sein. Deshalb setzen wir uns für die Legalisierung von Feuerbestattungen außerhalb von Friedhöfen ein, sofern der Gesundheits- und Naturschutz gewährleistet wird. Wir wollen darüber hinaus auch, dass bei einer Feuerbestattung die Aushändigung der sterblichen Überreste an die Angehörigen zulässig ist, sofern sie dem ausdrücklichen Wunsch der oder des Verstorbenen entspricht.

FÜR AKTIVEN ANTIFASCHISMUS UND ANTIRASSISMUS

Wir GRÜNE setzen uns für Antifaschismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen und ein Verbot der neonazistischen NPD und verwandter Organisationen ein. Die Repression gegen antifaschistisches Engagement muss aufhören. Wir wehren uns entschieden gegen jede Form von Rassismus, Lesbian-, Schwulen- und Transsexuellenfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus⁷ und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren Patriotismus und Nationalismus als Ausgrenzungs- und Herrschaftsmechanismen. Wir wollen diese durch Bildung und Aufklärung aufbrechen. Der Paragraph 90a des Strafgesetzbuchs, der die Ver-

unglimpfung des Staates und seiner Symbole unter Strafe stellt, gehört ersatzlos gestrichen.(►S. 140)

QUEERE GESELLSCHAFT⁷

Lesben, Schwule, Transgender⁷ und Intersexuelle⁷ werden immer noch diskriminiert, häufig wird ihnen sogar mit Feindschaft begegnet. Unseren Bildungseinrichtungen kommt eine zentrale Bedeutung zu, dieser Diskriminierung durch entsprechende Unterrichtsinhalte entgegenzuwirken. Bei der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen müssen entsprechende Bezüge thematisiert werden. Alle Schulen sollen AnsprechpartnerInnen für das Thema Homosexualität benennen, die gleichgeschlechtlich orientierten SchülerInnen Orientierung und Unterstützung zum Beispiel beim Coming-out anbieten.

Die Situation der Schwulen und Lesben, die gerade im ländlichen Raum kaum Orte für eine Beratung oder den sozialen Austausch haben, wollen wir verbessern. Einerseits werden wir für eine entsprechende Öffnung aller mit Beratung befassten Träger für Schwule und Lesben sorgen. Andererseits werden wir die Kommunen dabei unterstüt-

zen, eigenverantwortlich auf ihre schwulen und lesbischen BürgerInnen zuzugehen. Dabei wollen wir kultursensibel vorgehen und auch Anknüpfungspunkte für Personen mit Migrationshintergrund schaffen. Für uns ist die Aufnahme der „sexuellen Identität“ in den Artikel 3 der Landesverfassung nicht nur Symbolpolitik, sondern ein wichtiges Bekenntnis der Politik, der sexuellen Diskriminierung aktiv entgegenzutreten. Natürlich ersetzt diese Feststellung nicht das zivilgesellschaftliche und politische Engagement gegen Diskriminierung. Sie unterstreicht jedoch den Handlungsbedarf und gibt dieser Aufgabe Verfassungsrang.

Die bereits vor mehr als zehn Jahren auf den Weg gebrachte eingetragene Lebenspartnerschaft ist gegenüber der Ehe und den damit verbundenen Regelungen immer noch stark benachteiligt. Deswegen werden wir uns für die vollständige Gleichstellung mit der Ehe einschließlich des Adoptionsrechts einsetzen. Dies schließt in Niedersachsen insbesondere auch die von Schwarz-Gelb versäumte rückwirkende Gleichstellung von verpartnerten mit verheirateten LandesbeamtInnen im Beamtenrecht ein.

GENDER- /FRAUENPOLITIK

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ▶ Mehr Frauen in die Politik, in Führungspositionen und Aufsichtsräte
- ▶ Konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting bei allen politischen und gesellschaftlichen Prozessen
- ▶ Gewalt gegen Frauen offensiv begegnen – Zugang zu Hilfseinrichtungen wie Frauenhäusern und Beratungsstellen unabhängig von der Haushaltslage sichern

Wir GRÜNE setzen uns für eine kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen Rollenkon-

struktionen ein, die auf „typisch männlichen“ und „typisch weiblichen“ Rollenerwartungen beruhen. Im Sinne einer geschlechtergerechten Gesellschaft wehren wir uns dagegen, dass Menschen durch Druck und Diskriminierung in diese Rollenbilder gedrängt werden.

GLEICHE RECHTE, GLEICHE CHANCEN – KONSEQUENTE FRAUENPOLITIK

Die Frauenbewegung hat männerdominierte Machtverhältnisse aufgedeckt und erste frauenpolitische Forderungen auf den Weg gebracht. Für eine geschlechtergerechte Gesellschaft wollen wir diese Herrschaftsmechanismen aufbrechen, frauenpolitische Maßnahmen

weiterentwickeln und neu beleben. Weiblichkeit wird in unserer Gesellschaft nach wie vor abgewertet und Frauen in vielen Bereichen diskriminiert. Wir schließen unsere Augen nicht vor Machtstrukturen wie der „gläsernen Decke“, an die viele Frauen stoßen, wenn sie in Machtpositionen kommen wollen. Wir GRÜNE stehen für eine emanzipatorische Frauenpolitik, die Herrschaftsstrukturen hinterfragt, Frauen in den Bereichen unterstützt, in denen sie benachteiligt sind, und überall die Geschlechterperspektive mitbeachtet.

GENDER-MAINSTREAMING KONSEQUENT ANGEWENDEN

In allen politischen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen, auch bei der Verabschiedung des Haushalts (Gender-Budgeting), egal ob im Bereich der Innen-, Justiz-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- oder auch der Umweltpolitik, müssen die Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht werden. Ziel muss es sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und sie auszugleichen. Nur so kann die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter hergestellt werden. Selbstverständlich gehört für uns dazu auch die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik. Für uns GRÜNE war es schon immer selbstverständlich, dass mindestens die Hälfte der Abgeordne-

ten weiblich ist. Wir werden dazu in der kommenden Legislaturperiode des Landtages einen interfraktionellen Vorstoß initiieren, um eine paritätische Besetzung aller Listen für kommunale Vertretungen und den Landtag zu erreichen. Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen sollte auch für die Landesregierung gelten. Wir werden die Quote der weiblichen Führungskräfte im öffentlichen Dienst erhöhen und in landeseigenen Unternehmen die Aufsichts- und Verwaltungsräte schrittweise paritätisch besetzen. Durch eine Änderung der Kommunalverfassung stellen wir die paritätische Besetzung in den Gremien kommunaler Gesellschaften sicher. Im Bundesrat werden wir uns für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und für eine schrittweise Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände von börsennotierten Unternehmen einsetzen. Frauen sind heute so gut qualifiziert wie nie. In die Vorstandsetagen dringen sie aber viel zu langsam vor. Dabei stehen mehr Frauen im Top-Management für mehr wirtschaftlichen Erfolg. (►S. 12, S. 45, S. 111)

AKTIV FÜR GLEICHBERECHTIGUNG

Um wirkliche Gleichstellung zu erreichen, bedarf es der Aufwertung und Anerkennung von Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Das

Engagement für Kinder und pflegebedürftige Angehörige muss anerkannt werden und vor allem auch im beruflichen Umfeld Akzeptanz finden. Männer und Frauen müssen sich sowohl der Familie als auch ihren beruflichen Chancen widmen können. Dafür braucht es familien-gerechte Arbeitszeitmodelle. (▶ S. 45)

Innerhalb des Arbeitsmarktes gibt es nach wie vor tradierte Männer- und Frauendomänen. Ausbildungswünsche von Mädchen liegen zu 85 Prozent im Bereich der Dienstleistungen, während Jungen eher den Fertigungsbereich anstreben. Wir fordern mehr Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung mit dem Ziel, den Männeranteil in den Bildungseinrichtungen und in sozialen Berufen und den Frauenanteil in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) zu erhöhen, um so das geschlechtertypische Berufswahlverhalten junger Menschen zu verändern. (▶ S. 13)

GEWALT GEGEN FRAUEN ENT- GEGENTRETEN

Die Weltgesundheitsorganisation WHO bezeichnet Gewalt gegen Mädchen und Frauen als eines der größten Gesundheitsrisiken weltweit. Sie stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. So fordert die

UN-Konvention zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung der Frau (CEDAW) alle beteiligten Staaten auf, wirksame Maßnahmen gegen diese spezifische Form der Diskriminierung zu ergreifen. Die Formen dieser Gewalt sind vielfältig: Gewalt kann psychisch, physisch und sexualisiert sein und häufig greifen diese Formen ineinander. Gewalt findet in allen sozialen Schichten statt und betrifft verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Deswegen hat der Schutz vor Gewalt an Mädchen und Frauen in allen hierfür gesellschaftlich relevanten Institutionen und Bereichen – wie beispielsweise in der Jugendhilfe, in der Schule und im Sport – Bedeutung. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass Frauenhäuser und Beratungsstellen für betroffene Mädchen und Frauen besser ausgestattet werden, um den Opferschutz zu stärken und die (Fach-)Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Auch die Themen sexuelle Gewalt in Institutionen, sexuelle Übergriffe unter Kindern und Jugendlichen, K.-o.-Tropfen, Loveboys, Stalking, Genital-Verstümmelung oder Zwangsheirat müssen aufgegriffen und entsprechende Interventions- und Präventionsmaßnahmen entwickelt werden. Dabei sind wir uns bewusst, dass häusliche Gewalt, Stalking, Mobbing oder Zwangsheirat auch Männer betreffen. Die Fachöffentlichkeit benötigt Schulung zur Aufklärung, Förderung der Handlungskompetenz

und der Entwicklung von Leitlinien zur Intervention. Präventionsmaßnahmen für Mädchen und Jungen müssen entwickelt und im Vorschulbereich, in der Schule und in der außerschulischen Jugendarbeit etabliert werden. Eine unabhängige Landesfachstelle gegen Gewalt an Mädchen und Frauen greift die bisher gewachsene Hilfestruktur auf und liefert Impulse zur Weiterentwicklung. Sie zeigt Defizite und Lücken auf mit dem Ziel, eine möglichst gute und flächendeckende Versorgung von Betroffenen zu erreichen und bekannt zu machen. Die Landesfachstelle arbeitet fachpolitisch – sie berät die Politik und dient als Informations- und Kontaktstelle für alle thematisch rele-

vanten Verbände auf Landesebene. Als Servicestelle bietet sie außerdem Betroffenen, Unterstützungspersonen und Fachkräften Informationen zum Thema und zu Hilfsangeboten an. Die Fachstelle fördert ferner die Vernetzung und Zusammenarbeit der Einrichtungen des Hilfesystems in Niedersachsen. Ziel ist dabei, eine landesweite Strategie gegen Gewalt an Mädchen und Frauen zu erarbeiten.

Insbesondere Opfer von Menschenhandel, deren Aufenthaltsstatus ungesichert ist, müssen eine juristische und psychosoziale Beratung sowie gesundheitliche und soziale Versorgung erhalten. Abschiebungen der Betroffenen lehnen wir ab.

MACH'S MÖGLICH

DEMOKRATIE, GESELLSCHAFT UND FINANZEN

MEHR DIREKTE DEMOKRATIE WAGEN

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Mehr direkte Demokratie wagen: Wir wollen mehr Beteiligungsmöglichkeiten – dazu gehört auch eine Absenkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre.
 - ▶ Ein offener und barrierefreier Zugang zu Informationen von öffentlichen Einrichtungen, denn Beteiligung setzt Transparenz und Information voraus.
 - ▶ Starke Städte, Gemeinden und Landkreise mit ausreichender Beteiligung an den öffentlichen Einnahmen und Einfluss auf die lokale Daseinsvorsorge.
 - ▶ Kulturelle Vielfalt und ein welt-offenes Niedersachsen. Diskriminierung lehnen wir in jeder Form ab und werden deshalb das Bleibe-, Asyl- und Zuwanderungsrecht menschenwürdig reformieren.
 - ▶ Nazis, menschenfeindlichem Gedankengut, Rassismus und Diskriminierung in jeder Form werden wir weiterhin entschlossen entgegenreten!
- Die Stärkung der direkten Demokratie und der bürgerlichen Mitwirkungsrechte auf allen staatlichen Ebenen ist ein wesentlicher Bestand-

teil einer attraktiven und lebendigen Demokratie und ein Mittel gegen Staats-, Politik- und Parteienverdrossenheit. Wir GRÜNE wollen deshalb die Möglichkeiten stärken, sich auf allen Ebenen direkt an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Daher fordern wir auf Landesebene die Absenkung der Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide und wollen eine Bundesratsinitiative für einen bundesweiten Volksentscheid anstoßen. Hierbei soll sichergestellt werden, dass Gesetze, die aus direktdemokratischen Entscheidungen resultieren, grundsätzlich einen Bestandsschutz von zwei Jahren genießen, damit sie während dieser Zeit nicht vom Parlament geändert oder beseitigt werden können. Wir wollen für Volksentscheide zudem die gleichen Bedingungen einführen wie bei allgemeinen Wahlen. Schließlich muss die Finanzierung von Kampagnen für Volksentscheide transparent gemacht werden. Auf Landes- und Kommunalebene wollen wir die Möglichkeit eines fakultativen Referendums schaffen, also eines Bürgerentscheides auf Initiative des Landtages bzw. der kommunalen Vertretungen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei wichtigen Fragen direkt die Bürgerinnen und Bürger entscheiden zu lassen. Für BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide sollen die Hürden gesenkt werden.

BürgerInnenbegehren dürfen nicht aus formalen Gründen scheitern! Wir wollen daher die Rechte der InitiatorInnen verbessern und einen Anspruch auf eine unentgeltliche Beratung durch die Kommunalaufsicht sowie auf eine verbindliche Kostenschätzung durch die Verwaltung schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Beschluss über die Zulässigkeit eines BürgerInnenbegehrens von der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu fassen und den InitiatorInnen ein Anhörungsrecht einzuräumen ist.

Außerdem sollen BürgerInnenbegehren ab einer gewissen Anzahl an Unterschriften eine aufschiebende Wirkung für den Inhalt des Begehrens haben. Im kommunalen Bereich wollen wir die Themenfelder, in denen BürgerInnenentscheide möglich sind, insbesondere auch auf Bauleitpläne erweitern. Wir wollen zudem eine EinwohnerInnenbefragung ermöglichen – ohne generelle Altersbeschränkung und ohne Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit.

FÜR EINE NEUE PLANUNGS- UND BETEILIGUNGSKULTUR

Eine moderne Demokratie verlangt auch neue Wege der Beteiligung und des Dialogs. Wir wollen, dass die EinwohnerInnen bei bedeutsamen Infrastrukturvorhaben

frühzeitig einbezogen werden, um Entscheidungsprozesse gut vorzubereiten. Ziel ist es, den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu erreichen und die Umsetzung, Ausgestaltung und Akzeptanz der Projekte positiv zu beeinflussen. Wir wollen die BürgerInnenbeteiligung in allen relevanten Bereichen fest verankern und dafür einen neuen regulatorischen und institutionellen Rahmen schaffen. Zusätzlich streben wir an, das Landes- und Bundesrecht zu ändern, um erweiterte Beteiligungsverfahren im Planungsrecht zu installieren.

KOMMUNALE GEBIETSREFORM? – JA, ABER VON UNTEN!

Ein großer Teil der Landkreise, Gemeinden und Städte in Niedersachsen hat sich in den vergangenen Jahren zumindest zu einer Metropolregion zusammengeschlossen, um sich im Wettbewerb in einem Europa der Regionen weiterzuentwickeln. Freiwillige Zusammenschlüsse, wie zwischen dem Landkreis Hannover und der kreisfreien Stadt Hannover zur Region Hannover, sind bisher leider Einzelfälle geblieben. Für ein zukunftsfähiges Niedersachsen werden wir GRÜNE auch weiterhin freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden und Landkreisen unterstützen und voranbringen. Wichtig sind uns dabei gewachsene und im breiten Konsens erarbeitete Strukturen, die das

Ziel haben, die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur einer Region im fairen Interessenausgleich gemeinsam sicherzustellen. Es darf also nicht um einen „vergoldeten Zukunftsvertrag“ für wenige gehen. Breit getragene Strukturen der Zusammenarbeit werden wir von der Landesebene aus rechtlich, organisatorisch und im Einzelfall auch durch einen finanziellen Anreiz unterstützen. Das grundsätzliche Interesse und die Bereitschaft zur Kooperation müssen jedoch zuvor lokal wachsen.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, werden immer größer. Die interkommunale Zusammenarbeit ist ein Weg, um Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Außerdem ist sie in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Chance für kleinere Gemeinden, ihre lokale Identität zu erhalten. Wir GRÜNE wollen den rechtlichen Rahmen für unterschiedliche Formen der kommunalen Kooperation überarbeiten und möglichst einheitlich ausgestalten. Dabei sind für uns die kommunalpolitische Einbindung, Transparenz und demokratische Kontrolle dieser Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung.

FÜR FINANZIELL STARKE KOMMUNEN

Wir wollen starke Städte, Gemeinden und Landkreise, die in der Lage sind, die Herausforderungen der Zukunft mit innovativen Lösungen zu meistern. Dazu benötigen die Kommunen eine ausreichende Beteiligung an den Steuereinnahmen und auch bestimmenden Einfluss auf die wichtigen Aufgabenfelder der lokalen Daseinsvorsorge. Das Land setzt sich für ein wirkungsvolles Konnexitätsprinzip¹ auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen ein.

Für uns GRÜNE ist eine fortlaufende Gebührenerhöhung nicht die Lösung der strukturellen Finanzprobleme der Städte und Gemeinden. Wir machen uns deshalb für eine aufgabengerechte und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen stark. Kürzungen des kommunalen Finanzausgleichs wie sie CDU und FDP bei der Verbundquote² zulasten der Kommunen vorgenommen haben, lehnen wir ab. Wir fordern eine Ergänzung der in Artikel 28 des Grundgesetzes aufgeführten Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen. Darin muss verfassungsrechtlich auf Bundes- und Landesebene eine Mindestfinanzausstattung der Kommunen festgeschrieben werden. Außerdem muss der Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen Aufgabenübertragungen

präzisiert werden. Eine Gemeindefinanzreform soll den Kommunen wieder neue finanzielle Spielräume geben und die vorhandenen Steuern (Gewerbe- und Grundsteuern) durch weitere Bemessungsgegenstände erweitern und modernisieren. Die Übertragung von Aufgaben vom Land auf die Kommunen darf nur mit entsprechender Mittelausstattung erfolgen (Konnexität³). Auch auf Bundesebene wollen wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, durch eine weitestgehende Abschaffung des Ehegatten-Splitting⁴ und durch einen höheren Bundesanteil bei den sozialen Kosten (z. B. Kosten der Unterkunft) die Finanzkraft der Kommunen stärken.

FREIER UND UNABHÄNGIGER INFORMATIONSZUGANG FÜR ALLE

Beteiligung setzt Transparenz voraus. Jeder Mensch muss deshalb einen Rechtsanspruch auf möglichst kostenfreien Zugang zu Informationen durch die Landesbehörden erhalten, ohne hierfür ein besonderes Interesse vorweisen zu müssen. Angesichts der wachsenden Informationsmacht der Behörden setzen wir GRÜNE uns für ein Landes-Informationsfreiheitsgesetz ein, damit Niedersachsen bei Transparenz und Teilhabe nicht länger hinterherhinkt. (►S. 153) Für uns ist der Staat in der Bringschuld, den freien Zugang zu

Informationen von öffentlichen Einrichtungen zu gewährleisten und staatliches Handeln für BürgerInnen transparent zu gestalten. Behörden sollen ein Register über sämtliche vorhandenen Daten veröffentlichen – egal ob diese vertraulich sind oder nicht. Daten von allgemeinem Interesse sollen die Behörden von sich aus veröffentlichen (Open Data™). Die Nichtveröffentlichung bedarf der ausdrücklichen Begründung im Einzelfall und muss zeitlich befristet werden.

Diese Regeln müssen für alle Ministerien, Behörden, Ämter und andere öffentliche Einrichtungen und Unternehmen des Landes Niedersachsen gelten. Außerdem soll die genutzte Software und die damit gemachten Erfahrungen auch Kommunen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang fordern wir zudem, dass sämtliche Veröffentlichungen des Landes in maschinenlesbarer und barrierefreier Form zur Verfügung gestellt werden, so dass eine einfache Auswertung möglich ist.

Wir GRÜNE wollen auch die politische Arbeit im Landtag transparenter gestalten. Dazu werden wir als Erstes den Ausschluss der Öffentlichkeit bei normalen Ausschusssitzungen beenden. Auf GRÜNE Initiative haben wir erreicht, dass mittlerweile alle Plenarsitzungen per Live-Stream im Internet übertragen

werden. Dies wollen wir auch für alle Ausschüsse – insbesondere Untersuchungsausschüsse – erreichen, um die Möglichkeiten zur Kontrolle des Landesparlaments durch die BürgerInnen zu verbessern und Interessierte über die Parlamentsarbeit zu informieren. Ältere Sitzungsmitschnitte sollen in einem über das Internet öffentlich abrufbaren Video-Archiv vorgehalten werden. Ebenso brauchen wir mehr Transparenz in den Kreisen, Städten und Gemeinden. Wir wollen die niedersächsische Kommunalverfassung dahingehend ändern, dass alle Entscheidungen in den kommunalen Vertretungen, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen, in öffentlicher Sitzung behandelt und beschlossen werden müssen. Auch die bislang geheim tagenden Verwaltungs- und Hauptausschüsse sollen öffentlich tagen, sofern es sich nicht um vertrauliche Angelegenheiten handelt. Ihre Beschlusskompetenz wird auf eng umrissene Themenfelder beschränkt (u.a. Personalangelegenheiten, Rechnungsprüfung).

Die Internetseite des Landtages und insbesondere das Dokumenten-Suchsystem müssen verbessert und übersichtlicher gestaltet werden. Der Landtag soll eine eigene Kinder-Internetseite einführen, auf der parlamentarische Arbeit einfach und verständlich dargestellt wird. Selbstverständlich muss die Webseite des Landtages barrierefrei gestaltet

werden.

Der Deutsche Bundestag hat sehr gute Erfahrungen mit dem Instrument der E-Petition gemacht. Wir fordern für den niedersächsischen Landtag ebenfalls ein E-Petitions-System, um die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen zu verbessern. Grundlagen politischer Entscheidungen und Debatten sind häufig statistische Daten und Fakten. Umso wichtiger ist es, dass diese Daten möglichst unabhängig und neutral erhoben, analysiert und veröffentlicht werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bereich der Landesstatistik aus dem Innenministerium und damit der direkten Weisung des Innenministers ausgegliedert wird. Die Organisationsform der Landesstatistik soll gesetzlich festgelegt und als eigenes Statistisches Landesamt direkt dem Landtag unterstellt werden.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN – WAHLMÖGLICHKEITEN AUSWEITEN

Wir wollen das Wahlrecht modernisieren. Das aktive Wahlrecht für Landtags- und Kommunalwahlen wollen wir auf 14 Jahre absenken. Durch einen Umzug darf das Wahlrecht nicht verfallen. Deshalb wollen wir die Frist, die Menschen in einer Kommune gewohnt haben müssen, um dort wahlberechtigt zu sein, von drei Monaten auf ei-

nen Monat verkürzen. Außerdem werden wir bei der Direktwahl von BürgermeisterInnen und LandrätInnen die Stichwahl einführen, damit tatsächlich sichergestellt ist, dass die gewählte Person eine Mehrheit der WählerInnen hinter sich hat. Darüber hinaus wollen wir die Wahlperiode der LandrätInnen und BürgermeisterInnen wieder auf fünf Jahre reduzieren. Das Quorum zur Einleitung eines Abwahlverfahrens soll von drei Viertel auf zwei Drittel der Mitglieder des kommunalen Selbstverwaltungsorgans gesenkt werden. Auch BürgerInnen soll es künftig möglich sein, ein Abwahlverfahren einzuleiten.

Wir wollen die von Schwarz-Gelb abgeschaffte Möglichkeit wieder einführen, zu Kommunalwahlen Listenverbindungen einzugehen. Die Integrationspolitik von Schwarz-Gelb endet regelmäßig dort, wo es darum geht, MigrantInnen Rechte an die Hand zu geben. Das wollen wir ändern. Viele MigrantInnen, die seit Jahren in Deutschland leben, müssten zur politischen Beteiligung die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen und gleichzeitig ihre eigene Staatsangehörigkeit aufgeben. Wir halten den Zwang, sich für eine Identität entscheiden zu müssen, für falsch. Wir GRÜNE wollen Mehrstaatigkeit zulassen und fordern die Abschaffung des so genannten Optionszwanges[▼] für junge Erwachsene. Auch wollen wir

mit einer Bundesratsinitiative eine Grundgesetzänderung im Sinne eines Kommunal- und Landeswahlrechts für Nicht-EU-AusländerInnen erreichen.

ZUWANDERUNG ERLEICHTERN

Die Zuwanderung muss sowohl aus humanitären als auch aus wirtschaftlichen und demografischen Gesichtspunkten dringend erleichtert werden. Wir setzen uns deshalb für ein Gesetz ein, das die Zuwanderung mit realistischen und realisierbaren Anforderungen regelt. Menschen, die bereits in Deutschland gearbeitet haben und anschließend in ihr Herkunftsland zurückreisen, um dort ihre Erfahrungen einzubringen, wollen wir eine Wiedereinreise ohne bürokratische Hürden ermöglichen. Ausländischen AbsolventInnen einer deutschen Hochschule wollen wir den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN UND SCHÜTZEN – MENSCHENRECHTE WAHREN

Die Flüchtlingspolitik hat sich in den Regierungsjahren von CDU und FDP massiv verschlechtert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die durch Bundesrecht ohnehin stark beschnittenen Rechte von Flüchtlingen noch weiter ausgehöhlt. Grüne Flüchtlingspolitik hat zum Ziel, die

Verletzung von Menschenrechten nicht nur zu bekämpfen, sondern Menschen, die verfolgt werden, gezielt aufzunehmen und zu schützen. Wir GRÜNE wollen, dass Niedersachsen nicht nur Zuflucht gewährt, sondern den Aufgenommenen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Wir GRÜNE wollen für die Zehntausenden Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die teilweise seit Jahren in Niedersachsen nur geduldet sind und tagtäglich mit ihrer Abschiebung rechnen müssen, ein bundesweit wirksames humanitäres Bleiberecht schaffen. Dabei darf es nicht Voraussetzung eines solchen Bleiberechts sein, dass die Betroffenen ihren Lebensunterhalt selbst sichern können. Auch wenn die aufenthaltsrechtliche Gesetzgebung auf Bundesebene stattfindet, werden wir weiter dafür streiten, dass alle landespolitischen Spielräume für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ausgeschöpft werden. Wir wollen Abschiebung stoppen! Das gilt auch für Weisungen des Landes an die Kommunen. Die niedersächsischen Ausländerbehörden müssen ihren Integrationsauftrag erfüllen und Beratungsstellen für die Anliegen der Menschen werden, die in Niedersachsen um eine Aufenthaltserlaubnis ersuchen.

Auch das Recht auf Schutz und Fürsorge für minderjährige, unbe-

gleitet eingereiste Flüchtlinge darf nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig sein. Für sie ist die Situation besonders dramatisch, da sie mit 16 Jahren in Deutschland schon wie Erwachsene behandelt werden. Sie müssen zum Teil in Sammelunterkünften leben, haben keinen gleichberechtigten Zugang zu Bildungseinrichtungen oder beruflicher Qualifizierung und können sogar in Abschiebehaft genommen werden. Die UN-Kinderrechtskonvention muss für alle Kinder gelten – auch für Flüchtlinge.

Das Kindeswohl muss generell Vorrang vor ausländerrechtlichen Aspekten haben.

Wir wollen die „Drittstaaten-Regelung“ endlich Geschichte werden lassen und uns auf Bundesebene für eine Streichung von Artikel 16a des Grundgesetzes und ein Asylrecht ohne Einschränkungen einsetzen.

Die Abschiebepaxis der schwarz-gelben Landesregierung ist unmenschlich! Die Abschiebehaft wollen wir abschaffen. Stattdessen soll eine Meldepflicht für von der Abschiebung betroffene Menschen eingeführt werden.

Zweifelhafte Identitätsfeststellungen durch deutsche Behörden und ausländische Delegationen aus Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen im Falle einer Abschiebung keineswegs ausgeschlossen

werden können, lehnen wir ab.

Die Abschiebung kranker Menschen, insbesondere in Länder, in denen eine ausreichende medizinische Versorgung ungewiss ist, muss aufhören. Angehörige von ethnischen Minderheiten benötigen besonderen Schutz. Die von der schwarz-gelben Landesregierung durchgeführten Abschiebungen – insbesondere von Roma – in den Kosovo und nach Serbien sind nicht zu verantworten. Grundsätzlich ist es unser Ziel, Flüchtlingen Zuflucht zu gewähren und sie nicht abzuschicken. Wir GRÜNE fordern eine echte Härtefallkommission, die ihrem humanitären Auftrag gerecht wird. Sie muss ein unabhängiges Gremium sein, das eine Empfehlung für eine Aufenthaltserlaubnis für abgelehnte AsylbewerberInnen an den Innenminister aussprechen kann, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen. Mit einem Härtefallkommissionsgesetz wollen wir GRÜNE sicherstellen, dass die Kommission organisatorisch aus dem Innenministerium ausgegliedert wird, so dass ein unabhängiges Arbeiten gewährleistet ist und diskriminierende Ausschlussgründe verhindert werden können. Ledigkeitsbescheinigungen aus den Herkunftsländern sollen durch eidesstattliche Erklärungen ersetzt werden können.

Niedersachsen muss zudem seinen

internationalen Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen gerecht werden (Resettlement-Programm). Außerdem setzen wir uns für die Einrichtung eines psychosozialen Beratungs- und Traumazentrums für Flüchtlinge und Folteropfer ein. Wir GRÜNE wollen, dass Flüchtlinge nicht mehr unter katastrophalen Bedingungen in Massenunterkünften leben müssen, um dort auf die Entscheidung über ihre Anträge zu warten. Wir wollen, dass diese Unterkünfte sofort abgeschafft und Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden dezentral untergebracht werden, so dass es ihnen möglich ist, soziale Kontakte zu knüpfen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. AsylbewerberInnen sollen Bargeld anstelle von Wertgutscheinen für die Güter des täglichen Bedarfs bekommen. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus die gleichen Bildungs- und Teilhabechancen haben. Ein Ausbildungsverbot lehnen wir genauso ab wie eine Integrationsbeurteilung nach Kopfnoten, um eine Abschiebung zu legitimieren.

Auch müssen alle in Deutschland lebenden Menschen Zugang zu medizinischer Hilfe haben. (► S. 117)

NAZIS UND MENSCHENFEINDLICHEM GEDANKENGUT KONSEQUENT ENTGEGENTRETEN

Wir GRÜNE stellen uns auf allen

Ebenen konsequent nazistischen Tendenzen entgegen. Wir wollen die Maßnahmen und Strukturen, die es in Niedersachsen im Kampf gegen Nazis gibt, bündeln und stärken. Es muss klare, einheitliche Zuständigkeiten und AnsprechpartnerInnen für die Zivilgesellschaft geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den wissenschaftlich umstrittenen Extremismusbegriff ab. Er führt zu einer gefährlichen Gleichsetzung von links und rechts und ignoriert, dass menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen ein gesamtgesellschaftliches Problem darstellen.

Wir lehnen die „Extremismusklausel“ bei der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Nazis ab. Wer sich gegen Nazis engagiert, der darf nicht unter antidemokratischen Generalverdacht gestellt werden. Im Gegenteil werden wir dafür sorgen, dass antifaschistisches Engagement gefördert und gewürdigt wird. Darüber hinaus fordern wir ein Landesprogramm gegen Rechts für Demokratie und Menschenrechte.

Wir GRÜNE wollen, dass die Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft lebendig bleibt und nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet. In Schulen, Bildungsstätten, Kommunen und insbesondere an allen historisch wichtigen Orten und Gedenkstätten muss immer wieder auf

die menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus aufmerksam gemacht werden.

Die Fortbildungsangebote für Polizei und Justiz zum Erkennen von nazistischen Strukturen und Strategien wollen wir ausbauen. Wir wollen auf Bundesebene die Voraussetzungen für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren schaffen. Nicht zuletzt seit der Mordserie der Naziorganisation NSU wird deutlich, dass der Einsatz von V-Leuten innerhalb der rechten Szene Nazistrukturen eher finanziell aufbaut als verhindert.

DISKRIMINIERUNG UND ALLTÄGLICHEN RASSISMUS BEKÄMPFEN

Den geistigen Nährboden für Nazis bildet auch der alltägliche Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Chauvinismus in der Mitte der Gesellschaft. Solche Einstellungen werden wir GRÜNE niemals akzeptieren. Die Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes – zum Beispiel zur Einrichtung von betrieblichen Antidiskriminierungsbeauftragten – wollen wir konsequent in allen Behörden und Betrieben des Landes sowie in Unternehmen mit Beteiligung des Landes umsetzen. Antidiskriminierungs-Arbeit muss eine Querschnittsaufgabe im Land werden. Nach Vorbild des Bundes

und der Landeshauptstadt Hannover wollen wir außerdem eine Landes-Antidiskriminierungs-Stelle einrichten, an die sich alle wenden können, die im Alltag Opfer von Diskriminierung werden. Wir wollen die Sensibilisierung für Menschenrechte und Diskriminierung in Schulen und in der Ausbildung von Landesbediensteten verankern. Zudem wollen wir die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich – u.a. über eine Professur zur gesellschaftstheoretischen Analyse von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus – intensivieren.

Das von der Polizei praktizierte Racial Profiling lehnen wir ab. Außerdem sprechen wir uns ausdrücklich gegen verdachtsunabhängige Kontrollen in Moscheen aus.

KORRUPTION BEKÄMPFEN

Korruption schadet der Wirtschaft und dem Vertrauen in staatliche Institutionen. Neben der Korruptionsprävention durch ein Informationsfreiheitsgesetz wollen wir ein Norddeutsches Korruptionsregister und ein Landes-Korruptionsbekämpfungsgesetz einführen. Wir wollen Sponsoring und Spenden an Parteien und staatliche Institutionen begrenzen und transparenter gestalten.

SCHLUSS MIT DEM REGIERUNGSPILZ – LOBBYISMUS BEGRENZEN

Der Austausch von Politik und InteressenvertreterInnen ist wichtig für eine funktionierende Demokratie. Der Einfluss durch Lobbyismus auf politische Entscheidungsprozesse hat allerdings so stark zugenommen, dass wir Lobbyismus begrenzen und transparenter machen müssen. Gerade nach den Affären der Landesregierung im Zusammenhang mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Wulff, dem für Parteispenden an die Regierungspartei CDU genutzten „Club 2013“¹ und dubiosen Wirtschaftsförderungen an ParteifreundInnen bedarf es eines grundsätzlich neuen und transparenten Stils zwischen Wirtschaft und Politik. Auftritte oder Handlungen von MinisterInnen dürfen nicht käuflich sein. Einen privilegierten Zugang für Parteifreunde etwa bei Förderentscheidungen darf es nicht geben.

Weiter fordern wir ein verpflichtendes Lobbyregister, in dem sämtliche Verbände, Lobby-Agenturen, selbstständige LobbyistInnen sowie Kanzleien verzeichnet sein müssen, die in der Politikberatung tätig sind. Hierfür soll ein Kriterienkatalog zur Definition von „Lobbyismus“ ausgearbeitet werden, der sich an den entsprechenden Regelungen der EU orientiert. Für die Eintragung soll ein

Schwellenwert der zur Verfügung stehenden Mittel oder der für Lobbyismus eingesetzten Zeit gelten, so dass Kleinunternehmen, Bürgerinitiativen und Vereine ausgenommen sind. In dem Lobbyregister müssen Angaben zu AuftraggeberInnen, KundInnen, Namen der MitarbeiterInnen, Finanzquellen, Budgets und Arbeitsthemen gemacht werden. Dazu gehört außerdem, die Sponsoring-Regeln zu verschärfen, um jede Form indirekter Parteienfinanzierung oder Regierungsbeeinflussung öffentlich zu machen. Das Lobbyregister muss für BürgerInnen und Medien leicht einsehbar und auswertbar sein.

Anwaltstätigkeiten, die kein Lobbying enthalten, müssen selbstverständlich weiterhin der Schweigepflicht unterliegen, die Beauftragung einer Kanzlei darf aber keine Möglichkeit sein, die Transparenzregeln zu umgehen. Eine öffentliche Institution soll für die Führung und Kontrolle des Registers verantwortlich sein und Beschwerden von BürgerInnen annehmen. Für Verstöße gegen die Eintragungspflicht müssen klare Sanktionen festgeschrieben sein, die Geldstrafen und eine Veröffentlichung des Fehlverhaltens umfassen können.

Wir GRÜNE fordern weiterhin die Einführung eines „Karenzzeit-Modells“. Dieses sieht vor, dass Menschen, die ein hohes politisches Amt

innehatten, anschließend für drei Jahre keine bezahlte Lobbytätigkeit oder Arbeit in der Interessenvertretung oder im Aufsichtsrat von Wirtschaftsunternehmen ausführen dürfen. Diese „Abkühlungsphase“ soll verhindern, dass Unternehmen sich Kontakte in die Ministerien und Kenntnisse von den dortigen Abläufen einkaufen können, die ihnen einen unfairen Vorteil bei der Beein-

flussung von politischen Entscheidungen verschaffen. Zudem kann leicht der Eindruck entstehen, dass zukünftige ArbeitgeberInnen Entscheidungen in der Amtszeit beeinflusst haben. Die Karenzzeit soll für MinisterpräsidentIn, MinisterInnen sowie StaatssekretärInnen gelten. Es darf nicht möglich sein, sich dieser durch den Verzicht auf Bezüge zu entziehen.

MACH'S MÖGLICH

INNENPOLITIK UND RECHT

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Ungehinderter Zugang zur Justiz, Anspruch auf einen effektiven Rechtsschutz und Rechtssicherheit für alle BürgerInnen
- ▶ Achtung der Privatsphäre und Aufwertung des Datenschutzes
- ▶ Ausreichende finanzielle Ausstattung der Justiz, damit sie ihre Aufgaben unabhängig und bürgernah wahrnehmen kann
- ▶ Ein niedersächsisches Polizeigesetz, das die Grundrechte achtet

FÜR EINE GERECHTE, UNABHÄNGIGE JUSTIZ

Die Justiz hat eine wichtige Bedeutung für das Funktionieren unserer Demokratie und des Rechtsstaates. Die BürgerInnen haben einen Anspruch auf ungehinderten Zugang zur Justiz, effektive Gewährung von

Rechtsschutz und Rechtssicherheit. Die Justiz darf nicht kaputtgespart werden. Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz in Niedersachsen stärken. Wir streben eine Selbstverwaltung der Gerichte an und setzen uns dementsprechend für eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes ein. Das externe Weisungsrecht für Staatsanwälte im Einzelfall muss abgeschafft werden. Wir GRÜNE wollen die Strukturen in der Justiz sowie die Anzahl der Gerichte auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kritisch überprüfen und geänderten Erfordernissen und Belastungen anpassen. Dabei muss sichergestellt sein, dass es in allen Regionen Niedersachsens – auch im ländlichen Raum – einen effektiven Zugang zur Justiz gibt.

Wir wollen das Widerspruchsverfahren¹ als bürgerfreundlichen, kostengünstigen und effektiven Rechtsbehelf wieder einführen. Eine Privatisierung des GerichtsvollzieherInnen-Wesens lehnen wir ab. Der Staat muss hier weiter als unabhängiger Sachwalter Verantwortung übernehmen.

Der Zugang zu Recht und Justiz muss allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Deshalb lehnen wir GRÜNE eine Einschränkung der Beratungs-, Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe ab. Sozialgerichtsverfahren

müssen weiterhin grundsätzlich gerichtskostenfrei bleiben.

Neben der unverzichtbaren klassischen Justiz gibt es in Niedersachsen mittlerweile eine etablierte Kultur von Mediation und auch von Projekten zum „Täter-Opfer-Ausgleich“. Diese alternativen Formen der Streitbeilegung wollen wir ausbauen und stärken. Justizpolitik darf sich nicht allein auf die TäterInnen konzentrieren. In Niedersachsen gibt es mit der Stiftung Opferhilfe seit Jahren eine Institution, die sich erfolgreich und engagiert der Unterstützung von Opfern von Straftaten widmet. Wir wollen deren Arbeit weiter unterstützen und ausbauen.

JUSTIZVOLLZUG WEITERENTWICKELN – KEINE WEITERE PRIVATISIERUNG

Die Bediensteten im Justizvollzug leisten eine engagierte Arbeit für die Resozialisierung der Inhaftierten und damit auch für die Sicherheit der Bevölkerung. Justizvollzug ist für uns eine rein staatliche Aufgabe. Bisherige Projekte mit privater und öffentlicher Beteiligung (PPP²) im Bereich von Gefängnissen waren stets teurer als vergleichbare staatliche Gefängnisse. Wir lehnen Privatisierungen im Bereich des Justizvollzuges ab. Wir wollen prüfen, ob die Verträge zum Bau und Betrieb der teilprivatisierten Justizvollzugsanstalt Bremervörde zu vertretbaren

Bedingungen gekündigt werden können. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir jedenfalls strikt auf der Einhaltung der Standards für Inhaftierte und Bedienstete beharren.

Wir wollen Haftvermeidungsprogramme ausbauen – gerade bei ErsttäterInnen und leichteren Delikten. Programme wie „Schwitzen statt Sitzen“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit verrichten statt Freiheitsstrafen abzusitzen, müssen fortgeführt und ausgebaut werden. Außerdem sollen Bewährungshilfen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um bei der Erfüllung von Bewährungsaufgaben wirklich helfen zu können. Zudem muss die Fallbelastung der BewährungshelferInnen reduziert werden. Der offene Vollzug muss wieder Vorrang vor dem geschlossenen Vollzug bekommen. Der Übergang aus der Haft in die Freiheit muss weiter verbessert werden. Denn oberstes Ziel des Strafvollzugs muss die Resozialisierung der Gefangenen sein. Dazu wollen wir Aus- und Freigänge erleichtern und ausbauen. Bildung ist eine weitere Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Resozialisierung. Wir fordern deshalb den massiven Ausbau der Bildungsangebote und die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Strafvollzug. Die Möglichkeit, Fernstudiengänge aufzunehmen, muss ausgeweitet werden. Die Sozialarbeit im Justizvollzug muss gestärkt

und ausgebaut werden. Des Weiteren ist verstärkt auf interkulturelle Sensibilität im Strafvollzug zu achten. Wir wollen das Niedersächsische Justizvollzugsgesetz grundlegend überprüfen und Gefangenenechte stärken. Dazu gehören auch strengere Regeln für die Untersuchungshaft und einheitliche Mindeststandards auf europäischer Ebene, für die wir uns im Bundesrat starkmachen wollen.

Die Zentralisierung des Justiz-Sozialdienstes wollen wir kritisch bewerten.

Wir fordern, Besuchszeiten und Besuchsregelungen möglichst großzügig zu gestalten und auszuweiten, da die Pflege von sozialen Kontakten eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Eingliederung nach Beendigung einer Haftstrafe darstellt. Die Gesundheitsversorgung im Gefängnis muss soweit wie möglich an die Situation außerhalb des Strafvollzugs angepasst werden. Wir wollen eine ausreichende Medikamentenversorgung und ein vollständiges Angebot medizinischer Leistungen auch im Strafvollzug. (→S. 114)

DEMOKRATIE SCHÜTZEN – LANDESVERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN

Wir GRÜNE halten den niedersächsischen Landesverfassungsschutz in Anbetracht seiner dramatischen Verselbstständigung und personel-

len Kontinuität für nicht reformierbar und fordern deshalb die vollständige Auflösung dieser Behörde. Es bedarf einer kritischen Bestandsaufnahme, ob und inwieweit die Fortführung von Aufgaben des Verfassungsschutzes künftig tatsächlich erforderlich ist.

Mit freiwerdenden finanziellen Mitteln soll eine unabhängige, wissenschaftliche Dokumentationsstelle geschaffen werden, die Informationen über demokratiefeindliche und gewaltfördernde Bestrebungen sammelt, bündelt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht. Die Dokumentationsstelle soll einen jährlichen Bericht anfertigen, der wissenschaftlichen Standards genügt und den gegenwärtigen Verfassungsschutzbericht ersetzt. Zudem soll die politische Bildungsarbeit künftig einer staatlichen Stelle übertragen werden, die diese Aufgabe ohne Interessenkollision wahrnehmen kann. Die Bildungs- und Präventionsarbeit gilt es insgesamt zu stärken und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich gegen jegliche Form von Demokratiefeindlichkeit, Gewalt und Menschenverachtung engagieren, finanziell besser zu unterstützen.

REFORM DES POLIZEIGESETZES

Das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds.SOG¹) hat Niedersach-

sen nicht sicherer gemacht. In einem Gesetz für die öffentliche Sicherheit hat der unbestimmte und weit auslegbare Rechtsbegriff der „öffentlichen Ordnung“ als Begründung für weitreichende Eingriffsbefugnisse der Ordnungsbehörden nichts zu suchen. Wir GRÜNE wollen eine Reform des Polizeigesetzes umsetzen. Dazu gehört die Streichung des unklaren Begriffes „öffentliche Ordnung“.

Das niedersächsische Polizeigesetz muss von den Angriffen auf die Grundrechte der BürgerInnen befreit werden. Die Höchstdauer der Freiheitsentziehung muss nach der Erhöhung im Jahr 2003 von vier auf zehn Tage wieder deutlich gesenkt werden. Die Verlängerung der Gewahrsamsdauer – die sogenannte „Lex Gorleben“ – muss wieder zurückgenommen werden. Anlasslose Kontrollen sind vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich verbürgten Grund- und Freiheitsrechte kritisch zu hinterfragen. Das Racial Profiling² ist komplett einzustellen. Die Schaffung und Öffnung immer neuer anlassloser Datensammlungen zur Strafverfolgung, wie etwa bei Prüm³, Eurodac⁴ und den Fluggastdaten, wollen wir im Bundesrat blockieren.

Wir GRÜNE wollen den Schutz der Privatsphäre stärken und die Datenschutzregeln überarbeiten. Wir wollen, dass Niedersachsen europaweit

zum Vorreiter beim Datenschutz wird und werden uns im Bundesrat für hohe Standards auf EU-Ebene einsetzen.

Das Bundesverfassungsgericht hat einen absoluten Schutz, insbesondere bei der Onlinedurchsuchung, angemahnt, den wir GRÜNE in Niedersachsen umsetzen wollen. Unkontrollierte Spionage-Software hat auf unseren Computern nichts zu suchen! Das Erfassen öffentlicher Orte mit permanenter Videoüberwachung und die damit verbundene Erhebung personenbezogener Daten zu jeder Tages- und Nachtzeit wollen wir einschränken. Sie darf nur auf einer verfassungsrechtlich sauberen Grundlage eingesetzt werden.

Die geänderten und neu hinzugekommenen Spezialermächtigungen im Nds.SOG¹ zur Datenerhebung und Überwachung der Telekommunikation gehören auf den Prüfstand. Nicht alles, was technisch möglich ist, muss zur Anwendung kommen. Anlasslose Überwachungen von Großveranstaltungen müssen eingestellt, Rasterfahndungen oder Standortermittlungen müssen in Niedersachsen wieder eingeschränkt werden.

Den Einsatz von Drohnen lehnen wir ab, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der BürgerInnen muss gewahrt bleiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die ersatzlose Streichung der gegen „terroristische Vereinigungen“ gerichteten Paragraphen 129 (a) und 129 (b) des Strafgesetzbuches. Wir kritisieren die zunehmende Nutzung des Paragraphen 129 als Ermittlungsparagraph zur Kriminalisierung linker Politik. Wir wollen die Ermittlungsbefugnisse bezüglich der Überwachung einschränken und wieder unter richterliche Kontrolle stellen.

FÜR EINE BÜRGERNAHE POLIZEI

Die Polizei setzt das Gewaltmonopol des Staates durch. Daraus folgt eine große Verantwortung. Wir machen uns in Niedersachsen für eine bürgerInnen- und demonstrationsfreundliche Polizei stark, für die die Verhältnismäßigkeit der Mittel und Gewaltminimierung immer oberstes Gebot ist.

Für PolizeibeamtInnen müssen ausreichend Weiterbildungsmöglichkeiten, unter anderem im Bereich der interkulturellen Kompetenz, angeboten werden. Wir GRÜNE wollen die Anzahl der MigrantInnen im Polizeidienst in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Dies soll mit gezielten Werbemaßnahmen an Schulen und Job-Börsen geschehen. Zurzeit sind im Polizeidienst nur knapp ein Viertel Frauen beschäftigt. Daher wollen wir gezielt Frauen für die Polizei anwerben. Um

den Polizeidienst familienfreundlicher zu gestalten, ist eine Änderung der tradierten Arbeitsbedingungen, der Ausbau von Kinder- und Pflegebetreuung und eine Förderung von flexibleren Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsplätzen überfällig. Das bestehende Audit Beruf und Familie¹ muss flächendeckend intensiv weiter vorangetrieben werden. Ein besonderes Augenmerk grüner Politik liegt auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Herausforderung des Alterwerdens im Polizeidienst.

Um die Transparenz, Akzeptanz und demokratische Legitimation von Auslandseinsätzen niedersächsischer PolizistInnen zu verbessern, fordern wir ein Landespolizeientsendegesetz, das Auslandseinsätze von Beschlüssen des Landtages abhängig macht.

Wir GRÜNE fordern seit langem eine unabhängige Beschwerdestelle mit unabhängigen Untersuchungsmechanismen. Es ist äußerst bedenklich, dass in Bund und Ländern Vorwürfe gegen Polizeibeamte nur von der Staatsanwaltschaft und der Polizei aufgeklärt werden. Laut Amnesty International hat selbst der UN-Ausschuss gegen Folter die Einsetzung einer außerhalb des Polizeiapparates angesiedelten Beschwerdestelle für Deutschland in Bund und Ländern gefordert. Wir lassen auch bei der Identifizierbar-

keit nicht locker: Zur Polizeiuniform gehört nicht nur freiwillig, sondern verpflichtend eine Kennzeichnung auf gesetzlicher Grundlage. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Identifizierung von PolizistInnen sichergestellt ist.

DEMONSTRIEREN IST EIN GRUNDRECHT

Niedersachsen hat seit Februar 2011 ein eigenes Versammlungsgesetz und sich somit von dem bundesweit einheitlichen Versammlungsgesetz von CDU und FDP scheidet. Das Versammlungsgesetz von CDU und FDP schränkt die Rechte von Veranstaltungs-OrganisatorInnen und -teilnehmerInnen ein. Der Staat hat mehr Rechte zur Überwachung und Auflösung von Versammlungen erhalten. Erschreckend ist vor allem die Liste der möglichen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, durch die die OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen von Veranstaltungen kriminalisiert werden können. Großflächige Personenkontrollen, bei denen sämtliche TeilnehmerInnen beim Zugang zu Demonstrationen kontrolliert werden, sind nicht verhältnismäßig und werden von uns abgelehnt. Ebenso muss das willkürliche Abfilmen ganzer Demonstrationen aufhören. Wir lehnen darüber hinaus den Einsatz von ZivilpolizistInnen auf Demonstrationen ab. Zudem muss es allen Menschen möglich sein, zu erfah-

ren, welche Informationen bei der Polizei über sie vorliegen. Der Datenschutz muss sowohl für AnmeldeInnen als auch für OrdnerInnen absolut gewahrt bleiben.

Wir GRÜNE setzen uns für einen Bürokratie-Abbau bei der Anmeldung von Demonstrationen ein und fordern weniger Datenabfragen sowie die rechtlich klare Eingrenzung des Vermummungs-Verbots. Unser Ziel ist ein bürgerInnenfreundliches Versammlungsrecht, das möglichst vielen Menschen die Anmeldung und Durchführung einer Demonstration, einer Kundgebung oder einer sonstigen Versammlung ermöglicht. Demonstrieren ist ein Grundrecht der Zivilgesellschaft, das besonderen Schutz verdient. Wir GRÜNE fordern die komplette Abschaffung der Bann-Meile, also der Verbotszone für Versammlungen vor dem Landtag. Es geht auch ohne!

Die Durchführung von Versammlungen und Demonstrationen und die Teilnahme an solchen Veranstaltungen sind wichtige Ausdrucksformen in unserer Demokratie. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass auch die Begleitung solcher Versammlungen durch die Polizei versammlungsfreundlich und unaufdringlich ist.

Wir setzen uns für alternative Einsatzstrategien der Polizei auf Demonstrationen ein, die demonst-

rantInnenfreundlich und deeskalativ sind, aber dennoch in Gefahrensituationen die Menschen auf Demonstrationen schützen können.

DATENSCHUTZ – MEINE DATEN GEHÖREN MIR

Im öffentlichen und privaten Raum ist ein regelrechter Wildwuchs von Videokameras zu verzeichnen. Datenschutz und Datensicherheit sind Grundlage für neue Informationstechnologien. Der Datenschutz hat unter der schwarz-gelben Landesregierung nicht den Stellenwert erhalten, den er in einer modernen Welt haben muss. Dies werden wir ändern. Das Landes-Datenschutzgesetz muss modernisiert und präzisiert werden. Für uns ist klar, dass Unternehmen und Behörden zumindest die aktive Zustimmung der Betroffenen brauchen, wenn sie deren personenbezogene Daten weitergeben wollen. Wir GRÜNE in Niedersachsen wollen eine klare Opt-In-Lösung, die wir im Rahmen der geplanten Datenschutz-Grundverordnung der EU verankert sehen wollen.

Ein unabhängiger, umfassender Datenschutz braucht mehr qualifizierte Fachleute und neueste Technik, um den rasanten technischen Entwicklungen nicht hinterherzulaufen und die notwendigen Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können.

VERHÄLTNIS ZWISCHEN STAAT, KIRCHE UND RELIGIONEN

In Niedersachsen leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist der Grundsatz der Gleichberechtigung selbstverständlich. Niemand darf benachteiligt werden, egal ob budhistisch, christlich, muslimisch, jüdisch, agnostisch, atheistisch oder anderweitig orientiert. Wir bekennen uns daher zur Trennung von Religion und Staat und zur Religionsfreiheit. Auch im niedersächsischen Schulgesetz wollen wir dieses Gebot der religiösen und weltanschaulichen Neutralität umsetzen. (S. 18)

Wer seine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung wechselt, macht vom Grundrecht auf Religionsfreiheit Gebrauch. Das muss ohne Gebühren möglich sein. Daher wollen wir die Kirchenaustrittsgebühr abschaffen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Kirche und Staat in Niedersachsen finanziell und institutionell zu entflechten. Es soll ein Dialog mit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen sowie mit der katholischen Kirche aufgenommen werden, mit dem Ziel, den Loccumer Vertrag und das Konkordat auf die Aktualität ihrer Inhalte zu überprüfen. Das Tanzverbot

an christlichen Feiertagen ist nicht mehr zeitgemäß und gehört abgeschafft. Neben den kirchlichen VertreterInnen im Rundfunkrat sollten auch andere anerkannte Weltanschauungs- oder Religionsgemeinschaften die Möglichkeit zur Mitarbeit in diesem Gremium erhalten.

Bundespolitisch streben wir GRÜNE die Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts an. Da die Kirche und ihre Einrichtungen zu den größten ArbeitgeberInnen des Landes gehören, ist es uns wichtig, bundespolitisch Druck für arbeitnehmerInnenfreundliche Arbeitsbedingungen und Bezahlung auch in diesem Bereich zu machen. Wir fordern die Aussetzung der Loyalitäts-Pflicht für diejenigen Bereiche, die mit dem Verkündigungsauftrag der Kirchen in keinem direkten Zusammenhang stehen. Dies ist in vielen Bereichen der Fall, die außerhalb der verfassten Kirche (z. B. Caritas und Diakonie) stehen. Für das kollektive Arbeitsrecht fordern wir den „Dritten Weg“ der Kirchen, der Einschränkungen im allgemeinen Streikrecht zulässt, von Grund auf zu überprüfen. Niedersachsen soll in diesen Bereichen durch eine Bundesratsinitiative tätig werden.

Wir GRÜNE wollen einen Dialog mit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und der katholischen Kirche über den Umgang des Staates mit funda-

mentalistischen Tendenzen in den christlichen Kirchen in Gang setzen. Wir sind uns mit den Kirchen einig: Gewaltverherrlichung, wie das Infragestellen des Prügelverbots von Kindern unter dem Deckmantel der Bibel, hat in Niedersachsen keinen Platz!

SPORT FÜR ALLE

Sport bewegt die Menschen – nicht nur körperlich. Sport leistet einen wesentlichen Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement, zum Demokratieverständnis, zur Gesundheitsförderung, zur Bildung und zur sozialen Integration.

Das große ehrenamtliche Engagement im Sport sorgt in hohem Maße für die Tragfähigkeit des sozialen Netzes. Die Sportvereine und die unzähligen Ehrenamtlichen sind Teil des Netzwerks bürgerschaftlichen Engagements. Auch der Sport wandelt sich. Viele Menschen betreiben ihren Sport nicht mehr vereinsgebunden. Darüber hinaus entwickeln sich neue Sportarten, die ihren Platz im Sportangebot suchen. Eine Sportpolitik, die neue Entwicklungen ignoriert und ausschließlich den klassischen Vereins- und Verbandssport und deren Sportarten fördert, greift zu kurz.

Eine zentrale Herausforderung für den Sport in Niedersachsen wird es sein, Antworten auf den demografi-

schen Wandel zu finden, um einen „Sport für alle“ als Ziel des Gemeinwesens zu gewährleisten.

Wir GRÜNE werden innovative Ideen besonders im ländlichen Raum wie im Harz oder im Cuxhavener Land für eine intensive Nutzung und qualitative Aufwertung der Sportinfrastruktur unterstützen und fördern. Die sich wandelnden Spiel-, Sport- und Bewegungsinteressen der Menschen sind dabei zu berücksichtigen. Die kommunalen Sportentwicklungspläne in Oldenburg, Osnabrück und Hannover sind ein erster richtiger Schritt und sollten landesweit umgesetzt werden, um dem Wandel vor Ort angemessen Rechnung zu tragen.

Neben den konventionellen Sportarten werden wir die Kommunen und Interessengruppen bei den Trend- und Fun-Sportarten wie Parcours, Downhill oder Skaten intensiv beraten und unterstützen, um vor Ort auch für diese Formen des Sports Angebote vorzuhalten.

Grüne Sportpolitik heißt aber auch Umweltschutz. Besonders wichtig sind uns dabei der natur- und landschaftsverträgliche Sport, umweltverträgliche und bedarfsgerechte Sportstätten sowie klimaneutrale Sportveranstaltungen.

Eine besondere Rolle kommt den Kitas und Schulen bei der Förderung

von Sport und Bewegung zu. Sie sind zentrale Institutionen, mit der Aufgabe, Kinder und Jugendliche für Sport zu begeistern. Vor allem in der Ganztagschule ist der außerschulische Sportunterricht ein wichtiger Baustein und muss deshalb z.B. mit Sportvereinen als Partnern vielfältig gestaltet und verlässlich organisiert sein.

Darüber hinaus sehen wir den Ausbau der Ganztagschule als besondere Chance, die Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher in und durch Spiel, Sport und Bewegung zu verbessern.

Wir setzen uns für den Erlass eines Sportförderungsgesetzes ein. Sportgruppen, -vereine und -verbände, die besondere Anstrengungen gegen Ausgrenzung, Homosexuellen- und Transsexuellenfeindlichkeit, Rassismus, Sexismus und sexualisierte Gewalt unternehmen, sollen im Rahmen der finanziellen Sportförderung des Landes Niedersachsen besonders berücksichtigt werden.

Begeisterung für Sport findet nicht nur bei eigenen Leistungen statt, sondern drückt sich auch in der Unterstützung z. B. eines Fußballklubs aus. Wir sprechen uns gegen eine pauschale Kriminalisierung von Fußballfans aus, wenn es darum geht, Gewalt und Straftaten in und um die Fußball-Arenen zu verhin-

dern. Stadionverbote dürfen nur dann ausgesprochen werden, wenn diese tatsächlich im Einzelfall erforderlich sind, um die friedlichen und sportbegeisterten Fans vor Gewalt zu schützen. Das Fußballstadion darf nicht zum Experimentierfeld ordnungspolitischer Maßnahmen werden. Wir GRÜNE lehnen daher auch die totale Videoüberwachung von Fußballstadien ab.

Um die Arbeit der Fanprojekte abzusichern und zu unterstützen, werden wir unabhängig von der Aufkündigung der Drittelfinanzierung weiterhin einen Teil der Verantwortung in der Gewaltprävention wahrnehmen und uns für die Beibehaltung einer Beteiligung der öffentlichen Hand beim Betreiben der Fanprojekte einsetzen.

Sich über Doping einen Vorteil zu verschaffen, erschüttert die Glaubwürdigkeit des Sports und widerspricht seinen ethischen Grundsätzen. Wir setzen uns für einen dopingfreien und fairen Spitzensport und Breitensport ein. Die Sportverbände und -vereine haben hier nicht nur in ihrer Nachwuchsarbeit eine besondere Verantwortung. Wir wollen die Präventionsarbeit mit ihnen zusammen gezielt ausbauen. Insbesondere der sportliche Nachwuchs muss so früh wie möglich über die Gefahren des Dopings informiert und über die ethischen Grundlagen des Sports aufgeklärt werden.

MEDIEN, NETZE, KULTUR UND KUNST

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Keine Ausschnüffelei unserer Privatsphäre, keine Netzsperrungen und keine Speicherung von Daten auf Vorrat.
- ▶ Förderung von freier Software und Open-Source-Programmen statt von Monopolen. Das Land soll hier Vorbild sein.
- ▶ Stärkung der Medienkompetenz aller Generationen und Aufklärung über die Datenschutz-Risiken von Facebook und Co.
- ▶ Einführung einer Mediengebühr, um Urheber und Kulturschaffende besser zu entlohnen
- ▶ BürgerInnennahe Förderung einer erschwinglichen, vielfältigen Kultur für alle

FREIE SOFTWARE STATT MONOPOLE

Wir GRÜNE wollen den weitgehenden Einsatz von Freier Software[¶] und Open Source[¶] in allen Behörden und Bildungseinrichtungen. Den Einsatz von kommerzieller Software an Schulen sehen wir kritisch, denn

er gleicht einer Werbeveranstaltung für einzelne gewinnorientierte HerstellerInnen. Die monopolartige Marktmacht einzelner Unternehmen wird langfristig gefestigt, wenn SchülerInnen statt allgemeine EDV-Kompetenz zu erwerben nur die Bedienung bestimmter Software lernen. Für den Einsatz freier Software fallen zudem keine Lizenzkosten an. Anpassungs-, Service- und Wartungsarbeiten dafür werden oft von kleinen und mittelständischen lokalen Unternehmen durchgeführt anstatt von großen Konzernen. Der Einsatz freier Software bietet deshalb nicht nur Einspar-Potenziale für öffentliche Kassen, sondern sichert auch Arbeitsplätze vor Ort. Er schafft darüber hinaus Unabhängigkeit gegenüber einzelnen AnbieterInnen und Offenheit gegenüber neuen Technologien.

FÜR DIE FREIHEIT DES INTERNETS

Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass das Netz weitreichende Möglichkeiten zur freien Entfaltung der Persönlichkeit bietet. Die Möglichkeit, anonym zu surfen und zu kom-

munizieren, gehört für uns GRÜNE genauso zu einem freien Internet wie ein umfangreicher, wirksamer Datenschutz, der die informationelle Selbstbestimmung der NutzerInnen achtet.

Wir lehnen die Ausschnüffelei und die zwangsweise Übermittlung unseres Surf-Verhaltens als schweren Eingriff in die Privatsphäre entschieden ab, ebenso eine Beschränkung des freien Surfens durch Sperren von Internetanschlüssen, Websites und Inhalten. Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“. Netzsperrungen sind für uns nicht akzeptabel. Wir begrüßen daher sehr, dass es auf Initiative der GRÜNEN Europafraktion gelungen ist, die von der EU-Kommission geplante Verpflichtung zu Netzsperrungen zu verhindern. Jetzt kommt es darauf an, dass auch die Landesregierung die Freiheit des Internets achtet.

Um Meinungsfreiheit und gesellschaftliche Teilhabe auch in anderen Ländern nicht zu gefährden, setzen wir GRÜNE uns zudem für ein Exportverbot von Überwachungs- oder Zensur-Technologie ein. Die Vorratsdatenspeicherung oder die massenhafte Erfassung von Mobilfunk-Anschlüssen lehnen wir ebenso ab wie die Fahndung über soziale Netzwerke. Eine anlasslose Speicherung der Daten aller BürgerInnen, wie sie Innenminister Schönemann (CDU) immer wieder fordert, ist mit der Unschuldsvermutung unver-

einbar und kommt einem Überwachungsstaat gefährlich nahe.

Die Vorratsdatenspeicherung ist ein hochproblematischer Eingriff in die Grundrechte. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Europa- und Bundesebene im Bundesrat und in der Innenminister-Konferenz gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung einsetzen.

URHEBERRECHT REFORMIEREN

Was im Zeitalter des gedruckten Buches funktionierte, taugt für das Internet nicht mehr. Digitale Werke können ohne Verluste immer wieder kopiert und weltweit geteilt werden. Das hat unsere Nutzungsgewohnheiten binnen weniger Jahre massiv verändert – und die Geschäftsmodelle von Plattenfirmen und Verwertungsgesellschaften vor riesige Probleme gestellt. Wir GRÜNE setzen uns auf Bundesebene für eine zeitgemäße Überarbeitung des Urheberrechts ein. Im Zentrum steht für uns dabei, einen fairen Interessenausgleich zwischen UrheberInnen und NutzerInnen herzustellen. In diesem Kontext ist die Entwicklung neuer Vergütungsansätze sowie eine Anpassung der Schutzfristen erforderlich.

MEDIENKOMPETENZ FÜR ALLE GENERATIONEN STÄRKEN

Kritische Medienkompetenz ist

heute eine Schlüsselqualifikation, die genauso wichtig ist wie Lesen oder Schreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle die Möglichkeiten des Internets nutzen können. Medienkompetenz heißt unter anderem: Nutzung von und Umgang mit Medien, Herstellung eigener Inhalte und Bewertung von Medien. Unter Federführung der Landesmedienanstalt sollen die vielfältigen in Niedersachsen bestehenden Medieneinrichtungen und -angebote koordiniert, vernetzt und weiterentwickelt werden.

Insbesondere aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen sind das Internet und andere neue Medien nicht mehr wegzudenken. Das begleitete Hineinwachsen in die digitale Welt mit ihren nahezu unerschöpflichen kreativen und kommunikativen Möglichkeiten bietet dabei den besten Schutz vor möglichen Gefahren und ermöglicht die Teilhabe an der modernen Wissens- und Informationsgesellschaft. Die Anleitung zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet darf nicht nur punktuell im Rahmen von Aktionstagen geschehen. Wir begreifen Datenschutz und VerbraucherInnenschutz im Netz als dauerhafte Querschnittsaufgabe in der Bildungsarbeit. Lehrpläne und andere Bildungsvereinbarungen wie auch die Ausbildung von PädagogInnen müssen entsprechend angepasst werden. Die Ausstattung

der Schulen mit Medien-Equipment (Notebooks etc.) soll anforderungsgerecht und zügig ausgebaut werden. Medienkompetenz setzt einen bewussten Umgang mit persönlichen Daten im Netz voraus. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass insbesondere die Daten von Kindern und Jugendlichen besser geschützt werden.

Wir werden die öffentlich geförderten Angebote für SeniorInnen zur Erweiterung ihrer Kompetenz in digitalen Medien verbessern. Bei der „Verschlankung“ von Verwaltungsaufgaben wird häufig nicht darauf geachtet, dass nicht alle Menschen über die notwendige technische Ausstattung oder das Wissen verfügen, um beispielsweise Behördengänge digital zu erledigen.

FILM- UND MEDIENFÖRDERUNG

Die Film- und Medienförderung soll gestärkt und weiterentwickelt werden. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der kulturellen Film- und Kinoförderung, der Festivalförderung sowie der Förderung des Film-Nachwuchses ein. Der bestimmende Einfluss von Sendern und Staat auf die Nordmedia-Förderung⁷ muss reduziert werden. Deshalb muss der Vergabe-Ausschuss der Nordmedia-Fonds mit unabhängigen, stimmberechtigten Branchenexperten neu besetzt werden. Die Vergabe der

Fördermittel an senderunabhängige Produzenten muss verbessert werden. Gerade für Langzeit-Recherche und Investigativ-Journalismus fehlt vielen JournalistInnen, ProduzentInnen, Zeitungen und Sendern das Geld. Diese Entwicklung gefährdet die fundierte und tiefer gehende Auseinandersetzung mit Themen bei der journalistischen Arbeit. Hier braucht es Finanzierungskonzepte und auch eine spezielle Berücksichtigung bei der Film- und Medienförderung. Die Förderung muss zur Verbesserung der prekären Beschäftigungssituation vieler Filmschaffender in Niedersachsen durch bessere Beteiligung und Einbindung in geförderte Projekte beitragen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden, um den Anteil niedersächsischer AntragstellerInnen bei der Vergabe von Produktionsfördermitteln zu erhöhen.

FINANZIERUNG UND ERHALT DER BÜRGERINNENMEDIEN

BürgerInnenmedien wie die nicht-kommerziellen Lokalradios sind ein wichtiger Teil der niedersächsischen Medien-Szene, die wir weiter stärken wollen. Die Einführung von nichtkommerziellem, unabhängigem Lokalfunk und BürgerInnenmedien durch einen Teil der Rundfunkabgabe war eines der Erfolgsprojekte der letzten grünen Regierungsbeteiligung in Nieder-

sachsen. Oftmals ist der BürgerInnenfunk die einzige Konkurrenz zu den regionalen Monopol-Zeitungen. Um Informationsvielfalt und Qualität zu sichern, wollen wir die BürgerInnensender fit machen für das Digitalzeitalter. Der BürgerInnenfunk muss daher zukünftig digital ausgestrahlt werden.

MEINUNGSVIELFALT IN DEN MEDIEN SICHERSTELLEN

Durch die Veränderung von Informationsgewohnheiten und die stärkere kostenlose Rezeption von Zeitungsartikeln und Filmen im Internet müssen sich die Vergütungssysteme journalistischer und redaktioneller Arbeit im Sinne des Erhalts der Meinungsvielfalt und professioneller Arbeit modernisieren. Eine vielfältige Medienlandschaft ohne Monopole ist gerade auf lokaler Ebene unverzichtbar. Wir GRÜNE wollen das Presse-Grosso¹ erhalten, um einen diskriminierungsfreien Zugang zu Printmedien zu sichern und das Prinzip „gleicher Preis in jedem Laden“ zu erhalten.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDfunk

Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. Dieser ist ein Garant für Freiheit und Demokratie. Den öffentlich-rechtlichen

Rundfunk wollen wir als pluralistisches, kritisches und unabhängiges Medium stärken. Als „dritte Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen gehört dazu auch ein werbefreies öffentlich-rechtliches Vollangebot im Internet ohne zeitliche Begrenzung. Wir GRÜNE legen Wert darauf, dass gebührenfinanzierte Sender ihr vielfältiges Programmangebot unabhängig von Quoten und kommerziellen Interessen gestalten können. Wir wollen eine Stärkung der Landesberichterstattung und der kritischen VerbraucherInnenberatung im NDR. Die Mitgliedschaft in den Rundfunk- und Verwaltungsräten sowie dem Fernsehrat soll künftig für VertreterInnen der Exekutive grundsätzlich nicht mehr möglich sein, um die Staatsferne des Rundfunks umzusetzen.

VIELFÄLTIGE KULTUR, VIELFÄLTIGE KUNST

Kunst und Kultur schaffen Freiräume, in denen gesellschaftlich relevante Zukunftsthemen jenseits ökonomischer Zwänge behandelt werden können. Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für soziale Teilhabe. Der Zugang zu Kunst und Kultur aller Sparten und Ausdrucksformen muss für alle BürgerInnen möglich sein, unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Einkommen.

Die Vielfalt der kulturellen Angebote in Niedersachsen spiegelt die

Vielfalt unseres Landes wider. Unsere politische Aufgabe sehen wir darin, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die KünstlerInnen und Kulturschaffende brauchen, um auf hohem Qualitätsniveau arbeiten zu können. Dazu gehört die Breitenförderung wie auch die Spitzenförderung. GRÜNE Kulturpolitik steht für die konzeptionelle Weiterentwicklung der bestehenden Kultureinrichtungen. Dabei ist für uns Kultur mehr als die sogenannte „Hochkultur“. Wir engagieren uns für die unterschiedlichen Genres in Kunst und Musik und ihre experimentellen Formen genauso wie für alternative Kultur und ihre populären Spielarten. Ehrenamtlich geleitete Kulturinitiativen finden wir genauso wichtig wie Landesmuseen oder Staatstheater. Die Existenz von Theaterhäusern mit professionellen Ensembles gehört ebenso zu unserem Kulturbegriff wie freie Kulturarbeit und Nachwuchsförderung.

KULTURELLE TEILHABE FÜR ALLE

Das GRÜNE Ziel für die Kulturpolitik der Zukunft heißt: Teilhabe und mehr Gerechtigkeit beim Zugang zu öffentlich geförderten Angeboten. Kulturelle Teilhabe ist als wichtiger Baustein sozialer Emanzipation und gesellschaftlicher Partizipation unverzichtbar. Wenn wir die demokratische Prämisse der Gleichheit aller Menschen als Maßstab ansetzen,

kann es uns nicht zufriedenstellen, dass der größte Teil der staatlichen Kulturförderung zumeist nur eine kleine Minderheit von einkommensstarken BildungsbürgerInnen erreicht.

Auch Menschen, die nicht in größeren Städten leben, müssen auf eine Infrastruktur zurückgreifen können, die ihnen kulturelle Teilhabe ermöglicht. Dabei wollen wir bürgerschaftliches Engagement zur Bewältigung der Strukturveränderungen im ländlichen Raum nutzen – aber nicht ausnutzen. Durch eine bessere Unterstützung von Kulturinitiativen und Vereinen auf dem Lande wollen wir das Ehrenamt stärken.

Untersuchungen belegen bundesweit, dass Menschen mit Migrationshintergrund in unseren Kultureinrichtungen deutlich unterrepräsentiert sind. Um Teilhaberechtigkeit sicherzustellen, wollen wir eine Stärkung der interkulturellen Kulturarbeit, einen Ausbau der kulturellen Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und eine stärkere Öffnung der Kultureinrichtungen für diese Zielgruppe.

KULTURELLE BILDUNG FÜR ALLE

Kulturelle Bildung vermittelt Schlüsselkompetenzen und bietet Orientierung in Zeiten von Medienüberflutung und kultureller Vielfalt. Der

Zugang zu kultureller Bildung hängt jedoch stark vom allgemeinen Bildungsniveau ab. Nach Erkenntnis wissenschaftlicher Studien ist Teilhaberechtigkeit in unserem Land nicht gewährleistet und es bestehen – insbesondere für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten – Zugangsbarrieren zu kultureller Bildung. Wir brauchen familienfreundliche und bezahlbare Kulturangebote und werden interkulturelle Angebote ausbauen.

Wir unterstützen deswegen Kooperationen von KünstlerInnen und Kulturschaffenden mit Schulen und Kindergärten. Damit bei solchen Kooperationen Qualitätsstandards eingehalten werden und Schulen wie Kitas bei der Suche nach geeigneten Partnern Unterstützung finden, brauchen Programme wie „Kultur macht Schule“ eine entsprechend ausgestattete, landesweite Koordinierungsstelle. Hierzu wollen wir die Kapazitäten bei der Landesvereinigung kultureller Jugendbildung ausbauen, die in dem Bereich bereits Erfahrung hat.

SOZIOKULTUR STÄRKEN

Die Soziokultur¹ ist unter dem Postulat von Kultur als BürgerInnenrecht längst zur unverzichtbaren Säule des Kulturangebots in Niedersachsen geworden. Ohne Soziokultur wäre es um die kulturelle Infrastruktur in der Fläche schlecht

bestellt. Sie bietet auch solchen Bevölkerungsgruppen spartenübergreifende Teilhabemöglichkeiten, die klassische Kultureinrichtungen nie erreichen würden. Wie keine andere Kultureinrichtung stellt sie sich gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel oder der Integration von Minderheiten. Sie führt unsere Gesellschaft über alle sozialen Grenzen hinweg zusammen.

Soziokultur braucht verlässliche, auf Planungssicherheit ausgerichtete Finanzierung. Um die Qualität der soziokulturellen Angebote abzusichern und um deren konzeptionelle wie programmatische Weiterentwicklung zu gewährleisten, wollen wir die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur wieder stärker in die Vergabe der Fördermittel einbinden.

Der soziokulturelle Anspruch einer „Kultur von allen für alle“ muss Eingang in die Einrichtungen der sogenannten Hochkultur finden, um neues Publikum und neue AkteurInnen zu gewinnen.

KULTURFINANZIERUNG SICHERN

Da die Kommunen den Löwenanteil an der öffentlichen Kulturfinanzierung tragen, wird die Zukunft der Kultureinrichtungen in unserem

Land entscheidend davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, die kommunale Kulturförderung in prekärer Haushaltslage sicherzustellen. Auch über ein niedersächsisches Kulturfördergesetz kann Kulturförderung gesichert werden.

KULTUR ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR STÄRKEN

Kunst und Kultur sind auch wirtschaftspolitisch von Bedeutung. Als „weicher Standortfaktor“ hat Kultur Auswirkungen auf das Innovationspotenzial und damit auch auf die Wirtschaftskraft einer Region. Wenn das gesamte Potenzial der sogenannten Kreativwirtschaft gehoben werden soll, dann ist es wichtig, auch kleine Initiativen der freien Kulturszene zu unterstützen. Handlungsbedarf sehen wir zum Beispiel bei Investitionen in Produktionsräume für MusikerInnen der Rock- und Pop-Szene. Mit einem „Modellprogramm Kulturwirtschaft“, das auch Projekte jenseits des Mainstreams berücksichtigt, wollen wir die Kreativwirtschaft in Niedersachsen gezielt weiterentwickeln. Nach dem Grundsatz „Vergüten statt verfolgen“ wollen wir uns auf der Bundesebene aktiv dafür einsetzen, eine tragfähige und faire Lösung für den Interessenausgleich zwischen Urhebern und Nutzern zu schaffen.

NIEDERSACHSENS VERANTWORTUNG FÜR EUROPA UND FÜR DIE WELT

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- ▶ Europapolitik als Aufgabe von Landtag und Landesregierung durch Vernetzung mit Bundestag und Europäischem Parlament stärker verankern.
- ▶ Institutionelle Reformen der Europäischen Union zur Stärkung demokratischer Verfahren und der Akzeptanz der europäischen Integration.
- ▶ Konkrete Wirtschafts-, Sozial- und Finanzregeln auf europäischer Ebene, um die Ursachen der Krise in Europa nachhaltig zu beseitigen.
- ▶ Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele zur weltweiten Bekämpfung der Armut als Richtschnur niedersächsischer Außenhandelspolitik.
- ▶ Ausrichtung des Beschaffungs- und Vergabewesens von Land und Kommunen auf Sozial-, Klima- und Fairness-Kriterien.

Wir GRÜNE streiten für eine starke und demokratische Europäische Union, weil internationale Probleme

wie Klimawandel, Energieversorgung, Steuerflucht oder die Bankenregulierung allein auf nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind. Deshalb muss die europäische Ebene in allen Bereichen auch der Landespolitik mitgedacht werden.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Europäische Union im Kern erschüttert. Auch ein Crash des Euros – mit verheerenden Folgen – gilt jetzt nicht mehr als ausgeschlossen. Seit 2007 erleben wir weltweit die schwerste Finanzkrise seit 1929. Sie ist das Resultat jahrzehntelanger neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Finanzsektor wurde liberalisiert und dereguliert. Durch die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist viel privater Wohlstand auf die Finanzmärkte geflossen und hat dort zu einer riesigen Spekulationsblase geführt. Beim Platzen dieser Blase wurden vor allem Bankschulden durch die SteuerzahlerInnen beglichen und das hat zu einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung geführt. Das Märchen der Konservativen und Neoliberalen von einer reinen Staatsschuldenkrise stimmt nicht.

Viel entscheidender für die aktuellen Probleme in der Euro-Zone sind die hohen Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz bei Exporten und Importen. Deswegen müssen auch in Deutschland und Niedersachsen die Leistungsbilanzüberschüsse durch höhere Löhne und sozial-ökologische Investitionen im Inland abgebaut werden. Der Krise in der Euro-Zone wollen wir GRÜNE mit einem Grünen New Deal begegnen – in Niedersachsen, in Deutschland und in ganz Europa.

Der Grüne New Deal¹ basiert auf drei Säulen: Harte Finanzmarktregulierung, Investitionen in die Zukunft und Umverteilung von oben nach unten.

Der Finanzsektor muss wieder deutlich kleiner und weniger aufgeheizt gestaltet werden. Wir wollen eine Schulden- und Größenbremse für Banken, damit nie wieder ein Finanzinstitut so groß ist, dass es mit Steuergeldern gerettet werden muss. Der Kaputtspargang von Angela Merkel ist in Europa gescheitert. Er hat die Rezession verschärft und ist sozial ungerecht. Deswegen brauchen wir ein europaweites soziales und ökologisches Investitionsprogramm und in Deutschland einen existenzsichernden Mindestlohn wie er in den meisten anderen Staaten Europas längst existiert. Und um die Ungleichheit abzubauen und damit Spekulationsblasen

zu verhindern, müssen hohe Vermögen und Einkommen stärker besteuert werden. Mit einem Altschulden-Tilgungsfonds, gekoppelt mit einer Vermögensabgabe, kann der Zinsdruck in den Krisenländern entschärft werden. Statt übertrieben hohe Zinsen zahlen zu müssen, bekommen sie so auch wieder Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen und die niedersächsische Landesvertretung in Brüssel dahingehend ausrichten.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise offenbart auch die Schwächen des europäischen Entscheidungssystems. Wir brauchen mehr demokratische Elemente und Einflussmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger in Europa, wenn wir der EU zukünftig auch mehr zutrauen wollen. Demokratische Entscheidungsstrukturen und BürgerInnenrechte, die sich nach dem Markt richten müssen, sind mit uns GRÜNEN nicht zu machen. Das Europa-Parlament muss deutlich gestärkt werden, um einem Demokratie-Defizit der Europäischen Union entgegenzuwirken. Zukunftsentscheidungen müssen gemeinsam mit dem Parlament und nicht an diesem vorbei getroffen werden. Die Nominierung eines Kandidaten als Kommissionspräsident durch die Europäischen Parteien bei der Wahl des Europa-Parlamentes ist ein weiterer Schritt zu mehr Demokratie in Europa.

Die Europäische Union ist und bleibt für uns GRÜNE in Niedersachsen ein Erfolgsprojekt – auch wenn wir politische Entscheidungen auf europäischer Ebene kritisieren. Europa ist ein großartiges Friedensprojekt und auch die Wirtschafts- und Währungspolitik wird nur mit einer starken und demokratischen Europäischen Union erfolgreich sein können.

Grüne Europapolitik auf Landesebene zeigt sich besonders im direkten Grenzbereich zu den Niederlanden. Hier ist Europa in Niedersachsen zum Greifen nah. Wir setzen uns auch auf politischer Ebene für ein grenzübergreifendes Zusammenwachsen ein. Deshalb haben wir mit GroenLinks aus den Niederlanden einen gemeinsamen Regionalverband „Grenzenlos Grün und Sozial“ gegründet. Wir wollen ein Europa mit starken Regionen, das weiter zusammenwächst und sich bewusst wird, dass es gemeinsame Ziele hat. Die EU muss Projekte „von unten“ entwickeln und so effiziente Strukturpolitik betreiben. Wir werden daher die Regionen in Niedersachsen mit anderen Regionen in Europa stärker vernetzen – mit dem Blick auf das Kleine und mit dem Vertrauen auf die Menschen vor Ort. Struktur- und Regionalfonds müssen grenzüberschreitend angelegt werden.

Da das Bild von Europa bereits in

der Schule geprägt wird, unterstützen wir das Projekt der Europaschulen und wollen es weiter ausbauen. SchülerInnen-Austausch allein kann das Bild Europas nicht prägen, in Lehrplänen muss ein stärkerer Fokus auf das Erfolgsprojekt Europa gelegt werden.

Der „Arabische Frühling“ hat die Welt massiv verändert. Die positiven Entwicklungen, zum Beispiel in Tunesien, wollen wir mit verstärktem Austausch in Wirtschaft und Zivilgesellschaft fördern. Nicht nur bei diesen Fragen wollen wir über den Bundesrat mitentscheiden. So wollen wir vermehrt Personal zur Ausbildung in Polizei-Missionen und für den Aufbau von Verwaltung und Justiz in schwachen Staaten entsenden, um in Konfliktgebieten den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft zu unterstützen.

Bei internationalen Polizei-Missionen setzen wir uns für eine Beteiligung des Landtags auf Grundlage eines Landes-Polizeientsendegesetzes ein.

ENTWICKLUNGSPOLITIK IST AUCH LANDESAUFGABE

Niedersachsen ist nicht nur eine zentrale Region im Herzen Europas, sondern hat mit seiner sehr stark exportorientierten Wirtschaft viele internationale Beziehungen und Partnerschaften auch außerhalb der Europäischen Union. Dennoch gibt

es bislang kein ressortübergreifendes Konzept für eine Eine-Welt-Politik¹ des Landes. Auch entwicklungspolitische Leitlinien wurden bisher nicht erarbeitet, obwohl sich die schwarz-gelbe Landesregierung auf der MinisterpräsidentInnen-Konferenz im Oktober 2008 verpflichtet hatte, sich für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele² zur weltweiten Armutsbekämpfung einzusetzen.

Diese Verpflichtung schließt mit ein, dass auch Niedersachsen – seiner Größe und Wirtschaftlichkeit entsprechend – einen angemessenen Beitrag zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels leistet.

Deutschland hat sich im Rahmen des ODA-Stufenplans der Europäischen Union dazu verpflichtet, bis 2015 mindestens 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, ist von der Erreichung dieses Ziels aber noch weit entfernt.

Niedersachsen ist in diesem Zusammenhang gefordert, vor allem für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit mehr Mittel bereitzustellen. Dafür setzen wir uns ein.

Neben der Entwicklungszusammenarbeit unterhält das Land sieben Partnerschaften mit Industrie- und Schwellenländern. Auch diese müssen in den Zusammenhang einer globalen Entwicklung gestellt werden und dürfen nicht lediglich als

Instrument der Standortförderung Niedersachsens betrachtet werden. Insbesondere die Kooperation mit China und Südafrika sollte auch entwicklungs-, klima- und gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund der Zusammenarbeit stellen.

Wir werden deshalb alle Aktivitäten des Landes – auch im Hinblick auf seine internationalen und wirtschaftlichen Beziehungen – so umgestalten, dass sie zugleich die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele fördern. Durch Agrarsubventionen werden ökonomische, soziale und ökologische Schäden in den Entwicklungsländern verursacht. So zerstören beispielsweise Hühnerfleisch-Importe aus Europa und den USA die Geflügelproduktion in den betroffenen afrikanischen Ländern und konterkarieren damit die Ziele entwicklungspolitischer Zusammenarbeit. Diese Exporte verzerren den Markt, zerstören Arbeitsplätze und die Einkommen der lokalen ProduzentInnen.

Wir wollen die Eine-Welt-Politik in Niedersachsen stärken und ausbauen. Unsere Lebensverhältnisse müssen mit den Anforderungen an eine global gerechte und nachhaltige Entwicklung in Einklang gebracht werden. Klimawandel, Wirtschaftskrise, Hunger und Rohstoffmangel sowie Menschenrechte und der

allgemeine Zugang zu Bildung sind globale Herausforderungen, denen wir auf allen Ebenen unserer Gesellschaft und auf den verschiedenen Politikfeldern begegnen müssen.

Mit der Reform des Vergaberechts auf europäischer Ebene haben die Kommunen die Möglichkeit, mit öffentlichen Aufträgen den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft, den Klimaschutz, aber auch die Vermeidung von ausbeuterischer Kinderarbeit voranzutreiben. Unser Ziel ist es, ökologische und soziale Kriterien für öffentliche Aufträge zu entwickeln.

Wir GRÜNE wollen VerbraucherInnen dafür gewinnen, soziale und ökologische Kriterien beim Einkaufen zu beachten (ILO-Konvention^{*)}). Fairer Handel ist ein wichtiger Baustein für die Umsetzung globaler Gerechtigkeit. Dafür wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit verstärken und mit Wirtschaft, Handel sowie den Umwelt- und den Eine-Welt-Initiativen^{*)} weitere Konzepte entwickeln und umsetzen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die vielfältigen Aktivitäten unter anderem von Schulen (UNESCO-Schulen) und Universitäten. Weltoffenheit, Interkulturalität und Umweltbildung, also die Elemente Globalen Lernens, müssen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen zum pädagogischen Alltag werden. Der „Orientierungsrahmen für den

Lernbereich Globale Entwicklung“ der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Entwicklungsministeriums (BMZ) soll verbindlich in den Lehrplänen und der Lehrerfortbildung verankert und seine Umsetzung durch die Förderung entwicklungspolitischer Bildungsträger unterstützt werden.

Wir werden die Kommunen bei Agenda-21-Prozessen^{*)} stärker unterstützen und ihnen auch in ihrem Bestreben, Fair-Trade-Kommune^{*)} zu werden, Hilfestellung anbieten. Das Beschaffungs- und Vergabewesen des Landes Niedersachsen werden wir verbindlich an sozialen, Klima- und Fairness-Kriterien ausrichten. Außerdem werden wir das ehrenamtliche Engagement in Nicht-Regierungs-Organisationen, in engagierten Kirchengemeinden und in MigrantInnen-Selbstorganisationen verstärkt fördern. Die Förder- und Anlagepolitik der Bingo-Stiftung für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit muss transparenter werden und sich am eigentlichen Stiftungszweck orientieren. Dazu ist die Beteiligung der Verbände zu stärken.

AUSTAUSCH UND BEGEGNUNGEN

Wir wollen den internationalen Jugendaustausch ausbauen. Zur Unterstützung von internationalen Austauschprogrammen wie Welt-

wärts oder dem Europäischen Freiwilligendienst wird die Einführung von Beratungsangeboten – wie etwa „Pro Weltwärts“ in Nordrhein-Westfalen – geprüft. Interkulturelle Begegnung, ziviler Friedensdienst und Förderung des Eine-Welt-Bewusstseins sind unentbehrliche Maßnahmen der zivilen Konfliktprävention. Austauschprogramme und Freiwilligendienste auch der Europäischen Union sind eine wichtige Möglichkeit, um ein internationales Bewusstsein in der hiesigen Bevölkerung zu schaffen, den kulturellen Austausch zu fördern und konkret vor Ort zu helfen. Dafür wollen wir die zahlreichen ehrenamtlichen Organisationen unterstützen, die sich in der entwicklungs- und friedenspolitischen Bildungsarbeit engagieren. Zudem wollen wir bestehende

wie auch zukünftige Partnerschaften und den Austausch fördern und weiterentwickeln, um das gegenseitige Verständnis für andere Kulturen zu stärken.

Das langjährig geforderte Netzwerk von Eine-Welt-PromoterInnen muss endlich mit Landesmitteln gegenfinanziert werden. Die KoordinatorInnen geben Anstöße für global verantwortliches und vernetztes Denken und Handeln, thematisieren Eine-Welt-Fragen in der Öffentlichkeit, interessieren sich für eine weltoffene Gesellschaft und aktivieren zum Eine-Welt-Engagement. Die internationalen Partnerschaften des Landes Niedersachsen wollen wir auch unter Einbeziehung der MigrantInnen-Organisationen in Niedersachsen weiterentwickeln.

MACH'S MÖGLICH

ENDLICH SERIÖSE HAUSHALTS- UND SCHULDENPOLITIK

UNSERE GRÜNEN ZIELE:

- Umsetzung der Schuldenbremse und damit Schluss mit immer neuen Schulden zu Lasten künftiger Generationen und der langfristigen Handlungsfähigkeit des Landes
 - Sicherung einer für die kommunale Selbstverwaltung erforderlichen finanziellen Ausstattung der Kommunen
 - Strikte Überprüfung aller Landesausgaben auf ihre Erforderlichkeit und Einsparungen bei nicht notwendigen und ökologisch schädlichen Ausgaben.
 - Sicherung der zur Erfüllung der wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes erforderlichen Einnahmen durch Abbau von Steuersubventionen und gerechter Heranziehung hoher Einkommen, Gewinne und Vermögen
 - Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Schaffung von Steuergerechtigkeit durch bessere Ausstattung der Finanzverwaltung
- Das Land Niedersachsen hat inzwischen 58 Milliarden Euro Schulden angehäuft. Das ist mehr als das Doppelte des jährlichen Landeshaushaltes. Jede Bürgerin und jeder Bürger steht damit allein für das Land mit über 7000 Euro in der Kreide. CDU und FDP haben den Schuldenberg in den zehn Jahren ihrer Verantwortung um fast 20 Milliarden Euro anwachsen lassen – der höchste Schuldenzuwachs innerhalb eines Jahrzehntes. Trotz ordentlicher Konjunktur und niedriger Zinsen beträgt das Loch zwischen Einnahmen und Ausgaben auch im Landeshaushalt 2012 wieder über zwei Milliarden Euro. Das Land Niedersachsen ist strukturell unterfinanziert. Schwarz-Gelb verschleiert das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung durch Auslagerung in Schattenhaushalte und durch Buchhaltungstricks, die der Niedersächsische Staatsgerichtshof Ende 2011 als eindeutig verfassungswidrig für die kommenden Jahre untersagt hat. CDU und FDP haben kein Konzept, wie sie diese hohe Neuverschuldung senken wollen.

Würde man die Neuverschuldung von zwei Milliarden Euro von heute auf morgen auf Null senken, wie die Landesregierung vorschlägt, hieße das beispielsweise 40.000 LehrerInnen oder PolizistInnen zu entlassen. Das kann niemand ernsthaft wollen. GRÜNE Haushalts- und Finanzpolitik ist solide und solidarisch. Wir benennen auch, wo wir Einnahmen erhöhen müssen, um Raum für politische Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

Bei den Einsparungen im Landeshaushalt wird es den einen großen Wurf nicht geben, mit dem sich durch wenige Maßnahmen Millionen einsparen lassen. Deshalb bedarf es einer grundsätzlichen Aufgabenkritik des Landes und es müssen viele kleine Maßnahmen angegangen werden: Gespart werden kann beispielsweise bei reinen Prestige-Projekten des Landes wie den Neubauplänen für den Landtag oder bei der derzeit nicht zielgenauen Wirtschaftsförderung und einer Umstellung dieser auf revolvierende Fonds¹. Gespart werden kann auch bei den Planungen für sinnlose und ökologisch schädliche Autobahn-Neubauprojekte, bei den Bürokratie-Kosten der Landesverwaltung oder bei der Förderung der Massentierhaltung. Darüber hinaus sind auch die Landtagsabgeordneten selbst gefordert, zur Konsolidierung des Landeshaushaltes beizutragen. Daher setzen wir uns für

die Streichung von Abgeordneten-Privilegien wie Sitzungsgelder und sonstige Vergünstigungen ein. Wir streben auch bei der Bezahlung von Parlamentariern eine Regelung an, die jegliche Privilegierung – auch hinsichtlich der Altersvorsorge – abschafft. Entsprechende Aufwendungen sollten stattdessen durch eine angemessene Gestaltung des Diätenbetrags abgegolten werden.

Durch eine Änderung der Gebührenordnungen der privaten Krankenversicherung wollen wir als ersten Schritt die in den vergangenen Jahren stark überdurchschnittlich gestiegenen Kosten für die medizinische Behandlung der Beamtinnen und Beamten und damit die Beihilfekosten des Landes senken. Wir streben darüber hinaus an, die Krankenversicherung sowie die Altersvorsorge der BeamtInnen in eine BürgerInnenversicherung für alle zu integrieren.

IMMER MEHR SCHULDEN – EIN TEUFELSKREIS

Die Eurokrise führt uns deutlich vor Augen: Staatsschulden sind ein „süßes Gift“, mit dem wir uns fahrlässig in die Klauen der internationalen Finanzmärkte begeben und uns die Möglichkeit der politischen Gestaltung nehmen. Weil ein immer größerer Teil der Einnahmen für Zinsen aufgewendet werden muss, verliert der Staat durch eine immer höhere

Verschuldung seine Fähigkeit, in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu investieren.

Zurzeit haben wir außergewöhnlich niedrige Zinsen. Ein wieder ansteigendes Zinsniveau wird die Lage drastisch verschärfen. Hier müssen Synergieeffekte von Deutschland-Bonds genutzt werden – durch ein gemeinsames Zins-Management von Bund, Ländern und Kommunen können erhebliche Mittel eingespart werden.

Die Schulden des einen sind gleichzeitig das Vermögen des anderen. Während die Staatsverschuldung wächst, nimmt das private Geldvermögen immer mehr zu. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten, sie profitieren von sicheren Geldanlagemöglichkeiten und ihre Kinder erben Vermögen statt Schulden. Die weniger Wohlhabenden leiden dagegen schon heute – und noch mehr in der Zukunft – als erstes unter den steigenden Zinskosten und der maroden Infrastruktur. Nur ein handlungsfähiger Staat kann die Teilhabe aller ermöglichen und den Zusammenhalt unterstützen. Der Staat, der Bund, die Länder und die Kommunen tragen mit ihrer Verschuldung zum Auseinanderdriften unserer Gesellschaft bei. Auf der einen Seite sammeln einige wenige immer größere Vermögen an, auf der anderen Seite haben die öffentlichen Haushalte nicht mehr den nötigen Handlungsspielraum,

um dieser Entwicklung durch soziale Leistungen, durch Ausgaben für Bildung und eine soziale Infrastruktur entgegenzuwirken. Schuldenpolitik mag kurzfristig Spielräume für staatliche Leistungen eröffnen, mittel- und langfristig ist sie in höchstem Maße gefährlich und unsozial.

Die Schuldenbremse des Bundes wollen wir in Niedersachsen bis 2020 so umsetzen, dass sie nicht zu Lasten der Kommunen geht. Es gibt grundsätzlich nur drei Möglichkeiten, einen Haushalt zu sanieren: Ausgaben und damit auch bisher wahrgenommene Aufgaben streichen, die Effizienz steigern oder Einnahmen erhöhen.

Wir wollen alle diese Möglichkeiten nutzen, um die Neuverschuldung zu begrenzen und Spielräume für Investitionen in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Allein durch Einsparungen wird der Landeshaushalt nicht auszugleichen sein. Deshalb muss zusätzlicher Finanzaufwand für grüne Reformpolitik auch durch höhere Einnahmen gedeckt werden.

Die konkrete Ausgestaltung der Schuldenbremse darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Dazu gehört die Sicherstellung einer finanziellen Mindestausstattung für eine funktionierende kommunale Selbstverwaltung und die Stärkung

der kommunalen Beteiligungsrechte durch eine gemeinsame Finanzkommission von Land und Kommunen. Daneben wollen wir die eigene kommunale Finanzhoheit durch eine Reform der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, die zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden soll, verbessern. (► S. 135. S.166)

Wir GRÜNE wollen einen Haushalt, mit dem nachhaltige Zukunftsinvestitionen für eine bessere Bildungs-, Klimaschutz- und Sozialpolitik möglich bleiben. Bei allen Konzepten zur Haushaltskonsolidierung müssen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung besonders beachtet werden. Wir wollen die Einsparmöglichkeiten der „Demografischen Rendite“ zeitnah realisieren. Dabei ist uns bewusst, dass mit dieser Entwicklung auch zusätzliche Ausgaben (z. B. im Pflegebereich) verbunden sein werden. (► S. 107)

Das von CDU, FDP und SPD eingeführte Kooperationsverbot, das eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei Bildungsinvestitionen untersagt, verhindert derzeit sinnvolle finanzielle Bundesbeteiligungen an notwendigen Zukunftsinvestitionen im Land und in den Kommunen. Wir GRÜNE wollen das Kooperationsverbot deshalb beseitigen. Mittelfristig müssen die Finanzströme jedoch so geleitet werden, dass

Aufgaben- und Finanzverantwortung jeweils in einer Hand liegen. Dazu wollen wir eine grundsätzliche Neubewertung und Neuaufteilung der gesamtstaatlichen Finanzströme vornehmen, damit die Dauerfinanzkrise vieler Länder und Kommunen endlich beendet werden kann.

EINNAHMEN SICHERN – STEUERBETRUG BEKÄMPFEN

Die im Landeshaushalt fehlenden rund zwei Milliarden Euro ausschließlich durch Einsparungen zu decken, wäre nur um den Preis massiver Einschnitte in der Kinderbetreuung, bei Schulen und Hochschulen, den Kommunen und bei den ohnehin bescheidenen Sozialleistungen möglich. Das ist mit uns GRÜNEN nicht zu machen. Die begrenzten Einnahmemöglichkeiten, über die das Land selbst entscheiden kann (zum Beispiel Förderabgaben auf Öl und Gas, Wasserentnahmegeld, Grunderwerbssteuer, Gebühren) müssen besser genutzt werden. Wir GRÜNE werden uns im Interesse eines leistungsfähigen Staates für einen stärkeren Beitrag der leistungsstarken Haushalte und Unternehmen durch erhöhte Steuern und Abgaben einsetzen. Steuerenkungen für GutverdienerInnen und bestimmte Klientelgruppen zu Lasten des Landeshaushalts werden wir im Bundesrat – anders als Schwarz-Gelb – nicht zustimmen.

Wir GRÜNE werden auch die massive Steuerhinterziehung hoher Vermögen und Einkommen besser bekämpfen. Statt Arbeitsplätze in den Finanzämtern abzubauen und immer neue Schlupflöcher für Einkommens-Millionäre zu schaffen, wollen wir endlich konsequent gegen Steuerbetrug vorgehen. Wir wollen kurzfristig 150 zusätzliche PrüferInnen im Bereich der Steuer- und Betriebsprüfung einsetzen. Nach Berechnungen der Deutschen Steuergewerkschaft würde durch jede zusätzliche Stelle in der Betriebsprüfung rund eine Million Euro in die öffentlichen Haushalte fließen.

Die möglichst vollständige Steuererhebung ist nicht nur eine Frage ausreichender Staatseinnahmen, sondern auch wesentliches Element von Steuergerechtigkeit in unserem Land.

Mittelfristig wollen wir das ineffektive Nebeneinander von 16 Steuerverwaltungen beenden und durch eine dezentral angesiedelte Bundessteuerverwaltung ersetzen. Das bringt Mehreinnahmen in Milliardenhöhe und beendet die Praxis einiger Bundesländer, mit lückenhaftem Steuervollzug Standortpolitik zu betreiben.

Auch wollen wir die Steuerflucht ins Ausland entschiedener bekämpfen. Wir lehnen Finanzminister Schäubles Steuer-Amnestie-Abkommen mit der Schweiz ab und setzen uns, wie die EU-Kommission, für einen

europaweiten automatischen Steuerdaten-Austausch ein, mit dem alle Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Ein Bankgeheimnis, das vornehmlich dem Schutz von SteuerhinterzieherInnen dient, darf nicht akzeptiert werden.

Gemeinsam mit unserer Bundestagsfraktion setzen wir uns für einen angemessenen Beitrag der leistungsstarken Unternehmen und Privathaushalte an der Finanzierung wichtiger staatlicher Zukunftsaufgaben ein. Mit einer verfassungsgemäßen Reform der seit 1996 ausgesetzten Vermögenssteuer wollen wir hohe Vermögen, die von der staatlichen Bankenrettung besonders profitiert haben, stärker belasten. Allein mit den damaligen Steuersätzen könnten wir heute in Niedersachsen jährlich 1,2 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen und in Bildung investieren.

Auch die Erbschaftssteuer, deren Aufkommen in voller Höhe dem Land zusteht, ist in Deutschland im internationalen Vergleich sehr niedrig. Lediglich 2,2 Prozent des vererbten Vermögens in Deutschland müssen tatsächlich als Erbschaftssteuer an den Fiskus bezahlt werden. Wir wollen insbesondere Erben größerer Vermögen stärker heranziehen. Dabei sollen die zahlreichen Schlupflöcher geschlossen und der Steuersatz nicht mehr am Verwandtschaftsgrad zur/zum ErblasserIn,

sondern an der Höhe des vererbten Vermögens bemessen werden. Die Steuervermeidung durch missbräuchliche Umwandlung von Privat- in Betriebsvermögen wollen wir beenden. Selbstgenutztes Wohneigentum soll weiterhin durch entsprechende Freibeträge von der Steuer freigestellt werden.

Außerdem setzen wir uns für die Abschaffung von Steuerprivilegien und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 49 Prozent ein. Das Dienstwagenprivileg für schwere Sprit-Fresser wollen wir beseitigen und durch eine ökologisch gestaffelte Dienstwagenbesteuerung ersetzen. Wir wollen das Ehegattensplitting, soweit wie rechtlich möglich, abschaffen und eine Individualbesteuerung einführen.

Die Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer gehören auf den Prüfstand. Die schwarz-gelbe Hotelsteuer gehört ebenso abgeschafft wie andere Ermäßigungen. Neben diesen auf der Bundesebene zu beschließenden steuerpolitischen Maßnahmen wollen wir auch im Land die Möglichkeiten nutzen, die Einnahmen vor allem durch den Abbau von unbegründeten Vergünstigungen und durch ökologisch steuernde Gebühren etwa bei Lebensmittelkontrollen erhöhen. (► S. 65)

RICHTIG SPAREN WO GELD UNNÖTIG FLIESST

Die BürgerInnen haben einen Anspruch darauf, dass der Staat mit ihrem Geld sparsam umgeht. Wir GRÜNE werden alle Ausgaben auf ihren Nutzen für eine zukunftsfähige Landespolitik und ihre Klimawirksamkeit überprüfen und Einsparungen vornehmen, wo es sinnvoll ist. Auch die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sind zu prüfen (Gender-Budgeting*) Im Blickfeld für Umstrukturierungen sind dabei insbesondere der Bereich der Autobahn-Planungen, der Wirtschaftsförderung und der offenen und versteckten landwirtschaftlichen Subventionen, zum Beispiel für Massentierhaltung. Allein der umstrittene Mega-Schlachthof im Landkreis Celle bekam vom Land mehr als 6,5 Millionen Euro Landesförderung. Solche Ausgaben wollen wir in Zukunft vermeiden. Außerdem muss die Wirtschaftsförderung, bei der bisher viel Geld durch reine Mitnahmeförderung verschwendet wird, reformiert werden. Die FDP-Praxis der Förderung nach Parteibuch bzw. Gutsherrenart muss durch alternative Förderinstrumente (z. B. Darlehen statt Zuschuss) ersetzt werden, die weniger Geld erfordern. Auch die im Trend liegenden Öffentlich-Privaten-Partnerschaften, die die wahren öffentlichen Kosten von Investitionen

manches Mal über zu teure Nutzungsgebühren nur in die Zukunft verschieben, sehen wir skeptisch und werden sie zukünftig kritischer auf ihre tatsächliche Effizienz und Vergleichbarkeit zur direkten öffentlichen Aufgabenwahrnehmung prüfen. (►S. 46)

LANDESBETEILIGUNGEN PRÜFEN – RISIKEN MINIMIEREN

Das Land ist an einer Reihe von Unternehmen beteiligt. Einige dieser Unternehmen sind 100-prozentige Töchter des Landes. Diese Beteiligungen sind dann sinnvoll, wenn sie einen öffentlichen Auftrag erfüllen oder in besonderer Weise den Interessen des Landes und der Beschäftigten in Niedersachsen dienen. Dies muss regelmäßig geprüft werden. Die gut 20-prozentige Beteiligung des Landes bei VW ist beispielsweise sinnvoll, weil sie die Einflussmöglichkeiten des Landes beim größten niedersächsischen Unternehmen nicht zuletzt zum Wohle der MitarbeiterInnen sichert und einen ökologischen Umbau des

Unternehmens ermöglichen kann. (►S. 49)

Die Risiken des Landes, etwa durch seine Beteiligung bei der Nord/LB – die im Jahre 2011 gegen die Stimmen der GRÜNEN noch erhöht wurde – dürfen jedoch nicht zu großen Haushaltsrisiken für Niedersachsen werden. Der niedersächsische Haushalt braucht Stabilität und Verlässlichkeit, um die Wahrnehmung der notwendigen Landesaufgaben sicherzustellen. Er eignet sich nicht zur Bankenrettung zu Lasten der SteuerzahlerInnen.

Es ist Ziel der GRÜNEN, das Vermögen des Landes in der Summe zu erhalten und nicht weiter für konsumtive Aufgaben zu verschwenden, wie Schwarz-Gelb das seit Langem praktiziert. Deshalb werden wir zukünftig Erlöse aus Veräußerungen von Landesliegenschaften, Beteiligungen oder anderen Vermögenswerten zur Schuldentilgung oder für werthaltige Zukunftsinvestitionen verwenden.

MACH'S MÖGLICH

GLOSSAR

Agenda-21-Prozesse: Die Lokale Agenda 21 ist ein Handlungsprogramm, das Nachhaltigkeit für eine Gemeinde oder eine Region erreichen soll. Vorbild dafür ist die 1992 von der UNO verabschiedete Agenda 21. Sie enthält Maßnahmen, um die Lebens- und Wirtschaftsweise der Menschheit für das 21. Jahrhundert zukunftsfähig zu gestalten.

Agro-Gentechnik ist Gentechnik im Bereich der Landwirtschaft und beinhaltet vor allem die gentechnische Veränderung von Nutzpflanzen.

Antiziganismus bezeichnet, analog zum Antisemitismus, Vorurteile und Feindschaft gegenüber Sinti und Roma sowie deren gesellschaftliche oder staatliche Diskriminierung.

Atmosfair ist ein im Internet zugängliches und gemeinnütziges Portal, auf dem Fluggäste die Klimaschäden, die aus ihrem Flug entstanden sind, berechnen und zumindest ansatzweise ausgleichen können. Das tun sie, indem sie entsprechend der mit dem Flugzeug zurückgelegten Strecke Geld überweisen, mit dem atmosfair weltweite Klimaschutzprojekte finanziert.

Das **audit berufundfamilie** ist ein strategisches Managementinstrument zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Unternehmen bei einer familienfreundliche Personalpolitik unterstützt. Siehe auch: www.beruf-und-familie.de

Aufsuchende Bildungsarbeit: Die persönliche Ansprache und Beratung, also das „Aufsuchen“ von sozial benachteiligten oder bildungsfernen Zielgruppen in der Bildungsarbeit, um deren teilweise tief sitzende Barrieren und Widerstände gegen institutionelle Bildung abzubauen.

Beibehaltungsprämie ist ein Begriff aus dem ökologischen Landbau. Die Prämie wird im Anschluss an die Zahlung einer finanziellen Prämie in der Umstellungsphase vom konventionellen zum ökologischen Anbau gezahlt.

Belegrechte: Für öffentlich geförderte Wohnungen stehen den Wohnungsämtern der Kommunen zeitlich befristet „Belegrechte“ oder besser gesagt Vorschlagsrechte zur Vermietung zu einem vorher politisch festgesetzten Mietpreis zu.

Betreuungsgeld (auch „KiTa-Fernhalteprämie“) soll nach den Plänen von Bundesfamilienministerin Schröder an Eltern gezahlt werden, die für ihre Kinder zwischen dem 13. und 36. Lebensmonat keine staatlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen. Dazu gehören z.B. öffentliche Kindertagesstätten oder von den Kommunen bezuschusste Tagesmütter.

BimSchG: Das Bundes-Immissionsschutzgesetz regelt den Schutz vor

schädlichen Umwelteinwirkungen durch andere. Siehe auch: www.gesetze-im-internet.de/bimSchG/

Blockheizkraftwerk (BHKW): Gasbetriebene Kleinkraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, indem die bei der Stromerzeugung entstehende Wärme direkt am Ort der Entstehung genutzt wird.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein Programm der deutschen Städtebauförderung mit dem Ziel, die Wohn- und Lebensbedingungen in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern.

CCS: (Carbon Dioxid Capture and Storage (engl.); Kohlenstoff-Abscheidung und -Speicherung) ist ein Verfahren zur Abtrennung von Kohlenstoffdioxid aus den Rauchgasen von fossil betriebenen Kraftwerken verbunden mit anschließender Verlagerung in tiefen geologischen Formationen.

Club 2013: Eine Gruppe von Privatpersonen und Unternehmen, die sich regelmäßig zu von der niedersächsischen CDU organisierten Treffen zusammenfand. Als eine Art Spendensammelverein boten diese Veranstaltungen eine Plattform, auf der sich spendable Unternehmer und Mitglieder der Landesregierung treffen konnten.

CO₂ (Kohlenstoffdioxid) ist ein Gas aus Kohlenstoff und Sauerstoff, das natürlicher Bestandteil der Luft ist. Es ist eines der wichtigsten Treibhausgase.

Containern bezeichnet die Mitnahme weggeworfener Lebensmittel aus Abfallcontainern von Supermärkten. Diese Lebensmittel werden aufgrund abgelaufener Mindesthaltbarkeitsdaten oder kleinerer Mängel entsorgt, sind aber noch genießbar.

Ein **Demografie-Check** überprüft vorab Beschlüsse, Satzungen und Vorhaben darauf, ob sie die Bevölkerungsentwicklung positiv beeinflussen.

Demografische Rendite entsteht, wenn SchülerInnenzahlen zurückgehen und die Zahl der LehrerInnen gleich bleibt. Durch sie ergibt sich, je nach politischer Schwerpunktsetzung, Spielraum für Reformvorhaben und den Abbau von Unterrichtsausfall oder zur Einsparung in der öffentlichen Haushaltskasse.

Deutsche Management-Akademie: Vom Land Niedersachsen wesentlich mitfinanzierte Institution zur Qualifizierung von Fach- und Führungskräften für den Erfolg auf internationalen Märkten. Ihr Standort ist Celle.

Diversity Management (Vielfalts-

management) ist der Versuch, die Verschiedenheit der MitarbeiterInnen innerhalb eines Unternehmens zu unterstützen und produktiv zu nutzen. Es geht also nicht allein darum, Diskriminierung zu verhindern, sondern auch, Unterschiede als hilfreich und wichtig aufzufassen.

Drittelfinanzierung im Rahmen von Fanprojekten beschreibt die Aufteilung der Projektfinanzierung unter der Kommune, dem Land und dem Deutschen Fußballbund.

Dritte Weg: In der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland kommen Arbeitsrechtsregelungen, z.B. über Bezahlung, überwiegend über den sogenannten „Dritten Weg“ zustande. Dieses Modell, das die Einschränkung des Streikrechts beinhaltet, sieht die einvernehmliche Gestaltung der Tarife durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in arbeitsrechtlichen Kommissionen vor.

Drug-Checking: Chemische Untersuchung von Drogen mit dem Ziel, die KonsumentInnen über die Inhaltsstoffe, deren Dosierung sowie Verunreinigungen aufzuklären und vor Gefahren zu warnen. Drug-Checking wird in Österreich, der Schweiz, Spanien, Belgien, Portugal und den Niederlanden durchgeführt, nicht aber in Deutschland.

Der Einsatz von **effizienten Mikro-**

organismen ist eine Methode, um Böden für die landwirtschaftliche Nutzung zu verbessern und Pflanzen zu behandeln. Dafür wird eine Mischung aus Mikroorganismen, in den Boden eingebracht oder auf die Pflanzen gesprüht.

E-Government (E-Regierung) bezeichnet die Interaktion von staatlichen Institutionen untereinander und mit den BürgerInnen und Unternehmen mithilfe digitaler Medien, also v.a. dem Internet. Auf diese Weise wird die Teilhabe an politischen Prozessen erleichtert.

Ehegatten-Splitting: Begriff aus dem Steuerrecht, der besagt, dass das zu versteuernde Einkommen der Ehegatten ermittelt und halbiert (gesplittet) werden kann. Dieses Verfahren bewirkt, dass das zu versteuernde Einkommen zu gleichen Teilen auf beide Ehegatten verteilt wird. Eheleute werden dadurch gegenüber unverheirateten Paaren steuerlich besser gestellt.

Eine-Welt-Initiativen entwickelten sich in den 70er Jahren. Sie solidarisierten sich mit den Befreiungsbewegungen der Entwicklungsländer, insbesondere in den Staaten Süd- und Mittelamerikas im Kampf gegen Diktaturen. Sie setzen sich für fairen Handel ein und betreiben häufig Eine-Welt-Läden mit Fairtradeprodukten.

Eine-Welt-Politik setzt sich für eine gerechte Globalisierung, globalen Klimaschutz sowie fairen Welthandel und den Schutz der Menschenrechte ein.

Dem **Erneuerbare-Energien-Gesetz** (EEG) nach muss Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wasser, Wind, Sonne, Erdwärme und nachwachsenden Rohstoffen bevorzugt ins Stromnetz eingespeist werden. Zudem wird den ErzeugerInnen Erneuerbarer Energien eine feste Vergütung garantiert. Siehe auch: www.gesetze-im-internet.de/eeg_2009/BJNR207410008.html

ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) ist ein dauerhafter institutioneller Schutz- und Notfallmechanismus zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Euro-Staaten. Der Rettungsschirm ist im Juli 2012 in Kraft getreten, sein Stammkapital beträgt 700 Milliarden Euro.

Eurodac ist eine Datenbank, in der die Fingerabdrücke aller AsylbewerberInnen und illegaler EinwandererInnen innerhalb der EU gesammelt werden.

Europäisches Referenzsystem: In der EU gibt es mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen ein Referenzsystem, das ermöglicht, Kompetenzen und Qualifikationen in Europa zu vergleichen und transparenter zu gestalten.

Fairtrade-Kommune: In einer Fairtrade-Gemeinde bzw. -Kommune tragen die BürgerInnen und ortsansässigen Organisationen durch ihre täglichen Kaufentscheidungen zum Absatz von Fairtrade-Produkten bei – und damit zur Verbesserung der Lebenssituation der Kleinbäuerinnen, -bauern und ArbeiterInnen in den Ländern des Südens. Siehe auch: www.fairtradetowns.org/

Feinstaub: Aus sehr kleinen Partikeln bestehender Staub, der heute im Wesentlichen für die Auswirkungen von Luftverschmutzungen auf die Gesundheit verantwortlich gemacht wird. Zu den Auswirkungen gehören unter anderem die Verstärkung von Allergien, die Zunahme von asthmatischen Anfällen, Atemwegsbeschwerden und Lungenkrebs.

Flächenpools: Die Bündelung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) für spätere Eingriffe in die Natur.

Fracking: Bei der „Fracking“-Methode wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem Druck in tiefe Gesteinsschichten gepresst. Durch die dabei entstehenden Risse wird das Erdgas aus den Gesteinsporen gelöst und kann über die künstlich geschaffenen Wegsamkeiten zu den Bohrungen wandern und so gefördert werden.

Freie Software sind frei erhältliche Computerprogramme, deren Nutzung und Veränderung keiner Vorgabe unterliegt.

Frühe Hilfen sollen den Schutz von Kleinkindern aus besonders belasteten Familien vor Vernachlässigung und Misshandlung insbesondere durch die Stärkung der Erziehungskompetenz ihrer Eltern gewährleisten. Siehe auch: www.fruehehilfen.de/

Das **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** (GVFG) regelte die Vergabe von Bundesmitteln für Verkehrsinvestitionen der Länder. Die 2006 abgeschaffte Förderung wurde durch zweckgebundene Verkehrsförderungen des Bundes ersetzt. Von 2014 an sind diese Mittel an keine Zwecke mehr gebunden. Siehe auch: www.gesetze-im-internet.de/gvfg/BJNR002390971.html

Gender-Budgeting ist ein Instrument, um öffentliche Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Auswirkungen der Haushaltsplanung auf die Geschlechtergerechtigkeit werden analysiert und der Haushalt entsprechend geändert.

Gentrifizierung bezeichnet einen Prozess der Aufwertung und Kommerzialisierung eines Stadtteils, der wegen niedriger Mieten attraktiv für Gruppen mit geringerem Einkommens war. Häufig weisen diese

Viertel eine lebendige Kunst- und Kulturszene auf, welche eine größere Attraktivität für zahlungskräftigere MieterInnen hervorruft. Die Aufwertung von Wohnungen durch Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen (Luxussanierung) hat die Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung mit geringeren Einkommen zur Folge.

Gigaliner-Experiment: Gigaliner sind bis zu 25 Meter lange LKW-Lastzüge, die seit 2012 in sieben Bundesländern zu Testfahrten zugelassen wurden.

GISMA: Die GISMA Business School ist eine wesentlich vom Land Niedersachsen finanzierte private Bildungseinrichtung in Hannover, die eine postgraduierte Managementausbildung zum Master of Business Administration anbietet. Sie ist privatwirtschaftlich organisiert und geführt.

Green New Deal steht für die Idee, Umwelt- und Klimaschutz mit erfolgreichem und gerechtem Wirtschaften zu verbinden. Durch arbeits- und wirtschaftspolitische Maßnahmen soll die Industriegesellschaft an die Herausforderungen des Klimawandels angepasst werden. Siehe auch: www.gruene.de/themen/wirtschaft-arbeit/green-new-deal-konkret.html

Der **Güllebonus** ist eine Maßnahme

zur Förderung von Biogasanlagen, in denen ein hoher Anteil an Gülle verarbeitet wird. Der Güllebonus ist Teil des EEGs.

Gülle-Tourismus: Großräumige Verfrachtung von tierischen Fäkalien vom Ursprungsort in weit entfernte landwirtschaftliche Regionen.

Gute fachliche Praxis bezeichnet die Einhaltung von Grundsätzen u.a. im Bereich von Land-/ Forstwirtschaft und Tier-/Umweltschutz, die wissenschaftlich akzeptiert und praktisch belegt sind, von der amtlichen Beratung empfohlen werden und den sachkundigen Anwendern bekannt sind.

Das **Hamburger Modell** steht für eine gute Unterstützung und gezielte Förderung beim Übergang von der Schule in eine duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule.

HGÜ (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) ist ein Verfahren zur Energieübertragung mit Gleichstrom anstatt, wie bei Hochspannungsleitungen üblich, mit Wechselstrom. Es eignet sich für vor allem für die Stromübertragung durch Erd- und Unterseekabel.

ILO-Konvention: Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) untersteht den Vereinten Nationen und ihr gehören fast alle UN-Mitglieder an. Um weltweit die Arbeitsbedin-

gungen zu verbessern, handeln die Mitglieder der ILO Konventionen aus, zu deren Einhaltung sich die Mitgliedstaaten verpflichten.

Inklusion bedeutet, dass jedeR die Möglichkeit erhält, sich gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Die Verschiedenheit der Menschen, ihrer Fähigkeiten und Bedürfnisse, wird akzeptiert. Inklusion ist dabei mehr als Integration, weil keine Norm vorausgesetzt wird, der sich alle so gut wie möglich anpassen sollen.

IntegrationslotsInnen unterstützen MigrantInnen ehrenamtlich bei der Orientierung in einer für sie fremden Umgebung bei der sprachlichen, schulischen, beruflichen oder gesellschaftlichen Integration.

Intermodalität (Kombinierter Verkehr) beschreibt die möglichst effiziente Kombination verschiedener Verkehrsmittel, wie beispielsweise Schifffahrt, Eisenbahn und LKW.

Intersexualität bedeutet, dass das Geschlecht einer Person nicht eindeutig der männlichen oder weiblichen Kategorie zuzuordnen ist.

Der **Jade-Weser-Port** ist ein Tiefwasserhafen mit Containerterminal in Wilhelmshaven. Er wurde mit finanzieller Unterstützung der Länder Bremen und Niedersachsen gebaut und am 21. September 2012 offizi-

ell in Betrieb genommen.

Konkordat: Ein Vertrag zwischen einem Staat und der katholischen Kirche, um die kirchlichen Rechte in gewissen Bereichen festzulegen.

Das **Konnexitätsprinzip** beschreibt den Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ und regelt, dass derjenige Hoheitsträger, der einem anderen Aufgaben zuweist (z.B. Land an Kommune), auch die dadurch entstehenden Ausgaben zu tragen hat, soweit sie nicht von den Einnahmen bzw. Erträgen gedeckt sind.

Kooperationsverbot: Seit der Föderalismusreform von 2006 sind die Bundesländer im Bereich der Bildungsfinanzierung allein zuständig. Das Kooperationsverbot untersagt eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder.

Ledigkeitsbescheinigungen sind Bescheinigungen mit allen persönlichen Daten, insbesondere Familienstand und Religionszugehörigkeit, die zur Vorlage beim Standesamt für die Eheschließung von Nicht-EU-BürgerInnen benötigt werden.

Leguminosen (Hülsenfrüchte) sind sehr nährstoffreiche Pflanzen, die reichlich Protein, Vitamine und Mineralstoffe beinhalten. Beispiele sind Erbsen, Kichererbsen, Bohnen, Sojabohnen und Linsen.

Loccumer Vertrag: Ein Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und den evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen, der im Kloster Loccum unterzeichnet wurde. Inhalte des Vertrags sind die gemeinsamen Angelegenheiten von Staat und Kirche.

Lokale Agenda 21: siehe Agenda 21 Prozesse

Loveboys sind junge Männer, die erst Mädchen die große Liebe vortäuschen, um sie anschließend zur Prostitution zu zwingen. Meist stellen sie den Kontakt zu ihren Opfern über Internetforen her.

LTE (Long Term Evolution) ist ein Mobilfunkstandard und UMTS-Nachfolger, der mit bis zu 300 Megabit pro Sekunde deutlich höhere Downloadraten erreichen kann als seine Vorgänger.

Die **Millennium-Entwicklungsziele** der Vereinten Nationen sind acht Entwicklungsziele für das Jahr 2015, die im Jahr 2001 von einer Arbeitsgruppe unter anderem aus VertreterInnen der UNO, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds formuliert worden sind. Dazu gehören z.B. die Bekämpfung von extremer Armut und Hunger sowie die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, Nachhaltigkeit und besseren Bildungsstandards.

Modal Split: Der Begriff stammt aus dem Bereich der Verkehrsstatistik und bezeichnet die Aufteilung des Verkehrsaufkommens auf die verschiedenen Verkehrsmittel.

Natura 2000-Gebiete und -Richtlinien: Offizielle Bezeichnung für ein Netz aus Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union nach den Maßgaben der Fauna Flora Habitatrichtlinie (FFH) der EU.

NaWaRo Bonus: Zusatzvergütung für Strom, der aus nachwachsenden Rohstoffen produziert wird. Geregelt durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

NBank: Universale Förderbank des Landes in Niedersachsen, die sowohl die Förderpolitik des Landes umsetzt, als auch neue Konzepte dafür entwickelt. Siehe auch: www.nbank.de

Neuland ist ein Fachverband für Fleisch aus artgerechter Tierhaltung.

Das **Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung** (Nds.SOG) legt unter anderem die Rechte der Ordnungsbehörden, wie beispielsweise ihre Eingriffsbefugnisse, fest.

NiKo-Projekt: Niedersächsisches Kooperations- und Bildungsprojekt, das das Ziel hat, in Kooperation von Schule und Familie Kompetenzen

z.B. im Bereich von Bildung und Erziehung zu fördern.

Die **Nordmedia-Förderung** unterstützt Medien in Niedersachsen und Bremen. Die durch die beiden Länder getragene Mediengesellschaft hat das Ziel, die beiden Bundesländer als Medienstandorte zu stärken.

NORGER-Seekabelprojekt: Stromleitungsverbindung zwischen Norwegen und Deutschland, die durch die Nordsee verläuft und bei der die HGÜ-Technik (siehe Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) verwendet wird.

N-Ports: Landesunternehmen in Niedersachsen, das als Betreiber der öffentlichen (See-)Häfen fungiert. Siehe auch: www.emden-port.de

NOX (Stickoxide) sind Sauerstoff-Verbindungen, die in der Natur vorkommen. Ein zu hoher Gehalt an Stickoxiden in der Luft führt zur Entstehung von saurem Regen, zu Smogbildung und auf indirekte Weise zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die Konzentration der Gase in der Luft wird durch den Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft und durch Abgase verursacht.

Die **OECD** (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) besteht aus 34 Mitgliedstaaten weltweit. Ihre Aufga-

ben sind die Förderung des nachhaltigen Wirtschaftswachstums, des Welthandels und der Wirtschaftshilfe der Entwicklungsländer sowie die Sicherung finanzieller Stabilität.

Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP): siehe Public Private Partnership.

Offshore-Anlagen: Windräder und Windparks zur Stromerzeugung auf See.

Ein **Ökokonto** ist ein Naturschutzinstrument auf kommunaler Ebene. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden dort dokumentiert und können in einen Flächenbestand eingetragen werden. Die Flächen stehen bei späteren Eingriffen in die Natur und Landschaft im Rahmen von Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung.

Ökoprofit (Ökologisches Projekt Für Integrierte Umwelt-Technik) ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft mit dem Ziel der Betriebskostensenkung unter gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen.

Onshore-Anlagen: Windräder und Windparks zur Stromerzeugung an Land.

Open Data (Freie Daten) bedeutet, Informationen von öffentlichem In-

teresse frei zugänglich zu machen.

Open Source nennt man Computertextsoftware, deren Quelltext öffentlich zugänglich ist und frei kopiert, modifiziert und weiterverbreitet werden darf.

Optionszwang bedeutet die Pflicht für Volljährige mit deutscher und ausländischer Staatsbürgerschaft, sich für eine davon zu entscheiden.

Peak Oil bezeichnet den Zeitpunkt, an dem das globale Ölfördermaximum erreicht ist. Nach diesem Zeitpunkt kann die Ölförderrate nur noch sinken.

PISA-Studien: Schulleistungsuntersuchungen für einen internationalen Vergleich von 15-Jährigen, die seit dem Jahr 2000 alle drei Jahre in den OECD-Ländern und weiteren Partnerstaaten durchgeführt werden.

Post Oil City beschreibt die Idee einer nachhaltigen Stadt, die beispielsweise CO₂-neutral ist oder in der urbane Landwirtschaft möglich ist.

Presse-Grosso bezeichnet die Handelsstufe zwischen den Verlagen und dem Einzelhändler. In seinem Gebiet hat der Pressegrossist die Pflicht, jede Verkaufsstelle zu beliefern und jede auf dem Markt erhältliche Publikation in sein Programm

aufzunehmen.

Pro Weltwärts ist ein Freiwilligendienst für Jugendliche ab 18 Jahren, der im Ausland bzw. hauptsächlich in Entwicklungsländern absolviert wird.

Prüm (Prümer Vertrag): Abkommen zwischen 11 EU-Staaten und Norwegen, das es den Sicherheitsbehörden erlaubt, direkt auf Datenbanken der Behörden der anderen beteiligten Länder zuzugreifen.

PPP (Public Private Partnership ; öffentlich-private Partnerschaft): Ein Modell der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch private Investoren mit deren anschließender Gewinnbeteiligung (bisher vor allem im kommunalen Bereich).

Queer (sprich: „quier“ ...): ursprünglich englisch für seltsam, eigenartig, von der Norm abweichend. Queer fungiert heute als Sammelbegriff u.a. für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Intersexuelle und Transgender.

Racial Profiling bedeutet die gezielte Kontrolle ethnischer Gruppen durch Polizei und Justiz. Dabei werden Minderheiten ohne einen konkreten Anlass zum Verdacht unter Generalverdacht gestellt.

Als **Regionalisierungstopf** werden die dem Land zur Verfügung stehen-

den Bundesmittel zur Förderung des Schienen-Personen-Nahverkehrs bezeichnet. Inzwischen wurde die Vergabe in Niedersachsen auf den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr ausgeweitet.

Resettlement-Programm (Ansiedlungsprogramm) ist ein Programm, das die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU und deren Ansiedlung regelt.

Revolvierende Fonds vergeben zinslose Darlehen. Aus den Erlösen der aus dem Fonds finanzierten Projekte werden die Darlehen später zurückgezahlt.

Revolvierende Konzepte der Wirtschaftsförderung sehen die Vergabe von Darlehen und Beteiligungen, anstatt bloßer Bezuschussung vor. Die vergebenen Mittel fließen im Normalfall an die öffentliche Stelle zurück und können wiederverwendet werden.

Rucksackmütter: Das Projekt der Rucksackmütter gibt es bereits in mehreren niedersächsischen Kommunen. Es soll Familien mit und ohne Migrationshintergrund bei der Sprachförderung unterstützen. Dazu erhalten die teilnehmenden Mütter Tipps und Hilfestellungen, wie sie die Sprache ihrer Kinder auch Zuhause fördern können.

Shared Space ist ein verkehrspoliti-

sches Konzept, in dem zwei Regeln gelten: Rechts vor links und gegenseitige Rücksichtnahme. Auf andere Verkehrsregeln wird verzichtet. Es gilt das Gebot der Kommunikation unter den VerkehrsteilnehmerInnen, um eine gleichberechtigte Teilnahme aller am Straßenverkehr zu ermöglichen.

Soteria (altgriechisch: Wohl, Bewahrung, Rettung, Heil) ist das psychiatrische Konzept, nach dem Patienten in einer wohngemeinschaftsähnlichen Einrichtung anstatt in einer Psychiatrischen Klinik behandelt werden. Dabei wird möglichst wenig neuroleptische Medikation eingesetzt.

Soziokultur: Gesellschaftliches Engagement und Veranstaltungen im meist nicht-kommerziellen kulturellen und sozialen Bereich.

Stadtumbau West: Ein vom Bund und den Ländern getragenes Programm zur Unterstützung städtebaulicher Maßnahmen in den alten Bundesländern, mit denen auf demografisch bedingte Veränderungen reagiert wird.

Suffizienz (von Lat. *sufficere* – ausreichen) ist eine Strategie der vernünftigen freiwilligen Selbstbegrenzung. Auf diese Weise wird der Ressourcenverbrauch gesenkt und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen verringert.

Telematik verknüpft die Bereiche Telekommunikation und Informatik. Ein Verwendungsbereich ist die digitale Verkehrslenkung und -kontrolle im Bereich von Autobahnen und Schnellstraßen.

Tenure-Track („Verfahren zur Anstellung“) ist die Möglichkeit im Hochschulbetrieb, nach einer erfolgreichen Bewährungszeit im Rahmen einer Juniorprofessur eine Festanstellung zu erhalten. Dafür ist keine weitere Ausschreibung nötig, sodass nicht mit externen BewerberInnen konkurriert wird.

Terra Preta (schwarze Erde) ist Boden, dem organische Abfälle und Holzkohle beigemischt sind. Auf diese Weise werden langfristig der Nährstoffanteil des Bodens gehoben und gleichzeitig Klimagase gebunden. Terra Preta wurde von Ureinwohnern im Amazonasgebiet verwendet und ist erst in den letzten Jahren wiederentdeckt worden.

Transgender bezeichnet das Abweichen einer Person vom zugewiesenen Geschlecht, also von sozialen Geschlechterrollen oder körperlichen Geschlechtsmerkmalen.

Transition Town Initiativen sind Graswurzelbewegungen mit dem Ziel, in Städten nachhaltige und umweltfreundliche Projekte umzusetzen. Angesichts des Klimawandels und knapper werdender Ressourcen

propagieren die Initiativen die Idee regionaler Wirtschaft, der Selbstversorgung und der Nachhaltigkeit.

Umweltverbund ist ein Sammelbegriff, der die umweltverträglichen Verkehrsmittel wie Bus, Fahrrad und Bahn sowie deren Vernetzung umfasst.

Die **Verbundquote** regelt, mit welchem Anteil die Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt werden.

Vergabegesetz: Das Landesvergabegesetz regelt die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Widerspruchsverfahren: Das Widerspruchsverfahren gibt BürgerInnen die Möglichkeit, sich gegen einen bestehenden Verwaltungsakt zu wehren.

Weißbuch Verkehr: Von der EU-Kommission herausgegebene Zusammenstellung von Informationen zum Bereich Verkehr für die Öffentlichkeit.